Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

11. Februar 1980
Jg. 8 Nr. 7

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Zimbabwe: UNO-Sicherheitsrat verurteilt Großbritannien

z.rül. Montag der letzten Woche verurteilte der UN-Sicherheitsrat mit 14:0 Stimmen die britische Regierung wegen ihrer Rhodesienpolitik. In der von den Blockfreien afrikanischen Ländern eingebrachten Resolution forderte der Sicherheitsrat die britische Regierung und ihren Gouverneur Lord Soames auf, die „Notstandsmaßnahmen, die unvereinbar sind mit freien und fairen Wahlen, zu annullieren". Er forderte weiter den „sofortigen, vollständigen und bedingungslosen Rückzug der südafrikanischen Truppen", die beschleunigte Rückführung der Flüchtlinge aus den Nachbarländern Zimbabwes und ihre Teilnahme an den Wahlen, die Freilassung der politischen Gefangenen und die Beschränkung der Hilfstruppen Muzorewas auf feste Lager. Die britischen Imperialisten nahmen an der Abstimmung nicht teil.

USA: Demonstrationen gegen nationale Unterdrückung

z.mif. Etwa 70 Bürgerrechtsorganisationen, Gewerkschaften und politische Gruppen haben zu der Demonstration gegen den Ku-Klux-Klan-Terror am 2. Februar in Greensboro, Nord-Carolina, aufgerufen. Dort hatte der Klan vor zwei Monaten eine Demonstration zusammengeschossen. Die League of Revolutionary Struggle (M-L) mobilisierte mit der Parole: „Selbstbestimmungsrecht für die afro-amerikanische Nation!" Vor 20 Jahren begann in Greensboro die Bürgerrechtsbewegung mit Aktionen in einer nach Rassen getrennten Wool-worth-Kantine. Seither ist die Lage der Afro-Amerikaner noch schlechter geworden. 7,6 Millionen leben unterhalb der offiziellen Armutsgrenze, das sind 10% mehr als vor zehn Jahren. Das durchschnittliche Familieneinkommen der Afro-Amerikaner liegt nur noch bei 59% des Einkommens der weißen Familie, 1970 bei 61%.

Iran verfünffacht den Erdgaspreis für die SU

z.krk. Der iranische Minister für Erdölindustrie kündigte am 11.1. an, die Preise für Erdgaslieferungen an die SU auf fast das Fünffache zu erhöhen. Der alte Preis betrug 76 cents/1000 Kubikfuß, der neue Preis soll um die 3,50 $ sein. Für Entwicklungshilfe-Kredite mußte sich der Iran vor der Revolution verpflichten, bis 1985 mindestens 140 Mrd. m³ Erdgas an die SU zu liefern, das für die Versorgung der transkaukasischen und zentralasiatischen Sowjetrepubliken verwendet werden sollte. Im Juli 1979 kündigte der Iran an, die Lieferungen an die SU einzuschränken, da die Befriedigung der einheimischen Bedürfnisse Vorrang habe. – Der Iran gehört zu denjenigen OPEC-Mitgliedern, die vorschlagen, bei den imperialistischen Ländern voll den Marktpreis für Öl auszuschöpfen, den Preis für die Länder der 3. Welt dagegen stabil zu halten.

Gromyko zur Festigung der „Freundschaft" nach Indien

z.brb. Vom 12.–14.2. wird der sowjetische Außenminister nach Indien reisen und versuchen, das weitere Vordringen der SU in Asien abzusichern. Gleich nach Indira Gandhis Wahlsieg hatte die SU diesen Besuch für Ende Januar vereinbart, und I. Gandhi hatte die sowjetische Intervention als Hilferuf Afghanistans verteidigt. Sie konnte diese Position jedoch nicht halten, der indische UNO-Vertreter stimmte gegen die Intervention, und das Außenministerium verschob den Besuch. Carter schickte gleich einen Sonderbeauftragten, doch die indische Regierung hat bisher die angebotene Militärhilfe abgelehnt. Sie verläßt sich auf die sowjetischen Waffenlieferungen und verurteilte die Aufrüstung Pakistans durch die USA, da sie die ganze Region in Gefahr bringe. Pakistan über Indien in Schach zu halten, kann der SU für ihre Expansion nur nützlich sein.

„Arbeitsteilung" bei der Aufteilung der Welt

Bei der bürgerlichen Außenpolitik kann nichts Gutes herauskommen

z.ges. Die Sowjetunion macht keinerlei Anstalten, ihre Truppen aus Afghanistan abzuziehen. Statt dessen verstärkt sie diese. Die USA dafür stecken die Linie ab, an der sie weiteres militärisches Vordringen der Sowjetunion militärisch beantworten wollen. Clifford, den Carter als Sonderbotschafter nach Indien geschickt hatte, meinte: „Die Sowjets müssen wissen, daß es Krieg bedeutet, wenn sie den Plan haben, an den persischen Golf vorzustoßen." Ähnlich hat sich Carter selbst und Sicherheitsbeauftragter Brzezinski geäußert. Durch Beamte des Kriegsministeriums ließ die US-Regierung signalisieren, daß ein Angriff auf den Iran auch den Einsatz taktischer Atomwaffen nach sich ziehen könne. Bekanntlich sind die Völker des Mittleren Ostens über solche „Verteidigung der Golfregion" genausowenig begeistert wie von der sowjetischen Aggressionsdrohung.

Auf den Fall eines weiteren Vordringens der Sowjetunion im Mittleren Osten bezieht sich die gemeinsame Erklärung von Schmidt und Giscard d'Estaing: „Sie erklären, daß die Entspannung einem neuen Schlag gleicher Art (wie in Afghanistan) nicht standhalten würde. In diesem Falle würden Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland zusammen mit ihren Bündnispartnern die Maßnahmen ergreifen, die unter diesen Umständen erforderlich sind, um ihre Sicherheit zu gewährleisten und die internationale Stabilität zu verteidigen." Schon vorher hatte Carter gesagt: „Ich glaube nicht, daß es richtig wäre zu sagen, daß wir glauben, jetzt und in Zukunft ausreichend Kräfte zu haben, um die Golfregion auf uns allein gestellt zu verteidigen." Nach dem Pariser Gipfel meinte Carter gegenüber Journalisten, die USA würden auf ein sowjetisches Vordringen am Persischen Golf nicht automatisch mit militärischer Gewalt antworten. Dies sei nur eine von mehreren Möglichkeiten. Auf jeden Fall zähle er aber auf die Hilfe der Verbündeten der USA bei der Abwehr von Aggression in der Region. Die Bundesregierung spricht in letzter Zeit immer wieder von einer Arbeitsteilung Westeuropas mit den USA. Sie wolle wirtschaftlich etwas unternehmen, den USA aber die militärische Aktion überlassen. Wirtschaftsminister Lambsdorff war vor kurzem in Saudiarabien und in anderen arabischen Golfstaaten. Jetzt ist er zu Gesprächen in die USA aufgebrochen. Die Bundesregierung glaubt einen Weg gefunden zu haben, um ihre Präsenz im Mittleren Osten zu verstärken, ohne ausdrücklich den NATO-Bereich auszudehnen oder Truppeneinsatz außerhalb Europas anzukündigen. Der frühere US-Kriegs- und Energieminister Schlesinger hat die Bundesrepublik zu einer Truppenvermehrung einschließlich der Panzerwaffe aufgefordert, damit die USA mehr Truppen am Indischen Ozean stationieren könnten. Er sei für Arbeitsteilung, vorausgesetzt es würde „Arbeit" geteilt.

„Arbeitsteilung" ist die Formel, unter der die BRD und die USA einen Ausgleich ihrer widersprüchlichen Interessen suchen. Den westdeutschen Imperialisten erlaubt sie, im Windschatten der USA zu bleiben, ihre Interessen im Mittleren Osten und der Dritten Welt überhaupt auszudehnen und gleichzeitig ihre Liebäugelei mit der Sowjetunion zwecks Ostpolitik fortzusetzen. Über diesen Kurs scheint sich Schmidt mit dem französischen Ministerpräsidenten verständigt zu haben. Der BRD soll er ermöglichen, sich an der südlichen Flanke Europas breitzumachen. In der Türkei hat sich der westdeutsche Imperialismus bereits zum Hauptkommanditisten der NATO und der EG aufgeschwungen.

Für die britischen Imperialisten teilte Lord Carrington nach der EG-Außen- [illegible] er die Arbeitsteilung noch nicht so recht verstehe. Man muß ihm das nicht abnehmen. Er versteht sie ganz gut. Bei dieser Arbeitsteilung bliebe aber für die britischen Imperialisten nicht allzuviel übrig. Sie laufen Gefahr, wirtschaftlich ausgebootet zu werden und damit auch in der EG weiter ins Hintertreffen zu kommen. Ihre bedingte Fähigkeit zu strategischen Militäreinsätzen außerhalb Europas würde dann ebenfalls weiter untergraben. Die Vorteile der ehemaligen Weltkolonialmacht würden sich gerade in Europa bei einer anderen „Arbeitsteilung" vielleicht besser auszahlen. Die britischen Imperialisten wollen sich den USA als globaler Militärpartner an die Seite stellen. Da das aus Gründen der wirtschaftlichen Basis braucht, kämpfen sie weiterhin mit Nachdruck für eine Umschichtung des EG-Haushaltes zu ihren Gunsten. Giscard d'Estaing spielte bei der Pressekonferenz mit Schmidt auf diese Affäre an: „Es wäre enttäuschend, ja unwürdig, wenn unter den gegenwärtigen Umständen zusätzliche Differenzen im Schoße der Gemeinschaft auftauchen würden." Auf der Außenministerkonferenz in Brüssel wurde dann alles versucht, um den Briten die „besondere europäische Rolle" nahezulegen. Aber diese besondere europäische Rolle für die „Stabilisierung der Region", die nach Genscher den Mittleren Osten, Westasien und die Türkei umfaßt, ist nicht den britischen Imperialisten, sondern den westdeutschen und französischen Imperialisten auf den Leib geschrieben. Kooperation mit der Dritten Welt ist dabei das Stichwort. Zentriert werden soll dies strategische Feld rund um das Mittelmeer, was Frankreich auf eine führende Rolle hoffen läßt und die BRD zu verstärktem Druck auf Italien und die neuen EG-Länder Spanien, Portugal und Griechenland veranlassen wird, um die strategischen Nachteile auszugleichen. In Mitteleuropa selber haben die BRD-Imperialisten sowieso die stärkere Stellung.

Gleichzeitig aber stehen die US-Truppen in der BRD, deren Position durch den Mittelstreckenbeschluß bedeutend verstärkt worden ist. Einen sowjetischen Angriff würde die BRD als erste erleiden. Was also bleibt von der „besonderen europäischen Rolle" für das Volk? An der lebensgefährlichen Vorherrschaft der beiden Supermächte ändert sich nichts, und die Verwicklung in ihre Rivalität wird verstärkt. Nicht Arbeitsteilung in Blöcken, sondern Blockfreiheit ist nötig, vor allem ein demokratischer Friedensvertrag. Und Volksbewaffnung. Oder soll man weiter auf Entspannung hoffen?

Die Klassengegensätze in Polen spannen sich von neuem an



Am 31. Januar streikten in Gdansk 100 Werftarbeiter gegen die Entlassung einer Sprecherin der Belegschaft, Frau Walentynovicz, bekanntes Mitglied der vor einem Jahr gegründeten Gewerkschaft der Küstenstädte. – Bei „Elektromontaz" in Gdansk bildeten Arbeiter nach Entlassungen einen Ausschuß mit 70 Mitgliedern. Eine Kundgebung vor dem Betrieb am 1. Februar wurde durch persönliche Verwarnung von 190 Arbeitern unterdrückt. – In Warschau wurden zwei Bauern wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu Gefängnis verurteilt. Arbeiter- und Bauernkomitees haben zum Boykott der Sejm-Wahlen am 23.3. aufgerufen. Bauern in Zbrosza-Duza planen einen Milchablieferungsstreik am 11.2.

Vietnam: Expansionismus verschärft innere Widersprüche

Säuberung der KP Vietnams / Regierungsumbildung / Anhaltende Trockenheit trifft die Kriegswirtschaft schwer

z.hku. Zum 50. Jahrestag der Gründung der KP Vietnams hat die herrschende Le Duan-Clique mit der Ausgabe von Partei-Mitgliedsbüchern begonnen. In einer Durchhalte-Rede am 2.2. hat Le Duan angekündigt, Vietnam werde „sich noch enger mit der Sowjetunion zusammenschließen" und die „besonderen Beziehungen zwischen den indochinesischen Brudervölkern" verstärken. Noch scheut er das Wort „Indochina-Föderation". Die Ausgabe von Mitgliedsbüchern diene „der Säuberung der Partei von korrupten und degenerierten Elementen". In der Woche zuvor ist stillschweigend die halbe Regierung ersetzt worden: Verteidigungsminister Giap, Außenminister Trinh, die Minister für Planung, Inneres, Außenhandel und Transport. Über die Gründe wurde nichts bekannt, Giap soll stellvertretender Ministerpräsident geblieben sein.

Wie das im einzelnen auch ist, die Säuberung dient – unter dem Vorwand des Kampfes gegen die verhaßte Korruption – tatsächlich der restlosen Umwandlung der kommunistischen Partei in den Unterdrückungsapparat der herrschenden Klasse. Am 22.1. hat die Zeitung *Nhan Dan* die Parteimitglieder aufgefordert, „eine strikte Kontrolle über die Meinungen und Stimmungen" der Menschen auszuüben, damit die „öffentliche Ordnung" gesichert bleibt. Einige Leute im Land würden „in Zusammenarbeit mit ausländischen Agenten Gerüchte ausstreuen, die Politik des Landes verleumden und zu Sabotage und Aufruhr anstiften". In vielen Fällen würden Parteimitglieder dem zusehen und es sogar mitmachen (nach Xinhua, 23.1.).

Es kann gar nicht anders sein, als daß das Aufbegehren der vietnamesischen Arbeiter und Bauern gegen die Expansionspolitik der Le Duan-Clique und deren Folgen bis in die Reihen der Partei hineinreicht. Der nächste Jahrgang wird bereits für den Aggressionskrieg ausgehoben. Die Versorgung des Volkes droht sich weiter zu verschlechtern: nach der vollkommen ungenügenden Reisernte von 1979 herrscht jetzt in Nordvietnam große Dürre, die durch die Vernachlässigung des Bewässerungssystems und den Mangel bei allen landwirtschaftlichen Produktionsmitteln schwere Einbußen bei der Sommerernte bringen wird. Schon jetzt sind die Rationen auf 7–9 kg Grundnahrungsmittel („Reis-Einheiten") im Monat heruntergesetzt, davon 2–4 kg Reis. 12 kg Reis ist der normale Verbrauch in Südostasien.

Die Revisionisten ziehen daraus Schlüsse nach ihrer Expansionistenlogik. 250000 Kolonisten haben sie in Kampuchea angesiedelt, die endlich liefern sollen; Raum für weitere Kolonisten soll geschaffen werden, um das Ernährungsproblem Vietnams zu dämpfen. Diese Pläne scheitern jedoch am Widerstandskrieg des Demokratischen Kampuchea. Den Besatzertruppen ist es in den letzten Wochen keineswegs gelungen, sich ein freies Aufmarschgebiet zu schaffen für den geplanten Ausrottungsfeldzug im Westen des Landes; mit Unterstützung der Volksmassen operieren die Kämpfer Kampucheas erfolgreich auch im Osten und im Zentrum des Landes. Die Besatzer rüsten jetzt zu Angriffen auf die Verbände des Demokratischen Kampuchea und die Lager entlang der Grenze mit Thailand. Diesem droht Vietnam: es müsse die Lager liquidieren, sonst habe es selbst „alle fatalen Folgen zu tragen".

Korea: Wiedervereinigungsverhandlungen auf Initiative der DVR Korea wiederaufgenommen



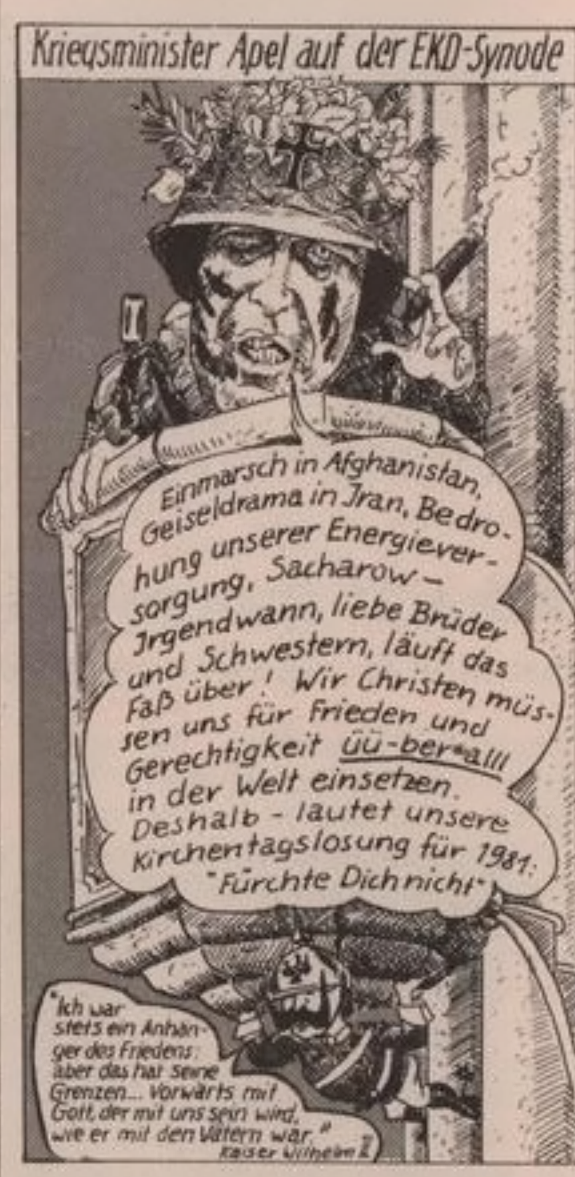
Regierungsvertreter vereinbarten am 6.2. als erstes eine direkte Telefonverbindung beider Regierungen. 1973 waren die ersten Verhandlungen (Bild) an der von den USA diktierten Verhandlungsstrategie Südkoreas gescheitert.

z.lup. **Nachdem das Exekutivkomitee der nationalen Olympischen Komitees die Boykottforderung zurückgewiesen hatte, tönte Lord Killanin: „Die Olympischen Spiele werden in Moskau stattfinden, oder sie werden nicht stattfinden.“** Daß sie woanders stattfinden, hatte Carter vorgeschlagen, um die Boykottforderung in eine Propagandawaffe für den US-Imperialismus umzumünzen. Und während verschiedene Sportfunktionäre in Betrachtungen über die „Trennung von Sport und Politik“ schwelgen, beschloß ein New Yorker Gericht in 1. Instanz, die taiwanesische Delegation unter der Flagge „Republik China“ auftreten zu lassen. – Die Länder der Dritten Welt setzen sich in ihrem Widerstand gegen die Moskauer Olympiade erfolgreich gegen Umarmungsversuche des US-Imperialismus zur Wehr. Die Spritztour Muhammed Alis durch Afrika ist anders ausgegangen, als Carter sich das gedacht hatte. Der Beschluß der Konferenz der islamischen Staaten lautet: Boykott der Olympischen Spiele in Moskau, solange sowjetische Soldaten Afghanistan besetzen. Von Verlegung ist da nicht die Rede. Weit über 40 Länder der Dritten Welt unterstützen inzwischen die Boykottforderung. Die Sozialimperialisten unternehmen einiges, um die Länder der Dritten Welt unter Druck zu setzen. Gratistickets nach Moskau, die sowjetische Sportfunktionäre gegenwärtig in Lateinamerika anbieten, sind nur die Spitze des Eisbergs. Gegenüber Uganda haben die Sozialimperialisten das Angebot, die Reisekosten zu decken, direkt mit Kreditverhandlungen verknüpft. Es ist sicher, daß ein Boykott der Moskauer Olympiade, gestützt auf den Zusammenschluß der Arbeiterbewegung der imperialistischen Länder mit den Ländern der Dritten Welt, die Expansionspläne der Sozialimperialisten spürbar pläne der Sozialimperialisten spürbar treffen wird. Der IOC wird dann die Moskauer Olympiade nicht retten können.

z.gab. **Die Renten sollten auch künftig den Nettolöhnen folgen, mit diesem Vorstoß hat der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Egon Lutz die Fortsetzung des Rentenbetrugs angekündigt.** Mit seiner These, der Rentner habe keinen Anspruch darauf, daß seine Rente alljährlich stärker steige als die verfügbaren Einkommen der Arbeiter und Angestellten, die mit ihren Beiträgen die jährlichen Rentenerhöhungen finanzieren müssen, empfiehlt er der Wehner-Kommission: in der Rentendebatte darf es keine Tabus geben. Sowieso hat die Wehner-Kommission, über deren Vorschläge einer „Rentenreform 1984“ der SPD-Parteirat am 21. Februar entscheiden soll, bereits die Bruttolohnanpassung „auf weitere Sicht als gar nicht wünschbar“ in Frage gestellt. (Eilig wurde dieser Vorstoß des eifrigen Sozialdemokraten wieder dementiert.) Natürlich werde man zur bruttolohnbezogenen Rentenanpassung zurückkehren, hatte Ehrenberg in der vergangenen Woche im ARD-Fernsehen versichert. Man denke gegenwärtig nicht an eine Nettolohnanpassung, ... „im Gespräch sei allerdings eine schrittweise, ganz behutsame Beteiligung der Rentner an ihnen gewährten Dienstleistungen, etwa 1 bis 2% bis hin zum halben Satz des Krankenversicherungsbeitrages entsprechend dem Arbeitnehmeranteil zur Krankenversicherung. Dies ist der eine Teil der Wehner-Vorschläge, der zweite Teil ist die Besteuerung der Renten selber, mit deren Hilfe die angekündigte „Rückkehr zur Bruttoanpassung“ zu einer weiteren noch kräftigeren Rentensenkung führen soll als 1976 – freilich ohne den verruchten Nachruf des Rentenbetrugs. Nun hat die Wehner-Kommission Anfang Februar verlauten lassen, die Rentenbesteuerung sei vom Tisch – zumindest vorerst –, zumal die unterschiedliche Besteuerung von Sozialrenten und Beamtenpensionen derzeit Gegenstand einer Überprüfung des Bundesverfassungsgerichts sei. Eines ist sicher, ist es Ehrenberg gelungen, mit dem 21. Rentenanpassungsgesetz die Durchschnittsrente von 46,3% des Bruttolohns 1977 auf gegenwärtig 44,5% zu senken, so wird mit dem Krankenversicherungsbeitrag diese Rate um weitere Prozentpunkte abgesenkt werden.

z.rua. **Die Bundesregierung will zum 1.1.81 eine Neuordnung des Betäubungsmittelgesetzes von 1972 in Kraft setzen.** In 1. Lesung wurde darüber am 25.1.80 im Bundestag beraten. Innenminister Baum propagiert dabei die „Integration des Therapiegedankens in das Strafrecht“. 40000 bis 50000 vorwiegend Jugendliche sind es zur Zeit, deren Lebensumstände sie zur Flucht in den Drogenkonsum veranlassen. Arbeitskraft, die der Bourgeoisie nur beschränkt oder gar nicht zur Verfügung steht. „Wir müssen in die Betriebe, in die Diskotheken und Jugendclubs hinein, um die Gefährdeten aufzuspüren – und zwar bevor sie drogensüchtig geworden sind“, kündigte Staatssekretär Wolters bereits im September die verstärkte Bespitzelung der Jugend an. Nach dem neuen Gesetz soll die Höchststrafe von 10 auf 15 Jahre steigen. Straffreiheit wird dem versprochen, der Drogen „in geringen Mengen“ konsumiert, wenn er den Behörden Auskunft über Bezugsquellen gibt und sich unter staatlicher Führungsaufsicht zum Entzug bereiterklärt. Die „Verherrlichung des Rauschgiftmißbrauchs“ soll mit mindestens 1 Jahr Gefängnis bestraft werden. Straffrei wird die Einfuhr „geringer Mengen“. „Spiegel“-Chef Augstein kann also unbesorgt Marihuana importieren.

z.ebk. **Bundesgesundheitsministerin Huber hat den Bericht der Kommission „zur Auswertung der Erfahrungen mit dem reformierten § 218“ übergeben, der vom Parlament 1974 angefordert worden war, als die Regierungskoalition die Fristenlösung beschloß.** Nach dem Spruch des Bundesverfassungsgerichts verordnete das Parlament die Kontrolle und Bespitzelung der Volksmassen durch „Beratungs“stellen. Die Kommission mußte feststellen, daß die Massen die Beratungsstellen ablehnen: „Die Annahme, Frauen könnten durch die Beratung dazu motiviert werden, ihr Kind zu behalten, hat sich als Fiktion erwiesen; nahezu 90% aller Frauen haben ihre Entscheidung bereits getroffen, wenn sie zum Berater gehen“. „Rund 40% der Befragten befürchteten Ablehnung und Feindselig- fürchteten Ablehnung und Feindselig-keit sowie Willkür von Ärzten und Beratern. Bei den Frauen, die bereits einen Abort vornehmen ließen, sind es sogar 56%.“ Erbost spricht die „Welt“ von einem „halben Fehlschlag der Reform des § 218“ und stellt fest, daß auch die Kampagne der k[illegible]lischen Bischöfe nichts gefruchtet hat, die Abtreibung als Mord bezeichneten. Die Regierung verfolgt den Kurs des weiteren Ausbaus der staatlichen Einmischung und Überwachung. Dabei muß sie das Problem lösen, wie sie die unter der Führung caritativer und kirchlicher Verbände arbeitenden Beratungsstellen und Berater sowie die Ärzte unter staatliche Fuchtel bekommt. „Modellversuche“ dafür hat sie in Auftrag gegeben.



z.wig. **Gleich nach Aufhebung der Sanktionen gegen Rhodesien ist eine Kapitalistendelegation aus der BRD nach Zimbabwe gereist.** Genau wie entsprechende Delegationen aus Großbritannien, den USA, Frankreich und Japan haben die westdeutschen Experten die Lage bezüglich Rohstoffausbeutung und Waren- und Kapitalexport sondiert. Auf zwei Gebieten brauche Zimbabwe vor allem Investitionen: 1. Bei der Ausrüstung von Landwirtschaft und Industrie mit moderner Maschinerie und neuen Anlagen und 2. beim Ausbau des Transports und Verkehrssystems. Vor überschwänglichem Optimismus sei aber gewarnt, ließ die Delegation verlauten. Erstens hinge viel vom Ausgang der Wahlen ab. Zweitens dürften die „starken Beziehungen“ Großbritanniens zu seiner ehemaligen Kolonie nicht übersehen werden. In der Tat ist der Vorsprung der britischen Imperialisten bei den Direktinvestitionen in Zimbabwe beträchtlich. Ein erheblicher Teil des britischen Kapitals in Südafrika in Höhe von 16,8 Mrd. DM ist in Beteiligungen an rhodesischen Tochterunternehmen südafrikanischer Firmen angelegt. Zwar rechne man nicht damit, daß Großbritannien seine Stellung im Rhodesienhandel von 1965 wiedererlangt – 1965 bezog Großbritannien 22% des gesamten Exportangebotes Rhodesiens und verschiffte 30% des rhodesischen Importvolumens nach Salisbury – einen erheblichen Vorsprung werde Großbritannien aber auf alle Fälle haben. Die westdeutschen Kapitalisten haben angedeutet, daß sie vor allem Interesse an den sogenannten Großprojekten hätten. VW und MAN planen den Aufbau von Montagewerken. Im Gespräch ist der Ausbau des Telefonnetzes, für das sich die großen Elektromonopole, vor allem Siemens interessieren und der Aus- und Neubau von Eisenbahnlinien nach Südafrika, Sambia, Mozambique und Namibia. Für Sambia hat die Bundesregierung bereits einen Kredit in Höhe von 1,8 Mio. DM für den Aufbau der zerstörten Brücken an der Grenze zu Zimbabwe vergeben. Ein erster Euro-Kredit für Zimbabwe in Höhe von 150 Mio. $ sei bereits bereitgestellt.

Britische Stahlarbeiter in schwieriger Lage

Gewerkschaften brechen erneute Verhandlungen mit den Kapitalisten ab

z.hef.London. Nach 90 Minuten brachen die Tarifkommissionen der Gewerkschaften ISTC und NUB am letzten Donnerstag in London die ersten Verhandlungen mit dem Stahlmonopol British Steel Corporation seit Beginn des Streiks vor sechs Wochen ab. In Vorverhandlungen mit den Generalsekretären und in einem Brief hatten die Kapitalisten angedeutet, sie würden ein neues Angebot vorlegen. Aber das „neue Angebot“ unterscheidet sich kaum vom alten: weiterhin 2% „Erhöhung“ in Form der Absicherung eines *1976* erkämpften Zuschlags, plus *7%* Erhöhung (bisher 6%) des Grundlohns, die aber weiterhin an Bedingungen geknüpft ist, die diese Erhöhung „selbstfinanzierend“ machen sollen (u.a. Zustimmung zu insgesamt 52000 Entlassungen, zu verstärktem Einsatz von Leiharbeitern und Fremdfirmen, zur Aufgabe der 80%-Lohngarantie) sowie (wie bisher) für die ersten drei Monate 4% als Abschlag auf örtlich abzuschließende Produktivitätsabkommen. Der Abschlag wird erst dann gezahlt, wenn die einzelnen örtlichen Abkommen auch geschlossen sind.

Diese Produktivitätsabkommen sind der springende Punkt. Mit ihnen wollen die Kapitalisten die Akkordarbeit im großen Stil einführen und damit zu den „besten und effektivsten Stahlproduzenten der Welt werden“, wie Thatcher das Ziel des britischen Finanzkapitals am Dienstag im Parlament beschrieb. Diese Abkommen brauchen die Kapitalisten jetzt aber in erster Linie von den Stahlproduktionsarbeitern. Das eröffnet ihnen die Möglichkeit, den anderen Gewerkschaften – d.h. den Elektrikern, Mechanikern, Transportarbeitern – weniger üble Produktivitätsabkommen anzubieten.

Deshalb verhandeln diese Gewerkschaften mit über 40000 Mitgliedern unter den 150000 streikenden Arbeitern auch weiterhin separat mit BSC über einen separaten Abschluß. Gelingt den Kapitalisten ein solcher Deal, dann wird die Lage der 103000 Mitglieder von ISTC und NUB noch schwieriger, als sie jetzt schon ist.

Jetzt haben wir solange ausgehalten, jetzt muß es sich auch lohnen, sagen die meisten Arbeiter und Angestellten. „20% ohne Bedingungen“ steht auf den Plakaten der Streikposten. Sie streiken jetzt seit sechs Wochen ohne Streikgeld, die finanziellen Reserven sind fast völlig erschöpft.

Die Frage ist, wer länger aushalten kann, die Stahlarbeiter und ihre Verbündeten oder die Kapitalisten, die Stahl als Rohmaterial brauchen. Trotz der aufgestockten Lager in Vorbereitung des Streiks, fortgesetzter Importe und Produktion in privaten Stahlwerken beißt der Streik jetzt. Immer mehr verarbeitende Betriebe schließen. Die Transportarbeitergewerkschaft TGWU im Nordosten Englands hat alle 14000 LKW-Fahrer aufgefordert, auf keinen Fall in Werke einzufahren, vor denen Stahlarbeiter Streikposten stehen. Am Freitag forderte der Verband der Stahlverbraucher dringende Schlichtungsverhandlungen, weil die Vorräte zur Neige gingen.



Stahlarbeiter vor der Gewerkschaftszentrale während einer Vorstandssitzung

CDU/CSU, SPD, FDP in kombiniertem Steuermanöver

Rezept: Erwartungen dämpfen, Steuer absahnen und dann Steuererleichterung streichen

z.maf. Wer immer gedacht hatte, die Steuerreformversprechungen der Bundesregierungen seien bare Münze, wird sich getäuscht finden. Hinsichtlich der Absichten der Regierung steht lediglich fest, daß in diesem Jahr eine Lohnsteuerrichtigstellung nicht erfolgen soll. Ansonsten ist ein „Paket“ für 1981 versprochen. Es gibt Leute, die solche Versprechungen für etwas Sicheres halten. Wie ist die Lage wirklich?

Am 23.1.80 meldet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“: „Das Bundeskabinett legt die Steuerpläne nicht auf Eis. Die Koalition sieht gegenwärtig keinen Grund dafür ... Mit der Verabschiedung des Gesetzentwurfs durch die Bundesregierung ist erst Ende Februar zu rechnen ... Im übrigen geht aus dem Referentenentwurf hervor, daß das Finanzministerium in einem Punkt die Steuerbeschlüsse vom Dezember korrigiert hat, es soll nicht, wie ursprünglich vorgesehen, ein Kindergrundfreibetrag von 1600 DM je Kind eingeführt werden, sondern ein Steuerabzugsbetrag von 352 DM je Kind im Jahr.“ – Am Steuerpaket wird also montiert.

Am 25.1.80 interviewt die Bildzeitung Matthöfer. „Wir brauchen diese Steuersenkungen. Die Lohnsteuer darf nicht weiter so schnell steigen wie in diesem Jahr.“ – Matthöfer gibt also vom Ref[illegible]paket zu verstehen, daß es lediglich [illegible] Geschwindigkeit der Steuersteigerung ein wenig bremsen wird. So sichert man sich gegen übertriebene Hoffnungen und kann hernach sagen, mehr habe man auch nicht versprochen.

Am 28.1.80 meldet die Bildzeitung: „Bunde[illegible]zler Schmidt denkt daran, schon zugesagte Steuergeschenke zu kürzen oder zu verschieben. Im geheimen Krisengespräch bat der Kanzler den CDU/CSU-Kanzlerkandidaten Strauß, ihn bei der Kürzung der Steuersenkung zu unterstützen. Strauß sagte zu: ‚Auch darüber lassen wir mit uns reden. Wir wollen aber erst einmal die Einzelheiten wissen.‘ “ – Ein Dementi hat dies Kanzler Schmidt nicht abringen können, es wird also stimmen.

Am 31.1.80 meldet sich die Vorsitzende des Finanzausschusses des Bundestages, die FDP-Abgeordnete Mathäus-Maier: „Abstriche oder eine Verschiebung der für 1981 geplanten Steuerentlastung hält die Vorsitzende des Finanzausschusses des Bundestages, Ingrid Mathäus, zur Zeit für voreilig.“ – Man merke, die Sache bleibt offen. Zur Zeit also noch nicht.

Seither tritt der Finanzminister, der das Gerede vom Hinausschieben ins Rollen gebracht hat, als Verteidiger auf. Schmidt hat Sendepause. Die parlamentarische Opposition munkelt, die Steuerreformsache werde den Rentenbetrug vielleicht noch in den Schatten stellen.

Fast scheint es, als habe das Reformversprechen vom letzten Herbst und für 1981 ausgereicht, um die Bewegung gegen die Steuern, die schon ziemlich weit gediehen war, für das ganze Jahr 1980 auszumanövrieren. Sowieso kennt niemand die Bewegung der Inflationsrate und das Tempo der Steuersteigerung hängt aber davon ab. – Man sollte sich aber nicht täuschen lassen. Der Kampf gegen die Steuerlast auf dem Lohn kann nur Erfolg haben, wenn er von den Gewerkschaften geführt wird. Vorderhand ist die Lage da noch nicht gut, weil die IG Metall den Kompromiß über das Schmidt/Matthöfer-Steuerpaket sucht. Aber es mehren sich die gewerkschaftlichen Beschlüsse, die Anbindung des Steuertarifs an den Durchschnittslohn verlangen. Die IG Druck und Papier wird solche Anträge auf ihrem nächsten Gewerkschaftstag, der im Oktober stattfinden wird, vorliegen haben. – Erhöhung des Grundfreibetrages auf 25% des Durchschnittslohns für 1980! Streichung der Steuerklasse V und Ersetzung durch Steuerklasse I!

z.wig. **Einen neuen Mitgliederrekord hat die IG Chemie-Papier-Keramik erzielt.** Um 7245 hat die Zahl der Mitglieder im Jahre 1979 zugenommen. Sie beträgt jetzt 657920. Die bisherige Höchstzahl wurde im Juni 1974 mit 656535 erreicht. Insgesamt wurden 1979 62222 Mitglieder neu aufgenommen, rund 8000 mehr als 1978. Die Zahl der in er IG Chemie organisierten Angestellten ist seit 1975 um 14111 (13,3%) auf 118810 Mitglieder angestiegen. 47600 der in der IG Chemie-Papier-Keramik organisierten Angestellten sind kaufmännische Angestellte, 25800 technische Angestellte, 17150 Chemotechniker und Laboranten, 22850 Meister und 6600 Akademiker und Angestellte in Leitungsfunktion. Wie der Bundesangestelltensekretär der IG Chemie auf der 10. Bundesangestelltenkonferenz am 31.1. bis 2.2. in Duisburg bekanntgab, wurde auch bei den Betriebsratsmitgliedern, die in der IG Chemie organisiert sind, eine Verbesserung erreicht. Von den in den Betrieben des Organisationsbereiches gewählten Angestelltenvertretern in den Betriebsräten stellt die IG Chemie 71,2% aller Betriebsratsmitglieder. 73% sind es bei den Arbeitern.

z.eve. **Ende Dezember hat der Deutsche Caritasverband, Freiburg im Breisgau, eine Stellungnahme gegen das Krankenhausfinanzierungsgesetz herausgegeben.** Das Krankenhausfinanzierungsgesetz hat jetzt den zuständigen Bundestagsausschuß passiert. Der Caritasverband schreibt dazu, daß die „reglementierenden und bürokratisierenden Bestimmungen“ des Gesetzentwurfes auch jetzt noch nicht aus dem Gesetz verschwunden seien. Die Selbstverwaltung der Krankenhausträger werde eingeschränkt und letzten Endes richte sich der Gesetzentwurf nicht nur gegen die Beschäftigten der Krankenhäuser, sondern genauso gegen die Patienten. Staatliche Kostendämpfung müsse dort ihre Grenze haben, wo sie zu Lasten des Menschen ginge. Seit mehreren Jahren versucht das Ehrenbergministerium inzwischen schon ein Gesetz aus diesem Entwurf zu machen. Bisher ist es noch nicht gelungen. Der Gesetzentwurf sieht vor, daß Krankenhäuser, die nach staatlichen Kriterien nicht wirtschaftlich arbeiten, geschlossen werden. In der ganzen BRD gibt es große Initiativen der Volksmassen gegen die Schließung von Krankenhäusern. In Flensburg waren am 24.1. 43000 Unterschriften gegen die Schließung der Klinik Ost gesammelt. Kein Wunder also, daß auch sol-

Die US-Herrschaft über Guatemala wankt

Indianische Bauernmassen treten im nationalen Befreiungskampf an die Spitze

z.ulg. „Die Armee und die Grundbesitzer haben ein weiteres Mal Männer, Frauen und Kinder niedergemetzelt. Desgleichen klagen wir die Soldaten an, die gewaltsam in unsere Gemeinden und Höfe eindringen, unsere Personalpapiere, Photos und die Eigentumstitel auf unser Land zerreißen und die Halsbänder unserer Frauen stehlen. Wir sind entschlossen, unser Leben, unser Land und unsere Gebräuche zu verteidigen."

Diese Erklärung verbreiteten Bauern aus der guatemaltekischen Provinz Quiché am vorletzten Donnerstag über einen kurzfristig besetzten Rundfunksender, um die bevorstehende Besetzung der spanischen Botschaft in Guatemala Stadt zu begründen. Seit vor einigen Jahren in Quiché Öl gefunden wurde, versuchen die beiden US-Konzerne, die das Monopol auf die Förderung haben, und einheimische Großgrundbesitzer, den indianischen Bauern auch noch das bißchen Land zu rauben, das ihnen nach 450 Jahren kolonialer Unterdrückung geblieben ist.

Der US-Imperialismus und das Militärregime, auf das er sich stützt, wollen den Kampf des guatemaltekischen Volkes in Blut ersticken. 39 Menschen kamen ums Leben, als die Polizei die spanischen Botschaft stürmte und – mit Napalm – in Brand setzte. Der einzige überlebende Bauer wurde tags darauf von einer von der Regierung ausgehaltenen Terrorbande aus dem Krankenhaus entführt und ermordet. Zwei Menschen starben, als die Polizei auf die Beerdigungsdemonstration schoß. 3252 Menschen, Gewerkschafts- und Bauernführer, aber auch bürgerlich-liberale Oppositionspolitiker, sind in den ersten zehn Monaten des letzten Jahres von der faschistischen „Todesschwadron" ermordet worden.

Mit 6,6 Mio. Einwohnern ist Guatemala, die Heimat der Maya, das bei weitem bevölkerungsreichste Land Zentralamerikas. Besser als in vielen anderen amerikanischen Ländern haben die guatemaltekischen Indianer ihre Nationalität und ihre Sprachen (mehr als 20) bewahren können. Nach den offiziellen Statistiken sind 45% der Bevölkerung „Eingeborene", weitere 40% „Ladinos", d.h. spanischsprechende Indianer und Mestizen. Die Nachkommen der weißen Siedler stellen eine winzige Minderheit dar, die kaum über die herrschende Grundbesitzerklasse hinausgeht.

Die Kolonialisten raubten das fruchtbarste Land und errichteten darauf riesige Latifundien, die sie mit indianischen Zwangsarbeitern betrieben (die Zwangsarbeit wurde erst 1945 gesetzlich abgeschafft). Ihre eigenen Lebensmittel – hauptsächlich Mais und Bohnen – produzierten die Indianer in der verbleibenden Zeit auf Gemeindeland. Daneben gab und gibt es ein hochentwickeltes Handwerk, dessen Produkte zumeist als Waren produziert und ausgetauscht werden.

Ende des 19. Jahrhunderts begann sich der US-Imperialismus in Guatemala festzusetzen und es in einen Kaffee- und Bananenlieferanten zu verwandeln. An der Küste errichteten die beiden US-Obstkonzerne United Fruit und Standard Fruit Bananenplantagen. Bald übten die beiden Konzerne die unumschränkte Herrschaft über das Land aus. Das indianische Gemeindeland wurde in Privateigentum aufgeteilt. Die Grundbesitzer nutzten die Gelegenheit, weiteren Boden an sich zu reißen. Nach dem letzten Agrarzensus von 1964 besitzen 388 Latifundisten (0,1% der Betriebe) 26% der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Die indianischen Bauern können auf ihren winzigen Parzellen (1964 gab es 365000 Minifundien auf 18,7% der Nutzfläche) mit oft gerade ⅓ ha Land nicht leben. Eine halbe Million etwa ist jährlich gezwungen, sich zur Erntezeit für umgerechnet 2–4 DM/Tag als Wanderarbeiter auf den Kaffee- und Bananenplantagen zu verdingen.

Einen Eindruck von der fortwährenden Verwüstung der Produktivkräfte des Landes durch den US-Imperialismus gibt die Tatsache, daß von den 230290 ha der United Fruit Co. 1950 90% brachlagen, um den Bananenpreis hoch zu halten. Der Versuch des nationalbürgerlichen Präsidenten Arbenz, das brachliegende Land an die Bauern zu verteilen, wurde 1954 durch eine vom CIA angeheuerte Söldnerarmee vereitelt.

Mit der Intervention führten die US-Imperialisten Guatemala wieder seiner „Bestimmung" zu, tropische Agrarprodukte für den kapitalistischen Weltmarkt zu produzieren. Kaffee und Baumwolle trugen 1978 mit 40 bzw. 13% zu den Exporteinnahmen bei, während die Bananenproduktion (u.a. wegen einer Pflanzenkrankheit) stark zurückgegangen ist. Stattdessen lassen die US-Konzerne seit der kubanischen Revolution Zuckerrohr anbauen, heute das drittwichtigste Ausfuhrprodukt. Nach wie vor sind die Großgrundbesitzer die Hauptstütze der Herrschaft des US-Imperialismus.

In den letzten beiden Jahrzehnten hat sich ein kleines (1976: 65000), aber in wenigen, meist US-amerikanischen Betrieben zusammengefaßtes Industrieproletariat herausgebildet. Aus einem Streik der Arbeiter der Coca-Cola-Abfüllfabrik im Oktober 1976 ist ein Nationalkomitee für Gewerkschaftseinheit hervorgegangen. Im Herbst 1978 erzwangen die Gewerkschaften durch einen Generalstreik und Straßendemonstrationen die Rücknahme einer Fahrpreiserhöhung in Guatemala Stadt.

In der Vergangenheit wurden die Kämpfe der Industriearbeiter und der indianischen Bauern meist getrennt voneinander geführt (und niedergeschlagen). In den letzten Jahren haben die Indianer erstmals seit zwei Jahrhunderten wieder begonnen, ihre Kämpfe über den örtlichen Rahmen hinauszutragen. Sie treten an die Spitze der nationalen Befreiungsbewegung und verbinden sich mit dem Arbeitern und revolutionären Studenten. Unter dem bewaffneten Schutz der hauptsächlich aus Indianern bestehenden Befreiungsorganisation EGP (Guerillaarmee der Armen) konnten in verschiedenen Dörfern und Kleinstädten z.T. ganztägige Kundgebungen und Versammlungen durchgeführt werden. Kürzlich hat die EGP mit den beiden anderen Guerillabewegungen eine gemeinsame Leitung gebildet. In der Woche nach der Botschaftsbesetzung vernichtete sie eine Armeepatrouille in Quiché.

1979 haben sich 160 gewerkschaftliche, politische und kulturelle Organisationen zu einer „Demokratischen Front gegen die Repression" zusammengeschlossen, der auch Teile der (schwachen) nationalen Bourgeoisie angehören. Der US-Imperialismus drängt die herrschende Grundbesitzerkaste, die Basis des Regimes um Vertreter der Bourgeoisie zu erweitern, um einer Festigung der nationalen Einheitsfront zuvorzukommen. Der Ausgang der sich anbahnenden revolutionären Krise wird davon abhängen, ob es der jungen guatemaltekischen Arbeiterklasse gelingt, die Führung der indianischen Bauernmassen zu ergreifen.



Beim Begräbnis der erschossenen indianischen Bauern am 5.2. bekräftigten Tausende ihren Willen, die imperialistische Herrschaft zu stürzen.



El Salvador: Demonstranten erwidern das Feuer. 150000 beteiligten sich an der Demonstration des kürzlich erfolgten Zusammenschlusses dreier revolutionärer Volksorganisationen El Salvadors, auch Tausende Landarbeiter. Das Militärregime hat inzwischen die USA um Unterstützung gegen die Volksmassen gebeten.

Nicaragua: Wirtschaftplan für 1980 vorgelegt
Druck der Imperialisten und Sozialimperialisten

z.ror. Die Regierung Nicaraguas hat ihren Wirtschaftsplan für das Jahr 1980 vorgelegt. Nach den Zerstörungen des Bürgerkriegs gegen das Somoza-Regime soll das Bruttosozialprodukt (BSP) um 22% steigen. Dem Plan zufolge stellt die Regierung Investitionsmittel in Höhe von 374 Mio. US-Dollar bereit. 62% der staatlichen Investitionen sind für die Verbesserung des Schul- und Gesundheitswesens und des Wohnungsbaus vorgesehen. 100 Mio. sind für die Landwirtschaft eingeplant, vor allem für die Steigerung der Baumwoll-, Zucker- und Kaffeeproduktion. Bis Ende 1980 sollen 20% der Agrarproduktion, 70% des Wohnungsbaus, 25% der industriellen Warenproduktion und 55% der Dienstleistungen auf den staatlichen Sektor entfallen. Die Regierung hat erklärt, daß die Kreditbedürfnisse bei etwa 450 Mio. $ liegen. Sie sollen ausschließlich vom Ausland befriedigt werden.

Um die Verabschiedung dieses Wirtschaftsplans hat es heftige Auseinandersetzungen gegeben, eigentlich sollte der Wirtschaftsplan schon im Oktober/November verabschiedet werden. Die Bourgeois forderten, daß das Privateigentum nach den Enteignungen des Somoza-Clans garantiert werden müßte, den Unternehmen bessere Kreditbedingungen eingeräumt werden müßten und die Regierung sich darum zu bemühen habe, die Gewerkschaften im Zaum zu halten und die Enteignungen in der Landwirtschaft zu beenden, da sie sonst nicht zu Investitionen bereit seien. Hinter ihnen stehen die westlichen Imperialisten. Sie erhoben auf einer Konferenz von 100 Privatbanken und durch den Vertreter des IWF, der im November Nicaragua bereiste, die Forderung, daß in Nicaragua die Privatwirtschaft unangetastet bleibt und die Schulden des Somoza-Regimes anerkannt werden, da ansonsten mit einer Stundung der Kreditrückzahlungen und neuen Krediten nicht zu rechnen sei. Die Regierung hat diesen Forderungen weitgehend nachgegeben. Die Auslandsschulden wurden anerkannt, mit Ausnahme der Waffenlieferungen an das alte Regime. Das Dekret über die Enteignung des Somoza-Clans und anderer Großgrundbesitzer wurde außer Kraft gesetzt und dem Privatkapital „vitale" Bedeutung zuerkannt. Weder in der Industrie noch im weiterbestehenden Großgrundbesitz soll es weitere Enteignungen geben. Von den heute über 100000 Arbeitern Nicaraguas arbeiten nur 13000 in nationalisierten Betrieben.

Die für die Entwicklung der Landwirtschaft vorgesehenen 100 Mio. $ sollen fast ausschließlich zur Steigerung der Produktion von drei landwirtschaftlichen Exportgütern eingesetzt werden, Baumwolle, Kaffee und Zucker (sie machten 1978 allein 56% des Gesamtexportes aus), während das Ernährungsproblem noch nicht gelöst ist. Am Gesamtimport machen die Lebensmittel den zweitgrößten Einzelposten aus. Und erst kürzlich erklärte die Regierung, daß zur Bewältigung der unmittelbarsten Ernährungsprobleme kurzfristig für 25 Mio. $ Getreide eingeführt werden müßte. Die Ausrichtung auf den Export zwingt zur Einfuhr teurer Lebensmittel, anstatt durch die nationale Produktion ausreichende und billige Nahrungsmittel bereitzustellen. Ohne daß das Nahrungsmittelproblem gelöst wird, ist an den Aufbau einer unabhängigen nationalen Wirtschaft nicht zu denken. – In der Landwirtschaft arbeiten 45% aller Beschäftigten, in der Industrie nur 15%. Der Großgrundbesitz hemmt die Entfaltung der landwirtschaftlichen Produktivkräfte. Der Anteil der Landwirtschaft am Bruttosozialprodukt liegt nicht höher als der der Industrie, nämlich bei 23%. Die Übergabe des Landes an die Bauern und die Nationalisierung zumindest der Schlüsselindustrien müßten daher das Herzstück der nationaldemokratischen Revolution und ihres Wirtschaftsprogramms sein.

Dem Druck der westlichen Gläubiger nachzugeben, öffnet zugleich dem Sozialimperialismus die Tür. Mit über 2000 kubanischen Lehrern, einer größeren Zahl von Ärzten und Technikern sowie militärischer Berater zum Aufbau der neuen Armee ist er bereits im Land. Die Regierung hat jetzt die revolutionäre Zeitung „El Pueblo", eine der drei Tageszeitungen Managuas, verboten, weil sie die Weiterführung der Agrarreform und Maßnahmen gegen den Einfluß des Sozialimperialismus verlangte. Mit Recht. Das Wirtschaftsprogramm für 1980 lehnt sich an das kubanische Modell an, seine Ausrichtung auf wenige landwirtschaftliche Exportgüter macht Nicaragua offen für die Eingliederung in das System der „internationalen Arbeitsteilung" der Sozialimperialisten.

---

che Verbände wie die Caritas sich gegen das Krankenhausfinanzierungsgesetz aussprechen.

z.bur.Bayreuth. **11 Lokale in Bayreuth haben „Off-Limits", Verbot für amerikanische Besatzer in Bindlach.** Es sind in der Regel Diskotheken. Drogenhandel, Schlägereien und Belästigungen von Frauen sind die Anlässe dafür. Ein Lokal hat „Off-Limits" erst seit 79, seit ein Gast totgeschlagen wurde. „Lieber schließe ich mein Lokal, als daß ich das Off-Limits entferne", sagte ein Wirt auf Druck der „Öffentlichkeit". Öffentlichkeit ist die CSU-Stadtratsfraktion mit einer Reihe von Leserbriefen, mit einer Unterschriftensammlung des RCDS und einer neugegründeten Bürgerinitiative Olga (Off Limits go action). Sprecher der Initiative: Oberleutnant Gersky. US-Oberstleutnant Warner Stanley III hatte im November dem OB Wild (SPD) Druck gemacht, so daß jetzt auch die SPD eine Resolution gegen die Off-Limits-Wirte verabschiedete. Nur ein Wirt hat bisher das Verbot entfernt. Neuerdings kümmert sich auch die „Süddeutsche Zeitung" um das „Off-Limits". In ihrer Umfrage, veröffentlicht am 5.2., schnitt Bayreuth am schlechtesten ab, was aber nicht heißt, daß in anderen Städten das Verhältnis zwischen Volk und Besatzern besser ist. „Das Miteinander der Nationen ist noch nicht deshalb so gut, weil es hier (Regensburg) nur wenige US-Soldaten gebe", sagte der Vorsitzende des Oberpfälzischen Hotel- und Gaststättenverbandes. Ähnlich wie in Augsburg soll in Bayreuth die Beziehung mit den Besatzern mit Drohung des Konzessionsentzugs durch die Stadt „verbessert" werden.

z.res. **12 Jahre Haft beantragte die Staatsanwaltschaft für Lischka und Hagen, fünf Jahre für Heinrichsohn wegen Beihilfe zum Massenmord an über 50000 Juden, die in KZs in Polen umgebracht wurden.** Die „historische Chance, daß man wegen einer scheinbar legalen und der Regierung wohlgefälligen aber verbrecherischen Betätigung zur Rechenschaft gezogen werden kann," sah der Staatsanwalt und sonnte sich im Wohlgefallen der Presse und der Nebenkläger, von Serge Klarsfeld bis zum Ostberliner Anwalt Kaul. Das Gericht erließ trotz des Antrags der Staatsanwaltschaft keinen Haftbefehl. Hatten sich Lischka als Oberregierungsrat, Hagen als Geschäftsführer einer Maschinenfabrik und Heinrichsohn als Rechtsanwalt und Bürgermeister nach dem Kriege doch einige Meriten verdient. Das Urteil soll in dieser Woche gesprochen werden. Schwerlich wird das Gericht um eine Bestrafung herumkommen. Dazu ist der öffentliche Druck zu stark. Schreibtischtäter aus den eigenen Reihen abzuurteilen, ohne dabei selbst was abzukriegen, ist aber nicht einfach.

z.kak. **Die ÖTV Bayern hat erstmalig für die rund 1500 Arbeiterinnen und Arbeiter des Bayerischen Roten Kreuzes (BRK) zum 1.1.80 einen Tarifvertrag abgeschlossen.** Dies ist der erste für Arbeiter in einem Verband des Roten Kreuzes in der BRD überhaupt. Bereits zum 1.1.1978 hatte die ÖTV Bayern Tarifverträge für die Angestellten des BRK durchgesetzt. Im ÖTV-Magazin 2/80 wird vermeldet: „Das BRK ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Insoweit erfaßt der Tarifvertrag die tarifrechtlichen Bestandteile, wie sie für die Arbeiter des öffentlichen Dienstes bei den Ländern gelten. Das betrifft vor allem die Höhe der Löhne, das Urlaubsgeld, die Zulagen und sonstige Zuwendungen." Die Grundlöhne liegen somit in Bayern lt. BAT zwischen 1485,63 DM in LG II und 2344,32 DM in LG IX. Ebenso soll bald für die Schwesternschaften beim BRK ein Tarifvertrag durchgesetzt werden.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Wolfgang Müller / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27–29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876–77, Redakteur: Bernd Schwingboth / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL – a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst

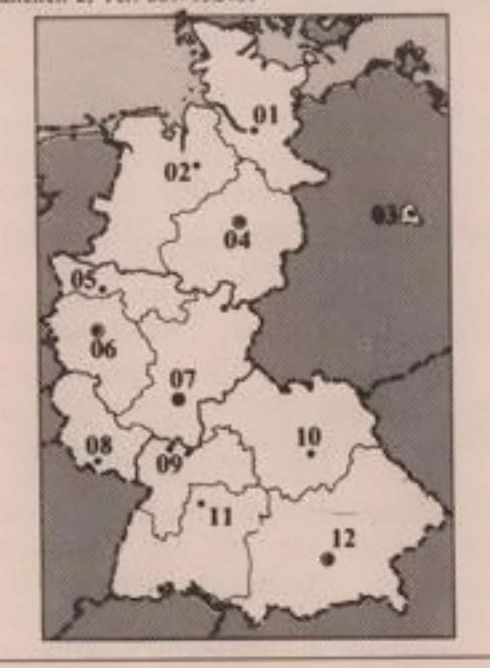
Alle Hefte erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2)**, Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3)**, Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4)**, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5)**, Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6)**, Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7)**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8)**, Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9)**, J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10)**, Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11)**, Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12)**, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



r.diw. **Etwa 3500 Studenten demonstrierten am Donnerstag in Göttingen gegen die von Universitätspräsident Kamp für den 14. Februar angekündigte zwangsweise Räumung der Augenklinik, die mittlerweile schon über ¼ Jahr besetzt gehalten wird.** Die Forderungen waren: „Keine Räumung der Augenklinik“, „Freigabe des alten Klinikums als Wohnraum“ und „Rücknahme des Ultimatums“. Mit mehreren Auflagen versuchte die Stadt, die Demonstration zu schikanieren. Gleichzeitig hat Kamp einen „Appell an die Einsicht“ losgelassen, in dem er sein Ultimatum noch mal bekräftigt.



b.hek. **Rampenarbeiter bei Karstadt-Mönckebergstraße setzen Schutzkleidung gegen die Kälte durch.** Eisige Kälte herrscht an Frosttagen an den Rampen und Ladehöfen. Auf dem neuen Ladehof von Karstadt-Mönckebergstraße gibt es keine Heizeinrichtung. Der Hof liegt im Keller und ist durch einen Tunnel mit dem Freien verbunden, so daß es durchaus möglich wäre, ihn zu heizen. Die Forderung der Arbeiter, Heizeinrichtungen einzubauen, wurde abgelehnt, es müsse Energie gespart werden. Stattdessen haben die Arbeiter jetzt Westen bekommen. In anderen Betrieben ist solche Winterkleidung längst durchgesetzt, so z.B. im Hafen und bei HAW. Die Arbeiterklasse hat sogar gesetzliche Regelungen durchgesetzt, die die Kapitalisten dazu verpflichten, Arbeitsplätze im Freien winterfest zu machen und allseits umschlossene Räume „zu erwärmen und so weit wie möglich zugfrei abzudichten. Ist dies in Ausnahmefällen nicht möglich, so ist den Arbeitnehmern Schutzkleidung zur
Arbeitnehmern Schutzkleidung zur
Verfügung zu stellen.“ (Arbeitsschutzverordnung für Winterbaustellen vom 1.8.68 in der Fassung vom 23.7.74 - gilt für alle Branchen). Um diese gesetzliche Pflicht drücken sich die Karstadt-Kapitalisten. Andere Arbeiter von Karstadt, u.a. die LKW-Fahrer, fordern jetzt, ebenfalls Westen gestellt zu bekommen.

b.tis. **Neuer Staatsrat der Hamburger Schulbehörde: Dr. Peter Düwel.** Im



„Reich der sittlichen Werte“ ebenso bewandert wie sein bisheriger Dienstherr Albrecht, bringt er praktische Erfahrung als Leiter des Justizprüfungsamtes und Abteilungsleiter Strafverfahren im Justizministerium mit.

b.sal.Brunsbüttel. **Die Brunsbütteler und Eddelaker Bauern fordern die Übernahme der Beiträge für den Ausbau der Wirtschaftswege durch die Stadt Brunsbüttel.** Insgesamt sollen 16 Wirtschaftswege nach dem EAGFL-Programm, welches beinhaltet, daß 70% der Kosten von der EG und dem Land, die restlichen 30% von der Stadt bzw. von den Anliegern getragen werden. 320000 DM beträgt das Kostenvolumen. Die Bauern wollen mit der Begründung die Kosten nicht tragen, daß entsprechende Beiträge im ganzen Kreis nicht erhoben würden und die Wirtschaftswege (im Nahbereich der Kali-Chemie, Condea-TEXACO und der Ostermoorer Fähre) in immer größerem Umfang von der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung benutzt werden, sodaß es teilweise auch zu Behinderungen des landwirtschaftlichen Verkehrs kommt. Der auf der Versammlung der Bezirksbauernverbände Brunsbüttel und Eddelak anwesende Bürgermeister Austermann konnte der Forderung zustimmen, weil die Bauern unnötigerweise ein großes Zugeständnis gemacht haben: Sie wollen für die Kostenbefreiung die für den Ausbau erforderlichen Flächen entschädigungslos zur Verfügung stellen und die laufende Unterhaltung der nicht befestigten Teilflächen übernehmen. – Über den Druck der Kostenbeteiligung der Bauern hat sich so der Magistrat der Stadt Brunsbüttel deren Verzicht auf Entschädigungsansprüche erzwungen. Es ist überhaupt nicht einzusehen, wieso die Stadt nicht für die benötigten Flächen zahlen soll.

r.hek. **Die Schüler haben den Kampf gegen die Pläne des Kultusministers des Landes Schleswig-Holstein Bendixen zur Verschärfung der Auslese verstärkt.** Bereits kurz nach seiner Amtsübernahme hat er verschiedene Maßnahmen angekündigt. Für die Gymnasien ist eine Verschärfung der Studienstufe jetzt in Kraft, die vorsieht, im Prüfungssemster ebenfalls voll Unterricht zu erteilen. Durch verschiedene weitere Regelungen wird der Notendruck verstärkt. Für die Orientierungsstufe ist vorgesehen, die Entscheidung der Eltern über den Schulbesuch ihrer Kinder einzuschränken. In der Hauptschule soll der Unterricht verschlechtert werden. Die Lehrer sollen an der PH jetzt in drei statt in zwei Fächern ausgebildet werden, um damit flexibler eingesetzt werden zu können. Gegen diese Maßnahmen gibt es erheblichen Widerstand. Am 15.12. führten die Schüler eine Demonstration gegen den neuen Studienstufenerlaß mit 2000 Teilnehmern durch. Die Landesschülervertretungen der Berufsbildenden Schulen und der Gymnasien haben eine gemeinsame Demonstration für den 22. März beschlossen. Auf der letzten Konferenz der Schülervertretungen für Berufsbildende Schulen wurde ein Aufruf für diese Demonstration beschlossen. U.a. sind folgende Forderungen enthalten: Niemand darf aufgrund der jetzigen oft schlechten Ausbildungsbedingungen durchfallen! Weg mit den Punkte- und Zensurensystem! Nicht mehr als 28 Stunden Unterricht pro Woche, 5-Tage-Woche! Abbau der Stoffülle in den Le[illegible]änen! Die dort anwesenden Vertreter der DGB-Jugend und der GEW haben diesen Aufruf in den wesentlichen Punkten unterstützt. Der Landesju-
Punkten unterstützt. Der Landesju-
gendausschuß des DGB berät an diesem Wochenende über die Unterstützung des Kampfes der Schüler.

b.inb. **Hamburg. Die Schulbehörde hat einen Entwurf für eine neue Verordnung für die Vorbereitung zum Zweiten Staatsexamen (VVZS) ausgearbeitet.** Kern des Entwurfs ist eine weitere Stärkung des Behördeneinflusses auf die Prüfung. So soll der ausbildende Lehrer in Zukunft bei der Lehrprobe kein Stimmrecht mehr haben, sondern nur noch die Seminarleiter und der Oberschulrat. Zu oft hat die Behörde die Erfahrung gemacht, daß die Ausbilder die Referendare unterstützt haben. Darüberhinaus soll die Gesamtnote der Prüfung im Zweifelsfall nach unten abgerundet werden: z.B. bei einem Durchschnitt von 2,5 auf 3. Der Entwurf, der ab Sommer in Kraft treten soll, sieht weiter vor, daß Referendare zu bedarfsdeckendem Unterricht eingesetzt werden können, d.h. auf Planstellen, für die ausgebildete Lehrer eingestellt werden müßten. Die GEW und der Referendarausschuß beraten gegenwärtig Forderungen und Kampfmaßnahmen gegen den VVZS-Entwurf.

b.peb. **Die HBV-Betriebsgruppe der HANSE-MERKUR-Versicherung beschloß eine Gehaltsforderung von 180 DM/9,5%.** In einem Leserbrief an den „Ausblick“ heißt es dazu: „Da bei den Kolleginnen und Kollegen der unteren Gehaltsgruppen für Grundbedürfnisse ein relativ höherer Anteil ihres Gehaltes draufgeht, halten wir die Aufstellung einer DM-Mindestforderung für ein Gebot der gewerkschaftlichen Solidarität unter allen HBV-Kollegen. Käme z.B. ein Abschluß von 9,5% zustande, hieße das immer noch für 20% der Kollegen ... einen Gehaltsanstieg von weniger als 180 DM.“

b.mos. **Der bisherige rechte Asta der Uni Kiel wird abgelöst durch einen Juso-Basislisten-Asta.** Die Fachschaftsgruppen kandidierten in diesem Jahr statt mit möglichen 11 nur mit 9 Kandidaten und ohne einheitliches Programm. Bei den Fachschaftswahlen an den Fachbereichen wurden allerdings sehr viel mehr Studenten mit gewerkschaftlichem Programm oder aus den Fachschaftsgruppen gewählt. Rund 2900 Studenten gaben dafür ihre Stimme ab. Das drückt einen Fortschritt in der gewerkschaftlichen Bewegung aus, auch wenn sich das im Studentenparlament noch nicht niederschlägt. Der neue Asta hat eine enge Zusammenarbeit mit den Fachschaften angekündigt. Dadurch wird man ihn auf richtige Festlegungen zwingen können. So hat z.B. die Fachschaft Agrar in der Vorbereitung auf die VDS-MV einstimmig beschlossen, daß der Asta auf der MV einen Antrag einbringen soll, der enthält: Anbindung des Bafög an den Durchschnittslohn, jetzt 730/1460 DM. Auch die anderen Fachschaften beraten über solche Anträge an den Asta.

Liste	Stimmen
Jumbo*	3296
Demokraten 78**	2215
Fachschaftsgruppen	719
SHB	524
MSB	217

* gemeinsame Liste von Jusos und „basisorientierten Linken“
** RCDS und Grundgesetzstudenten

b.ros. **Laut § 30 der Polizeilaufbahnverordnung Schleswig-Holsteins müssen Eignung, Befähigung und Leistung der Polizeibeamten mindestens alle 5 Jahre sowie vor jeder Beförderung beurteilt werden.** Jetzt soll durch eine prozentuale Festlegung der Beurteilungen („sehr gut“ 5%, „gut“ 45%, „voll befriedigend“ 40% und „befriedigend“ und schlechter 10%) die Konkurrenz geschürt werden. Für die Führungsaufgaben sollen die Besten herausgepickt werden, und das Gros soll in solche mit besseren Beförderungschancen und solche, die bleiben, was sie sind, eingeteilt werden. Im Oktober 1979 hat die Landesregierung durch Änderung der Polizeilaufbahnverordnung das Erfordernis der Fachhochschulreife für das Wechseln vom mittleren zum gehobenen Dienst abgeschafft. Dafür hat sie die dafür erforderliche Dienstzeit im mittleren Dienst von 2 auf 6 ½ Jahre verlängert. Beide Maßnahmen sind Möglichkeiten zur verschärften Aussiebung und Spaltung in den einzelnen Dienststellen.

b.clm. **Die Flensburger Fördereederei trifft alle Vorbereitungen, um ab 1. März den Betrieb auf der Fährlinie Römö-Sylt unter deutscher Flagge aufnehmen zu können.** Abwechselnd dockt sie die beiden Fährschiffe auf der Husumer Werft ein, um die notwendigen Umbauten für die Einhaltung der Feuer-, Brandschutz- und Rettungsbestimmungen durchführen zu lassen. Der dänische Seemannsbund rechnet mit ca. 50 Millionen DM Kosten, die sich aus der Umflaggung für die Reederei ergeben. Diese Verluste sollen doppelt und dreifach dadurch ausgeglichen werden, daß der Reederei der Abschluß eines Tarifvertrages gelingt, der noch schlechter ist, als auf den Schiffen der Flensburger Förde. In ganz Schleswig sucht die Reederei Arbeiter für die Linie. Sie bietet einen „gesicherten Monatslohn von 1435 DM brutto für eine Serviererin oder 12,5% vom Umsatz und 1454 DM brutto für eine Verkäuferin. Die Arbeitszeit soll 20 Tage à 9 Stunden betragen, dann 10 Tage frei. „Durch Überstunden kann man leicht auf den doppelten Bruttoertrag kommen“, äußert sich die Reederei. Einstellungsgespräche werden durchgeführt, obwohl bisher weder der dänische Gewerkschaftsbund LO noch die ÖTV noch die DAG solchen Verträgen zugestimmt haben. Wenn die dänischen Fährarbeiter am 1. März nicht vor vollendeten Tatsachen stehen sollen, müssen LO und ÖTV sich schleunigst auf eine gemeinsame Verhandlungsführung einigen.

r.thb. **Die Betriebsführung von Hanomag kürzte den geringen Lehrlingslohn, indem sie die Kosten für die**

1,4 Minuten aus dem Arbeitstag eines VW-Arbeiters

VW weder sozial noch human – ein Beispiel: Überkopfarbeit am Golf

r.pee. VW – Leuchtendes Beispiel für den hohen Lohn, Sozialleistungen und Humanisierung, für Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen, die sogar für Schulungszwecke der Gewerkschaften Verwendung finden. Und auch für die Profite steht VW in der Kapitalistenwelt leuchtend da. Was verdeckt werden soll, ist die Schinderei, ist die Ausbeutung von über 100000 VW-Arbeitern unter der Knute eines Kapitals. Es ist nicht abzustreiten, daß die VW-Arbeiter den Kapitalisten in ihren Kämpfen einige Rechte, Leistungen und Tarifverträge abtrotzen konnten. Nur, stehen diese Vereinbarungen im Verhältnis zu dem, was die Arbeiter bei 135% Dauerakkord, Nacht- und Schichtarbeit an Arbeitskraft verausgaben müssen? Mitnichten, die „Sozial-VW-Tünche“ ist dünn und brüchig. Folgende Bilder entstammen der Golf-Endmontage und geben einen geringen Einblick an Hand eines Arbeitsganges (Kraftstoff-Bremsleitung) in die VW-Endmontagenproduktion. Der Arbeitsgang steht für eine Reihe ähnlicher Überkopfarbeiten am Band...



...Er beginnt mit dem Anschrauben des Massebandes mittels Luftschrauber und Aufbiegen der Blechlaschen an der Karrosse. Hernach Durchstecken der Brems-/Kraftstoffleitungen, die je nach Typ verschieden sind, und fest-



schlagen der Laschen mit einem Hammer im Motorraum. Die Karrosse bewegt sich dabei ca. 1,50 m bis 1,60 m über der Plattform. Aufstecken der Leitungen ist nur gestreckt möglich. Bei USA-Ausführung mußte noch im



Motorraum verlascht werden. Alles beim Rückwärtsgehen mit gestreckten Armen, den Kopf im Nacken. Jetzt sind Helme vorgeschrieben wegen der



Kopfverl[illegible]ngen – bei dieser Arbeit eine zusätzliche Tortur. Der Arbeiter muß jetzt „buckeln“, um wieder aus dem Motorraum zu kommen und die



Verlaschung umzuschlagen. Die ca. 3 m langen Leitungen dürfen nicht übereinander geraten. Mit weit nach hinten gebeugtem Rücken muß die Lasche



umgeschlagen werden. Die Leitung wird weiter zum Heck verlegt. Dabei muß aufgepaßt werden, daß man sich, oder anderen Arbeitern, die auf der Bühne arbeiten, nur hier nicht sichtbar



sind, die Enden der Leitungen nicht ins Auge sticht. Die 1,4 Taktminuten gehen zu Ende. Die nächste der 278 Karrossen pro Schicht nähert sich der Plattform. Je nach den am Band gezo-



genen Wagentypen arbeiten zwischen 3 und 5 Arbeiter auf der ca. 5 mal 5 m großen Plattform um die unterschiedlichen Arbeiten auszuführen. Stundenlohn: Lohngruppe 4b = 13,22 DM.

Stimmungsmache gegen Ausländer und islamischen Glauben in Westberlin

r.brr. Vor wenigen Wochen ist in Westberlin-Kreuzberg ein Flugblattverteiler eines türkischen Arbeitervereins von einem anderen Türken niedergestochen worden. Jener Arbeiterverein gilt als Stützpunkt der Kommunistischen Partei der Türkei und vertritt ähnlich rückhaltlos wie die DKP die Politik der sowjetischen Sozialimperialisten. Die Tat wurde zunächst den faschistisch gesinnten sogenannten Grauen Wölfen zur Last gelegt, später hieß es, es seien religiöse Fanatiker gewesen, die mit den Grauen Wölfen zusammenarbeiteten. Innerhalb der bürgerlichen Parteien läuft seitdem eine Debatte über ein eventuelles Verbot der Grauen Wölfe bzw. über alle extremistischen Ausländerorganisationen.

Ein diffuses Gefühl der Furcht vor den Ausländern beherrscht die Debatte in den bürgerlichen Parteien. Unübersehbar sei die Palette extremistischer Organisationen, und insbesondere wisse niemand, was in den türkischen Moscheen und Koran-Schulen eigentlich geschieht. Dietrich Stobbe brachte dies alles unter den Begriff der „sozialen Zeitbombe". Diese Bombe soll nach den Worten Stobbes entschärft werden durch Integration der ausländischen Mitbürger. Die betroffenen Türken freilich empfinden dies als Germanisierung, der sie sich nicht unterwerfen wollen. Schon spricht der Senat von „Integrationsunwilligkeit" und der Notwendigkeit, Willige und Unwillige zu unterscheiden und zu trennen. Das Heer der Sozialarbeiter wird entsprechend ausgerichtet. Ein Flugblatt des Vereins zur Förderung der Hagia Sophia-Moschee nutzt der Dienstherr im öffentlichen Dienst zur Veranschaulichung angeblich antidemokratischer Denkweisen der Ausländer. In dem
phia-Moschee nutzt der Dienstherr im öffentlichen Dienst zur Veranschaulichung angeblich antidemokratischer Denkweisen der Ausländer. In dem
Flugblatt hatte es unter anderem geheißen: „Moslemkinder, die deutsche Schulen besuchen, werden nicht nur eltern- und heimatfeindlich erzogen, sondern stehen auch unter einem der schlechtesten Einflüsse und neigen zu ethisch minderwertigen Gewohnheiten. ... So existieren menschenfeindliche Organisationen, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen und sich Arbeiterwohlfahrt nennen. Parallel zu diesen Organisationen existieren Jugendämter und korrupte Richter. ... Für diese Organisationen hat man auch Gesetze parat, diese Handlungsweise zu unterstützen. Somit wird die Vernichtung der islamischen Familiennormen vollzogen."

Dieser Angriff der islamischen Organisationen, gleichgültig von wem er letztendlich verübt wurde, und inwieweit sich die einzelnen islamischen Organisationen voneinander unterscheiden, sitzt und ist vollauf berechtigt. Bezeichnend ist der Versuch der Jugendämter, manchmal im Verein mit linken Ideologen, die noch keinen Sitz im Parlament haben, faschistisches Gedankengut in den Veröffentlichungen islamischer Organisationen zu suchen und die Einrichtungen der Staatsmacht zu verteidigen.

Bislang ist es den staatlichen Stellen und linken Ideologen nicht gelungen, die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung für den angeblich antifaschistischen Kampf gegen Glauben, Sitten und Gebräuche der ausländischen Arbeiter einzufangen. Eine Demonstration aus Anlaß des Todes des türkischen Flugblattverteilers lief im wesentlichen unter Foderungen nach gleichen Rechten für Deutsche und Ausländer. Trotzdem mangelt es an einer eigenständigen Haltung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gegenüber dem Vorgehen des Senats. Um diese zu entwickeln, muß die Lösung schwieriger Probleme angegangen werden. Unproblematisch sind die Forderungen nach Gleichberechtigung der Ausländer, die in ihrer Masse unter elende Arbeits- und Lebensbedingungen gezwungen sind. Nach den letzten statistischen Angaben leben in Westberlin 189876 Ausländer, davon 85476 Türken, das sind 45 Prozent. Von den Türken leben alleine 45,3 Prozent in schlechtesten Wohnverhältnissen in den Bezirken Wedding und Kreuzberg. Die ausländischen Arbeiter und Angestellten haben keinen Zugang zu Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, sie besitzen kein Wahlrecht, noch nicht einmal zu den Bezirksverordnetenversammlungen. Wie sie bei der Kindergeldregelung benachteiligt sind, ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

Anzahl der Kinder	Kinder in Berlin	Kinder in der Türkei
1	50DM	10DM
2	100DM	25DM
3	200DM	60DM
4	200DM	60DM
alle weiteren	200DM	70DM

Aus dieser Sachlage ergeben sich klare Forderungen, die die Gewerkschaften zum Teil auch schon erheben.

Aus dieser Sachlage ergeben sich klare Forderungen, die die Gewerkschaften zum Teil auch schon erheben.

Problematisch ist die Haltung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zu Fragen der Kultur, des Glaubens und der Sitten und Gebr[illegible]he der ausländischen Arbeiter. E[illegible]tigend ist die Mitgliedschaft der ausländischen Arbeiter in den Gewerkschaften, über 27000 sind in der IG Metall in Westberlin organisiert, davon sind 300 gewerkschaftliche Vertrauensleute und 150 sind als Betriebsräte [illegible]wählt. Am besten ist oder wäre es, [illegible] Funktionäre würden auch Sprecher der türkischen Volksgruppe, aber das geht nicht automatisch. Eine Auseinandersetzung mit dem islamischen Glauben ist allemal fällig. Sie muß sich natürlich und wird sich auch krass unterscheiden von der respektlosen Propaganda der Bourgeoisie. Dabei muß sich bezogen werden auf die Süleyman-Bewegung, die 60 Prozent aller Moscheen kontrollieren. Diese Bewegung verlangt die Ableitung aller Gesetze vom Koran. Ferner existiert die Mevlana-Moschee, die der Nationalen Heilspartei der Türkei (MSP) zugehören. Sie wollen einen islamischen Staat nach Khomeinis Vorbild, d.h. die Beseitigung der türkischen Verfassung. Sodann gibt es die MHP (Partei der Nationalen Bewegung), die als faschistisch gilt. Darüberhinaus gibt es sogenannte politisch neutrale Gruppen des Islam, mit denen die SPD vor allen Dingen das Gespräch sucht, weil sie „integrationswillig" scheinen.

Gemeindehaushalt Treia: Weniger Gewerbesteuereinnahmen – gleich folgen Gebührenerhöhungen nach

b.alb. In Treia, Nordfriesland, einem Dorf mit 1217 Einwohnern und mit 49 Gewerbebetrieben, hat die Gemeindevertretung für 1980 die Senkung des Gewerbesteuersatzes um 15 Prozentpunkte von 315 auf 300% beschlossen. Die Grundsteuer A und B wurden ebenso auf 215% gesenkt. In gleicher Sitzung haben die Gemeindevertreter für die Erhöhung der Abwassergebühren in der Gemeinde von 1,80 DM auf 2,80 DM pro cbm gestimmt und beschlossen, zusätzlich eine Grundgebühr von 5 DM monatlich pro Zählereinheit zu erheben.

Gewerbesteuersenkung, Gebührenerhöhung – solche Beschlüsse wurden in fast allen Gemeindevertretungen anläßlich der Haushaltsdebatte 1980 gefaßt. Sie folgen dem Druck, den das Finanzkapital seit der Gemeindefinanzreform 1969 zunehmend auf die Haushalte der Gemeinden ausübt. Durch die jüngste Gesetzgebung dieser Art, die Erhöhung des Freibetrages für die „Gewerbeertragssteuer" im Steuerpaket 78, fallen in Treia 33 Betriebe ganz als Steuerzahler aus, die restlichen Betriebe zahlen jährlich 1800 DM weniger. Mindereinnahme: 40000 DM. Für 1981 ist ein weiteres Gesetz in Arbeit, das auch für die „Gewerbekapitalsteuer" den Freibetrag erhöht. Mindereinnahme in Treia: 10000 DM.

50000 DM weniger – das ist viel. Denn von den Steuern, die die Gemeinde einzieht, bleibt nur ein geringer Teil in ihren Händen. Von der Einkommenssteuer z.B. bisher 14%, jetzt 15%. Diese Erhöhung macht in Treia 13100 DM aus. Körperschafts- und Umsatzsteuer teilen sich Bund und Länder allein. Vergnügungssteuer, Schanksteuer usw. blieben zwar bei den Gemeinden, aber mit kleinen Beträgen. Die meisten wurden im Steuerpaket gleich mit abgeschafft. Den weitaus größten Teil aller Steuern holen sich Bund und Land. Soviel, daß ständig Gelder von dort über Zuschüsse in die Gemeinden zurückfließen müssen, um auch nur die notwendigsten Investitionen zu bezahlen. Der Unterschied ist, daß damit Bund und Land bestimmen, was mit dem Geld gemacht wird.

Den Gemeinden bleibt die Grund- und Gewerbesteuer, deren Höhe sie über die Hebesätze selbst festlegen. Ein Teil der Gewerbesteuer geht als Umlage weg. Bisher lag der gesetzliche Umlagesatz bei 120% – wobei rund ⅓ des Gewerbesteueraufkommens als 100% rechnen. Jetzt ist er auf 80% gesenkt worden. In Treia macht das, bei einem Aufkommen von 440000 DM in diesem Jahr, 64000 DM weniger Umlage aus. Das Plus von 24000 DM + 13000 DM (s.o.) hat die Kapitalisten gierig gemacht. Auf ihre Forderung hin haben die Landesregierungen den Gemeinden befohlen, dafür die Hebesätze zu senken.

Die Gemeindevertreter in Treia haben das offensichtlich auch so gesehen, obwohl bereits 1979 die Rücklagen von 37700 DM aufgelöst werden mußten, um den Haushalt auszugleichen. Ihr Beschluß schiebt den 16 noch gewerbesteuerpflichtigen Betrieben 22000 DM zusätzlich zu – jedem durchschnittlich 1375 DM. Der erfolgreichste Ausbeuter bekommt am meisten: Bei 50000 DM Jahresertrag macht die Hebesatzsenkung 105 DM aus – bei 500000 DM schon 3480 DM. Zusammengerechnet wurden den 16 Betrieben – 16 von 1217 Einwohnern Treias – in diesem Jahr damit volle 51000 DM erlassen. Das macht die Gemeindefinanzen noch enger. Weil aber 96% der Ausgaben schon feststehen – gefordert als Zins und Tilgung von den Banken, als Umlagen von Amt und Kreis, als Eigenbeteiligung für Zuschüsse von Land und Bund (nur über 43600 DM verfügen die Gemeindevertreter tatsächlich), haben sie schließlich genau das getan, was sie aufgrund der Steuerpolitik sollten. Sie haben die Gebühren erhöht, um über 50%. Das zahlen alle – vielleicht nicht die 16, weil sie Sonderverträge haben. Es ist doppelt gezahlt. Denn wozu die Steuern, wenn nicht zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben – Kläranlage, Trinkwasser usw.? Das alles kostendeckend über Gebühren nochmal bezahlen? Umgekehrt wird es richtig: Die Gemeinde verfügt über alle Steuern, finanziert alle Projekte und zahlt an höhere Ebenen nur für solche Aufgaben, die sie in Absprache mit den anderen Gemeinden für notwendig hält.

Schwerpunktprogramm der Hamburger Polizei

Schwerpunktprogramm der Hamburger Polizei

Flächendeckende Plünderungsfeldzüge geplant

b.cld. Am 23.1.80 hat Innensenator Staak einen Bericht zur Entwicklung des Straßenverkehrs und der Unfallzahlen 1979 sowie das Schwerpunktprogramm der Polizei für die Verkehrsunfallbekämpfung 1980 vorgelegt. Während die Zahl der registrierten Kraftfahrzeuge in Hamburg von 78 auf 79 um 2,8% von rd. 585000 auf 601000 gestiegen ist, sind die Verkehrsunfälle von 39613 auf 39362 zurückgegangen. Bei den Verkehrsunfällen mit Personenschaden ist der Rückgang noch drastischer: von 11194 auf 9881. Diese Entwicklung ist, mit Unterbrechungen, seit 10 Jahren anhaltend. 1971 waren rd. 517000 Kraftfahrzeuge gemeldet. Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden betrug damals 12694.

Für Staak sind die Ursachen der Unfälle klar: mangelnde Rücksichtnahme und Unvernunft der Verkehrsteilnehmer. Dagegen helfen nur Erziehung und Überwachung, praktisch heißt das, Polizeikontrollen und Bußgelder. Diese Erklärung hat den Vorteil, daß sie nichts kostet, sondern viel einbringt: Allein von 1974 bis 1980 sind die Verwarnungsgelder von 2,8 Mio. DM auf 5,3 Mio. DM angestiegen. Diese Quelle staatlicher Plünderung der Massen will der Senator mit allen Mitteln erhalten – wenn's geht ausbauen:

Über 240 Anträge auf den Bau von Ampeln an Schulwegen liegen vor. Geb[illegible] werden aber pro Jahr nur 20. St[illegible]dessen werden an den gefährlichen Stellen Zebrastreifen gemalt oder eine Geschwindigkeitsbegrenzung eingeführt. Passiert etwas, liegt es eben an der mangelnden Rücksichtnahme der Autofahrer und wo eine Geschwindigk[illegible]begrenzung ist, kann der Senat Bu[illegible]gelder kassieren.

Was den Senator treibt, ist nicht die Sorge um die Unfallzahlen und ihre Beseitigung, sondern das Interesse der Kapitalisten, Zinsen auf die Staatsschulden zu kassieren und ihren Verkehr reibunglos abwickeln zu können.

Im vorgelegten Programm zur Verkehrsunfallbekämpfung heißt es: „... Verkehrslenkung und -regelung werden besonders ... die Belange des Wirtschaftsverkehrs berücksichtigen." Am Beispiel der Innenstadt führt Staak dies aus: „... Es hat sich ... herausgestellt, daß ... nur etwa 10% aller Falschparker belangt werden. Dies muß im Interesse des ... Wirtschaftsverkehrs geändert werden." Und im Interesse der stärkeren Plünderung der Volksmassen, die nach dem Schwerpunktprogramm „... in Schwerpunkteinsätzen flächendeckend durchgeführt (werden sollen) ... und bei Fehlverhalten unmittelbar danach..." kassiert werden soll.



Verkehrsleitstelle der Hamburger Polizei

Lernmittel auf die Lehrlinge abwälzte. Lediglich eine Zeichenplatte und ein Zirkel im Wert von 50 DM wurden gestellt. Dennoch blieben zwischen 150 und 180 DM für die Lehrlinge zu tragen, wogegen sie sich wehren. Auf mehreren Jugendversammlungen wurde die Forderung nach Bezahlung der Lernmittel durch die Betriebsführung erhoben. Als das nichts half, wurde die Angelegenheit auf der Betriebsversammlung am 11.9.79 der Belegschaft mitgeteilt und eine Unterschriftensammlung unter den Lehrlingen gemacht. Wenig später fand eine etwas längere Pausenversammlung statt. Alle hatten unterschrieben. Eine Delegation ging zur Betriebsführung. Die zahlte Anfang Februar 1980 100 DM, allerdings nur für das erste Lehrjahr. Zeichenplatte und Zirkel müssen davon selbst gekauft werden. Die Lehrlinge halten an der Forderung nach vollständiger Bezahlung fest.

b.bia. **In den niedersächsischen Landesforsten und bäuerlichen Forstbetriebsgemeinschaften wird die Intensivierung und Rationalisierung der Arbeit noch weiter verschärft.** 1957 wurden für einen Hektar noch 35 Arbeitsstunden aufgewendet, 1977 nur noch 9 Stunden, ein Viertel der Zeit. 1977 wird 1,24 Festmeter pro Stunde bei der Holzernte gesägt, das Dreifache von 1957 mit 0,39 Festmetern. Vollständig mechanisiert ist bereits der forstliche Wegebau, zunehmend das Abräumen von Reisig, Bodenbearbeitung, Saat, Pflanzung, Unkrautbefreiung, Holzeinschlag, Rücken der Bäume und Entrinden; als nächstes soll die Entlastung und das Einschneiden mit Maschinen durchgeführt werden. Die Motorsägen sind im Besitz der Arbeiter, um den „Unternehmereinsatz zu fördern". Ein Hilfsarbeiter über 18 Jahre verdient für leichtere Arbeiten nur 5,15 DM / Std., für schwere Arbeiten 7,21 DM, als Schlepperfahrer 8,48 DM und selbst als Meister nur 9,84 DM. Die Tarife sind am 1.2. ausgelaufen.

b.sal.Heide. **Der Betriebsrat der Firma Dr. Beyschlag hat die Abschaffung der Zeitkontrolle und Bezahlung nach Monatslohn (174 Std.) durchgesetzt.** Bei der dem Philips-Konzern zugehörigen Firma mit 600 Arbeitern wurde in den letzten Jahren die vom einzelnen Arbeiter bediente Maschinerie verdoppelt und jüngst verdreifacht. Die Abschaffung der Zeitkontrolle nützt, um der Arbeitsintensivierung Schranken zu setzen.

Veranstaltungen zum Lohnsteuerjahresausgleich

Husum, 13.2., 20 Uhr, Handwerkerhaus
Flensburg, 13.2., 20 Uhr, Apenrader Hof

Kiel-West, 11.2., 20 Uhr, „Holstengaststätte" Waitzstraße
Elmshorn, 12.2., 19 Uhr, „Margaretenklause", Margaretenstr. 6
Kiel-Ost, 15.2., 20 Uhr, „Zur Grenze" Klingenberg 1, Kiel-Klausdorf
Mölln, 16.2., 15 Uhr, „Zur Linde" Königsbergstr. 19
Neumünster, 17.2., 20 Uhr, Hotel „Stadt Rendsburg" Rendsburger Str.

Altona, 11.2., 20 Uhr, Gymnasium Neu-Altona, Billrothstr. 33
Eimsbüttel, 12.2., 20 Uhr, Gaststätte „Eimsbüttler Krug", Osterstr. 5
Mitte-West, 13.2., 20 Uhr, Fachhochschule Berliner Tor (neues Gebäude)
Harburg, 14.2., 20 Uhr, Gaststätte „Stader Tor", Staderstr. 1
Nord, 15.2., 20 Uhr, Schule Fraenkelstr.
Mitte Ost, 16.2., 15 Uhr, „Herschel", Hammer Landstr. 244, gegenüber U-Bahn Rauhes Haus
Lüneburg, 17.2., 18 Uhr, Gaststätte „Kaltenmoor"

Revolutionäres Volksbildungsprogramm 1.Halbjahr 1980

Der Dreißigjährige Krieg.

Kiel-Ost, 11.2. bis 15.2., 20 Uhr, „Zur Grenze", Klingenberg 1, K.-Klausdorf

1848. Bürgerliche Revolution und bürgerliche Reaktion.

Schleswig, 11.2. bis 15.2., 20 Uhr, „Schleimöve", Süderholmstr.

Die Epoche des Imperialismus.

Uelzen, 11.2. bis 15.2., 20 Uhr, Wienerwald, Veerßer Straße

Marx/Engels: „Manifest der Kommunistischen Partei"

Lüchow, 11.2. bis 15.2., 20 Uhr, Bergstraße 20

Stalin: „Grundlagen des Leninismus"

Stade, 11.2. bis 15.2., 20 Uhr, Gaststätte „Grafenklause", Udonenstr. 28

Zeichenkurs

Hamburg, 15.2., 18 Uhr, HfBk, Lerchenfeld 2, Raum 218a, Thema: „Porträt-Zeichnen"

Schwimmkurs

Hamburg, 16.2., 18 Uhr, Schwimmoper Lübeckerstr.

Prozeß gegen fünf iranische Studenten wegen „Nötigung und Körperverletzung" eines SAVAK-Spitzels

Hamburg, 11./13. und 15.2, jeweils um 9 Uhr, Strafjustizgebäude Sievekingsplatz 3, Saal 237

Prozeß wegen „Widerstandes" bei einer Brokdorf-Demonstration

Itzehoe, 15.2., 9 Uhr, Landger. Zi.24

Prozeß wegen „Widerstandes gegen die Staatsgewalt" gegen R.Jansen

Eutin, 12.2., 9 Uhr, Amtsgericht Eutin

Wehrkraftzersetzungsprozeß gegen C.U.Monica

Flensburg, 13. und 15.2., 9.15 Uhr, Landgericht, Südergraben, Saal 58

Nach Unterdrückung der Mannschaftsversammlung: DGB-Arbeitskreis Wehrpflichtiger aufgebaut

b.reh. In der 1./PzAufklBtl 6 der Eutiner Rettbergkaserne hat die Btl- und Kp-Führung nur mit Gewalt die Mannschaftsversammlung vom 28.01.80 verhindern und stattdessen einen Kommandeursunterricht durchsetzen können. Wie schon berichtet, hatten die Mannschaften durch ihren Vertrauensmann ein Forderungsprogramm dessen Kern „Rheinländerwochenende, Freitag 12.00 Uhr Feierabend! und Voller Dienstausgleich für alle Zusatzdienste! ½ Tag Dienstausgleich für GvD!" ist, erhoben. Diese Forderungen sind, nachdem der Kommandeur die Erfüllung der Forderungen abgelehnt hatte, durch eine Erhebung auf einer Mannschaftsversammlung und eine Fragebogenaktion begründet und bekräftigt worden. Auf dieser Mannschaftsversammlung beschloß man weiterhin, den Kommandeur zu einer kommenden Mannschaftsversammlung zur Stellungnahme einzuladen.

Der Vertrauensmann hat die Mannschaftsversammlung einberufen und dazu den Kommandeur und den Kp-Chef eingeladen. Die Bt- und Kp-Führung hat jedoch mit Gewalt, ohne Auseinandersetzung mit Argumenten, einen Putsch inszeniert. Mit dem nicht eingeladenen S2 und Kp-Fw haben sie die Mannschaftsversammlung an sich gerissen und die Leitung übernommen. Sie haben versucht, die Versammlung durch Kommandeursunterricht zu ersetzen, um damit den Zusammenschluß der Soldaten auf dieser Versammlung zu verhindern und der Bewegung für diese Forderungen ein für allemal ein Ende zu machen. So mußte jeder, der eine Frage stellen wollte, aufstehen und seinen Namen nennen. Der Vertrauensmann wurde in seinem Vortrag für die Forderungen zweimal vom Kp-Chef unterbrochen, schließlich wurde ihm das Wort ganz entzogen. Trotz dieser Unterdrückung konnten sie nicht verhindern, daß mehrere Kollegen und der Vertrauensmann die Forderungen durch Wortbeiträge unterstützten. Der Vertrauensmann hat am Ende dieser Versammlung ausgeführt: wäre man im Betrieb, so würde man sich passende Maßnahmen überlegen. In der Kaserne hätten die Soldaten keinerlei Rechte sich zusammenzuschließen, allerdings die Durchsetzung der Forderungen mit ihrer gewerkschaftlichen Organisierung könnten die Offiziere nicht verhindern. Am 7.2. solle in Eutin eine DGB-Veranstaltung stattfinden, auf der über die Gründung eines Arbeitskreises Wehrpflichtiger beraten werde.

In den darauffolgenden Tagen verlangte Battaillionskommandeur Rath vom S2-Feldwebel viel Arbeit. Er ließ die ÖTV-Einladungen von den Kantinentischen wieder einsammeln und versuchte über Sicherheitsbelehrungen in der 2. Kompanie und im Instandsetzungszug der 1. Kompanie zusätzliche Einschüchterung der Mannschaften.

Es nützte wenig. Zur DGB-Veranstaltung erschienen 8 Kollegen. Nach lebhafter Debatte war man sich einig: Der Arbeitskreis soll aufgebaut werden. Bis zur nächsten Versammlung soll das bereits vorhandene Untersuchungsmaterial zur Lage der Soldaten zusammengetragen und mit den Kollegen weitere Untersuchungen durchgeführt werden, um so eine solide Grundlage für den Arbeitskreis zu legen und weitere Mitglieder zu gewinnen.

Entwicklung der Gesundheitsversorgung im Kreis Schleswig

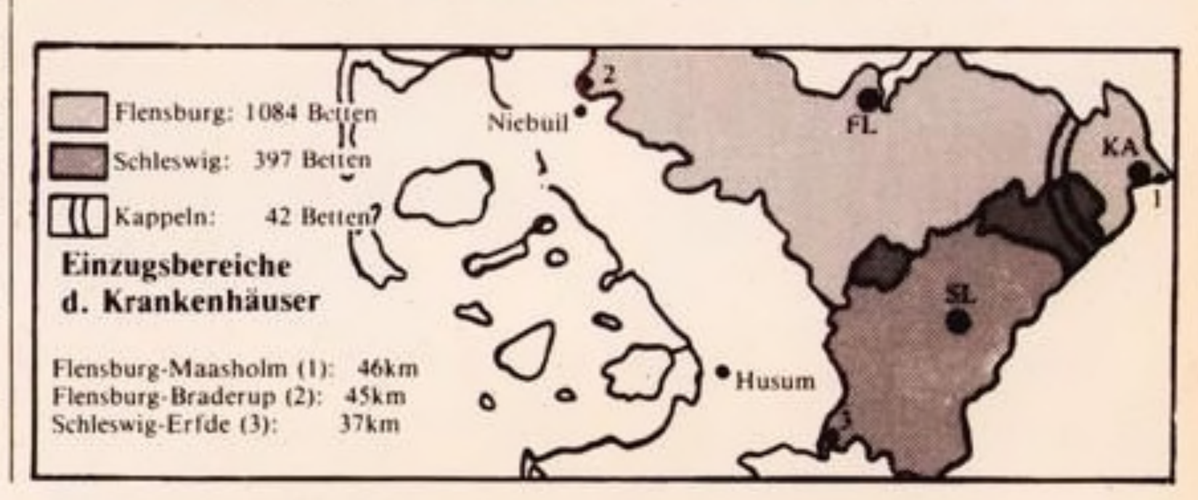
b.lir. Der neue Krankenhausbedarfsplan für Schleswig-Holstein sieht für die Krankenhäuser der Kreise Flensburg und Schleswig bis 1986 Streichungen von 575 Betten vor, davon 375 im Landeskrankenhaus und 200 in den allgemeinen Krankenhäusern. Sozialminister Braun lobt, dies sei „medizinisch begründet und volkswirtschaftlich optimal". Die Nachsorgeklinik Kappeln wird ausgelagert und zum Anhängsel eines Altenwohnheimes gemacht, die Klinik Ost soll gegen den Willen von 43000 geschlossen werden.

Der Kreis Schleswig-Flensburg liegt mit 5,34 Betten je 1000 Einwohner über dem Landesdurchschnitt von 4,9 Betten, was jedoch überhaupt nicht eine ausreichende Krankenversorgung bedeutet. Steigende Bettenzahlen können durchaus einhergehen mit Dezimierung der Krankenhäuser. In Schleswig-Holstein ist die Bettenzahl von 13258 1973 auf 13400 gestiegen, die Zahl der Krankenhäuser ist von 81 auf 69 gesenkt worden. Wir haben die Einzugsbereiche der Klinikorte Schleswig, Flensburg und Kappeln aufgezeichnet (nach Weigand, Einzugsbereiche, 1965). Um von Kappeln nach Flensburg zu kommen, muß man 37 km über Landstraßen oder 46 km über die nicht viel bessere Bundesstraße fahren, was mindestens 35 Minuten dauert und einem Notfallpatienten das Leben kosten kann.

Angeblich würden Bedarfspläne aufgestellt. Jede Krankenschwester weiß, wie diese Zahlen zustandekommen. Aufgenommen um 24 Uhr, werden nicht die Patienten registriert, die bis mittag zur Entlassung oder Einweisung auf den Fluren liegen müssen. Und in den Belegungsgrad von derzeitig 85% sind Feiertage und Urlaub, wo Patienten beurlaubt und ganze Stationen geschlossen werden, miteingerechnet. Die Verweildauer der Patienten ist von 22 Tagen (alle Bereiche, auch Psychiatrie und TBC) auf 14 Tage gesenkt worden, so etwas taucht aber auch im Bedarfsplan nicht auf.

Laut Krankenhausbedarfsplan soll sich die Bevölkerung Schleswig-Holsteins um 90000 verringern, deshalb sei der Bedarf an Krankenversorgung entsprechend geringer. Die Tatsachen aber sehen anders aus. Durch die gesteigerte Arbeitsintensität wird die Gesundheit der Arbeiterfamilien immer früher und mehr ruiniert. So hat sich die Patientenzahl in den Krankenhäusern Schleswig-Holsteins von 1960 bis 1976 um 32% (89280) im Jahr erhöht.

Die Versicherungskassen, den Versicherten aus der Hand genommen und zur „Gesundung" der Kapitalisten geplündert, können die steigenden Pflegesätze der Krankenhäuser nicht mehr zahlen. Im allgemeinen Krankenhaus Schleswig stiegen die Pflegekosten von April 79 bis Januar 80 um durchschnittlich 10,4%, im wesentlichen durch den erhöhten Patientendurchlauf und die schnelle Technisierung der Klinik. Dabei werden Pflegekosten, die wohl wirklich deckend sind, wie in der Klinik Damp, als völlig „überhöht" angesehen. Ohne daß man die Forderung erhebt, daß die Kapitalisten die Versicherungskosten vollständig bezahlen, werden, Debatten über Versorgung der Bevölkerung, egal wie teuer das ist, immer bei mehr Steuern landen und die Selbstverwaltung der Versicherung ein Wort bleiben. Dadurch wird man auch etwas sagen können gegen die „Machbarkeit" von der Landesregierung in Bezug auf die Schließung der Klinik Ost im gleichen Kreis.



Aktionen der Flensburger PH-Studenten gegen den Drei-Fächer-Lehrer-Studiengang

b.how. Am 31.1. führten der AStA zusammen mit mehreren Studenten der Pädagogischen Hochschule Flensburg Aktionen gegen den Verordnungsentwurf des Kultusministers zur Rahmenstudienordnung für Grund- und Hauptschullehrer durch. Auf der Fußgängerzohne der Flensburger Innenstadt informierten sie die Bevölkerung über die geplanten Änderungen: Ab Wintersemester 80/ 81 sollen alle G.- und H.-Studenten zwei Fächer mit insgesamt bis 56 Semesterwochenstunden zuzüglich eines dritten Fachs mit bis zu 32 SWSt. studieren. Hinzu kommen bis 40 SWSt. Erziehungswissenschaften. Das sind bis zu 28 SWSt. mehr als bisher. Neben Deutsch und Mathematik als vorgeschriebene Fächer werden alle weiteren wählbaren Fächerkombinationen genau festgelegt. Nach den Anmerkungen des Kultusministeriums

her drei mündlichen Prüfungen und keiner Klausur und jährliche Prüfungen gegenüber einer pro Semester.



Jetzt auf Resultate im Kampf gegen die Krankenhauskostendämpfung gehen

b.kym. Seit drei Wochen täglich Meldungen in der Hamburger Presse über die Mißstände an den Krankenhäusern. Die CDU-Fraktion fordert den Rücktritt der Senatorin Elstner. Die SPD-Fraktion beantragt Debatte in der Bürgerschaft am Mittwoch über den Personalmangel in den Kliniken. Die Folgen der Kostendämpfungspolitik von Bundes- und Länderregierungen sind nicht mehr wegzuleugnen. Der Kampf der Beschäftigten dagegen zwingt zur Stellungnahme.

Ganze Stationen werden geschlossen, wie im AK Barmbek, wo auch auf dem—Flur einer Aufnahmestation die Patienten auf Matratzen lagern müssen (s. Bild). Tod gleich bei der Aufnahme ist da nicht selten. Wie am vergangenen Dienstag im NDR zu hören war, gibt sich die Senatorin gelassen und bestreitet den „Notstand": „Tatsache ist, daß in den Wintermonaten Januar und Februar ¼ ... über die letzten 20 Jahre ¼ eine besonders starke Inan-

teile ins Immense gesteigert: Das Reinigungspersonal muß immer schneller Betten wechseln, Transportpfleger immer häufiger Patienten fahren, Krankenschwestern und Hilfskräfte immer schneller ohne Pause von Bett zu Bett hasten.

Sie sind der aktive Teil jetzt auch im Lohnkampf und für sie ist die Festgeldseite der von der ÖTV vorgeschlagenen Forderung 9%/180 DM mindestens von erheblicher Bedeutung. Schroff ist der Widerspruch zum Dienstherrn, das zeigt die Äußerung von ÖTV-Chef Kluncker am 31.1. im Handelsblatt: Einen Abschluß ohne Mindestbetrag wird es nicht geben, „dann werden wir aktiv".

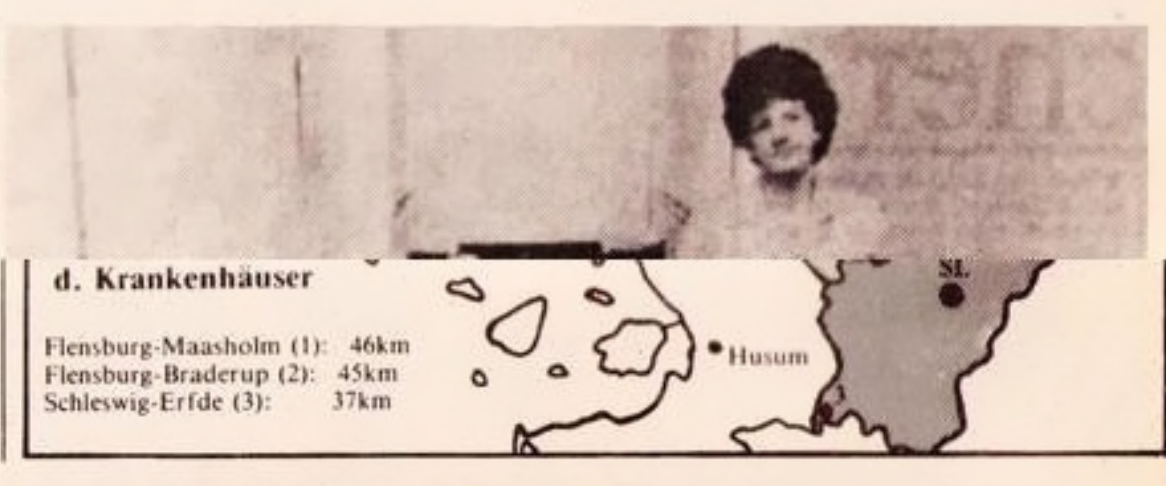
Wer glaubt, CDU und SPD planten reale Änderung der Lage, täuscht sich. Stattdessen planen die Parteien im Verein ein neues Krankenhausfinanzierungsgesetz, um noch besser Kosten zu dämpfen. Die Beschäftigten können jetzt drangehen, Wirksames dagegen zu unternehmen. Gute Mittel zur Untersuchung der Stationen gibt die ÖTV den Personalräten und Vertrauensleuten an die Hand. So den Kriterienkatalog zum Personalbedarf. Kriterium ist u.a. die Schwere der Krankheit der Patienten und die daraus bedingte Intensität der Pflege. Daraus entwickelte Forderungen werden gesamte Krankenhausbelegschaften zusammenschließen und so Durchsetzung ermöglichen.

Sie haben versucht, die Versammlung durch Kommandeursunterricht zu ersetzen, um damit den Zusammenschluß der Soldaten auf dieser Versammlung zu verhindern und der Bewegung für diese Forderungen ein für allemal ein Ende zu machen. So mußte jeder, der eine Frage stellen wollte, aufstehen und seinen Namen nennen. Der Vertrauensmann wurde in seinem

hafter Debatte war man sich einig: Der Arbeitskreis soll aufgebaut werden. Bis zur nächsten Versammlung soll das bereits vorhandene Untersuchungsmaterial zur Lage der Soldaten zusammengetragen und mit den Kollegen weitere Untersuchungen durchgeführt werden, um so eine solide Grundlage für den Arbeitskreis zu legen und weitere Mitglieder zu gewinnen.

einem Notfallpatienten das Leben kosten kann.

Angeblich würden Bedarfspläne aufgestellt. Jede Krankenschwester weiß, wie diese Zahlen zustandekommen.



Aktionen der Flensburger PH-Studenten gegen den Drei-Fächer-Lehrer-Studiengang

b.how. Am 31.1. führten der AStA zusammen mit mehreren Studenten der Pädagogischen Hochschule Flensburg Aktionen gegen den Verordnungsentwurf des Kultusministers zur Rahmenstudienordnung für Grund- und Hauptschullehrer durch. Auf der Fußgängerzohne der Flensburger Innenstadt informierten sie die Bevölkerung über die geplanten Änderungen: Ab Wintersemester 80/ 81 sollen alle G.- und H.-Studenten zwei Fächer mit insgesamt bis 56 Semesterwochenstunden zuzüglich eines dritten Fachs mit bis zu 32 SWSt. studieren. Hinzu kommen bis 40 SWSt. Erziehungswissenschaften. Das sind bis zu 28 SWSt. mehr als bisher. Neben Deutsch und Mathematik als vorgeschriebene Fächer werden alle weiteren wählbaren Fächerkombinationen genau festgelegt. Nach den Anmerkungen des Kultusministeriums
soll die bestehende Studienordnung möglichst wenig geändert werden, was bedeutet, daß der jetzige Stoffumfang und die Zahl der geforderten Leistungsnachweise für die einzelnen Studienfächer beibehalten werden sollen, obwohl jetzt ein Fach mehr studiert werden soll. Für jedes der drei Fächer und für Erziehungswissenschaften sind jeweils eine mündliche Prüfung und eine Klausur vorgesehen, gegenüber bis-

her drei mündlichen Prüfungen und keiner Klausur und jährliche Prüfungen gegenüber einer pro Semester.



Ca. 250 Flensburger Einwohner unterschrieben eine Erklärung gegen den Drei-Fächer-Lehrer-Studiengang

Jetzt auf Resultate im Kampf gegen die Krankenhauskostendämpfung gehen

b.kym. Seit drei Wochen täglich Meldungen in der Hamburger Presse über die Mißstände an den Krankenhäusern. Die CDU-Fraktion fordert den Rücktritt der Senatorin Elstner. Die SPD-Fraktion beantragt Debatte in der Bürgerschaft am Mittwoch über den Personalmangel in den Kliniken. Die Folgen der Kostendämpfungspolitik von Bundes- und Länderregierungen sind nicht mehr wegzuleugnen. Der Kampf der Beschäftigten dagegen zwingt zur Stellungnahme.

Ganze Stationen werden geschlossen, wie im AK Barmbek, wo auch auf dem—Flur einer Aufnahmestation die Patienten auf Matratzen lagern müssen (s. Bild). Tod gleich bei der Aufnahme ist da nicht selten. Wie am vergangenen Dienstag im NDR zu hören war, gibt sich die Senatorin gelassen und bestreitet den „Notstand": „Tatsache ist, daß in den Wintermonaten Januar und Februar ¼ ... über die letzten 20 Jahre ¼ eine besonders starke Inan-
spruchnahme erfolgt." Abgesehen davon, daß dies seit 20 Jahren nach Änderung schreit, ist es eine Frechheit, die Normalsituation zur Ausnahme zu erklären.

Bettenabbau, Senkung der Verweildauer und steigende Patientenzahl haben die Arbeitshetze insbesondere für die schlechtest bezahltesten Personal-

teile ins Immense gesteigert: Das Reinigungspersonal muß immer schneller Betten wechseln, Transportpfleger immer häufiger Patienten fahren, Krankenschwestern und Hilfskräfte immer schneller ohne Pause von Bett zu Bett hasten.

Sie sind der aktive Teil jetzt auch im Lohnkampf und für sie ist die Festgeldseite der von der ÖTV vorgeschlagenen Forderung 9%/180 DM mindestens von erheblicher Bedeutung. Schroff ist der Widerspruch zum Dienstherrn, das zeigt die Äußerung von ÖTV-Chef Kluncker am 31.1. im Handelsblatt: Einen Abschluß ohne Mindestbetrag wird es nicht geben, „dann werden wir aktiv".

Wer glaubt, CDU und SPD planten reale Änderung der Lage, täuscht sich. Stattdessen planen die Parteien im Verein ein neues Krankenhausfinanzierungsgesetz, um noch besser Kosten zu dämpfen. Die Beschäftigten können jetzt drangehen, Wirksames dagegen zu unternehmen. Gute Mittel zur Untersuchung der Stationen gibt die ÖTV den Personalräten und Vertrauensleuten an die Hand. So den Kriterienkatalog zum Personalbedarf. Kriterium ist u.a. die Schwere der Krankheit der Patienten und die daraus bedingte Intensität der Pflege. Daraus entwickelte Forderungen werden gesamte Krankenhausbelegschaften zusammenschließen und so Durchsetzung ermöglichen.



„Die Angeklagten haben sich absichtlich gegen die Sicherheit der BRD eingesetzt"

b.clm. „Die Angeklagten haben auf öffentliche Sicherheitsorgane eingewirkt. Planmäßig wurde auf Bundeswehrangehörige eingewirkt, um deren pflichtgemäße Bereitschaft zum Schutz der BRD zu untergraben. Absichtlich haben sie sich gegen die Sicherheit der BRD eingesetzt. Es wurden entstellende Darstellungen gebracht, z.B. die Passage über das „Offizierspack" oder die Passage über die GSG9. Durch angebliche Vorkommnisse sollen die Soldaten bewegt werden, nicht ihren Dienst zu tun. Ebenfalls die Polizei soll verunsichert werden. Die Bundeswehr und die Polizei werden nicht als Organ der Sicherheit der BRD, sondern als Instrument der Bourgeoisie gesehen." Mit dieser Begründung hat am 7.2. die Staatsschutzkammer Flensburg die vier Angeklagten im Wehrkraftzersetzungsprozeß zu insgesamt 24600 DM Geldstrafe verurteilt. Das Gericht hat in der Urteilsverkündung zu erkennen gegeben, daß es am liebsten Gefängnisstrafen verhängt hätte, „aber die Bevölkerung würde eine Freiheitsstrafe nicht verstehen." Die Bedenken sind verständlich. Eine Menge Leute haben Erfahrungen mit der Bundeswehr und Polizei. Was das Gericht jetzt ins Urteil geschrieben hat, mochte es in der Hauptverhandlung nicht vertreten.

Einen Durchbruch für die Aburteilung in den noch anstehenden acht Verfahren mit insgesamt 17 Angeklagten hat das Gericht nicht erreichen können. Einfach routinemäßig mit den anstehenden Verfahren fortfahren kann es deshalb nicht. Es muß die Entscheidung suchen, indem es das schon zweimal ausgesetzte Verfahren gegen C.U. Monica im dritten Anlauf wieder aufnimmt. Ab 13. Februar soll dreimal die Woche verhandelt werden. Gegen den Widerspruch der Verteidigung ist ein zweiter Pflichtverteidiger beigeordnet worden. Das alles zielt darauf ab, die Wahlverteidigung auszuschalten, politischer von juristischer Verteidigung zu trennen und so bessere Voraussetzung für eine Aburteilung zu schaffen. Das Gericht übersieht dabei, daß juristische Tricks seine politischen Schwierigkeiten nicht lösen werden.

Anhebung der Erzeugerpreise für die Bauern ist notwendig und gerecht

b.dim. Der EG-Ausschuß der Bauernverbände (COPA) hat eine Anhebung der von der Marktordnung erfaßten Preise um 7,9% vorgeschlagen. Die Landwirtschaftsminister der EG-Länder halten die Forderung einmütig für überzogen und stattdessen 2 bis 3% für angemessen. Die Einigkeit fällt ihnen leicht, denn die 7,9% sind nicht mit der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung der Lage der Bauern begründet worden. Es gilt also nachzuweisen, daß eine Erzeugerpreiserhöhung jetzt ein Mittel ist, der Konkurrenz unter den Bauern Schranken zu setzen.

Die Verschuldung der buchführungspflichtigen Betriebe ist 78/79 um 338 DM/ ha gestiegen, davon sind 142 DM kurzfristige Schulden. Letztere macht der Bauer nur, wenn er für seine Produkte nicht bekommen hat, was er hätte haben müssen. Anhand der Buchführungsergebnisse des Buchführungsverbandes ist in der Tabelle ausgerechnet worden, was der Bauer bei unterschiedlicher Bodenqualität und Betriebsgröße für seine Produkte haben muß, *ohne* sich neu zu verschulden. Es ist nicht berücksichtigt, daß große Betriebe die Erhöhung für den Kapitaldienst der angeschafften Maschinen benötigen, während kleine Betriebe viel Arbeit einsetzen, die nicht in den Erzeugerpreis eingeht, jedoch bezahlt gehört. Wird landwirtschaftliche Arbeit mit unterdurchschnittlicher Produktivkraft im Vergleich zu industrieller Produktion eingesetzt, führt dies zu Warenaustauschverhältnissen zu ungunsten der Bauern. Besonders die, die viel Arbeit zur Erzeugung ihrer Produkte aufwenden müssen, bekommen den Wert ihrer Arbeit nicht über den Preis herein. Die Nahrungsmittelindustrie streicht also einen Extraprofit ein. Eine Erzeugerpreiserhöhung schmälert diesen Profit, erhöht aber nicht automatisch die Lebensmittelpreise. Zur Durchsetzung einer Erzeugerpreiserhöhung ist die richtige Begründung notwendig, damit die Bauern sich einigen und die Kreisbauerntage nutzen können.

Betriebstyp	Verschuldungszunahme DM/ha	insges.	Ausgezahlt DM/ ltr/ dt	Benötigt o. Neuversch.	Differenz
Marktfr. ex. Ostholst.	104	6568	46,39	48,26	1,87
Vered. Marktfrucht Geest	270	11680	44,86	50,34	5,48
Marktfr. ex. S-H ü. 100 ha	204	34176	47,75	50,96	3,21
Geest, Fu-Mi unter 40 ha	236	7543	0,62	0,67	0,05
Geest, Fu-Mi über 60 ha	398	28155	0,61	0,71	0,10
S-H Fu-Mi über 100 ha	386	46590	0,64	0,735	0,095

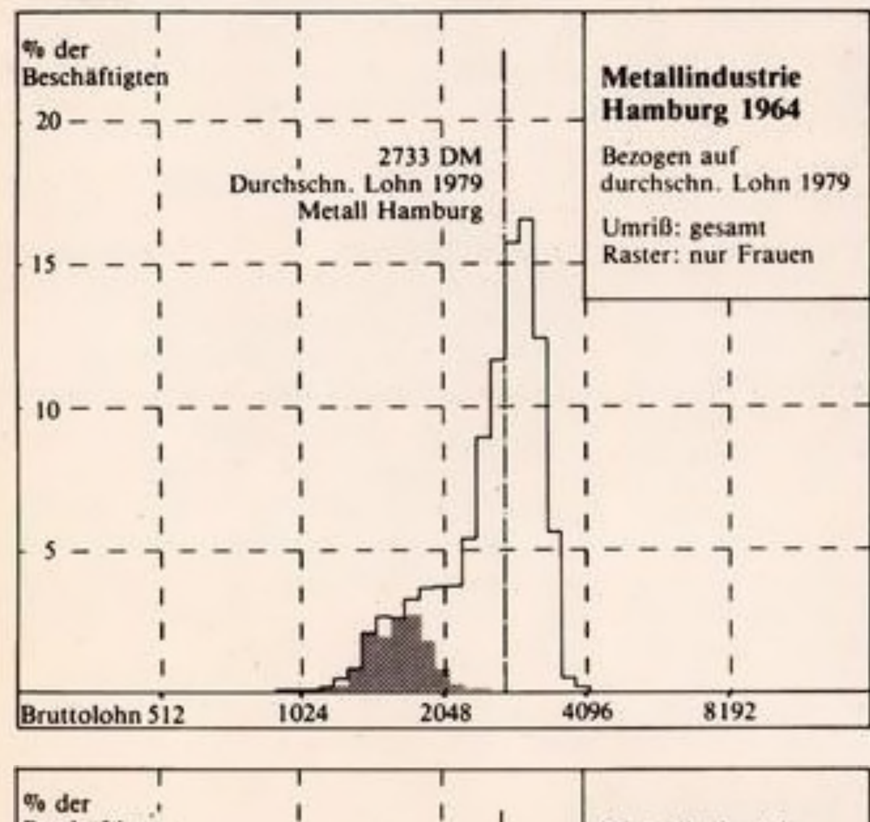
Lohnentwicklung Metall Hamburg

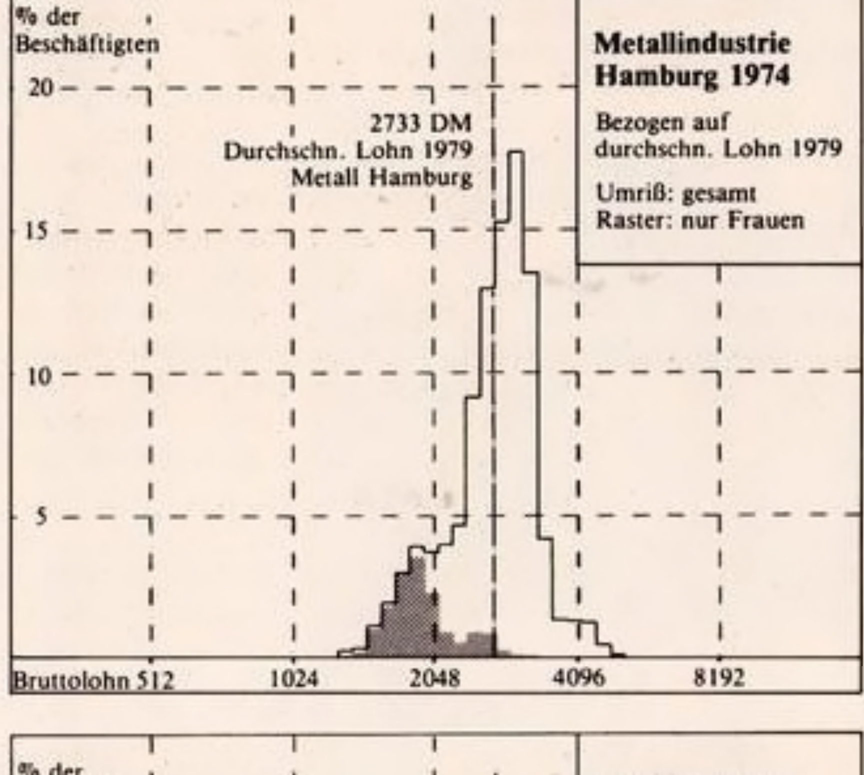
Angebot – 4,8%/ IG Metall bricht Verhandlungen ab/ Festgelderhöhung bessert Lohnstruktur

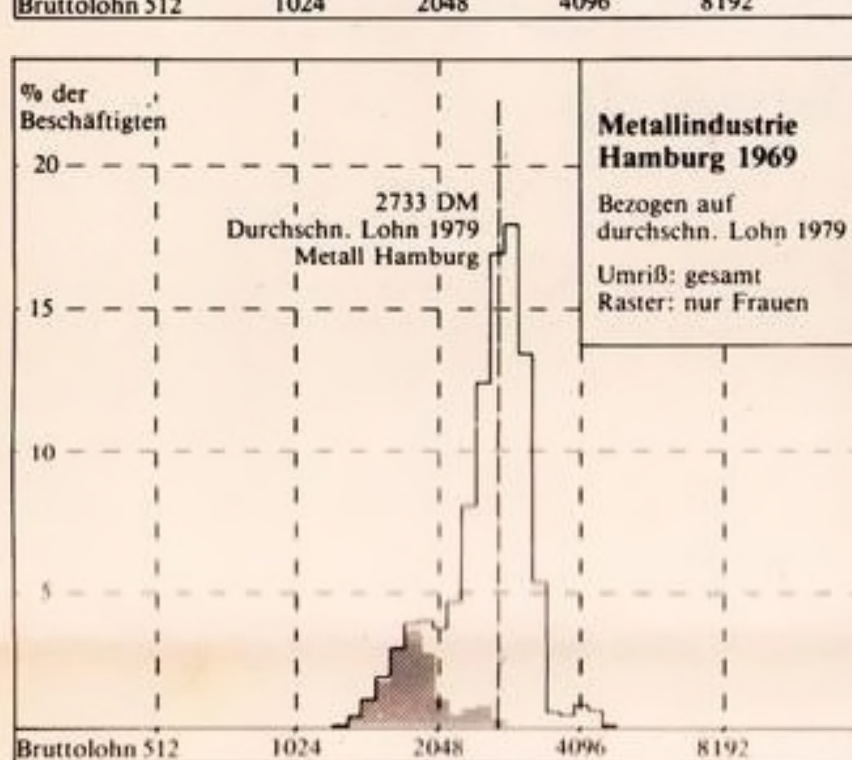
b.hat. Die IG Metall hat am 6.2. für den Nordverbund die Verhandlungen unterbrochen, ohne einen neuen Termin zu vereinbaren. Das Angebot der Kapitalisten war 4,8%. Sonst nichts. Die Forderung der IG Metall ist 75 DM plus 5,5% und die IG Metall hat völlig recht, wenn sie nicht von dem Festgeldbetrag abrückt. Am 8.2. hat die Tarifkommission der IG Metall für den Nordverbund noch einmal die Forderung bekräftigt. In dem Beschluß heißt es unter anderem: ,,Aus allen Verwaltungsstellen des Bezirks Hamburg sind übereinstimmend und nachdrücklich Forderungen nach einer besonderen Anhebung der unteren Tarifgruppen gestellt worden... In diesem Jahr darf es daher keinen Abschluß ohne Berücksichtigung dieser besonderen Forderung geben."

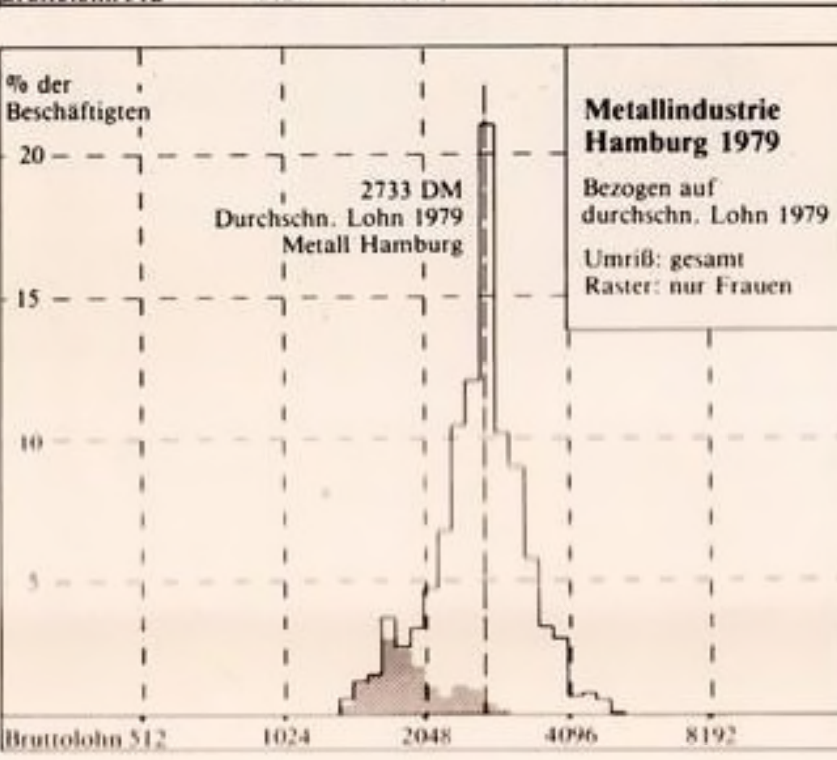
Wie wichtig die Festgelderhöhung für die unteren Lohngruppen ist, kann man gut an den abgebildeten Lohnverteilungen für die Hamburger Metallindustrie sehen. Wie in der Lohnentwicklung von Schleswig-Holstein (KVZ Nr. 6) sieht man ein Zusammenrücken der Lohnstruktur, im wesentlichen aufgrund der Veränderung des Lohngruppenschlüssels und Streichung der unteren Lohngruppen. Auffällig ist, daß bei der Effektivlohnverteilung die unteren Lohngruppen nur durch Frauen belegt sind. Die IG Metall Hamburg macht gerade eine Lohnstrukturerhebung über die Betriebe.

Mit der gleichen Hartnäckigkeit wie die Festgelderhöhung bekämpfen die Kapitalisten diese Erhebung, weil man über sie die genaue Tariflohngruppenbelegung erfährt. Es muß alles unternommen werden, um der Gefahr der Abspaltung der unteren Lohngruppen entgegenzuwirken, sie ist bedrohlich und genau das Kalkül der Kapitalisten.









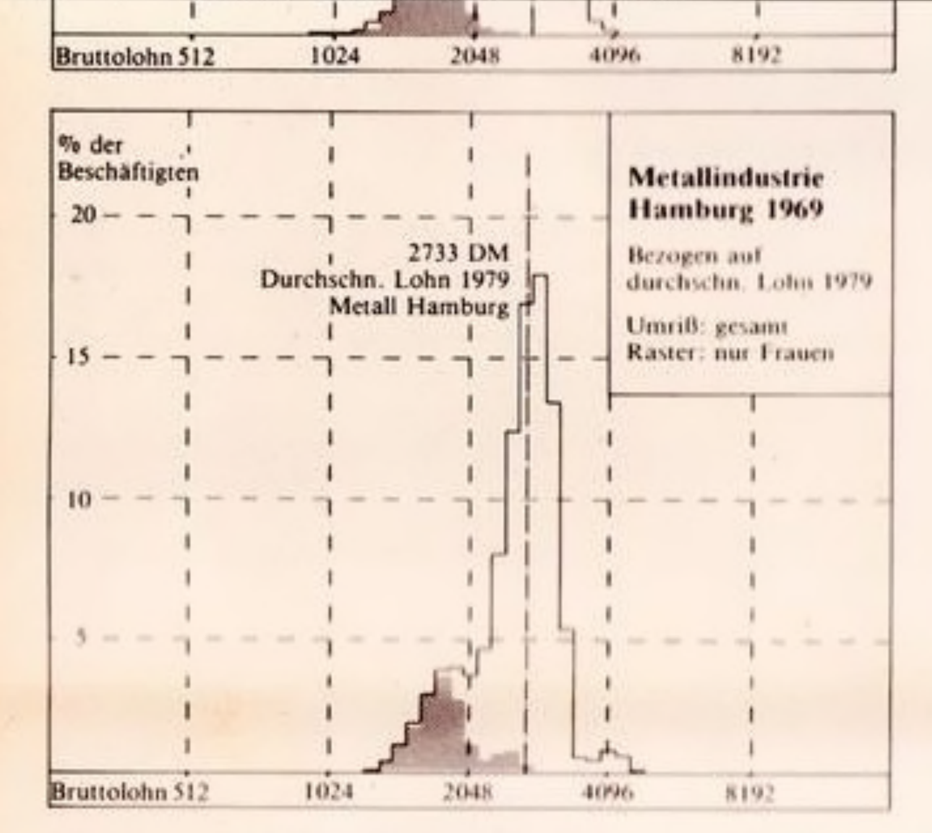
Hamburg, 30.1.80. Presseerklärung der IG-Metall-Verwaltungsstelle Hamburg zum Scheitern der Tarifverhandlungen im Elektrohandwerk. Im Hamburger Elektro-Handwerk hat die IG-Metall die Tarifverhandlungen für gescheitert erklärt, weil die Arbeitgeber nicht bereit waren, eine jahrzehntelange Forderung, auch für die Lehrlinge einen Tarifvertrag abzuschließen, zu erfüllen. ... Die Tarifkommission der IG-Metall wird nur dann in neue Verhandlungen eintreten, wenn der Tarifvertrag für Lehrlinge ebenfalls Gegenstand der Verhandlungen ist.

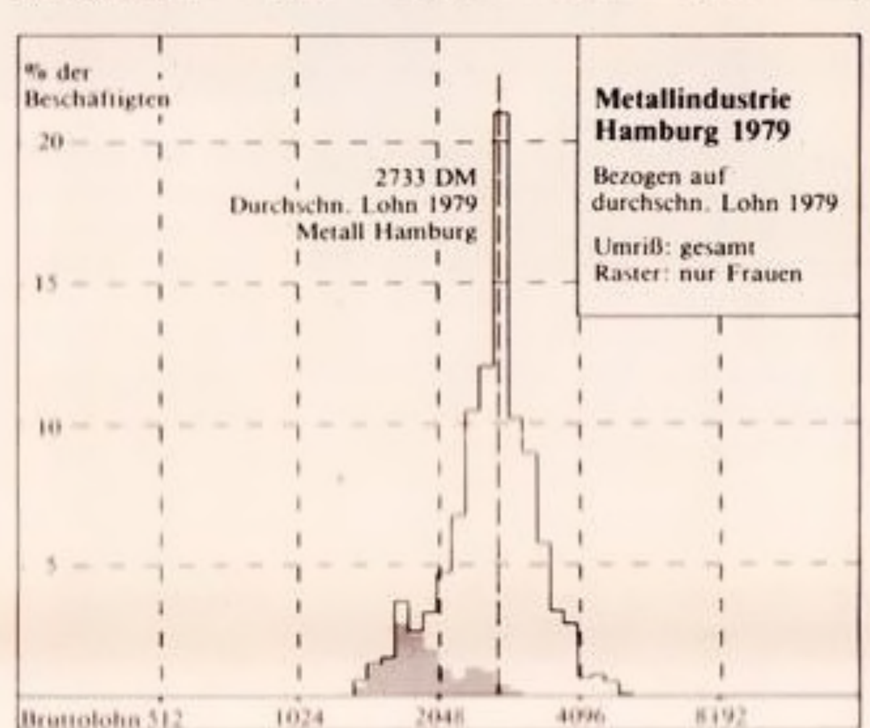
werden soll. Die VK Leitung soll es im Auftrag der Kollegen am 6.2., dem dritten Verhandlungstag im Nordverbund, an die Tarifkommission der IGM und die des Kapitalistenverbandes versandt haben.

Buxtehude, 5.2.80. Vertrauenskörper der IGM bei National Rejector Inc. schickt Telegramm an die Verhandlungskommission der IGM. Gefordert wird kein Abschluß ohne den Sockelbetrag, weil insbesondere die Arbeiter in den unteren Lohngruppen durch hohe Akkorde zu intensivster Verausgabung ihrer Arbeitskraft getrieben werden.

forderung auf einem Fragebogen von den Betriebsräten erhoben (aufgeschlüsselt nach Arbeiter und Angestellten und Zuordnung zu Lohn- und Gehaltsgruppen). Die Metallkapitalisten drohen damit, gegen die Betriebsräte vorzugehen. Verschiedene Hamburger Betriebsräte haben zusammen mit der IG-Metall erklärt, daß diese Zahlen für die Gewerkschaftsarbeit nützlich wären, also auch selbstverständlich zur Verfügung zu stellen sind.

Norderstedt, 6.2.80. 8 von 18 Kollegen aus der Produktion der Firma Otto Kabel Verlegemaschinen haben in einem





Hamburg, 30.1.80. Presseerklärung der IG-Metall-Verwaltungsstelle Hamburg zum Scheitern der Tarifverhandlungen im Elektrohandwerk. Im Hamburger Elektro-Handwerk hat die IG-Metall die Tarifverhandlungen für gescheitert erklärt, weil die Arbeitgeber nicht bereit waren, eine jahrzehntelange Forderung, auch für die Lehrlinge einen Tarifvertrag abzuschließen, zu erfüllen. ... Die Tarifkommission der IG-Metall wird nur dann in neue Verhandlungen eintreten, wenn der Tarifvertrag für Lehrlinge ebenfalls Gegenstand der Verhandlungen ist.

Hamburg, 5.2.80. AEG N4: Vertrauensleute sammelten in den Abteilungen für ein Telegramm an die Tarifkommission. In diesem wird u.a. gefordert, daß am Sockel von 75 DM festgehalten werden und kein Tarif ohne Anhebung der unteren Lohngruppen und der Ausbildungsvergütung unterschrieben werden soll. Die VK Leitung soll es im Auftrag der Kollegen am 6.2., dem dritten Verhandlungstag im Nordverbund, an die Tarifkommission der IGM und die des Kapitalistenverbandes versandt haben.

Buxtehude, 5.2.80. Vertrauenskörper der IGM bei National Rejector Inc. schickt Telegramm an die Verhandlungskommission der IGM. Gefordert wird kein Abschluß ohne den Sockelbetrag, weil insbesondere die Arbeiter in den unteren Lohngruppen durch hohe Akkorde zu intensivster Verausgabung ihrer Arbeitskraft getrieben werden.

Hamburg, 6.2.80. Kapitalistenverband greift Lohnuntersuchungen der IG-Metall an. Der Kapitalistenverband der Metallindustrie Hamburg und Schleswig-Holstein greift die Lohnuntersuchung der IG-Metall Bezirksleitung an. Diese wurde zur Aufstellung der Tarifforderung auf einem Fragebogen von den Betriebsräten erhoben (aufgeschlüsselt nach Arbeiter und Angestellten und Zuordnung zu Lohn- und Gehaltsgruppen). Die Metallkapitalisten drohen damit, gegen die Betriebsräte vorzugehen. Verschiedene Hamburger Betriebsräte haben zusammen mit der IG-Metall erklärt, daß diese Zahlen für die Gewerkschaftsarbeit nützlich wären, also auch selbstverständlich zur Verfügung zu stellen sind.

Norderstedt, 6.2.80. 8 von 18 Kollegen aus der Produktion der Firma Otto Kabel Verlegemaschinen haben in einem Brief an die Verhandlungskommission der IG Metall gefordert, daß die vom Nordverbund aufgestellte Forderung von 75 DM plus 5,5% sowie 80/70 DM für Auszubildende voll durchgesetzt werden muß. Die IG Metall soll auf keinen Fall von dem Festbetrag abrücken.

Wenn schon Schicht, dann so teuer wie möglich

Nach Angaben der Gewerkschaftspost 2/79 der IG Chemie war 1975 bereits jeder 4. Lohnabhängige im Schichtsystem beschäftigt. Der Anteil der Arbeiter und Angestellten, die regelmäßige Nacht-, Sonn- oder Feiertagsarbeit leisten, ist von 1965 bis 1972 um 26,7% gestiegen. Es handelt sich um Millionen Arbeiter und Angestellte, welche die Kapitalisten in den letzten zwei Jahrzehnten in die Schichtarbeit pressen konnten. Die Ideologen der Kapitalistenklasse stellen dies als einen freiwilligen Vorgang hin. Schicht würde arbeiten, wer sein Taschengeld oder Haushaltsgeld etwas aufbessern möchte. Ein Blick auf die Zuschläge, welche in der Chemieindustrie gezahlt werden, zeigt schon, daß sich für dies ,,Taschengeld" keiner seine Gesundheit in Nachtarbeit ruinieren würde.

Der Zuschlag für die Nachtarbeit bei vollkontinuierlicher Schicht beträgt bei 7 Nachtschichten in der Lohngruppe II (Tarifbezirk Nordmark) gute 90 DM. In der teilkontinuierlichen Schicht (Nacht-, Früh- und Spätschicht bei normaler 5-Tagewoche) bei maximal 10 Nachtschichten 128,50 DM.

Wer wird sich für 250 DM seine Gesundheit von den Kapitalisten abkaufen lassen? Keiner, es sei denn, ihn treiben andere Gründe, als die Aufbesserung des Taschengeldes. Die Gründe liegen in den ständigen Lohnsenkungen der letzten Jahre. Hierdurch ist es den Chemiekapitalisten gelungen – insbesondere in den unteren Lohngruppen I und II – den Preis der Arbeitskraft erheblich unter den Wert zu senken. Die Bezahlung der Arbeitskraft bei Anwendung am 8-Stunden-Normalarbeitstag reicht nicht aus, um sich selbst und die Familie zu ernähren. Der Arbeiter ist angewiesen auf die Schichtzuschläge, um die Reproduktion auf normaler Basis zu gewährleisten.

Die Kapitalisten machen dabei einen doppelten Schnitt. Sie können ihre Maschinerie rund um die Uhr laufen lassen und mindern dadurch den Einsatz von konstantem, in Maschinen ausgelegtem Kapital und erhöhen die Umschlagszeit ihres Kapitals. Seine Profitrate steigt. Außerdem verbrauchen sie die Arbeitskraft und Lebenskraft des Arbeiters in einem kürzeren Zeitraum auf das gesamte Leben des Arbeiters berechnet. Schichtarbeiter sterben im Schnitt mit 63 Jahren. 50% sterben also, bevor sie das Rentenalter erreicht haben. Ihre Lebensarbeitskraft ist verbraucht, ohne daß die Kapitalisten dafür gezahlt hätten.

In der Arbeiterklasse und ihren Gewerkschaften hat sich eine politische Bewegung gegen die Schichtarbeit herausgebildet, die zusehends erstarkt. In Baden-Württemberg haben die Arbeiter mehrerer Gießereien in einer Unterschriftensammlung die Senkung des Rentenalters auf 55 Jahre für Schichtarbeiter gefordert. Die ÖTV fordert in ihren Grundsätzen das Verbot der Schichtarbeit bei Nacht.

Mindestforderungen, wie sie in der IG Metall aufgestellt sind, sollen ein weiteres Absinken der unteren Lohngruppen verhindern, was auch eine Barriere gegen die Ausweitung der Schichtarbeit ist. Und solange es die Schichtarbeit noch gibt, soll sie von den Kapitalisten so teuer wie möglich bezahlt werden.

serung des Taschengeldes. Die Gründe liegen in den ständigen Lohnsenkungen der letzten Jahre. Hierdurch ist es den Chemiekapitalisten gelungen – insbesondere in den unteren Lohngruppen I und II – den Preis der Arbeitskraft erheblich unter den Wert zu senken. Die Bezahlung der Arbeitskraft bei Anwendung am 8-Stunden-Normalarbeitstag reicht nicht aus, um

Mindestforderungen, wie sie in der IG Metall aufgestellt sind, sollen ein weiteres Absinken der unteren Lohngruppen verhindern, was auch eine Barriere gegen die Ausweitung der Schichtarbeit ist. Und solange es die Schichtarbeit noch gibt, soll sie von den Kapitalisten so teuer wie möglich bezahlt werden.

Hellkapitalisten wollen die Arbeiter über spezielle Zulagenerhöhung spalten

b.thc. 15 Mio. DM will die Hell GmbH für die Erweiterung des Werkes III (Fertigung) in Kiel-Suchsdorf ausgeben. 6800 qm mehr sollen dann für Lager, Prüffeld und Produktion zur Verfügung stehen. Die Geschäftsleitung hat die feste Absicht, sich diese Gelder von den Arbeitern wieder hereinzuholen.

Mit dem Beginn der Tarifverhandlungen im Nordverbund ging die Geschäftsführung daran, die Leistungszulagen für einen bestimmten Teil der Arbeiter zu erhöhen. Die Erhöhungen liegen zwischen 10 und 60 Pfg. in der Stunde. Ganz offensichtlich soll dies ein Manöver sein, um die Front, die sich um die Forderung nach Überwälzung der jetzt kommenden Tariflohnerhöhung auf den Effektivlohn aufbaut, einen Spaltkeil zu treiben. Betroffen sind von dieser Maßnahme ca. 1/4 der Arbeiter. Was zunächst wie

sicherer Lohn werden 23311 DM ausgezahlt. Die Höhe der Zulage zum Tariflohn beträgt also 4810 DM. Das entspricht 17,2% der Lohnsumme in dieser Abteilung (15 Arbeiter). Angenommen, die aufgestellte Lohnforderung würde ganz durchgesetzt, also plus 10,55% für diese Lohngruppen, so würde sich die Summe der Zulagen auf 5317 DM um 507 DM erhöhen. Die Kapitalisten haben jetzt die Zulage für sechs Arbeiter um durchschnittlich 38 Pfennig erhöht, was in der Summe 394 DM ausmacht. Gelingt es ihnen, die Spaltung über diese Maßnahme soweit zu treiben, daß keine generelle Zulagenerhöhung durchgesetzt werden kann, so können sie allein in dieser Abteilung monatlich 113 DM einsparen. Zusätzlich wollen sie eine Produktionssteigerung erreichen. Den Arbeitern wurde zu verstehen gegeben, wenn sie sich weiter ranhalten würden, könne jeder so eine Erhöhung bekommen

Hellkapitalisten wollen die Arbeiter über spezielle Zulagenerhöhung spalten

b.thc. 15 Mio. DM will die Hell GmbH für die Erweiterung des Werkes III (Fertigung) in Kiel-Suchsdorf ausgeben. 6800 qm mehr sollen dann für Lager, Prüffeld und Produktion zur Verfügung stehen. Die Geschäftsleitung hat die feste Absicht, sich diese Gelder von den Arbeitern wieder hereinzuholen.

Mit dem Beginn der Tarifverhandlungen im Nordverbund ging die Geschäftsführung daran, die Leistungszulagen für einen bestimmten Teil der Arbeiter zu erhöhen. Die Erhöhungen liegen zwischen 10 und 60 Pfg. in der Stunde. Ganz offensichtlich soll dies ein Manöver sein, um die Front, die sich um die Forderung nach Überwälzung der jetzt kommenden Tariflohnerhöhung auf den Effektivlohn aufbaut, einen Spaltkeil zu treiben. Betroffen sind von dieser Maßnahme ca. 1/4 der Arbeiter. Was zunächst wie Mehrkosten für die Kapitalisten aussieht, entpuppt sich schnell als Mittel, um eine generelle Zulagenerhöhung zu umgehen und somit Lohngelder einzusparen. Sehen kann man dies an einer Abteilung aus dem Prüffeld. Monatlich beträgt die Lohnsumme der Arbeiter, alle in Lohngruppe sechs und sieben, effektiv 28125 DM. Als tariflich sicherer Lohn werden 23311 DM ausgezahlt. Die Höhe der Zulage zum Tariflohn beträgt also 4810 DM. Das entspricht 17,2% der Lohnsumme in dieser Abteilung (15 Arbeiter). Angenommen, die aufgestellte Lohnforderung würde ganz durchgesetzt, also plus 10,55% für diese Lohngruppen, so würde sich die Summe der Zulagen auf 5317 DM um 507 DM erhöhen. Die Kapitalisten haben jetzt die Zulage für sechs Arbeiter um durchschnittlich 38 Pfennig erhöht, was in der Summe 394 DM ausmacht. Gelingt es ihnen, die Spaltung über diese Maßnahme soweit zu treiben, daß keine generelle Zulagenerhöhung durchgesetzt werden kann, so können sie allein in dieser Abteilung monatlich 113 DM einsparen. Zusätzlich wollen sie eine Produktionssteigerung erreichen. Den Arbeitern wurde zu verstehen gegeben, wenn sie sich weiter ranhalten würden, könne jeder so eine Erhöhung bekommen und für den einen oder anderen würde auch noch mehr drinliegen, wenn sie nur schön ruhig blieben.

Der Betriebsrat ist gegen diese Art der Zulagenerhöhung und steht bereits mit den Hellkapitalisten in Verhandlung, um eine generelle Regelung über die Erhöhung zu erreichen.

Spezialschiffbau und Übernahme schiffbaufremder Produktion soll die ,,Werftkrise" meistern

b.obj. Am 17. Januar erklärte der Hamburger Wirtschaftssenator Steinert, daß die Werftindustrie in Hamburg bei der Strukturverbesserung bereits beträchtliche Erfolge erzielt habe.

Blohm und Voss stellt Blockheizwerke her, und hat einen stabilen Anteil seines Gesamtprogramms im Maschinenbau. Das ist zum großen Teil Panzerbau. Durch die Entwicklung des MEKO-Systems für Kriegsschiffe ist die Neubaukapazität bis über 1982 hinaus ausgelastet. Das Mehrzweck-Einheiten-Container-System bringt verschiedene Funktionseinheiten bei Kriegsschiffen in auswechselbaren Containern unter. Dadurch wird die Bauzeit um 25% verkürzt und die Einsatzzeit von 70% auf 90% erhöht. Geht ein Teil der Elektronik oder Bewaffnung kaputt, so kann er in kürzester Zeit ausgewechselt werden. Allein für Argentinien wird in diesem System für über 2,5 Mrd. DM gebaut. Durch große Investitionen wurde dies vorbereitet, und ermöglicht jetzt die Ausbeutung einer nur reduzierten Belegschaft in einer viel größeren und intensiveren Produktion.

Kennzahlen Blohm und Voss (in Mio.)

	1975	1976	1977	1978
Umsatz	743	999	633	781
Auftragseing.	567	707	905	2290
Auftragbest.	1141	879	1112	2682
Belegschaft	6923	7026	6381	6438
Investitionen	51	56	69	52

Bei der HDW werden im Werk Roß bereits seit Jahren Müllverbrennungsanlagen hergestellt. Seit Oktober werden zusätzlich Rühr- und Mischwerke produziert für chemische, sowie Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Die Produktions- und kaufmännischen Unterlagen, die Kundenliste, sowie 7 Fachkräfte wurden von der HDW billig aus der Konkursmasse der Metallfabrik Zeise beschafft. Stillegung von kleineren Betrieben ist bei der Bewältigung der ,,Werftkrise" eingeplant. Die Norderwerft in Hamburg will bis Juni 90 ihre 300 Arbeiter und Angestellten entlassen. Die meisten Arbeiter wird Blohm und Voss übernehmen. Doch sowohl die bei der Norderwerft bleibenden, als auch die bei Blohm und Voss beschäftigten Arbeiter müssen sich gegen die verschärfte Ausbeutung wehren.

Werftbeschäftigtenzahlen

	gesamt 10/79	Rückgang in % seit 75	seit 60	in schiffbaufremder Prod. 10/79 absolut	in%
Bund	59 407	22,8	41,1	10 210	17,2
Hamburg	14 363	14,6	55,6	3 460	24,1
Bremen	14 595	29,2	29,0	2 489	16,9
Niedersachsen	10 223	18.1	4,3	774	7,6
Schl.-Holstein	15 448	26,9	45,2	1 889	12,2

IGM Jugendgruppen organisieren Beratungen gegen die Einführung des BGJ

b.uwz. Um den Kampf gegen die flächendeckende Einführung des BGJ in Hamburg zu stärken, führten die Jugendgruppen der IG Metall und der IG Druck ein Treffen mit Berufsschülerräten am 2.2. durch. An der Beratung nahmen 30 Vertreter der Jugendgruppen AEG, HDW, Siemens, MBB, Handwerke (alle IGM), IG Druck, GHK, ÖTV Gesundheit, sowie Schülerräte der G10/ G16, G6, G5, G14, G13, G15 teil. Die IGM verbreitete zur Information Material zum BGJ (z.B. Stellungnahmen der Kapitalistenverbände und des Senats) und begründete, warum sie die flächendeckende Einführung des BGJ ablehnt. In der Diskussion bestand Einheit darüber, daß das BGJ bekämpft werden muß und die Positionen der IG Metall unterstützt werden. So berichtete die GHK Jugend, daß an ihrer Berufschule (G6) zur Zeit 72 Schüler BGJ Holz machen, bei 200 bis 300 Ausbildungsstellen im 1. Lehrjahr. Diese werden zur Zeit noch gerne von den Meistern genommen, weil sie in den Buden und auf den Baustellen gut ausgebeutet werden können. Bei der flächendeckenden Einführung werden es über 400 BGJler werden, eine Garantie auf Fortsetzung der Ausbildung gibt es nicht. Es werden Hilfsarbeiter ausgelesen, z.B. für die großen Tischlereien und Möbelfabriken. An der G13 wurden 1979 20 Floristen, Landwirte, Tierpfleger, Gartenbauer usw. in einer BGJ Klasse unterrichtet. Sie mußten immer nur Blumen binden und ,,lernten" andere Hilfsarbeitertätigkeiten. Darum wurden auch die Forderungen der IG Metall, z.B. ,,Keine Auslese durch das BGJ – mindestens 3jährige Ausbildung", unterstützt. Die Auseinandersetzung gegen das BGJ soll auf einer Diskussionsveranstaltung der DGB Jugend fortgesetzt werden.

Die Graphische Jugend berichtete, daß sie einen Antrag an die Jahreshauptversammlung des Ortsvereins der IG Druck gegen das BGJ gestellt hat. Auch die GHK Jugend berät in ihrem Arbeitskreis zur Zeit Forderungen gegen das BGJ. Grolle und Klose merken auch, daß sich da was zusammenbraut, Schulleiter wie an der G5 müssen sich schnell mit dem BGJ solidarisch erklären. Nur, ob das was nützt?

Geschickte Presselügen gegen die IG Metall

r.jöd. Ist die bürgerliche Presse in den zurückliegenden Tarifauseinandersetzungen in ihrer Berichterstattung offen gegen die Arbeiterklasse ins Feld gezogen, so wurde diesmal anders vorgegangen. Die Zeitungen und teilweise der Rundfunk und das Fernsehen taten so, als ob die IGM von der Mindestforderung runter geht. So schreiben die Zeitungen von „unterschiedlichen Vorstellungen über Sonderzahlungen“. „Geringfügiger Unterschied“ wird gesagt, obwohl die Differenz zwischen Einmalzahlung der Kapitalisten und Mindestabsicherung der IGM klar ist. Die „Braunschweiger Zeitung“ vom Samstag, den 9. Februar, treibt es auf die Spitze und versucht die Worte der IGM, daß der Betrag für die unteren Lohngruppen auch auf *einmal* ausgezahlt werden kann, als Sonderzahlung hinzustellen. Die IGM schreibt klar in ihrem Flugblatt: „Erhöhung der Löhne und Gehälter um 6,9%, mindestens jedoch 103,80 DM“, sei ihr Vorschlag.

Westfälische Nachrichten
Münsterischer Anzeiger · Westfälischer Merkur

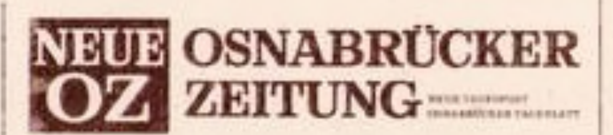
Westfälische Nachrichten, 7.2. Metallrunde noch ohne Durchbruch... im nordrhein-westfälischen Tarifbezirk steht der Forderung von 9,6% mehr Lohn und Gehalt (mindestens 146 Mark) noch das Arbeitgeberangebot von 4,3 Prozent gegenüber. Besonders umstritten ist die stärkere Anhebung der unteren Lohngruppen, die sich in der Mindestforderung ausdrückt.

Hannoversche Allgemeine
ZEITUNG

Hannoversche Allgemeine Zeitung, 8.2. In Nordrhein-Westfalen sind die Lohnverhandlungen wegen eines Zehntelprozents abermals ergebnislos verlaufen... Das geschah in der Nacht nach einem Tage, an dem bekannt geworden war, daß die Arbeitslosenzahlen wieder über eine Million geklettert sind. Dieser Zusammenhang macht diejenigen besorgt, die davon überzeugt sind, daß Lohnhöhe, Inflation und Arbeitslosigkeit einander beeinflussen... Eine Lohnrunde ist kein Volkswirtschaftliches Seminar. Da geht es nicht um objektive Erkenntnisse, sondern um Einkommensteile. Die Gewerkschaften werden sich – fälschlicherweise – auf Lambsdorff berufen und runde 7 Prozent fordern. Nun kommt es auf Standfestigkeit der Arbeitnehmer an, denen es gelingen müßte, den Barlohn im Schnitt unter 7 Prozent zu halten. Sonst schießen die Preise und die Arbeitslosenzahlen in die Höhe.

Neue Westfälische
Bielefelder Tageblatt

Neue Westfälische, 8.2. Nach Darstellung von Gesamtmetall waren die Verhandlungen in Nordrhein-Westfalen gestern morgen in Gelsenkirchen abgebrochen worden, obwohl die „beiderseitigen Positionen nur noch geringfügig“ auseinandergelegen hätten. Vor allem die IG-Metall-Formel hinsichtlich der überproportionalen Anhebung der unteren Lohngruppen habe einer Einigung im Wege gestanden. Ein Eingehen darauf hätte zu unvertretbaren Kostenbelastungen bei Übertragung auf andere Tarifbezirke geführt.



Neue Osnabrücker Zeitung, 9.2. Zum erneuten Gesprächsangebot der IG Metall erklärte der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall..., daß der Vorstand und tarifpolitische Ausschuß von Gesamtmetall am Dienstag in Frankfurt zusammenträten. ...(um) den in Gelsenkirchen unterbreiteten Lösungsvorschlag der Verhandlungskommission mehr Lohn und eine zusätzliche Zahlung von 150 und 250 DM als unzureichend ab.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Braunschweiger Zeitung, 9.2. Es scheint, daß die Verhandlungen in eine Sackgasse geraten sind. Mit Nachdruck betonte Gesamtmetall-Vizepräsident Horst Knapp: „das war bundesweit das letzte Wort“... Mit der einmaligen Zahlung einer Pauschale für die unteren Lohngruppen wollten die Arbeitgeber der Nivellierung des Tarifniveaus begegnen. Und diesen Ausweg war die Gewerkschaft bereit, mitzugehen. Jedoch über die Summe, die für einen Kaufkraftausgleich notwendig wäre, hatten beide verschiedene Vorstellungen. Am Ende erklärten die Arbeitgeber, sie hätten 150 bis 25 Mark geboten, die IG Metall beharrte dagegen auf 228 bis 41 Mark. Im Klartext: In Nordrhein-Westfalen ist die Lohngruppe 7 der Ecklohn. Auf ihn haben die Facharbeiter Anspruch...Für den Facharbeiter hätten 6,9 Prozent 60 Pfennige mehr pro Stunde bedeutet. Diesen Betrag – so die IG Metall – sollten auch alle anderen Arbeitnehmer mit der Einmalzahlung erhalten. Die Arbeitgeber aber wollten weniger zugestehen. So standen schließlich für die unteren Lohngruppen Forderungen und Angebot der Einmalzahlung wie folgt gegenüber: Gruppe zwei: 228 Mark zu 150 Mark, Gruppe drei: 208 Mark zu 132 Mark, Gruppe vier: 146 Mark zu 96 Mark, Gruppe fünf: 104 Mark zu 61 Mark, Gruppe sechs: 41 Mark zu 25 Mark...Die IG Metall wollte nur ihre Formel für die „soziale Komponente“ auf die anderen Tarifgebiete übertragen. Die Arbeitgeber bestanden darauf, daß die von ihnen genannten Festbeträge auch in den anderen Bereichen Gültigkeit bekommen sollten.

Der NDR-Staatsvertrag ist unterzeichnet.

Die Beschäftigten lassen sich weder von Klose, noch von Stoltenberg und Albrecht einspannen.

r.obj. Am 7.2.80 haben Albrecht und Stoltenberg in Kiel den Staatsvertrag für einen NDR als Zwei-Länderanstalt unterzeichnet. Noch bis zuletzt wurde verhandelt. Keiner wollte die Verantwortung für die Aufteilung des NDR als Drei-Länderanstalt übernehmen und die folgenden Angriffe auf die Rundfunkbeschäftigten. Die 3500 Beschäftigten beim NDR bereiten sich vor. Auf einer Mitgliederversammlung der RFFU am 6.2.80 in Hamburg wurde vorgeschlagen, eine Demonstration in Hamburg zu machen, um gegen das Vorgehen von Klose, Albrecht und Stoltenberg zu protestieren. Auch wenn sich Klose jetzt scheinheilig auf die Seite der NDR-Beschäftigten stellt, so haben diese nicht vergessen, daß er auf der vorletzten Betriebsversammlung geäußert hatte, er könnte medienpolitische Entscheidungen nicht unter dem Aspekt der Beschäftigungspolitik treffen.

Auf der Betriebsversammlung des NDR am 7.2.80 haben sich in Hamburg etwa 600 Mitarbeiter des NDR beteiligt. Der Betriebsratsvorsitzende Bombosch kritisierte die Unterzeichnung des Zwei-Länderstaatsvertrages. Er sah die Rundfunkfreiheit, und vor allem auch die 3500 Arbeitsplätze in Gefahr. Ohne konkrete Kampfmaßnahmen anzugeben forderte er die Beschäftigten auf, sich das nicht gefallen zu lassen. Der Vertreter der RFFU, Udo Kölsch, unterstützte die Ausführungen und rief die Anwesenden auf, sich an einer Demonstration in Hannover zu beteiligen, die auf der Verbandsvorstandssitzung am 15.2.80 beschlossen werden soll. Die Demonstration soll innerhalb 14 Tagen stattfinden.

Der NDR-Intendant Neuffer konnte seine Überlegungen, daß der unterzeichnete Staatsvertrag verfassungswidrig sei vortragen. Seine Aktivitäten beim Verbot des geplanten Streiks kamen nicht zur Sprache. Von einem Diskussionsredner der DAG wurden die Ausführungen vom Betriebratsvorsitzenden angegriffen, weil er die Gefahr des Arbeitsplatzverlusts hochspielen würde, während die DAG eine schriftliche Zusage von Albrecht hätte, daß die Arbeitsplätze nicht gefährdet seien. Doch dieser Abwiegelungsversuch erntete nur Lachen. Tags darauf konnte man bereits in der Zeitung lesen, daß es nach den Worten von Stoltenberg „bei taktischen Winkelzügen (des Hamburger Senats)“ auch zu Schwierigkeiten für die Mitarbeiter des NDR kommen kann. (HAN 8.2.)

So sollen die Beschäftigten beim NDR mürbe gemacht werden. Mit Klose auf die Entscheidung des Verwaltungsgerichtsurteils hoffen, und abwarten, ob die Kündigung des Staatsvertrages durch Niedersachsen überhaupt rechtmäßig ist oder nicht. Im Übrigen stillhalten. Allerhöchstens noch eine Demonstration gegen Stoltenberg und Albrecht. Hauptsache der Klose kommt nicht in die Schußlinie. Stoltenberg und Albrecht widerum wollen die Beschäftigten für eine reibungslose Überführung des NDR in eine Zwei-Länderanstalt einspannen und drohen „mit Schwierigkeiten“, falls dies nicht klappt. Auf der Betriebsversammlung wurde vorgeschlagen sich auch sofort um andere Fragen zu kümmern. Es wurde die Versammlung aufgefordert, sich für eine Lohnforderung von 180 DM mindestens und 9% auszusprechen, wie es die ÖTV für den Öffentlichen Dienst bereits vorgeschlagen hat. Der Vertreter der RFFU gab bekannt, daß der Tarifausschuß in Kürze tagen wird, um eine Tarifforderung festzulegen. In einem Flugblatt der RFFU wurde die Forderung des ÖTV-Hauptvorstandes bereits veröffentlicht, und es wurde vorgeschlagen, sich bei der Erörterung der Lohnforderung daran zu orientieren. Wird der Kampf gegen den unterzeichneten Staatsvertrag und seine Folgen für die Beschäftigten verbunden mit dem Kampf um den Lohn, so wird das weder Stoltenberg, noch Albrecht, noch Klose ausnutzen können.

Niedersächsische Ministererlasse schärfen Subsidiaritätsprinzip

r.scm. Im letzten halben Jahr gaben niedersächsische Landesminister eine ganze Serie von Durchführungsbestimmungen über Zahlungen im Rahmen des „sozialen Netzes“ heraus. Gemeinsam ist diesen Erlassen das offensichtliche Bemühen der niedersächsischen Landesregierung, das Subsidiaritätsprinzip schärfer zur Geltung zu bringen. Dieses Prinzip, aufgestellt in der päpstlichen Enzyklika Quadragesimo anno (1931), besagt, daß insbesondere die Familie für die gegenseitige Unterstützung zuständig ist und der Staat im Bedarfsfall nur unterstützend eingreifen soll.

So reagiert der Kultusminister auf die Bewegung zur Erlangung der allgemeinen Lernmittelfreiheit mit den *Richtlinien für die Gewährung von Erziehungsbeihilfen* (1.7.79), womit „die Erziehungsberechtigten ... entlastet werden (sollen), denen die Aufbringung dieser Kosten auf Grund ihrer sozialen Verhältnisse schwerfällt...“

Der Innenminister bestimmt in einem Erlaß über die *Bedürftigkeit im Sinne des § 17 Bundeserschädigungsgesetz* (hiernach haben Eltern „eines getöteten Verfolgten... einen Anspruch wegen Schadens am Leben, wenn sie bedürftig sind“), daß Unterhaltsansprüche etwa der Mutter des Verfolgten gegen ihren Ehemann in zweiter Ehe sich mindernd auf den Entschädigungsanspruch auswirken: „Lebt nur noch die Mutter des Verfolgten und ist diese in zweiter Ehe verheiratet, so sind ihrem Einkommen 40 v.H. des Einkommens des Ehemanns hinzuzurechnen.“ (Unterhaltsverpflichtungen des *Antragsstellers* an Frau und Kinder in zweiter Ehe dagegen bleiben freilich bei „Prüfung der Bedürftigkeit außer Betracht“.)

Daß der Anspruch auf *Kindergeld* für Kinder in Ausbildung nicht mehr akzeptiert wird, sobald z.B. ein Student als Wissenschaftliche Hilfskraft entsprechend Geld verdient, darauf weist der Finanzminister in einem Erlaß vom 30.10. hin.

Am 30.11. hat nun der Sozialminister („im Einvernehmen mit dem Finanzminister“) Durchführungsbestimmungen über den *Einsatz des Einkommens nach §§ 84 und 85 Bundessozialhilfegesetz bei Hilfen in besonderen Lebenslagen* erlassen. Von dem die Einkommensgrenze übersteigenden Betrag werden danach (nach dem Abzug besonderer Belastungen) zwischen 60 und 100% als „zumutbare Eigenleistung“ gefordert. Dabei gilt die obere „Grenze bei einmaligen oder kurzdauernden (bis zu einem Monat) Bedarf. Das gleiche ist geboten, wenn die Hilfe auch den Lebensunterhalt mit umfaßt oder schuldhaft herbeigeführt worden ist.“ „Unabhängig davon, ob und in welcher Höhe eine Eigenleistung nach § 84 BSHG aus den Einkommen über der Einkommensgrenze gefordert wird, ist zu prüfen, ob und inwieweit nach § 85 Nrn. 1 bis 3 BSHG aus dem Einkommen unterhalb der Einkommensgrenze eine Eigenleistung erlangt werden kann.“ Dazu zählen Fälle, in denen andere Stellen oder Personen für den selben Zweck Sach- oder Geldleistungen gewähren, für den die Sozialhilfe beantragt ist. Aber auch die häusliche Ersparnis, die bei einem Heimaufenthalt entsteht, wird als Grund für die Beschlagnahme von Einkommen des Betroffenen angesehen: „Ist der Hilfeempfänger voraussichtlich dauernd in einer Anstalt, einem Heim oder einer gleichartigen Anstalt untergebracht, soll der Einsatz seines Einkommens in voller Höhe verlangt werden, solange er nicht einen anderen überwiegend unterhält.“ Sowieso sind nach dem Bundessozialhilfegesetz grundsätzlich zunächst Kinder, Eltern und der Ehegatte zur Zahlung von einem Kostenbeitrag verpflichtet, was in dem Erlaß auch nochmal ausdrücklich betont wird.

In einem Erlaß des Innenministers vom 21.12.1979 zur *Durchführung des Unterhaltssicherungsgesetzes* wird ebenfalls Ausschau gehalten nach Möglichkeiten, die Kosten der Familie des Wehrpflichtigen bzw. Zivildienstleistenden aufzuhalsen, nachdem das Aufkommen für den Unterhalt der Familie des Eingezogenen durch das Gesetz selbst bereits zur Fürsorgeangelegenheit gemacht worden ist, anstatt der Forderung nach Lohnfortzahlung stattzugeben: „So ist z.B. bei Anträgen von Großeltern des Wehrpflichtigen auf Einzelleistungen zu prüfen, ob die Großeltern einen realisierbaren und ausreichenden Unterhaltsanspruch gegen einen Elternteil des Wehrpflichtigen“ (Kind der Großeltern) haben.

Niedersächsische Ministererlasse schärfen Subsidiaritätsprinzip

r.scm. Im letzten halben Jahr gaben niedersächsische Landesminister eine ganze Serie von Durchführungsbestimmungen über Zahlungen im Rahmen des „sozialen Netzes“ heraus. Gemeinsam ist diesen Erlassen das offensichtliche Bemühen der niedersächsischen Landesregierung, das Subsidiaritätsprinzip schärfer zur Geltung zu bringen. Dieses Prinzip, aufgestellt in der päpstlichen Enzyklika Quadragesimo anno (1931), besagt, daß insbesondere die Familie für die gegenseitige Unterstützung zuständig ist und der Staat im Bedarfsfall nur unterstützend eingreifen soll.

Hannoversche Allgemeine Zeitung, 8.2. In Nordrhein-Westfalen sind die Lohnverhandlungen wegen eines Zehntelprozents abermals ergebnislos verlaufen... Das geschah in der Nacht nach einem Tage, an dem bekannt geworden war, daß die Arbeitslosenzahlen wieder über eine Million geklettert sind.

Braunschweiger Zeitung, 9.2. Es scheint, daß die Verhandlungen in eine Sackgasse geraten sind. Mit Nachdruck betonte Gesamtmetall-Vizepräsident Horst Knapp: „das war bundesweit das letzte Wort“...



Fischer klagt gegen Müllablagerung im Fanggebiet

Systematische Zerstörung der Fanggebeite nordwestlich Helgolands durch Titanfabrik

r.khg. Seit 1969 werden jährlich 650000 t Abfallprodukte aus der Titanpigmentindustrie in die Deutsche Bucht bei Helgoland eingeleitet, seit 1976 hat sich die Menge auf 750000t jährlich erhöht. Bei den Abfällen handelt es sich überwiegend um Dünnsäure, Grünsalz und Gangartreste, die bei der Titandioxidproduktion der Firma Kronos-Titan in Nordenham anfallen. Die Stoffe bestehen häuptsächlich aus Eisensulfat, aber auch aus anderen giftigen Schwermetallen, die nicht aus dem Meer zurückgeholt werden können. Mit zwei Tankmotorschiffen werden täglich 4300t der Abfallstoffe in das Gebiet einige Seemeilen nordwestlich von Helgoland verbracht.

Das Gebiet, in dem die Abfälle abgelassen werden, ist ein traditionelles Fischfanggebiet. Der Meeresboden ist hindernisfrei und besteht aus sandigem Grund. Die Schleppnetzfischerei findet hier günstige Bedingungen. Das Wasser war reich an Plankton. Es handelte sich um ein klassisches Laich- und Jungfischgebiet. Kabeljau, Schollen, Flunder, Seezunge und Steinbutt waren die dort vorkommenden Fischarten. Für Jungschollen war es das wichtigste Fanggebiet.

Gegenwärtig ist in dem Einbringungsgebiet eine stetige Verarmung der vorkommenden Fischarten zu verzeichnen. Dies ist unmittelbare Folge der Ablagerung der Dünnsäure und des Grünsalzes in diesem Gebiet. So wird das Meer beim Einbringen der Stoffe über viele Stunden hinweg weitflächig gelb verfärbt. Auf der Wasseroberfläche bilden sich Schaumteppiche. Die 40 bis 60 Grad warme Dünnsäure tötet sofort das an der Wasseroberfläche treibende Plankton und die Fischeier. Ausgefällte Eisenflocken trüben bereits permanent das Wasser und setzen sich an den Kiemen der Fische fest. Sie setzen sich an kleinen Wassertieren fest, die wiederum Nahrung von Fischen sind. Durch Ablagerung der schlammartigen Abfälle am Meeresboden wird die Meeresbodenflora geschädigt. Seit 1977 wurden bei den gefangenen Fischen vermehrt Geschwüre, Verkrüppelungen und andere Krankheiten festgestellt.

Früher hat die Firma Kronos-Titan ihren Müll erlaubnisfrei und mit Billigung der Bundesregierung ins Meer geschüttet. Jetzt, da infolge internationaler Abkommen in der BRD ein „Hohe-See-Einbringungsgesetz" geschaffen werden mußte, worin eine Erlaubnis für die Ablagerung von Stoffen im Meer vorgeschrieben ist, hat das Deutsche Hydrographische Institut der Firma die gewünschte Erlaubnis erteilt. Zahlreiche beteiligte Behörden, u.a. die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (die z.B. verantwortlich ist für die regelmäßige Verbringung von Klärschlamm von den Faultürmen am Köhlbrand in dasselbe Nordseegebiet), hatten keine Bedenken. Zahlreiche Proteste und warnende Berichte der Seefischer und des Deutschen Fischereiverbandes sind beim Deutschen Hydrographischen Institut unbeachtet geblieben.

Ein Altenwerden Seefischer hat jetzt gegen die der Kronos-Titan erteilte Erlaubnis das Verwaltungsgericht angerufen. Er sieht sich durch die Müllablagerung in den traditionellen Fanggebieten in seiner Existenz bedroht. Wegen der Größe seines Schiffes ist er auf Küstennahe Fanggebiete angewiesen und kann nicht auf das offene Meer ausweichen. Das betroffene Gebiet ist ihm schon seit 25 Jahren bekannt. Früher hat er dort besonders beim Schollenfang gute Erträge erzielt. Jetzt leiten die Abfalltankschiffe oft in einem Abstand von weniger als einer halben Meile ihre Stoffe in die See. Das Fangnetz verfärbt sich dabei gelb, die Fische werden verscheucht und der Fang ist schlecht. In den letzten Jahren mußten öfters bis zu 5% des Netzinhaltes wegen Krankheitsbefall wieder über Bord geworfen werden. So etwas hatte es früher nicht gegeben. Seit der Erhöhung der jährlichen Abfallmenge ist der Fischfang in dem betroffenen Seegebiet vollkommen unergiebig geworden.

Die Erlaubnisbehörde will das Verfahren des Fischers offensichtlich verzögern. Auf seinen Widerspruch aus dem Jahre 1979 hat sie über elf Monate lang keinen Bescheid erteilt. Stattdessen hat sie die sofortige Vollziehung der Erlaubnis zur Müllablagerung für die Kronos-Titan angeordnet. Zunächst darf die Firma ihren Müll also weiter in die Nordsee schütten. Dabei ist den Behörden die ganze Zeit bekannt, daß gerade die Kronos-Titan über Patente und Verfahrenstechniken verfügt, die Schadstoffe an Land zu beseitigen. So kann die in der Dünnsäure enthaltene Schwefelsäure wieder in den Titandioxid-Herstellungsprozeß zurückgeführt werden. Verfahren zur Verwertung von Grünsalz sind ebenfalls bekannt. Nur weil die Kronos-Titan die Kosten nicht aufbringen will, werden diese Verfahren nicht angewendet.

Hochwasserkatastrophen und Dürren: Folgen der kapitalistischen Wasserwirtschaft



z.doj. Im Rhein-Main-Gebiet liegt der industrielle Verbrauch an Wasser vierfach über dem Bevölkerungs- und landwirtschaftlichen Verbrauch und soll bis 1990 auf das doppelte steigen. Die billige und ausreichende Aneignung von Wasser ist den Kapitalisten gesetzlich garantiert. Mit der massenhaften Entnahme des Wassers senken sie den Grundwasserspiegel und entziehen es den Bauern bei der Bearbeitung der Landwirtschaft. Die müssen es zur vermehrten künstlichen Beregnung wieder zurückkaufen, und das Volk zahlt die durch Absenkung und Verschmutzung verteuerte und erschwerte Wasserförderung und -aufbereitung über Steuern und erhöhte Preise. Wegen der zusammengeballten Bebauung und Asphaltierung kann das Regenwasser nicht abfließen und wird die Kanalisation überlastet. *Bild:* Vogelsberger Bauern bekämpfen die Grundwasserabsenkung.

Gesetzentwürfe für Bauernsteuer nur wenig geändert

z.frb. Weit später als geplant, am 23.1., hat der Finanzausschuß des Bundestages seine Beratung zur Erhöhung der Einkommensteuer für die Landwirtschaft abgeschlossen. Es folgen jetzt 2. und 3. Lesung im Parlament. Die Regierung will drei Arten zur Ermittlung der Steuer durchsetzen. Dadurch würden 140000 Betriebe voll buchführungspflichtig (bisher 52000), weitere 130000 hätten jede Betriebsausgabe und -einnahme, jede Nagelkiste, jede Tankfüllung, die sie kaufen, jedes verkaufte Ei, aufzuzeichnen und zu belegen. Nur für die restlichen 570000 würde der zu versteuernde „Gewinn" wie bisher nach Durchschnittssätzen ermittelt. Doch auch hierfür sind die Sätze, damit die Steuer, kräftig erhöht. Insbesondere die ganz kleinen Betriebe, so die 45% Nebenerwerbsbetriebe, sind hiervon betroffen. Immerhin, ein klein wenig mußte die Regierung ihren Gesetzentwurf bereits ändern. Die Unterschiede im Einkommen, die mit der Betriebsgröße sinken, sind durch stärkere Abstufung der Durchschnittssätze etwas besser berücksichtigt, als im ursprünglichen Entwurf. Dies obwohl die Bauern ihren Protest noch nicht wirksam organisiert haben. Der Kern der Pläne ist noch ungebrochen. Die Angaben über die Mehreinnahmen durch die Steuererhöhung schwanken zwischen 300 Mio. und 1 Mrd. DM oder 43 und 143%.

Österreich: Schweinebauern gegen „Krisengroschen"

z.anb. Während die Regierung ihre Klausur über die Sanierung des Budgets abhielt, forderten Ende Januar über 300 Kleinbauern vor dem Tagungslokal in Mallnitz (Kärnten) die sofortige Anhebung der Schweinepreise. Im Januar ist der Erzeugerpreis auf 13 – 14 Schilling pro kg (1,72 – 1,96 DM) abgerutscht, ein Preiseinbruch von 35% seit Dezember 1978, für 200000 Kleinbauern Einnahmeverluste von rund 1,5 Mrd. S. Empörte Sprechchöre trieben den Landwirtschaftsminister ins Tagungslokal zurück: er hatte versucht, die Forderung mit Hinweis auf die EG-Markt-Schlacht unterzubügeln. Die Lage am Schweinemarkt sei nur durch „sich selbst tragenden Export der Überschüsse" zu bereinigen, durch einen „Krisengroschen" wie bei der Milch. Und genau 10 – 12 Monate *nach* besagter Milchmarktregelung, im Herbst 1979, begannen die Schweinepreise zu verfallen, kalkuliert auf den Produktionszyklus der Schweinemast, auf die Tausende kleiner Milchbauern umstiegen. Das Fazit: 4,17 Mio. Schlachtungen 1979 – mehr als der derzeitige gesamte Schweinebestand (4 Mio.). In 15 Jahren sind über 120000 Scheinehalter ruiniert worden. Heute konzentrieren 1,8% aller Betriebe (4000), die über 100 Schweine halten, ein Drittel des Gesamtbestandes. Ihr

Marokkos Bauern fordern ihr geraubtes Land zurück

Nach der Kolonialherrschaft Ausbeutung durch die Kompradoren / Steigende Nahrungsmitteleinfuhren wie Schulden

z.pel.Paris. Am 7. Februar meldete die Zeitung „Le Monde", daß die 10000 Arbeiter der wichtigsten marokkanischen Phosphatmine von Khourigha sowie ein großer Teil der ca. 130000 Bauarbeiter und der Beschäftigten der staatlichen Eisenbahnen in den Lohnstreik getreten seien. Ziemlich exakt vor einem Jahr, im Januar 1979, hatten 10000 Eisenbahnarbeiter eine der

heute nämlich 52% der indirekten Steuern auf, die wiederum mit über 50% den Löwenanteil der staatlichen Steuerplünderung bilden. Der Anteil der landwirtschaftlichen Grundsteuer an den Gesamteinnahmen liegt bei nicht einmal 2%, die Einkommenssteuer ist ebenfalls lächerlich niedrig und von schwacher Progression. Die 5% Großgrundbesitzer, die 1978 55%

sen heraus. Ein Großteil der Bauern ist gezwungen, im Rahmen von Nutzungsverträgen auf dem Land der Großgrundbesitzer zu arbeiten, wobei ihnen ein Fünftel bis ein Achtel der Ernte als Entlohnung bleibt, andere pachten gegen hohen Pachtzins. Teilweise setzen zu Land gekommene Kompradoren auch Pächter auf ihrem gesamten Besitz ein, die ihrerseits je

Kleinbauern verteilt, während sich Großagrarier und Bourgeois unter Führung der königlichen Familie 750000 ha unter den Nagel reißen.

Die Ruinierung der „traditionellen" Landwirtschaft und die Ausrichtung der „modernen" auf den imperialistischen Markt fördert den Mangel der

vorkommenden Fischarten zu verzeichnen. Dies ist unmittelbare Folge der Ablagerung der Dünnsäure und des Grünsalzes in diesem Gebiet. So wird das Meer beim Einbringen der Stoffe über viele Stunden hinweg weitflächig gelb verfärbt. Auf der Wasseroberfläche bilden sich Schaumteppiche. Die 40 bis 60 Grad warme Dünnsäure tötet sofort das an der Wasseroberfläche treibende Plankton und die Fischeier. Ausgefällte Eisenflocken trüben bereits permanent das Wasser und setzen sich an den Kiemen der Fische fest. Sie setzen sich an kleinen Wassertieren fest, die wiederum Nahrung von Fischen sind. Durch Ablagerung der schlammartigen Abfälle am Meeresboden wird die Meeresboden-

gerung in den traditionellen Fanggebieten in seiner Existenz bedroht. Wegen der Größe seines Schiffes ist er auf Küstennahe Fanggebiete angewiesen und kann nicht auf das offene Meer ausweichen. Das betroffene Gebiet ist ihm schon seit 25 Jahren bekannt. Früher hat er dort besonders beim Schollenfang gute Erträge erzielt. Jetzt leiten die Abfalltankschiffe oft in einem Abstand von weniger als einer halben Meile ihre Stoffe in die See. Das Fangnetz verfärbt sich dabei gelb, die Fische werden verscheucht und der Fang ist schlecht. In den letzten Jahren mußten öfters bis zu 5% des Netzinhaltes wegen Krankheitsbefall wieder über Bord geworfen werden. So etwas hatte es früher nicht gegeben. Seit der Erhö-



z.doj. Im Rhein-Main-Gebiet liegt der industrielle Verbrauch an Wasser vierfach über dem Bevölkerungs- und landwirtschaftlichen Verbrauch und soll bis 1990 auf das doppelte steigen. Die billige und ausreichende Aneignung von Wasser ist den Kapitalisten gesetzlich garantiert. Mit der massenhaften Entnahme des Wassers senken sie den Grundwasserspiegel und entziehen es den Bauern bei der Bearbeitung der Landwirtschaft. Die müssen es zur vermehrten künstlichen Beregnung wieder zurückkaufen, und das Volk zahlt die durch Absenkung und Verschmutzung verteuerte und erschwerte Wasserförderung und -aufbereitung über Steuern und erhöhte Preise. Wegen der zusammengeballten Bebauung und Asphaltierung kann das Regenwasser nicht abfließen und wird die Kanalisation überlastet. *Bild:* Vogelsberger Bauern bekämpfen die Grundwasserabsenkung.

Österreich: Schweinebauern gegen „Krisengroschen"

z.anb. Während die Regierung ihre Klausur über die Sanierung des Budgets abhielt, forderten Ende Januar über 300 Kleinbauern vor dem Tagungslokal in Mallnitz (Kärnten) die sofortige Anhebung der Schweinepreise. Im Januar ist der Erzeugerpreis auf 13 – 14 Schilling pro kg (1,72 – 1,96 DM) abgerutscht, ein Preiseinbruch von 35% seit Dezember 1978, für 200000 Kleinbauern Einnahmeverluste von rund 1,5 Mrd. S. Empörte Sprechchöre trieben den Landwirtschaftsminister ins Tagungslokal zurück: er hatte versucht, die Forderung mit Hinweis auf die EG-Markt-Schlacht unterzubügeln. Die Lage am Schweinemarkt sei nur durch „sich selbst tragenden Export der Überschüsse" zu bereinigen, durch einen „Krisengroschen" wie bei der Milch. Und genau 10 – 12 Monate *nach* besagter Milchmarktregelung, im Herbst 1979, begannen die Schweinepreise zu verfallen, kalkuliert auf den Produktionszyklus der Schweinemast, auf die Tausende kleiner Milchbauern umstiegen. Das Fazit: 4,17 Mio. Schlachtungen 1979 – mehr als der derzeitige gesamte Schweinebestand (4 Mio.). In 15 Jahren sind über 120000 Scheinehalter ruiniert worden. Heute konzentrieren 1,8% aller Betriebe (4000), die über 100 Schweine halten, ein Drittel des Gesamtbestandes. Ihr

Exportgeschäft floriert: im November 1979 140% Steigerung zum Vorjahr.

Marokkos Bauern fordern ihr geraubtes Land zurück

Nach der Kolonialherrschaft Ausbeutung durch die Kompradoren / Steigende Nahrungsmitteleinfuhren wie Schulden

z.pel.Paris. Am 7. Februar meldete die Zeitung „Le Monde", daß die 10000 Arbeiter der wichtigsten marokkanischen Phosphatmine von Khourigha sowie ein großer Teil der ca. 130000 Bauarbeiter und der Beschäftigten der staatlichen Eisenbahnen in den Lohnstreik getreten seien. Ziemlich exakt vor einem Jahr, im Januar 1979, hatten 10000 Eisenbahnarbeiter eine der größten Streikbewegungen in der Geschichte Marokkos eingeleitet, die nach und nach fast alle Sektoren der Industrie wie des öffentlichen Dienstes erfaßte und unter deren Druck die marokkanische Regierung die Erhöhung des staatlichen Mindestlohnes um 30% zum 1. Mai und um weitere 10% zum 1. Januar 1980 zugestehen mußte. Daneben wurden in einer Reihe von Gewerken die Tariflöhne um 15% angehoben. Die Arbeiter hatten so eine Bresche in die auf Anordnung König Hassans seit 1975 betriebene Lohnstoppolitik geschlagen und den ihnen bei Beginn der Aggression gegen das saharauische Volk aufgezwungenen „Burgfrieden" gekündigt. Die durch jahrelange Lohnsenkung eingetretene Verengung der Reproduktionsbasis bei Arbeitern und Angestellten war damit jedoch nicht beseitigt, zumal Hassan nur wenige Monate später zur Bestreitung der steigenden Kriegskosten eine „nationale Solidaritätssteuer" auf die wichtigsten Grundnahrungsmittel erhob. Mehr noch. Die Anhebung der indirekten Steuern und erneute Preiserhöhungen von durchschnittlich 15% für eine Reihe von Lebensmitteln ohne eine entsprechende Erhöhung der bäuerlichen Erzeugerpreise am Ende des Jahres mußten gerade auch die marokkanischen Bauern treffen.

Präziser: die 1,5 Millionen kleinen Bauern, die auf Ackerflächen bis zu 5 ha den Unterhalt ihrer Familien zu sichern versuchen, und die knapp 500000, die, selbst ohne jedes Landeigentum, das Land der Großgrundbesitzer bearbeiten. Insgesamt 2,2 Mio. Bauern, ziemlich genau 50% der gesamten Erwerbsbevölkerung, bringen heute nämlich 52% der indirekten Steuern auf, die wiederum mit über 50% den Löwenanteil der staatlichen Steuerplünderung bilden. Der Anteil der landwirtschaftlichen Grundsteuer an den Gesamteinnahmen liegt bei nicht einmal 2%, die Einkommenssteuer ist ebenfalls lächerlich niedrig und von schwacher Progression. Die 5% Großgrundbesitzer, die 1978 55% des Bodens besitzen, werden an diesem System nichts auszusetzen haben.

330 Dirham (ca. 190 DM) verdienen die Kleinbauern nach Angaben des marokkanischen Landwirtschaftsministeriums durchschnittlich, der Durchschnittslohn eines Industriearbeiters lag 1978 bei etwa 450 Dirham, ein kleiner Beamter verdiente knapp über 500 Dirham. Kaum einer dieser Bauern kann heute seine oft achtköpfige Familie auf seiner Scholle ernähren.

Marokko zählt etwa 7,5 Mio. ha kultivierten Landes höchst unterschiedlicher Qualität entsprechend der geographischen und klimatischen Bedingungen. Nur 800000 ha davon sind bewässert. Die Produktionsverhältnisse vor der kolonialen Unterwerfung durch Frankreich waren feudalistisch, wobei die Bauern neben den Tributleistungen einen Teil des Landes kollektiv im Rahmen der jeweiligen Stämme bewirtschafteten. Die französischen Kolonialisten besiedelten einen Großteil dieses bäuerlichen Kollektiveigentums und suchten sich im übrigen bei ihrer Herrschaft auf die feudalen Großgrundbesitzer zu stützen. Die Masse der Bauern wurde auf den elendesten Boden zurückgedrängt. Obwohl Hauptkraft des Kampfes gegen die imperialistische Herrschaft, werden die Bauern 1959 nach Erringung der nationalen Unabhängigkeit von der gegen die schwache nationale Bourgeoisie siegreichen Koalition von Großgrundbesitz und Kompradoren unter die Herrschaft der Großgrundbesitzer gezwungen. Im Laufe der Jahre bilden sich verschiedene Formen von Herrschaftsverhältnissen heraus. Ein Großteil der Bauern ist gezwungen, im Rahmen von Nutzungsverträgen auf dem Land der Großgrundbesitzer zu arbeiten, wobei ihnen ein Fünftel bis ein Achtel der Ernte als Entlohnung bleibt, andere pachten gegen hohen Pachtzins. Teilweise setzen zu Land gekommene Kompradoren auch Pächter auf ihrem gesamten Besitz ein, die ihrerseits je nach Größe der Kulturen Hunderte von Landarbeitern in Lohnarbeit anstellen. Der Lohn dieser Arbeiter liegt 1975/76 bei 4 – 7 Dirham pro Tag, je nach Erntephase. Die Erträge sind bei all diesen Formen der Ausbeutung in der Regel schlecht und die Kulturen bald mangels Pflege ausgelaugt.

Neben dieser „traditionellen" Form der Landwirtschaft entwickelten die noch bis 1973 im Lande verbleibenden französischen Siedler auf ca. 1 Mio. ha, vorwiegend bewässerten, Landes eine vollständig auf den Export ausgerichtete Plantagenwirtschaft mit hauptsächlich Südfrüchten und Gemüse. Als Hassan 1973 unter dem Druck der wachsenden nationalen Bourgeoisie und fortdauernder Kämpfe der Volksmassen die französischen Siedler gegen Entschädigung enteignen läßt und eine Agrarreform ankündigt, werden schließlich 250000 ha dieses den Bauern geraubten Bodens an 25000 Kleinbauern verteilt, während sich Großagrarier und Bourgeois unter Führung der königlichen Familie 750000 ha unter den Nagel reißen.

Die Ruinierung der „traditionellen" Landwirtschaft und die Ausrichtung der „modernen" auf den imperialistischen Markt fördert den Mangel der wichtigsten Grundnahrungsmittel und die Notwendigkeit der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte. 1978 übersteigen die Importe die Exporte um das Doppelte. Das Zahlungsbilanzdefizit Marokkos ist nach dem rapiden Fall der Phosphatpreise massiv, die Auslandsschulden belaufen sich auf 10% des Jahreshaushaltes. Am 24.12.79 haben in der Region Kasba Tadla am Rande des Atlas Tausende von Bauern einen Großgrundbesitzer daran gehindert, seine Herden auf ehemals kollektives Land zu treiben, und sich im Laufe zweier Demonstrationen mit der Armee geschlagen. 180 Verhaftungen, Abschlachten von Vieh, Anzünden von Traktoren, Schußwaffeneinsatz – die Staatsmacht hat die Revolte zunächst niederknüppeln können. Dies war die größte Erhebung seit den Kämpfen um Land während der sogenannten „Agrarreform" 1973. Noch sind diese Kämpfe mit denen der Arbeiter wenig bewußt verbunden.



Tomatenanbau. Südfrüchte und Gemüse sind nach Phosphat zweiter Exportartikel. ⅔ der 900000 t gehen ins Ausland. Getreide wird eingeführt.

Keine Maßnahmen der Kaffeeorganisation gegen Preisverfall

z.hef.London. Ohne Ergebnis außer dem, die nächste Sitzung vom 24. bis 26. März durchzuführen, endete am Donnerstag eine Sondersitzung des Exekutivrats der Internationalen Kaffeeorganisation. Die Sitzung war, wie auf der letzten Vollversammlung beschlossen, einberufen worden, weil der Durchschnittspreis unter 168,27 Cents pro Pfund gefallen war. Vor allem die US-Imperialisten, die größten Rohkaffeeimporteure, versuchen jetzt den Weltmarktpreis zu drücken. Das US-Landwirtschaftsministerium läßt verbreiten, in diesem Jahr werde die Welternte um 1,3 Mio. Sack über dem Verbrauch liegen. Das US-Marktforschungsinstitut Conti sagt vorher, die Preise müßten noch um weitere 20% fallen, ehe sie sich „stabilisieren". Die lateinamerikanischen Produzentenländer versuchen, durch Stützungskäufe aus einem gemeinsamen Fonds die Preissenkung zu bekämpfen. Die Elfenbeinküste hat den Handel mit ihrem Kaffee an der Börse schon vor einem Monat eingestellt. Erst wenn der Preis um 15% über dem jetzigen liegt, will das Land den Verkauf wieder aufnehmen. Alle Produzentenländer in der ICO fordern ein wirkungsvolles Quotensystem, wobei Export- und Importländer bei Weltmarktpreisen unter einem festen Auslöserpreis nur festgelegte Mengen (Quoten) exportieren bzw. importieren.

Bis zum Ecklohn unbedingt: Festgeld, denn das lohnt sich!

Angeblich will sich diesen Dienstag der Vorstand der Kapitalistenvereinigung Gesamtmetall treffen; in Frankfurt, im Schatten der Großbanken. Wie man hört, sollen die regionalen Kapitalistenverbände auf das NRW-Angebot von 6,8% und eine läppische „einmalige Zahlung" den Fahneneid ablegen. Hoffentlich geloben sie, daß sie die Pest kriegen wollen, wenn sie mehr zahlen, denn je erbitterter sie sich einlassen, um so mehr werden sie hernach zahlen müssen. Der Gedanke, die Lohnbewegung durch ein vergleichsweise hohes Angebot zum Verkauf der Interessen der unter dem Ecklohn gelegenen Lohn- und Gehaltsgruppen zu locken, ist verwegen. Beweist doch gerade dies 6,8%-Angebot, was die Lohnbewegung erreichen kann, wenn sie unter einer Forderung antritt, die Einigkeit ausdrückt.



Bad Nauheim, 4.2.80. Fast 1000 Metallarbeiter und Angestellte aus der Verwaltungsstelle Darmstadt vor allem von Opel Rüsselsheim demonstrierten am 3. Verhandlungstag am Verhandlungsort um 11 Uhr für 10%, 175 DM mindestens. 42 Telegramme und Tausende von Unterschriften wurden überreicht.

Wieso scheuen die Kapitalisten eigentlich davor zurück, sich auf einen Abschluß von 6,9% und unterhalb Ecklohn Festgeld einzulassen? Das liegt nur zum geringeren Teil an den akuten Kosten, die ein solcher Abschluß machen würde, so viel beweist auch das Angebot einer „einmaligen Zahlung".

1. Der Frauenlohn steht niedriger als der Männerlohn. Die Frauen aus der Arbeiterbevölkerung bilden eine Reserve an billigen Arbeitskräften. Sie sind zum großen Teil in den Lohn- und Gehaltsgruppen unter Ecklohn bezahlt. Eine besondere Anhebung dieser Lohn- und Gehaltsgruppen würde bedeuten, daß die Arbeiterbewegung einen Schritt in Richtung Gleichbezahlung der Frauenarbeit erzwingt. Auf einen solchen Schritt würden, insbesondere, wenn er erfolgreich getan wird, weitere folgen können. Das sehen die Kapitalisten ganz richtig.

2. Ferner sind unterhalb der Ecklohngruppe die große Masse der Arbeiter ausländischer Nationalität eingestuft, die unter der Ausrede, sie wären schlecht ausgebildet, Höchstleistungen für Niedrigstlöhne erbringen müssen. Gegen die schreiende Diskrepanz von Höchstleistung und Niedrigstlöhnen wäre also ein Schritt getan, auf den ebenfalls weitere folgen müßten.

3. Bei den Angestellten befinden sich in den unteren Gehaltsgruppen oft jüngere Arbeitskräfte, die nur auf einen ausreichenden Lohn kommen, wenn sie den Rücken krumm machen und sich höherdienen. Die Angestelltenlaufbahn, dieser abstoßende Tummelplatz der individuellen Konkurrenz, würde ein wenig eingedämmt. Auch auf diesen Schritt würden weitere folgen.

4. Das „Handelsblatt", ein ungeschminktes Kapitalistenblatt, tadelt bereits das Vorhaben einer Einmalzahlung: „Aber die Arbeitgeber machen mit dem Angebot solcher „sozialer Komponenten" die Tarifpolitik zu einer sozialpolitischen Fürsorgeeinrichtung. Ein Übel aber ist auch der Einmalbetrag. Denn im nächsten Jahr sind die Heizölpreise sicherlich noch höher, haben sich vielleicht die Wechselkursrelationen so geändert, daß Ferien im Ausland sehr viel teurer geworden sind, war vielleicht die Kartoffelernte schlecht. Und wieso müßten sich die Arbeitgeber dann nicht um die „sozialen Komponenten" kümmern, wenn sie einmal damit angefangen haben? – Man merke, unter die für Arbeiter u.U. schwierig zu erlangenden und verzichtreifen Güter rechnet der „Handelsblatt"-Redakteur nicht nur Heizöl und Jahresurlaub, sondern auch noch die Kartoffel.

Die Versuche, die Ablehnung der Forderung Festgeld bis zum Ecklohn zu begründen, reißen den Tüll von der Konstruktion der kapitalistischen Gesellschaft. Schon allein wegen dieser „Handelsblatt"äußerung sollte man 2/10 bis 3/10 höher abschließen.

Ihren Handelsüberschuß holen die westdeutschen Exportwucherer aus Europa

z.frb. 1978 haben die westdeutschen Imperialisten Güter im Gewicht von 356 Mio. Tonnen über ihre Grenze schaffen lassen, exportiert haben sie 168 Mio. Tonnen. Für die eingeführten Produkte haben sie 685 DM je Tonne gezahlt, für die ausgeführten haben sie 1964 DM kassiert. Wenig bearbeitetes Material einführen, von einem unter ihrer Knute stehenden Arbeiterheer „veredeln" lassen, andere Länder damit übers Ohr hauen, so läuft das doppelte Ausbeutergeschäft des westdeutschen Finanzadels. Europa ist ihnen da Basis für die Jagd um den Erdball. – Innerhalb der EG erzielten westdeutsche Profitjäger in den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres einen Handelsüberschuß von 9,8 Mrd. DM. Gegenüber den europäischen Ländern außerhalb der EG brachten sie es auf einen Überschuß von 19,3 Mrd. DM: Schweden 2,7; Österreich 7,4; Spanien 0,6; Jugoslawien 3,1; Griechenland 1,1; die Drehscheibe Schweiz 5,2. Für 12 von 17 Ländern stehen die BRD-Imperialisten unter den Lieferanten an erster Stelle.

Findet innerhalb der EG im wesentlichen gegenseitiger Kampf der Monopole um Märkte statt, so außerhalb im wesentlichen Ausplünderung durch ungleichen Tausch. Erstaunlich, welchen Überschuß die westdeutschen Imperialisten gerade dort herauspressen, wo die Handelsbeziehungen relativ weniger ausgeweitet sind. Gegenüber der Türkei und Portugal zum Beispiel, deren gesamtes Defizit gerade so groß ist wie ihre Ausfuhr. Hier wird der wuchernde Händler zum Unterdrücker. Während die Türkei 22% aller Einfuhrwaren bei westdeutschen Kapitalisten kaufen muß, hat sie an den Exportmärkten der BRD nur einen Anteil von 0,6%. Matthöfer bietet dort jetzt „Hilfe" an. Mit Geld aus dem „Netz der sozialen Sicherheit".



Unterstützung der Lohnbewegung in der metallverarbeitenden Industrie!

Hannover, 7.2.80. Am 7. Februar fand für Hannover die Kreisdelegiertenversammlung (KDV) der ÖTV zur Aufstellung der Tarifforderung statt. Eine Solidaritätsadresse an die Metallarbeiter für die 3. Verhandlung am 8.2. in Hannover wurde bei einer Enthaltung beschlossen. Ausdrücklich wurde die Forderung nach Anhebung der unteren Lohngruppen begrüßt. Eine inhaltlich gleiche Resolution ist ebenfalls von der ÖTV-Betriebsgruppe Annastift beschlossen worden.

Goslar, 5.2.80. Zur Unterstützung der Tarifforderung der IGM wurde auf der GEW Ortsversammlung in Goslar eine Resolution verabschiedet, in der sich gegen die Angriffe Lambsdorffs auf die Mindestforderung ausgesprochen

Braunschweig, 4.2.80. Solidaritätsschreiben zur Unterstützung der IGM, Bezirksverwaltung Niedersachsen. 13 Schüler einer Berufsschulklasse der Berufsbildenden Schulen 1 haben einen Brief zur Unterstützung der Forderung der IGM zum Lohnkampf geschrieben. Dort sprechen sie sich besonders für die Mindestforderung von 148 DM aus, „das hilft besonders den unteren Lohngruppen" und die Durchsetzung der Forderung für die Auszubildenden.

Düsseldorf, 2.2.80. Der Bezirkstag der IG Druck und Papier hat einstimmig eine Solidaritätsentschließung an die IG Metall verabschiedet. Darin heißt es u.a. sinngemäß: „Am 1. Februar haben die IG Metall und die Metallindustriellen von NRW erneut über die Tariferhöhungen verhandelt. Die Metallindustriellen sind bei ihrem völlig un-

„Der Bezirkstag der IG Druck und Papier Düsseldorf erklärt seine Solidarität mit den Kollegen der IG Metall und unterstützt ihre Forderungen. Vor allem an der Durchsetzung von Mindestforderungen muß festgehalten werden." „Alle Angriffe der Unternehmer auf die spontanen Arbeitsniederlegungen der Kollegen in Baden-Württemberg weisen wir als Angriffe auf das Streikrecht zurück."

Heidelberg, 2.3.80. Solidaritätserklärung der Fachschaft und Fachbereichsgruppe Jura der Universität Heidelberg an den Ortsvorstand der IG-Metall: „Mit großer Aufmerksamkeit verfolgen wir Euren Kampf für die 150 DM Festgeld/mindestens 10% im jetzigen Tarifkampf ... Mit Begeisterung haben wir deshalb Eure Entschlossenheit aufgenommen, dieses „Angebot" zurückzuschlagen. Insbesondere meinen

Außenhandel europäischer Länder (OECD-Mitglieder) mit Westdeutschland 1978

Österreich 1011 1331 29,1 43,3 –320 –282 5,1 3,1
Belg/Lux. 3734 4030 22,9 23,1 –296 – 76 8,3 8,9
Dänemark 987 1230 17,0 20,8 –243 – 88 2,2 1,7
Finnland 713 654 10,1 13,5 + 59 – 16 0,7 0,8
Griechenland 278 630 20,9 15,7 –352 – 41 1,1 0,9
Island 54 57 7,4 10,5 – 3 – 2 0,0 0,0
Irland 474 594 8,4 7,1 –120 – 2 0,4 0,4
Italien 4663 4697 19,0 17,4 – 34 + 71 6,8 10,1
Niederlande 4168 4406 30,8 25,4 –238 +165 9,6 13,3
Norwegen 837 952 7,9 14,3 –115 – 70 1,1 1,7
Portugal 203 431 13,3 13,9 –228 – 33 0,5 0,3

ve an billigen Arbeitskräften. Sie sind zum großen Teil in den Lohn- und Gehaltsgruppen unter Ecklohn bezahlt. Eine besondere Anhebung dieser Lohn- und Gehaltsgruppen würde bedeuten, daß die Arbeiterbewegung einen Schritt in Richtung Gleichbezahlung der Frauenarbeit erzwingt. Auf einen solchen Schritt würden, insbesondere, wenn er erfolgreich getan wird, weitere folgen können. Das sehen die Kapitalisten ganz richtig.

2. Ferner sind unterhalb der Ecklohn-

ausreichenden Lohn kommen, wenn sie den Rücken krumm machen und sich höherdienen. Die Angestelltenlaufbahn, dieser abstoßende Tummelplatz der individuellen Konkurrenz, würde ein wenig eingedämmt. Auch auf diesen Schritt würden weitere folgen.

4. Das „Handelsblatt", ein ungeschminktes Kapitalistenblatt, tadelt bereits das Vorhaben einer Einmalzahlung: „Aber die Arbeitgeber machen mit dem Angebot solcher „sozialer

Man merke, unter die für Arbeiter u.U. schwierig zu erlangenden und verzichtreifen Güter rechnet der „Handelsblatt"-Redakteur nicht nur Heizöl und Jahresurlaub, sondern auch noch die Kartoffel.

Die Versuche, die Ablehnung der Forderung Festgeld bis zum Ecklohn zu begründen, reißen den Tüll von der Konstruktion der kapitalistischen Gesellschaft. Schon allein wegen dieser „Handelsblatt"äußerung sollte man 2/10 bis 3/10 höher abschließen.

GROSS BRITANNIEN
SOWJETUNION
POLEN
FRANK REICH
ITALIEN
SPANIEN
TÜRKEI

Unterstützung der Lohnbewegung in der metallverarbeitenden Industrie!

Hannover, 7.2.80. Am 7. Februar fand für Hannover die Kreisdelegiertenversammlung (KDV) der ÖTV zur Aufstellung der Tarifforderung statt. Eine Solidaritätsadresse an die Metallarbeiter für die 3. Verhandlung am 8.2. in Hannover wurde bei einer Enthaltung beschlossen. Ausdrücklich wurde die Forderung nach Anhebung der unteren Lohngruppen begrüßt. Eine inhaltlich gleiche Resolution ist ebenfalls von der ÖTV-Betriebsgruppe Annastift beschlossen worden.

Goslar, 5.2.80. Zur Unterstützung der Tarifforderung der IGM wurde auf der GEW Ortsversammlung in Goslar eine Resolution verabschiedet, in der sich gegen die Angriffe Lambsdorffs auf die Mindestforderung ausgesprochen wird. Die Forderung der IGM wird unterstützt und die Meinung vertreten, daß von den 145 DM mindestens keine Abstriche gemacht werden dürfen. Die Resolution wurde bei 2 Enthaltungen angenommen und an die IGM-Ortsverwaltung Goslar weitergeleitet, in der Mitglieder der Tarifkommission sind.

Braunschweig, 4.2.80. Solidaritätsschreiben zur Unterstützung der IGM, Bezirksverwaltung Niedersachsen. 13 Schüler einer Berufsschulklasse der Berufsbildenden Schulen 1 haben einen Brief zur Unterstützung der Forderung der IGM zum Lohnkampf geschrieben. Dort sprechen sie sich besonders für die Mindestforderung von 148 DM aus, „das hilft besonders den unteren Lohngruppen" und die Durchsetzung der Forderung für die Auszubildenden.

Düsseldorf, 2.2.80. Der Bezirkstag der IG Druck und Papier hat einstimmig eine Solidaritätsentschließung an die IG Metall verabschiedet. Darin heißt es u.a. sinngemäß: „Am 1. Februar haben die IG Metall und die Metallindustriellen von NRW erneut über die Tariferhöhungen verhandelt. Die Metallindustriellen sind bei ihrem völlig unzureichenden, provokativen Angebot von 4,3% geblieben. Außerdem haben sie die Mindestforderung als ‚unannehmbar' zurückgewiesen." „Die IG Metall steht in der Lohnrunde '80 an vorderster Front. Der Abschluß in der Metallindustrie wird Einfluß auf alle nachfolgenden Abschlüsse haben." „Der Bezirkstag der IG Druck und Papier Düsseldorf erklärt seine Solidarität mit den Kollegen der IG Metall und unterstützt ihre Forderungen. Vor allem an der Durchsetzung von Mindestforderungen muß festgehalten werden." „Alle Angriffe der Unternehmer auf die spontanen Arbeitsniederlegungen der Kollegen in Baden-Württemberg weisen wir als Angriffe auf das Streikrecht zurück."

Heidelberg, 2.3.80. Solidaritätserklärung der Fachschaft und Fachbereichsgruppe Jura der Universität Heidelberg an den Ortsvorstand der IG-Metall: „Mit großer Aufmerksamkeit verfolgen wir Euren Kampf für die 150 DM Festgeld/mindestens 10% im jetzigen Tarifkampf ... Mit Begeisterung haben wir deshalb Eure Entschlossenheit aufgenommen, dieses „Angebot" zurückzuschlagen. Insbesondere meinen wir damit die Unterschriftensammlung bei AUDI NSU Neckarsulm, in der über 5000 Beschäftigte dieses Angebot abgelehnt und auf einer angemessenen Festgeld-Mindestforderung bestehen. Auch begrüßen wir die Durchführung der Warnstreiks von 32000 im Raum Stuttgart/Mannheim/Heidelberg ..."

Außenhandel europäischer Länder (OECD-Mitglieder) mit Westdeutschland 1978

Land	Export in Mio. Dollar pro Monat	Import in Mio. Dollar pro Monat	Anteil (%) der BRD am Exp.	Anteil (%) der BRD am Imp.	Handelsbilanz in Mio. Dollar Ges.	Handelsbilanz in Mio. Dollar gg. BRD	Anteil am westdeutschen Exp.	Anteil am westdeutschen Imp.
Österreich	1011	1331	29,1	43,3	–320	–282	5,1	3,1
Belg/Lux.	3734	4030	22,9	23,1	–296	– 76	8,3	8,9
Dänemark	987	1230	17,0	20,8	–243	– 88	2,2	1,7
Finnland	713	654	10,1	13,5	+ 59	– 16	0,7	0,8
Griechenland	278	630	20,9	15,7	–352	– 41	1,1	0,9
Island	54	57	7,4	10,5	– 3	– 2	0,0	0,0
Irland	474	594	8,4	7,1	–120	– 2	0,4	0,4
Italien	4663	4697	19,0	17,4	– 34	+ 71	6,8	10,1
Niederlande	4168	4406	30,8	25,4	–238	+165	9,6	13,3
Norwegen	837	952	7,9	14,3	–115	– 70	1,1	1,7
Portugal	203	431	13,3	13,9	–228	– 33	0,5	0,3
Spanien	1088	1556	10,0	10,7	–468	– 39	1,3	1,5
Schweden	1810	1708	11,0	18,4	+102	–114	2,7	2,2
Schweiz	1947	1971	18,0	28,9	– 24	–219	5,1	4,1
Türkei	190	379	22,1	16,4	–189	– 20	0,6	0,4
Britannien	5973	6549	8,3	11,0	–576	–224	5,9	5,2
Jugoslawien	463	815	8,4	18,0	–352	–108	1,8	0,8

Berechnet nach: OECD – Statistics of Foreign Trade, Monthly Bulletin, Series A; Statistisches Bundesamt – Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 1, Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel 1978



z.ans.Rom. **Mit Matratzen und Betten errichteten Ende Januar rund 100 Beschäftigte des römischen Krankenhauses San Giovanni zusammen mit Patienten eine Straßensperre.** „Hier gibt es 1000 Betten, aber 1400 Patienten", enthüllten sie auf Schildern (Bild). Mehrere Stunden lang blockierten die Krankenhausbeschäftigten den Verkehr. Mit der Aktion protestierten die Lohnabhängigen gegen die Folgen von Rationalisierung und Kostendämpfung: Seit Jahren sind sie gezwungen, die Kranken auf Korridoren, vor den Badezimmern, in kleinsten Kammern zusammenzupferchen. Von 1973 bis 1978 wurde in Italien die Zahl der Krankenhäuser von 2144 auf 1971 gesenkt, die Zahl der Betten von 576744 auf 564503; die Aufnahmen stiegen von 9096689 auf 9791637. Die Arbeitsbedingungen an den Krankenhäusern sind unerträglich. Die „linke" Regionalregierung hat nach der Aktion weitere Schritte zur Durchsetzung der Kostendämpfung angekündigt: Einrichtung von „Filter-Aufnahmestationen" zur Auslese derer, für die sich eine Krankenhausbehandlung nicht lohne; „Heimpflege" für die alten, kranken Lohnabhängigen; Aufnahmebeschränkung für Patienten, die durch die noch elendere Gesundheitsversorgung im ländlichen Süditalien nach Rom getrieben werden. Die Krankenhausbeschäftigten haben ihren Kampf gegen Überarbeit verbunden mit Enthüllungen über die Verschlechterung der Krankenversorgung. Die Regionalregierung will sie von den Volksmassen abspalten: Sie beschließt Maßnahmen, die scheinbar die Überarbeit einschränken, tatsächlich aber nur die Gesundheitsversorgung der Volksmassen weiter verschlechtern.

z.ulg.Rom. **Mit einem vierstündigen Streik der 650000 Beschäftigten der Gemeinden, Provinzen und Regionen hat am Freitag der Tarifkampf im italienischen öffentlichen Dienst begonnen.** Der Streik wurde zu Versammlungen in den Rathäusern usw. genutzt. Der alte dreijährige Tarifvertrag für die Lokalverwaltungen ist seit elf Monaten ausgelaufen. In den anderen Dienstzweigen herrscht zum Teil noch länger tarifloser Zustand. Die Gewerkschaften fordern rückwirkend ab 1.3.79 30000 Lire (66 DM) und – nach Lohngruppen unterschiedlich – durchschnittlich 11%. Das Forderungsvolumen beträgt 85000 Lire (183 DM). Bei den ersten Verhandlungen Ende Januar hat der Dienstherr insgesamt nicht einmal 30000 Lire angeboten – und keine Nachzahlung für 1979. Daraufhin haben die Gewerkschaften zu zwei vierstündigen Streiks und für den 19. Februar zu einem ganztägigen Vollstreik aufgerufen.

z.pel.Paris. **„Gleiche Arbeit – gleicher Lohn! 104 freie Tage – 35-Stundenwoche! Ausweitung der RATP in die Vororte!"** Unter diesen Forderungen versammelten sich am 7.2. weit über 1000 Arbeiter und Angestellte des Pariser Staatsbetriebs Régime Autonome des Transports Publics (RATP) zu einer Kundgebung in einer Station der Untergrundbahn. Die RATP betreibt den gesamten öffentlichen Transport in Paris: Metro, die Schnellbahnen RER in die Vororte, die Busse. Seitdem im Dezember 1979 Teile eines umfassenden Rationalisierungsplanes ans Licht gekommen sind, treten immer wieder Tausende der 37000 Beschäftigten in Kurzstreiks und demonstrieren. „... den Fahrgästen den bestmöglichen Service mit reduzierten Mitteln anzubieten", heißt es in dem Plan; Linienschließungen, Einstellung des Verkehrs nach 22 Uhr, automatischer Fahrkartenverkauf sowie massive Ausdehnung der Frauen- und Teilzeitarbeit werden erwogen. Mit der Verkürzung der Taktzeiten in den Ausbesserungswerkstätten ist begonnen worden. Wer die vorgeschriebenen Zeiten nicht schafft, erhält Geldstrafen. Die Arbeiter haben dagegen gestreikt, die Direktion reagierte mit 5500 Lohnabzügen. Fünf Entlassungen mußte sie nach Streiks in den meisten Werkstätten zurücknehmen.

z.hef. **Die Vereinigung der Regierungsangestellten Ghanas kündigte am 30.1. einen Streik an, falls die Regierung ihre Forderungen nicht erfüllt.** Die Vereinigung fordert vor allem die Erhöhung der Gehälter, die im letzten Jahr nach einem Bericht der Kommission für Lohnverhandlungen mit dem Öffentlichen Dienst zugesagt wurde. Außerdem, erklärte der Vorsitzende der Vereinigung Amegaw auf einer Pressekonferenz, hätten sie nicht die 300 Cedi Prämie (200 DM) erhalten, die an Soldaten, Polizei und Lehrer gezahlt worden sei. Die Unruhe im Öffentlichen Dienst wachse täglich. – Imperialistische Banken verweigerten Ghana im letzten Herbst neue Kredite, weil alte Schulden nicht zurückgezahlt werden konnten. Der IWF verlangt eine drastische Reduzierung der Staatsausgaben.

z.gkr. **Am 28. Januar sind die 25500 Lehrer und andere Beschäftigte des Schulamtes von Chicago, insgesamt 48000, in den Streik getreten.** Sie hatten am 18. Januar ihre Gehaltszahlungen nicht erhalten und für den 1. Februar war dasselbe angekündigt, nachdem das Stadtparlament eine Auszahlung von 225 Mio. Dollar untersagt hatte. Den Lehrern schuldete die Stadt inzwischen mehr als 100 Mio. Dollar. Der größte Teil der 472000 Schüler unterstützte den Streik der Lehrer. Zu einer Kundgebung in der City Hall von Chicago waren mehr als 4000 Lehrer gekommen. – Der Grund für die Nichtauszahlung: Chicago ist bei den Banken hoch verschuldet. Jetzt haben die Banken die Kredithöhe gesenkt, für

Holzverarbeitende Industrie Niedersachsen: durch Warnstreiks mehr als 7 Prozent

z.bia. Für die Holzarbeiter der holzverarbeitenden Industrie in Hamburg, Westberlin, Niedersachsen und Westfalen-Lippe sind die Tarifabschlüsse der Lohnrunde 1979/80 durchgesetzt worden. In Niedersachsen haben die Arbeiter in der holzverarbeitenden Industrie Warnstreiks durchgeführt, um ihre Forderung gegenüber den Kapitalisten durchsetzen zu können. Gefordert waren 10 % vom Facharbeiterlohn (9,30 DM, Lohngruppe 5). Das entspricht 0,93 DM. Die Kapitalisten hatten nicht zahlen wollen. Die daraufhin eingeleitete Schlichtung lautete: 6,9 %. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff hat eine Urabstimmung durchführen lassen und Warnstreiks eingeleitet. Am 31. Januar 1980 wurde dann in den Hippel-Werken Oldenburg/Ochtrum ein Warnstreik durchgeführt. An die 500 Arbeiter in Oldenburg streikten zwei Stunden. In Ochtrum legten die ungefähr 300 Arbeiter gleich den ganzen Tag lang die Arbeit nieder. Aus dem Warnstreik wurde Streik. Die Streikfront stand geschlossen. Für den 4. Februar war Streik beschlossen. Die Kapitalisten haben gleich darauf unter dem Eindruck der großen Kampfbereitschaft der Holzarbeiter ein Angebot gemacht: 7,63 %, das über der Schlichtung lag. Der Streik wurde ausgesetzt.

Dieses 7,63 %-Ergebnis ist aufgegliedert in 6,46 % = 0,60 DM ab 1.1.1980 und 1,18 % = 0,10 DM ab 1.7.1980. Die Aufsplitterung dieser Abschlüsse wird von der GHK-Führung schon seit einigen Jahren hingenommen. Denn durch die 0,10 DM ab 1.7.80 ist der Abschluß, der 12 Monate läuft, effektiv nur 7 Prozent wert. Das haben auch die Arbeiter der Hippel-Werke Oldenburg so gesehen. Nur mit knappester Mehrheit stimmten die Holzarbeiter für die Annahme des Abschlusses. Damit ist der Ecklohn, Lohngruppe 5, 10 DM und die Lohngruppe 10 jetzt 14 DM.

Die Kapitalisten hatten versucht, den Abschluß in Niedersachsen zu drücken. Die Vertreter des Kapitalistenverbandes der Deutschen Holzindustrie hatten sich in die Verhandlungen eingemischt, sowie Vertreter anderer Tarifgebiete der holzverarbeitenden Industrie. Die Antwort der Arbeiter auf die Kapitalisten, die ihren Lohn zu drücken suchten, war eindeutig.

In Hamburg wurde nach den Schlichtungsverhandlungen eine Lohnerhöhung um 6,2 % ab 1.11.1979 und um weitere 0,6 % ab dem 1.12.1979 durchgesetzt. Der Ecklohn steigt damit von 11,39 DM auf 12,07 DM (bzw. 12,14 DM). In Westberlin wurde in der holzverarbeitenden Industrie mit 0,73 DM auf 11,67 DM ab 1.1.80 abgeschlossen. Die unterste Lohngruppe wurde mit 3 % angehoben. In der Serienmöbel- und holzverarbeitenden Industrie von Westfalen-Lippe wurde mit 6,7 % = 0,60 DM und 1,19 % = 0,11 DM zum 1.8.1980 nach einer Schlichtung abgeschlossen. Die Holzkapitalisten hatten sich in der Kampfkraft der Holzarbeiter verschätzt.

Zu früh arbeitsunfähig geworden? Kein Versicherungsschutz!

z.juh. „Krankengeld wird ohne zeitliche Begrenzung gewährt, für den Fall der Arbeitsunfähigkeit wegen derselben Krankheit jedoch für höchstens achtundsiebzig Wochen innerhalb von je drei Jahren, gerechnet vom Tage des Beginns der Arbeitsunfähigkeit an.“ (§183, Abs. 2, Rentenversicherungsordnung – RVO) – Bei Arbeitsverträgen, die für einen begrenzten Zeitraum abgeschlossen worden sind, etwa 1 Jahr, kann sich der Kapitalist gleich ganz von jeder Krankengeldzahlung befreien lassen (§420 RVO). Die Krankenversicherungsbeiträge, die er dann noch zahlen muß, sind natürlich um einiges niedriger. Ebenso keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung während der Krankheit haben „Auszubildende ohne Entgelt“ und „Personen, die in Einrichtungen der Jugendhilfe durch Beschäftigung für eine Erwerbstätigkeit befähigt werden“ (§494 RVO).

Wer zahlt nach den 78 Wochen Krankengeld, bzw. wenn man gar nichts kriegt und länger krank oder völlig arbeitsunfähig geworden ist? Um Anspruch auf Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsrente zu haben, muß man 60 Monate Rentenversicherungsbeiträge gezahlt haben. D.h. für eine Mindestrente, von der sich nicht leben läßt, muß man 5 volle Jahre hindurch seine Arbeitskraft an einen Kapitalisten verkauft haben. Selbst sog. „Ausfallzeiten“ (u.a. *abgeschlossene* Berufs- oder Schulausbildung nach dem 16. Lebensjahr; *abgeschlossene* Hochschulausbildung; Schwangerschaftsurlaub) werden nur dann angerechnet, wenn besagte 60 Monate RV-Beiträge bereits gezahlt worden sind (§1259, (2) RVO). Mit all diesen Regelungen ist es den Kapitalisten gelungen, Teile der Lohnabhängigen von vornherein aus der vollen Krankenversicherung sowie vom Bezug einer (ausreichenden) Erwerbsunfähigkeitsrente auszuschließen: Arbeiter, die früh arbeitsunfähig werden; Frauen, die wegen der Erziehung ihrer Kinder nicht länger lohnabhängig waren und nun krank werden; ausländische Arbeiter, die sich erst wenige Jahre für westdeutsche Kapitalisten geschunden haben.

Indem die Krankenkassen kein Geld (mehr) zahlen, die Rente zu niedrig ist bzw. man keine kriegt, treiben sie den arbeitsunfähigen Arbeiter in die Arme des Sozialamtes. Das Sozialamt zahlt den „Hilfe“empfängern keine Kranken- oder Rentenversicherung; es entscheidet über die „Angemessenheit“ jeglicher ärztlichen oder Krankenhausversorgung. Und damit haben die Kapitalisten den arbeitsunfähigen Arbeiter, dessen Arbeitskraft sie nicht ausbeuten können, da, wo sie ihn haben wollen: er hat keinerlei Versicherungsschutz, kann nur gerade seine Existenz fristen und steht vollständig unter der Kontrolle des bürgerlichen Staatsapparats.

1.7.1980. Die Aufsplitterung dieser Abschlüsse wird von der GHK-Füh-
kapitalisten hatten sich in der Kampfkraft der Holzarbeiter verschätzt.

Zu früh arbeitsunfähig geworden? Kein Versicherungsschutz!

z.juh. „Krankengeld wird ohne zeitliche Begrenzung gewährt, für den Fall der Arbeitsunfähigkeit wegen derselben Krankheit jedoch für höchstens achtundsiebzig Wochen innerhalb von je drei Jahren, gerechnet vom Tage des Beginns der Arbeitsunfähigkeit an.“ (§183, Abs. 2, Rentenversicherungsordnung – RVO) – Bei Arbeitsverträgen, die für einen begrenzten Zeitraum abgeschlossen worden sind, etwa 1 Jahr, kann sich der Kapitalist gleich ganz von jeder Krankengeldzahlung befreien lassen (§420 RVO). Die Krankenversicherungsbeiträge, die er dann noch zahlen muß, sind natürlich um einiges niedriger. Ebenso keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung während der Krankheit haben „Auszubildende ohne Entgelt“ und „Personen, die in Einrichtungen der Jugendhilfe durch Beschäftigung für eine Erwerbstätigkeit befähigt werden“ (§494 RVO).

Wer zahlt nach den 78 Wochen Krankengeld, bzw. wenn man gar nichts kriegt und länger krank oder völlig arbeitsunfähig geworden ist? Um Anspruch auf Berufs- oder Er-

rufs- oder Schulausbildung nach dem 16. Lebensjahr; abgeschlossene Hochschulausbildung; Schwangerschaftsurlaub) werden nur dann angerechnet, wenn besagte 60 Monate RV-Beiträge bereits gezahlt worden sind (§1259, (2) RVO). Mit all diesen Regelungen ist es den Kapitalisten gelungen, Teile der Lohnabhängigen von vornherein aus der vollen Krankenversicherung sowie vom Bezug einer (ausreichenden) Erwerbsunfähigkeitsrente auszuschließen: Arbeiter, die früh arbeitsunfähig werden; Frauen, die wegen der Erziehung ihrer Kinder nicht länger lohnabhängig waren und nun krank werden; ausländische Arbeiter, die sich erst wenige Jahre für westdeutsche Kapitalisten geschunden haben.

Indem die Krankenkassen kein Geld (mehr) zahlen, die Rente zu niedrig ist bzw. man keine kriegt, treiben sie den arbeitsunfähigen Arbeiter in die Arme des Sozialamtes. Das Sozialamt zahlt den „Hilfe“empfängern keine Kranken- oder Rentenversicherung; es entscheidet über die „Angemessenheit“ jeglicher ärztlichen oder Krankenhausversorgung. Und damit haben die Ka-

Finnland: Zentrale Lohnverhandlungen gescheitert

Gewerkschaften fordern Reallohnerhöhung nach 4 Jahren Lohnsenkung

z.coi. Auf den 31.1., 24.00 Uhr, hatte der Finnische Gewerkschaftsbund SAK sein Ultimatum an den Kapitalistenverband befristet. Entweder dieser erhöht sein Lohnangebot, oder die zentralen Tarifverhandlungen werden für gescheitert erklärt, und die 28 Einzelgewerkschaften des SAK erhalten den Auftrag, branchenweise Tarifverträge abzuschließen. Die Kapitalisten haben nicht erhöht, sondern die Verhandlungen platzen lassen.

SAK, die Zentralorganisation der finnischen Arbeiter, sowie die Zentralorganisationen der Angestellten, der Techniker und der Akademiker haben den noch laufenden Tarifvertrag fristgerecht zum 29.2. gekündigt. SAK hat als erste die Tarifverhandlungen aufgenommen. Ihre Forderung: 85 Penniä pro Stunde plus 2% ab 1.3., 2%, mindestens 35 Penniä ab 1.9. sowie 1% Lohnerhöhung für alle Arbeiter, deren Lohn unter dem Durchschnitt von 17 Finnischen Mark liegt (1 Fmk = 0,48 DM). Zusätzlich besteht SAK auf einer Indexklausel, die einen Lohnzuschlag sichern soll, wenn der amtliche Verbraucherpreis-Index im Verlaufe von 1980 einen festzulegenden Wert überschreitet, sowie auf eine Lohngleitgarantie, die den Arbeitern in den schwächeren Gewerkschaften und im öffentlichen Dienst eine zusätzliche Lohnerhöhung garantiert, die der Effektivlohnerhöhung in den starken Industriegewerkschaften entspricht.

Der Kapitalistenverband hat dagegen 70 Penniä plus 1% ab 1.3., 1,5% ab 1.11. sowie 0,4% für alle unter 17 Fmk verdienenden Arbeiter angeboten. Die Indexklausel lehnt er rundweg ab. Die Forderung der Gewerkschaften bezifferte er mit zusammengenommen 13%. Doch nach Angaben der finnischen Sozialdemokratie beträgt die Bruttolohnerhöhung erst beim Mindestlohn von 12 Fmk 13%, beim Durchschnittslohn von 17 Fmk 10%.

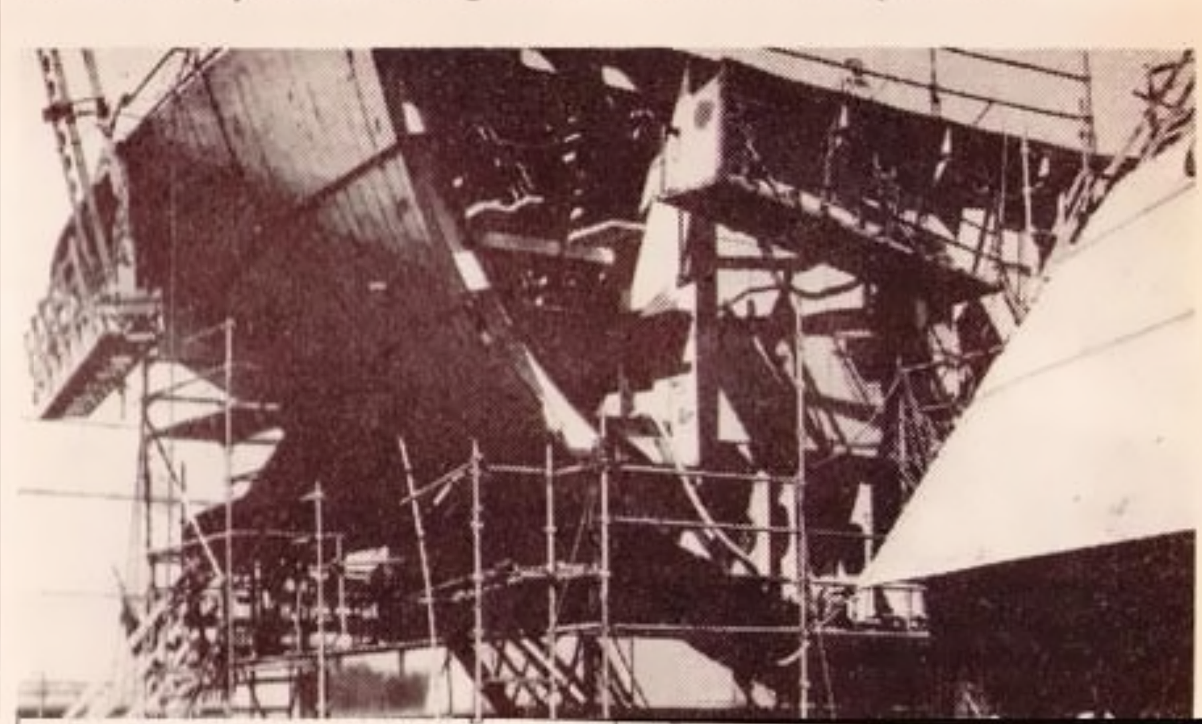
Staatspräsident Koivisto schaltete sich nach dem Scheitern ein und bezog öffentlich Stellung gegen die „überhöhte Forderung“ der Gewerkschaften. Der Abschluß müsse inflationshemmend sein und die Konkurrenzfähigkeit heben. SAK hat sich bislang nicht beeindrucken lassen, das Angebot der Kapitalisten als zu niedrig und „zu prozentbetont“ bezeichnet und erneute Zentralverhandlungen mit der Regierung als Vermittler abgelehnt. Die Reaktion der Einzelgewerkschaften ist für die Kapitalisten höchst unerfreulich. Der Vorstand der mit 16000 Mitgliedern zu den kleineren zählenden Gewerkschaft der Gummi- und Lederarbeiter hat eine Forderung von 2,30 Fmk für alle gleich aufgestellt, der Vorstand der Papierarbeitergewerkschaft, mit 50000 Mitgliedern an sechster Stelle im SAK, erklärte, der Tarifabschluß müsse entsprechend höher ausfallen, falls der Kapitalistenverband an der Ablehnung der Indexklausel festhalte, und der Vorstand der Metallarbeitergewerkschaft, der mit 150000 der größte Verband ist, wiederholte die vom Gewerkschaftskongreß im Dezember aufgestellte Forderung nach Reallohnerhöhung in Höhe der Produktivitätssteigerung und erklärte sein Festhalten an der Forderung des SAK.

Es spricht einiges dafür, daß die Kapitalisten diesmal werden zahlen müssen, nicht zuletzt die Vielzahl von betrieblichen Streiks im letzten Jahr, in denen sich einzelne Belegschaften die notwendigen Reproduktionsmittel durch betriebliche Zulagen zu sichern versuchten. Für das dritte Quartal 1979 wurde die Anzahl der Streiks mit 240, der beteiligten Arbeiter mit 30000 und die für die Kapitalisten verlorenen Arbeitstage mit 32000 vom Statistischen Zentralamt angegeben, eine Erhöhung gegenüber 1978. Die finnische Arbeiterklasse kann sich auch wahrlich keine weitere Lohnsenkung leisten. Bereits im Vorjahr konnte nach Angaben der finnischen Gewerkschaften eine Reallohnsenkung nur durch entsprechende Senkung der Lohnsteuer und Erhöhung des Kindergeldes um 10% verhindert werden. Gleichzeitig hat die Regierung den Kapitalisten 1,5% der Kindergeldabgabe erlassen, was ihnen 700 Mio. Fmk einbrachte. 1978 hatte die Regierung ein Stabilitätsprogramm verabschiedet, dessen Kernpunkt Lohnstopp war, und für 1977 wird die Reallohnsenkung der finnischen Arbeiter offiziell mit 4% angegeben.

Zu welchen Leistungen in der Lohndrückerei es die finnische Kapitalistenklasse in den letzten Jahren gebracht hat, zeigt ein neidvolles Zitat aus dem englischen „The Economist“, Sept. 79: „Seine (Finnlands) relativen Lohnstückkosten, gemessen an denen seiner Haupthandelspartner, (die seine Hauptkonkurrenten einschließen), wurden auf das Niveau von Mitte der 60er Jahre heruntergedrückt; 1975 bis 1976 waren sie noch 20% darüber“. Diese „Kostensenkungen“ bilden den Grundstein für die wirtschaftliche Aufholbewegung der finnischen Kapitalistenklasse gegenüber der Konkurrenz. 1977 konnte sie zum ersten Mal seit 1968 einen Handelsüberschuß von 2,9 Mrd. Fmk erzielen, und 1978 erstmals seit 1969 eine positive Zahlungsbilanz mit 2,4 Mrd. Fmk vorweisen.

Hinter diesen Erfolgen verbirgt sich nicht nur drastische Lohnsenkung, sondern auch erbarmungslose Antreiberei. Zwar liegen uns keine Zahlen über die Entwicklung der Nacht- und Schichtarbeit vor, doch gelegentliche Meldungen der bürgerlichen Presse über die Verhältnisse in den Betrieben vermitteln eine Ahnung von der Schärfe der Ausbeutung. So hat kürzlich ein Vertreter der Metallarbeitergewerkschaft in solch einem Artikel die hohe Selbstmordrate unter den Arbeitern im finnischen Stahlwerk Rautarukki auf die mörderische Schichtarbeit und die Arbeitsbedingungen zurückgeführt. Als Konsequenz fordern die finnischen Gewerkschaften zwar nicht das Verbot der Nacht- und Schichtarbeit, wohl aber ihre Einschränkung durch Verkürzung der Arbeitszeit, wie erst kürzlich auf dem Kongreß der Metallarbeitergewerkschaft geschehen. Die Revisionisten, die in der finnischen Arbeiterbewegung eine wichtige Rolle spielen und z.B. die große Bauarbeitergewerkschaft beherrschen, treten für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ein.

Die finnische Kapitalistenklasse hat es mit einem hochorganisierten Gegner mit großer Streikerfahrung zu tun. Etwa 90% der Arbeiter sind in der SAK organisiert, die knapp eine Million Mitglieder hat, bei einer Bevölkerung von knapp 5 Millionen. Nach der Metallarbeitergewerkschaft sind die Gewerkschaften der kommunalen und staatlichen Arbeiter mit 127000 bzw. 102000 Mitgliedern die nächstgrößten, gefolgt von den Bauarbeitern. Die Gewerkschaften der Papierarbeiter und der Holzarbeiter haben zusammen über 90000 Mitglieder. Sie bilden zusammen mit den Metallarbeitern den Kern der finnischen Arbeiterklasse, denn die metallverarbeitende Industrie und da vor allem der Schiffbau und die holzverarbeitende Industrie stellen die Hauptzweige der finnischen Industrie und auch des Exports dar.



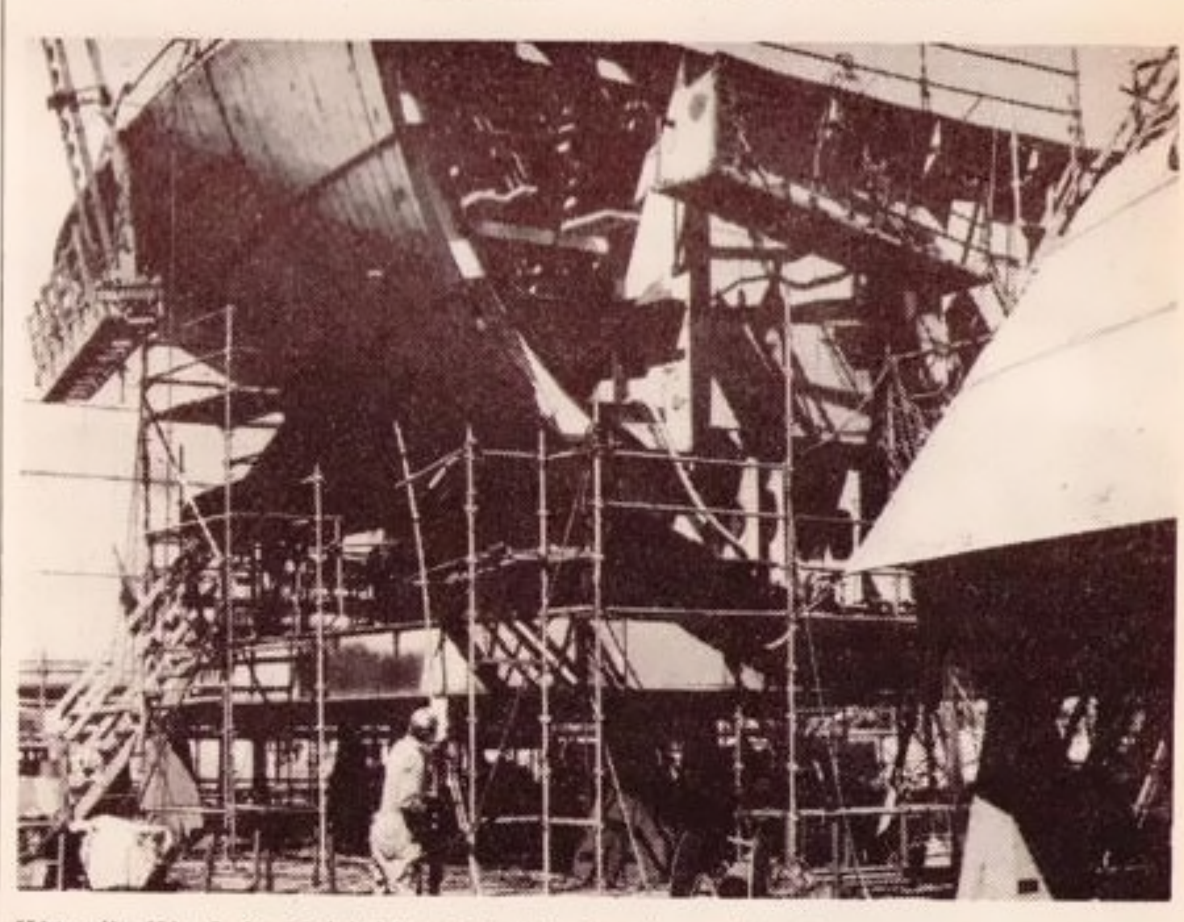
striegewerkschaften entspricht.

Der Kapitalistenverband hat dagegen 70 Penniä plus 1% ab 1.3., 1,5% ab 1.11. sowie 0,4% für alle unter 17 Fmk verdienenden Arbeiter angeboten. Die Indexklausel lehnt er rundweg ab. Die Forderung der Gewerkschaften bezifferte er mit zusammengenommen 13%. Doch nach Angaben der finnischen Sozialdemokratie beträgt die Bruttolohnerhöhung erst beim Mindestlohn von 12 Fmk 13%, beim Durchschnittslohn von 17 Fmk 10%.

Staatspräsident Koivisto schaltete sich nach dem Scheitern ein und bezog öffentlich Stellung gegen die „überhöhte Forderung“ der Gewerkschaften. Der Abschluß müsse inflationshemmend sein und die Konkurrenzfähigkeit heben. SAK hat sich bislang nicht beeindrucken lassen, das Angebot der Kapitalisten als zu niedrig und „zu prozentbetont“ bezeichnet und erneute Zentralverhandlungen mit der Regierung als Vermittler abgelehnt. Die Reaktion der Einzelgewerkschaften ist für die Kapitalisten höchst unerfreulich. Der Vorstand der mit 16000 Mitgliedern zu den kleineren zählenden Gewerkschaft der Gummi- und Lederarbeiter hat eine Forderung von 2,30 Fmk für alle gleich aufgestellt, der Vorstand der Papierarbeitergewerkschaft, mit 50000 Mitgliedern an sechster Stelle im SAK, erklärte, der Tarifabschluß müsse entsprechend höher

hat, zeigt ein neidvolles Zitat aus dem englischen „The Economist“, Sept. 79: „Seine (Finnlands) relativen Lohnstückkosten, gemessen an denen seiner Haupthandelspartner, (die seine Hauptkonkurrenten einschließen), wurden auf das Niveau von Mitte der 60er Jahre heruntergedrückt; 1975 bis 1976 waren sie noch 20% darüber“. Diese „Kostensenkungen“ bilden den Grundstein für die wirtschaftliche Aufholbewegung der finnischen Kapitalistenklasse gegenüber der Konkurrenz. 1977 konnte sie zum ersten Mal seit 1968 einen Handelsüberschuß von 2,9 Mrd. Fmk erzielen, und 1978 erstmals seit 1969 eine positive Zahlungsbilanz

Mitglieder hat, bei einer Bevölkerung von knapp 5 Millionen. Nach der Metallarbeitergewerkschaft sind die Gewerkschaften der kommunalen und staatlichen Arbeiter mit 127000 bzw. 102000 Mitgliedern die nächstgrößten, gefolgt von den Bauarbeitern. Die Gewerkschaften der Papierarbeiter und der Holzarbeiter haben zusammen über 90000 Mitglieder. Sie bilden zusammen mit den Metallarbeitern den Kern der finnischen Arbeiterklasse, denn die metallverarbeitende Industrie und da vor allem der Schiffbau und die holzverarbeitende Industrie stellen die Hauptzweige der finnischen Industrie und auch des Exports dar.



Wärtsilä-Werft in Helsinki, 1760 Arbeiter bauen hier hauptsächlich Eisbrecher für die SU. 95% der Arbeiter sind gewerkschaftlich organisiert

das Schulamt von Chicago bedeutet es, daß es kein Geld mehr leihen kann. Zwar wurden inzwischen die Lehrer und die übrigen Beschäftigten bezahlt, aber unter der Knute des Finanzkapitals hat die Stadt Chicago angekündigt, das Schuljahr zu verkürzen und einige hundert Lehrer zu entlassen. Dagegen wurde der Streik fortgeführt.

z.rül. **Seit dem 19. Januar streiken 7400 Arbeiter des US-Konzerns Bell in den kanadischen Provinzen Ontario und Quebec.** Der Streik, durch den der größte Teil des handvermittelten Fernsprech- und Telexverkehrs lahmgelegt wird, ist die Antwort der Lohnabhängigen auf erneute Lohnsenkungsversuche der Kapitalisten. Nachdem die Arbeiter bereits im Dezember mehrfach Protestaktionen und kleine Streiks gegen ein Angebot der Schlichtungskommission durchgeführt hatten, das Lohnerhöhungen von 15,9%, 12,2% und 11% in einem dreijährigen Tarifvertrag vorsah, hatten die Kapitalisten selbst diese Schlichtung abgelehnt und einen Tarifvertrag mit 11, 10 und 9% Lohnerhöhungen als letztes Angebot vorgelegt. Gegenwärtig verdient z.B. ein Telefonvermittler brutto 142 bis 194 Dollar die Woche (215 bis 293 DM). Der Streik der Bell-Arbeiter trifft auf große Unterstützung. So weigerten sich nach Berichten der streikenden Arbeiter bereits englische und französische Postarbeiter, Telefongespräche und Fernschreiben in die beiden Provinzen zu vermitteln.

z.inl.Paris. **Mehrere tausend Renault-Arbeiter demonstrierten am 5.2. zwei Stunden lang auf dem Werksgelände in Billancourt.** Sie streikten für mehr Lohn, gegen Überstunden und Samstagsarbeit und gegen den Angriff auf ihre gewerkschaftlichen Rechte. Der Renault-Konzern ergreift gegenwärtig verschiedene Maßnahmen zur Steigerung der Ausbeutung, um seine ehrgeizigen Höchstprofitpläne – von Platz 8 auf der Weltrangliste der Automobilhersteller 1978 bis 1985 ins Spitzenfeld – zu verwirklichen. Verstärkter Einsatz von Leiharbeitern, obligatorische Samstagsschichten, Intensivierung der Arbeit: So soll die Produktionssteigerung von 10,5% im letzten Jahr noch übertroffen werden. In der Abteilung 54, Wartung und Reparatur, verweigern die Arbeiter seit Wochen die Samstagsarbeit. Die Kapitalisten verschickten 40 Verwarnungen. Als sie dann noch versuchten, die „Wartung nach geographischen Bereichen“ durchzuführen (z.B. soll nun ein Elektriker in seinem Bereich auch Maschinen einrichten), trat die Hälfte der 300 Arbeiter der Abteilung Ende Januar in den Streik. Um diesen Kämpfen die Führung zu nehmen, versucht die Konzernleitung jetzt verstärkt, CGT-Gewerkschaftskader aus dem Betrieb zu werfen, und zieht sie „wegen Gewaltanwendung“ in den Streiks *1975* vor Gericht.

z.dab.Brüssel. **Der belgische Arbeitsminister de Wulf hat jetzt in die Tarifverhandlungen der Ölindustrie (8740 Beschäftigte) interveniert.** Mit vergleichsweise hohem Lohnangebot von 6 bfr 1980 und 2,5% '81 will er den Gewerkschaften die Zustimmung zur Intensivierung der Ausbeutung abpressen. Gegen die Forderung nach der 36-Stundenwoche sollen die bisher durchgesetzten 38 Stunden auf zwei weitere Jahre festgeschrieben werden. Geplant ist, Entlassungen durch Überbrückungspensionen nur zu 60% zu ersetzen. In Arbeitsgruppen über Mobilität, Schichtarbeit und Gewerkschaftsstatut will der Minister die Gewerkschaften dazu verpflichten, gemeinsam mit den Kapitalisten Pläne für die Erhöhung der Ausbeutungsrate und die Niederhaltung der Arbeiter durch Einschränkung gewerkschaftlicher Rechte zu entwickeln. Die Gewerkschaften legen den Plan ihren Mitgliederversammlungen vor.

z.ulg.Rom. **Die 5000 Mailänder Druckarbeiter haben am 31.1. gegen drohende Massenentlassungen in mehreren Betrieben gestreikt.** Trotzdem hat die staatliche Druckerei SAME am letzten Montag 170 Arbeiter auf Kurzarbeitergeld gesetzt – „bis zur Vermittlung in andere Betriebe“, was angesichts der Arbeitsmarktlage Entlassung auf Raten bedeutet. Mit dem Streik hatte die Druckergewerkschaft den Kapitalistenverband zu Verhandlungen über „Beschäftigungsniveaus und Investitionspläne“ zwingen wollen. Forderungen gegen – mit der neuen Technik durchgesetzte – Intensivierung und Abgruppierungen hat sie nicht aufgestellt. Das läßt den Kapitalisten viel Raum für Spaltung.

z.mam. **Über 100000 beteiligten sich am 28.1. in Israel an einem auf 24 Stunden befristeten Proteststreik.** Der Streik richtete sich gegen die Wirtschaftspolitk der Regierung; fast alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die Arbeiter der Elektrizitäts- und Chemiewerke beteiligten sich. Der Flughafen in Tel Aviv und alle Häfen mußten geschlossen werden. Die Zionisten haben ihren Staatshaushalt um 40% gekürzt, ausgenommen den Wehretat. Gekürzt wurden die Ausgaben für das Wohlfahrts- und Gesundheitswesen. Die staatlichen Zuschüsse für die Krankenhäuser wurden reduziert, Ärzte wurden entlassen. – Die Inflationsrate des Kolonialstaates betrug im letzten Jahr 112%. Eine der wichtigsten Maßnahmen des „Inflationsdämpfungsprogramms“ ist die beabsichtigte Kürzung der Teuerungszulagen für die steigenden Lebenshaltungskosten, die die Regierung aufgrund tariflicher Regelung zahlen muß. Nach der Streichung der staatlichen Subventionen für Lebensmittel und für öffentliche Transportmittel sind die Arbeiter und Angestellten nicht bereit, weitere Lohnkürzungen hinzunehmen. – Die Bauern haben sich den Protesten angeschlossen. Als einer der Hauptdeviseneinbringer sind die landwirtschaftlichen Produkte durch die hohe Inflationsrate auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig. Die Streichung der Subventionen für Grundnahrungsmittel und eine Verteuerung der Kredite, durch die die Bauern bis zu 90% Zinsen zahlen müssen, bringt viele um ihre Existenz.

Vorschläge der IG Chemie zur Neuregelung des Chemiestudiums

z.wig. Der Hauptvorstand der IG Chemie hat sich gegen die zeitliche Straffung des Chemiestudienganges bei den jetzigen Studienbedingungen ausgesprochen. Es sei zu befürchten, daß die Studienreformkommissionen auf Bundes- und Landesebene in ihrer Mehrheit den jetzigen, an den meisten Hochschulen identischen Studiengang übernehmen. Eine umfassende Neuregelung des Chemiestudiums sei stattdessen notwendig. Der Vorschlag sieht vor, daß Absolventen bereits nach ihrer Diplomprüfung über eine Qualifikation verfügen, die der heutigen Promotion in Chemie vergleichbar wäre. Durch grundsätzliche Änderung der Lehr- und Lernorganisation könne dies erreicht werden.

In einer Stellungnahme zur Studienreform schreibt die Fachkommission Chemie beim Hauptvorstand: „Die IG Chemie-Papier-Keramik geht von dem Grundsatz aus, daß ohne Prüfungsreform eine wirkliche Studienreform nicht möglich ist ... Durch das Studium sollen die Hochschulabsolventen Berufsfähigkeit erwerben."

Die mündliche Vordiplom- und Diplomprüfung werden durch studienbegleitende Leistungsnachweise ersetzt. In jedem Prüfungsfach wird begleitend zu einer Veranstaltung ein Leistungsnachweis erarbeitet. Als Leistungsnachweis kommen in Frage: – eigenständige Ausarbeitung einer Versuchsreihe – Ausarbeitung eines Referats mit Vortrag – Erstellung eines Projektabschlußberichts – Erstellung eines Vorlesungsskripts ... Die Gesamtzahl der Leistungsnachweise entspricht dem Vordiplom bzw. ersetzt die traditionelle mündliche Diplomhauptprüfung. Das Diplom setzt sich zusammen aus den oben genannten Leistungsnachweisen und der Diplomarbeit ... Neben den studienbegleitenden Leistungsnachweisen gibt es in einzelnen Veranstaltungen (Praktika, Übungen) noch den Nachweis der erfolgreichen Teilnahme durch Abgabe von Protokollen oder Übungsaufgaben."

Diese Vorschläge zielen auf die Abschaffung der Abschlußprüfungen als Mittel der Unterdrückung, mit denen auch erhebliche Lasten bei den Studienzeiten und den Studienanforderungen durchgedrückt werden. Aber auch wenn diese Prüfungsunterdrückung abgeschafft wäre, bestünde immer noch die Möglichkeit, über eine Vielzahl von Pflichtkursen denselben Effekt zu erzielen. Man wird sich also überlegen müssen, wie der Vorschlag um eine Festlegung und Begrenzung der Arbeitszeit erweitert werden kann, etwa durch die Forderung: Der erfolgreiche Besuch der Pflichtkurse darf nicht mehr als eine 40stündige Arbeitswoche verlangen. Ebenso wird man die Festlegung zu den Studieninhalten konkreter und genauer als in dem Vorschlag (z.B. Problemzusammenhänge erkennen lernen, geeignete Lösungsmöglichkeiten erarbeiten) fassen können, wenn man sich für das Grundstudium an den Ausbildungsordnungen für die Facharbeiterausbildung orientiert.

„Nein zu den Betriebspraktika von Beullad" Streiks der französischen Fachoberschüler

z.inl.Paris. „Mit diesen erzieherischen Praktika im Betrieb ... ist eine meiner größten Absichten, die Schule auf das Leben hin zu öffnen." So sprach der Erziehungsminister Beullac. Die Antwort der Schüler: „Wir wollen nicht zu dem alten System zurück, mit 14 Jahren oder jünger in die Fabrik"; in vielen Städten streiken die Fachoberschüler gegen die jetzt obligatorischen Betriebspraktika.

In Frankreich endet die Schulpflicht mit 16 Jahren, danach kann die Lehre beginnen. Aber Ausbeutung ist weit früher möglich. Der „einheitliche" Sekundarbereich bietet in seinem guten Dutzend Zweigen die Möglichkeiten dazu, z.B. die „Vorlehre" – teils Schule, teils unbezahlte Arbeit beim Kapitalisten. Auch die Fachoberschulen sind stark auf den Beruf ausgerichtet, unterteilt nach Chemie, Elektrik, technisches Zeichnen usw. Die Kapitalisten sparen so Ausbildungskosten. Jetzt wollen sie noch Lohnkosten sparen. Bis zu zwölf Wochen sind die Praktika lang, in die dieses Jahr „experimentell" 30000 Schüler gepreßt werden sollen, danach etwa 300000. Die Auswahl der Betriebe entsprechend der Fachrichtung ist nicht vorgesehen. Und selbst wenn: „Wir werden an keinen Zeichentisch rankommen, im besten Fall werden wir fotokopieren." Die Schulzeit wird durch die Praktika verkürzt, aber der Prüfungsstoff nicht. Und vor allem: Die Kapitalisten müssen nicht zahlen.



Seit Wochen gibt es spontanen Widerstand der 14–17jährigen Schüler dagegen. Zuerst in Le Havre, dann Grenoble, Le Puy, Rennes, Marseille. In Lyon demonstrierten 2000 am 30.1., in Paris sind 30 Schulen im Streik. Auf Stadt- und Landesebene bilden sich Koordinationskomitees, auf Versammlungen wird um die Forderungen gekämpft. Generell Nein zu Praktika oder Bezahlung und Inspektionsrecht für Gewerkschaften und Schülervertretungen – noch ist dies nicht entschieden.

Demonstration in Bielefeld und Hannover gegen Girgensohns SV-Erlaß und Remmers' Schulgesetz!

z.hev. In Bielefeld beteiligten sich am 24.1. 1500 Schüler an einer lebhaften Demonstration, die vor allem den seit dem 1. Februar nun in Kraft getretenen Schülervertretungs(SV)-Erlaß des nordrheinwestfälischen Kultusministers Girgensohn angriff. In Hannover waren am 30.1. 1300 Eltern, Schüler, Lehrer und Studenten gegen die geplante Schulgesetznovelle des niedersächsischen Kultusministers Remmers, gegen den hohen Unterrichtsausfall, für die Einstellung der Lehrer auf volle Planstellen vor das Kultusministerium gezogen.

Beim neuen SV-Erlaß von Girgensohn überfällt einen das kalte Grausen. Die Schülervertretung wird zum Hilfspolizisten des Direktors, der ja schlecht alle Winkel der Schule, schon gar nicht in einer riesigen Gesamtschule, selbst kontrollieren kann. Die SVler sollen den „Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule" verwirklichen und mit der Schulaufsicht „partnerschaftlich" zusammenarbeiten. Dafür bekommen sie keine Staatsgelder mehr, sondern sollen zur Deckung von Unkosten mit der Büchse sammeln gehen. Die Schülerversammlung hat das Recht auf ständige Anwesenheit des Direktors auf den Versammlungen erhalten, und der „Verbindungslehrer" sitzt als Horchposten regelmäßig und „beratend" auf den Treffen des Schülerrats. Wenn diese Spitzel reden wollen, so müssen die Schülerräte ihnen auch das Wort erteilen. Und: „Ein allgemeines politisches Mandat steht den Schülervertretern ... nicht zu." Dieser Erlaß trifft die Schülervertretungen zu einem Zeitpunkt, wo sie besonders in den großen Schulzentren zu wichtigen Organen für die Schüler geworden sind und die Schulaufsicht befürchten muß, daß ihre politische Selbständigkeit gegenüber der Schulverwaltung und dem Direktor weiter zunehmen wird.

Niedersachsens Kultusminister Remmers hat es vor allem auf die Berufsgrundschüler abgesehen. Das Berufsgrundbildungsjahr wird generell verbindlich gemacht. Es wird zur Grundstufe der Berufsschule und gleich verbunden mit der Einschränkung der Schulpflicht: „Die Teilnahme am Teilzeitunterricht oder Blockunterricht genügt zur Erfüllung der Schulpflicht in der Grundstufe für solche Schüler", die in anerkannten Ausbildungsberufen ausgebildet werden oder ein Praktikum machen. Im Berufsgrundbildungsjahr beträgt der Teilzeitunterricht nur 8 Stunden in der Woche. Remmers ist ein alter Fuchs im wissenschaftlichen Austüfteln der günstigsten Ausbeutungsmethoden; er hat eine Doktorarbeit mit Anweisungen für die Kapitalisten geschrieben, wie sie den Widerstand gegen die Akkordarbeit brechen und unterlaufen können. 110 Änderungen hat er in die Schulgesetznovelle hineingeschrieben, darunter auch eine nochmalige und ausdrückliche Unterwerfung der Lehrer unter die Schulaufsicht: „Der Lehrer erzieht und unterrichtet in eigener pädagogischer Verantwortung. Er ist an Rechts- und Verwaltungsvorschriften, Beschlüsse der Konferenzen und Ausschüsse sowie Anordnungen der Schulaufsicht gebunden." Ohne wirksame Unterdrückung der Lehrer klappt der ganze Zweck der Schule, die kapitalistengerechte Aufbereitung des Schülermaterials, halt nicht.

Die Bourgeoisie hat eine ziemlich klare Linie in ihrer Schulpolitik: Zentralisierung, verfeinerte Auslese in Verbindung mit verschärfter Unterdrückung der Schüler, Lehrer und Eltern und Bezahlung durch das Volk. Die Kämpfe, die spontan aufbrechen gegen die Schließung dieser oder jener Schule, gegen hohe Fahrtkosten, gegen die Zensur von Schülerzeitungen usw. haben eine einheitliche Linie noch nicht. Aber überall, wie auch jetzt in Bielefeld und Hannover übernehmen Gewerkschaften die Führung, und zwar ganz bewußt. In Hamburg organisierten erst jüngst Metall- und Druckjugend ein Treffen mit dem Thema: „Wie arbeiten Gewerkschaftsjugend und Schülerräte besser zusammen?"





Demonstrationen gegen den SV-Erlaß in Nordrhein-Westfalen: Am 25.1. beteiligten sich 200 Schüler in Dortmund, aufgerufen hatte die Bezirksschülervertretung (links), 1500 demonstrierten am 25.1. in Bielefeld (rechts)

nachweis kommen in Frage: – eigenständige Ausarbeitung einer Versuchsreihe – Ausarbeitung eines Referats mit Vortrag – Erstellung eines Projektabschlußberichts – Erstellung ei- möglichkeiten erarbeiten) fassen können, wenn man sich für das Grundstudium an den Ausbildungsordnungen für die Facharbeiterausbildung orientiert.

„Nein zu den Betriebspraktika von Beullad" Streiks der französischen Fachoberschüler



posten regelmäßig und „beratend" auf den Treffen des Schülerrats. Wenn die- Kapitalisten geschrieben, wie sie den Widerstand gegen die Akkordarbeit gend und Schülerräte besser zusammen?"



Demonstrationen gegen den SV-Erlaß in Nordrhein-Westfalen: Am 25.1. beteiligten sich 200 Schüler in Dortmund, aufgerufen hatte die Bezirksschülervertretung (links), 1500 demonstrierten am 25.1. in Bielefeld (rechts)

Das Verbot des Koalitionsrechtes für Studenten muß fallen

z.wal. Das nebenstehend auszugsweise abgedruckte Urteil des OVG Lüneburg verweigerte einem Studenten das BAföG für die Dauer eines Streiks; obwohl der Student mit der Begründung dagegen geklagt hatte, daß er kein Streikteilnehmer gewesen sei. Interessant an dem Urteil ist, daß es eine, wenn auch *negative*, Anerkennung des Koalitionsrechts für Studenten enthält.

– Da das für die Bourgeoisie gegenüber der Studentenbewegung direkt eine gefährliche Lage schafft, wurde die Begründung vom BVG aufgehoben:

a) Ausbildungsförderung habe keinen „Entgeltcharakter" und werde „individuell" gewährt. Typisch bourgeois: Da wir den Studenten für die von ihnen verausgabte Arbeitskraft kein Ausbildungsentgelt zahlen, haben sie auch nicht das Recht, dafür und gegen die unzumutbaren Studienbedingungen zu streiken.

b) Die Studenten würden der „eigenen Qualifikation" wegen studieren. Mit just derselben Begründung wurde früher den Lehrlingen Geld und Koalitionsrecht verweigert. Werden nicht Lehrlinge wie Studenten für Tätigkeiten in *fremdem* Interesse ausgebildet? Und ist nicht, was an den Hochschulen angeblich so „individuell" ist, später von so großem „Allgemeininteresse", daß z.B. ein Streik von Beamten unter allen Umständen verboten werden muß?

c) Dem „Lernboykott" fehle es an der Streikkasse. Das ist zweifellos richtig, und die Studentenbewegung wird ohnehin nicht darum herumkommen, sich die Kassen im Verlauf ihrer Kämpfe einzurichten – und dem BVG somit das letzte Argument zu nehmen.

Kommunistische Volkszeitung

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Hamburg, Kleine Rainstr. 21, Tel. 394590
Kommunistischer Studentenbund

Kiel
28. Januar 1980
05a2b1100p

Oberverwaltungsgericht Lüneburg – 1976

„Die Klägerin hat die Ausbildung schließlich auch aus einem von ihr zu vertretenden Grund unterbrochen ... Zu vertreten ist von den Studenten vielmehr auch der ‚Studentenstreik' als solcher, und zwar allein schon deshalb, weil ein solcher ‚Streik' billigerweise dem Verantwortungsbereich der Studenten zugeordnet werden kann und muß. Ein von der Studentenschaft ausgehender ‚Streik' der hier beschlossenen und durchgeführten Art ist daher regelmäßig von ihr zu vertreten, weil er in ihre Sphäre fällt ...

Insoweit greift der Senat auch auf die Grundsätze zurück, die im arbeitsrechtlichen Bereich bei Streikhandlungen gelten ... Die Folgen eines Streiks sind daher der Arbeitnehmerseite zuzurechnen ... Dies bedeutet, daß dann auch Arbeitswillige ihren Vergütungsanspruch verlieren. Verwiesen wird insofern u.a. auf das kollektiv-rechtliche Wesen eines Streiks ...

Diese Gesichtspunkte können auch bei einem ‚Studentenstreik' nicht von der Hand gewiesen werden. Dabei handelt es sich ebenfalls um eine kollektive Erscheinung, die von der studentischen Solidarität geprägt ist. Diese bringt es mit sich, daß auch die nicht streikwilligen Studenten die Mehrheitsbeschlüsse und ihre Befolgung letzten Endes gegen sich gelten lassen müssen, zumal hier innerhalb der Studentenschaft auch die Möglichkeit bestanden hat, entgegengesetzte Entscheidungen herbeizuführen und so den ‚Streik' zu vermeiden. Die ‚Streikbeschlüsse' sind für die Studenten nicht rechtlich bindend gewesen."

Bundesverwaltungsgericht – 1978

„Diese Vorstellungen eignen sich nicht als Leitmodell im Bereich der Ausbildungsförderung. Die Förderleistungen haben keinen Entgeltcharakter ... Es handelt sich vielmehr um eine individuelle Ausbildungsförderung und auch deren Voraussetzungen sind individueller Art; das gilt gerade auch dann, wenn ihr Vorliegen verneint werden soll. Der Student betreibt seine Ausbildung um der eigenen Qualifikation willen; durch die Ausbildung werden ihm die für die Ausübung eines Berufs und Broterwerbs erforderlichen Kenntnisse vermittelt ...

Wenn das Berufungsgericht demgegenüber auf die ‚kollektive Erscheinung' auch eines ‚Studentenstreiks' verweist, die von studentischer ‚Solidarität' geprägt sei und deshalb mit sich bringe, daß auch die streikunwilligen Studenten die Mehrheitsbeschlüsse und ihre Befolgung letzten Endes gegen sich selbst gelten lassen müßten, so geht das fehl: Unbeschadet der kollektiven Aktion fehlt es beim studentischen Lernboykott gerade an der Solidargemeinschaft, die für den legitimen, von Gewerkschaften getragenen Arbeitsstreik kennzeichnend ist dergestalt, daß das Ausbleiben der Lohnzahlungen weitgehend durch Zahlungen aus gewerkschaftlichen Streikkassen kompensiert wird."

Koordinationsausschuß beschließt Wahlen zu selbständigen Schülervertretungen

z.ans.Rom. Nach dem Willen des liberalen Erziehungsministers Valitutti sollen die italienischen Schüler am 23.2. mit den Wahlen zu den Mitbestimmungsorganen ihren selbständigen Kampf für Rechte an den Schulen aufgeben. Im Oktober und November letzten Jahres haben weit mehr als 100000 Berufs- und Oberschüler in ganz Italien auf Demonstrationen gefordert: Verschiebung der für Ende November angesetzten Wahlen zu den Mitbestimmungsgremien, bis selbständige Schülervertretungen anerkannt und die Zusammensetzung und Rechte der Mitbestimmungsgremien neu geregelt sind. Unter dem Druck der Bewegung stimmte das Parlament Ende November für Verschiebung der Wahlen; die Regierung kündigte eine Änderung des entsprechenden Gesetzes an.

Die Rechnung der Regierung, durch ständiges Hinauszögern der Gesetzesänderung die Bewegung der Schüler zu zersetzen, geht nicht auf. Ende Januar hat der „nationale Koordinationsausschuß der Schülerbewegung" folgende Schritte beschlossen: Boykott der Wahlen zu den Mitbestimmungsorganen am 23.2., gleichzeitig Wahl selbständiger Vertretungskörperschaften; landesweiter Streik der Schüler am 16.2.; Durchführung einer Aktionswoche, auf der u.a. Forderungen zu den Unterrichtsinhalten besprochen werden sollen.

Der Beschluß des nationalen Koordinationsausschusses wird von einer Aktionseinheit aus fast allen Jugendorganisationen unterstützt, in der der revisionistische Jugendverband die Führung hat. Die Revisionisten propagieren weiterhin als „Hauptziel" des Kampfes „die Reform der Kollegialorgane" (PCI-Organ L'Unità). Dennoch mußten sie den Aktionen zustimmen.

Die von dem Koordinationsausschuß beschlossenen Schritte sind geeignet, den Zusammenschluß und die Einheit der Schüler im Kampf für Rechte zu fördern. Die Ende 1979 erhobenen Forderungen zielten darauf, die Schülervertretungen in dem Mitbestimmungsgesetz zu verankern. Demgegenüber sind jetzt Wahlen zu selbständigen Vertretungskörperschaften beschlossen. Der Beschluß durchkreuzt den Versuch der Schulbürokratie, den Kampf der Jugend des Volkes gegen die in den letzten Jahren enorm verschärfte Auslese, Notenunterdrückung, Disziplinierung und Verschlechterung der Ausbildungsbedingungen in Mitbestimmungsgremien einzusperren.

Westberlin: Dienstpflicht und / oder Wehrdienst wird von der CDU ins Gespräch gebracht

z.rua. In der angespannten weltpolitischen Lage, wo die BRD-Imperialisten lauthals nach Friedenssicherung schreien und dabei überlegen, wie der Soldatenkörper aufgestockt werden kann, hat der Westberliner CDU-Vorsitzende Diepgen wohlplaziert eine ,,sensationelle Idee'' geäußert. Auf einer Veranstaltung über die ,,gesellschaftliche Entwicklung der Stadt'' am 30.1. forderte er, in Westberlin – analog zum Dienst in der Bundeswehr – die Dienstpflicht einzuführen. 18 Monate lang (also ¼ Jahr länger als der Wehrdienst in der Bundeswehr) sollen alle in Westberlin lebenden Männer im wehrpflichtigen Alter zwangsweise Dienst leisten in Krankenhäusern, Pflegeheimen oder Rettungsorganisationen.

Gegenwärtig leben in Westberlin rund 63000 Männer im Alter zwischen 18 und 27 Jahren. Die Niedrigstlöhne in den öffentlichen Diensten liegen noch verhältnismäßig hoch über denen z.B. in der Metallindustrie. Zwangsweise Massenverpflichtung zum Arbeitsdienst wäre für die Bourgeoisie ein passendes Mittel, um Druck auf den Lohn in den öffentlichen Diensten und darüber auf den allgemeinen Lohnstandard auszuüben. Der Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Grasser hat Diepgens Vorschlag sogleich als ,,prüfenswerte Überlegung'' gewürdigt und ,,dringend benötigte personelle Entlastung bei der stationären Versorgung chronisch Kranker'' angemeldet.

Diepgens Vorschlag zielt gleichzeitig auf die Ausweitung der Militärmacht der BRD auf Westberlin ab. Man erinnert sich wieder an die von der CDU und anderen bürgerlichen Parteien getragene Kampagne zur Freilassung Nico Hübners aus DDR-Haft. In der DDR war 1962 die allgemeine Wehrpflicht eingeführt und auch auf Berlin ausgedehnt worden. Hübner wurde von der DDR-Bourgeoisie 1978 zu fünf Jahren Haft verurteilt, weil er unter Berufung auf den entmilitarisierten Status Gesamt-Berlins den Wehrdienst verweigerte. Nicht diese Begründung interessierte die Kampagnenführer, sie empörte der Tatbestand, daß er den Wehrdienst nicht *verweigern* durfte. Zum Wehrdienst selbst: Was der DDR-Bourgeoisie recht ist, ist der CDU billig. Die SPD und die FDP äußerten sich zunächst ablehnend zu Diepgens Vorschlag. Nicht aus Prinzip, sondern aus Gründen der ,,alliierten Vorbehalte''.

Westberlin untersteht dem Besatzungsstatus der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Im Herbst 1944 hatten sie die Oberhoheit über die einzelnen Sektoren der Stadt festgelegt. Für die sozialistische Sowjetunion war die Besatzung der Stadt vorübergehend und sollte nach Abschluß eines Friedensvertrages aufgehoben werden. Die drei westlichen Imperialisten arbeiteten jedoch zielstrebig auf die Spaltung Deutschlands hin, um den von ihnen besetzten Teil als Bollwerk gegen die Sowjetunion und die jungen Volksrepubliken Osteuropas auszubauen. Sie wiesen alle von der Sowjetunion vorgelegten Entwürfe eines Friedensvertrages zurück. Nach vollzogener Spaltung Deutschlands hoben sie 1952 mit dem ,,Deutschlandvertrag'' formell ihr Besatzungsstatut über das Bundesgebiet auf, behielten jedoch ihre Oberhoheit ,,in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes''. 1954 wurde mit den Pariser Verträgen die BRD in die NATO integriert und der Aufbau der Bundeswehr sowie die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht festgelegt. Westberlin ist davon ausgenommen. Die Sowjetunion hat im Zuge ihrer revisionistischen Entartung die Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrages gestrichen und übt ihrerseits die Besatzungsmacht über die DDR aus. Der Besatzungsanspruch der vier Siegermächte über Berlin wurde 1971 mit dem Vier-Mächte-Abkommen erneut bestätigt. Keine von ihnen ist bereit, diesen Anspruch aufzugeben.

Die westlichen Besatzungsmächte haben in Westdeutschland 12000 Mann Truppen stationiert (USA: 5700, GB: 3600, F: 2700) und üben das Oberkommando über die Westberliner Polizei aus. Es ist durchaus vorstellbar, daß sie bereit sind, die bewaffneten Formationen in Westberlin durch die Einführung der Wehrpflicht aufzustocken – unter ihrem Oberkommando natürlich. Bisher haben sie auf den Vorschlag Diepgens noch nicht offiziell reagiert.

Unter den Volksmassen in Westberlin ist dieser Vorschlag auf klare Ablehnung gestoßen. Häufig wird dagegen angeführt, es solle alles so bleiben, wie es ist. Das ist es aber gerade! Die Tatsache, daß kein Friedensvertrag abgeschlossen wurde, daß die Besatzertruppen nach wie vor im Lande stehen und daß die BRD Mitglied der NATO ist, ermöglicht es den westdeutschen Imperialisten erst, ihre Herrschaft über Westberlin auszudehnen. Sie propagieren die Friedenssicherung und betreiben fieberhafte Kriegsvorbereitungen. Die Forderung nach Abzug aller Besatzungstruppen, Austritt aus der NATO und Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges, der beiden deutschen Staaten die volle Souveränität und Westberlin den Status einer freien und unabhängigen Stadt garantiert, wirkt diesen Plänen direkt entgegen. Der Kampf für diese Durchsetzung ist dringend.

Schleswig-Holsteinische Landesregierung sorgt für den Krieg vor

r.thc. Im Rahmen der Zivilverteidigung plant die schleswig-holsteinische Landesregierung einige Schritte voranzukommen und will die von der Bundesregierung bereitgestellten Finanzmittel voll ausnutzen. Schwerpunktbereiche sollen die Trinkwassernotversorgung und der Bau bzw. Ausbau von Schutzräumen sein. Grundlage für den Ausbau der Trinkwassernotversorgung ist das Wassersicherstellungsgesetz von 1965. Seit 1968 sind in Schleswig-Holstein 142 Notbrunnen fertiggestellt worden, die 0,8 Mio Einwohner sowie die Militäreinheiten im sogenannten ,,Verteidigungsfall'' mit Trinkwasser versorgen sollen. (Bild) Die Kosten für dieses Programm betrugen 7,7 Mio. DM. Weitere 3 Mio. DM sollen für den Bau von Verbundleitungen im Bereich der Westküste ausgegeben werden.

Vorgesehen ist weiterhin eine Kampagne der Landesregierung zusammen mit dem Bundesverband für Zivilschutz (BVS) für den Bau von Schutzräumen in Schulen und Tiefgaragen und der Ausbau von vorhandenen Bunkern. Bisher gibt es für 1% der Wohnbevölkerung des Landes Schutzräume. Bereits vorgesehen sind staatliche Zuschüsse in Höhe von 4900 DM und 14200 DM, die steuerlich abgeschrieben werden können, wenn ein Schutzraum für 1-7 Personen gebaut wird.

Bremen und Niedersachsen sind an Propagandaaktionen bereits beteiligt. Die Braunschweiger Stadtverwaltung finanzierte die Bemalung eines Bunkers mit, damit sich dieser besser ins Stadtbild einfüge. In Bremen fand im Juni 79 eine Lehrerkonferenz der Berufsschule für Großhandel bereits im Bunker statt.

Insgesamt sind dies jedoch nur Anzeichen einer weitergehenden Kriegsvorbereitung, in deren Verlauf es wesentlich um die technische und personelle Aufrüstung der sogenannten Zivilschutzverbände geht.(DRK, THW, MHD, ASB, etc.) Angestrebt wird ständig ein Zahl von 600000 Helfern zur Verfügung zu haben, deren Aufgabe im wesentlichen darin besteht neben Armee und Polizei ,,Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsgewalt und der öffentlichen Ordnung'' zu treffen. (Sonderprogramm der Bundesregierung für 200 Mio. DM) Als paramilitärische Verbände geführt, steht so der Bourgeoisie eine billige Einsatzreserve zur Verfügung, – die meisten Mitglieder arbeiten ehrenamtlich – die die Volksmassen unter Kontrolle halten soll. Von 432 Mio. DM auf 730 Mio. DM sind die Ausgaben für die Zivilverteidigung seit 1969 gestiegen. Dem Kalkül der bürgerlichen Politiker folgend kann dieser Posten allerdings getrost den Ausgaben für die Bundeswehr zugerechnet werden: ,,Der erweiterte Katastrophenschutz ist ein Teil der Gesamtverteidigung und unterliegt damit der selben Logik, mit denen der Haushaltsausschuß den Anforderungen der Militärs begegnet''.(Schiling, DRK-Generalsekretär auf der Fachtagung Sicherheit 79) Der schleswig-holsteinische CDU-MdB forderte, jedem Landrat einen BW-Offizier zur Seite zu stellen, um den Beförderungsstau bei der Bundeswehr zu beheben.



Katastrophenmedizin – ,,Sterbende werden in den Gemeinschaftsraum verlegt''

z.elf. Wegen des ,,bekannt hohen Schutzplatzdefizits'' (z.B. Bunker) käme der Gesundheitsversorgung im Kriege große Bedeutung zu, so Karl-Ludwig Haedge vom Bundesamt für Zivilschutz auf einer Fortbildungsveranstaltung der Bundesärztekammer im Januar 1980 mit dem Thema: ,,Katastrophenmedizin und medizinische Versorgung im Zivilschutz''. Bis 31.12.1978 seien bestens ausgestattete Hilfkrankenhäuser mit 84000 Betten geplant, im Bau bzw. fertiggestellt worden. ,,Bereits im Frieden'' sei eine große Zahl von Schwesternhelferinnen aus Mitteln des Innen- und Verteidigungsministeriums ausgebildet worden.

Die Bundesregierung, die unter Federführung Ehrenbergs fieberhaft die Schließung von Krankenhäusern betreibt und vor allem den alten Arbeitern, den Rentnern, die notwendige medizinische Behandlung zu entziehen versucht, zeigt sich fürsorglich im Schutze der Zivilbevölkerung vor Katastrophen- und Kriegsfolgen? ,,Zunächst ist daran gedacht, im größtmöglichen und ärztlich noch zu vertretenden Rahmen Patienten vorzeitig zu entlassen'', fährt Herr Haedge fort. Oberstarzt Prof. Messerschmidt von der Militärakademie München erläutert dies: Bei einem Strahlenunfall z.B. gäbe es ,,einen erheblichen Druck auf die Krankenhäuser''. Die niedergelassenen Ärzte sollen daher schon eine Vorauswahl treffen, damit nicht zuviele Menschen ins Krankenhaus kommen, ,,denen nichts zu fehlen scheint als eine Strahlenangst''. Gleicher Militärarzt sagt in gleichem Referat wenige Zeilen später, daß gerade Strahlenverletzte einer möglichst frühzeitigen und sehr aufwendigen Behandlung bedürften, selbst wenn sie unter Umständen gar keine Krankheitssymptome zeigen. Prof. Contzen stellt schließlich beispielhaft den Katastrophenplan der BG-Unfallklinik Frankfurt vor, deren Leiter er ist: ,,. . . Patienten mit infauster (hoffnungsloser) Prognose und Sterbende werden in den Gemeinschaftsraum verlegt.''

Den Herren geht es hier um alles andere als eine optimale Versorgung einer großen Zahl von Verletzten. Es geht um das Erlernen von Aussortieren. Wer sich irgendwie auf den Beinen halten kann, wird rausgeschmissen, wer nicht für die Produktion taugt oder kriegsunfähig ist, wer eine schwieriger zu behandelnde Krankheit wie den Verdacht auf eine Strahlenverletzung hat, bei dem lohnt sich eine Behandlung nicht, er kann im ,,Gemeinschaftsraum'' mitansehen, wie andere sterben, bevor er an der Reihe ist. Solches kaltblütiges Kalkül sollen sich die Beschäftigten im Gesundheitswesen rechtzeitig zulegen, wie es die Soldaten im Kriege oder Wehrdienst bei vielen Militärärzten erlebt haben. Das durchzusetzen, bedarf es militä-bürokratischen Zwangs. Warm spricht sich der Justitiar der Bundesärztekammer, Dr. jur. Hess, für die Verabschiedung des Gesundheitssicherstellungsgesetzes aus, das die Dienstverpflichtung aller, die Kenntnisse in der Gesundheitsversorgung haben, unter Kontrolle der Gesundheitsämter beinhaltet.



Propagandabild eines Militärlazaretts im 1. Weltkrieg

doch zielstrebig auf die Spaltung Deutschlands hin, um den von ihnen besetzten Teil als Bollwerk gegen die Sowjetunion und die jungen Volksrepubliken Osteuropas auszubauen. Sie wiesen alle von der Sowjetunion vorgelegten Entwürfe eines Friedensvertrages zurück. Nach vollzogener Spaltung Deutschlands hoben sie 1952 mit dem ,,Deutschlandvertrag'' formell ihr Besatzungsstatut über das Bundesgebiet auf, behielten jedoch ihre Oberhoheit ,,in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes''. 1954 wurde mit den Pariser Verträgen die BRD in die NATO integriert und der Aufbau der Bundeswehr sowie die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht festgelegt. Westberlin ist davon ausgenommen. Die Sowjetunion hat im Zuge ihrer revisionistischen Entartung die Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrages gestrichen und übt ihrerseits die Besatzungsmacht über die DDR aus. Der Besatzungsanspruch der vier Siegermächte über Berlin wurde 1971 mit dem Vier-Mächte-Abkommen erneut bestätigt. Keine von ihnen ist bereit, diesen Anspruch aufzugeben.

Die westlichen Besatzungsmächte haben in Westdeutschland 12000 Mann Truppen stationiert (USA: 5700, GB: 3600, F: 2700) und üben das Oberkommando über die Westberliner Polizei aus. Es ist durchaus vorstellbar, daß sie bereit sind, die bewaffneten Formationen in Westberlin durch die Einführung der Wehrpflicht aufzustocken – unter ihrem Oberkommando natürlich. Bisher haben sie auf den Vorschlag Diepgens noch nicht offiziell reagiert.

Unter den Volksmassen in Westberlin ist dieser Vorschlag auf klare Ablehnung gestoßen. Häufig wird dagegen angeführt, es solle alles so bleiben, wie es ist. Das ist es aber gerade! Die Tatsache, daß kein Friedensvertrag abgeschlossen wurde, daß die Besatzertruppen nach wie vor im Lande stehen und daß die BRD Mitglied der NATO ist, ermöglicht es den westdeutschen Imperialisten erst, ihre Herrschaft über Westberlin auszudehnen. Sie propagieren die Friedenssicherung und betreiben fieberhafte Kriegsvorbereitungen. Die Forderung nach Abzug aller Besatzungstruppen, Austritt aus der NATO und Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges, der beiden deutschen Staaten die volle Souveränität und Westberlin den Status einer freien und unabhängigen Stadt garantiert, wirkt diesen Plänen direkt entgegen. Der Kampf für diese Durchsetzung ist dringend.

in den Gemeinschaftsraum verlegt

z.elf. Wegen des ,,bekannt hohen Schutzplatzdefizits'' (z.B. Bunker) käme der Gesundheitsversorgung im Kriege große Bedeutung zu, so Karl-Ludwig Haedge vom Bundesamt für Zivilschutz auf einer Fortbildungsveranstaltung der Bundesärztekammer im Januar 1980 mit dem Thema: ,,Katastrophenmedizin und medizinische Versorgung im Zivilschutz''. Bis 31.12.1978 seien bestens ausgestattete Hilfkrankenhäuser mit 84000 Betten geplant, im Bau bzw. fertiggestellt worden. ,,Bereits im Frieden'' sei eine große Zahl von Schwesternhelferinnen aus Mitteln des Innen- und Verteidigungsministeriums ausgebildet worden.

Die Bundesregierung, die unter Federführung Ehrenbergs fieberhaft die Schließung von Krankenhäusern betreibt und vor allem den alten Arbeitern, den Rentnern, die notwendige medizinische Behandlung zu entziehen versucht, zeigt sich fürsorglich im Schutze der Zivilbevölkerung vor Katastrophen- und Kriegsfolgen? ,,Zunächst ist daran gedacht, im größtmöglichen und ärztlich noch zu vertretenden Rahmen Patienten vorzeitig zu entlassen'', fährt Herr Haedge fort. Oberstarzt Prof. Messerschmidt von der Militärakademie München erläutert dies: Bei einem Strahlenunfall z.B. gäbe es ,,einen erheblichen Druck auf die Krankenhäuser''. Die niedergelassenen Ärzte sollen daher schon eine Vorauswahl treffen, damit nicht zuviele Menschen ins Krankenhaus kommen, ,,denen nichts zu fehlen scheint als eine Strahlenangst''. Gleicher Militärarzt sagt in gleichem Referat wenige Zeilen später, daß gerade Strahlenverletzte einer möglichst frühzeitigen und sehr aufwendigen Behandlung bedürften, selbst wenn sie unter Umständen gar keine Krankheitssymptome zeigen. Prof. Contzen stellt schließlich beispielhaft den Katastrophenplan der BG-Unfallklinik Frankfurt vor, deren Leiter er ist: ,,. . . Patienten mit infauster (hoffnungsloser) Prognose und Sterbende werden in den Gemeinschaftsraum verlegt.''

Den Herren geht es hier um alles andere als eine optimale Versorgung einer großen Zahl von Verletzten. Es geht um das Erlernen von Aussortieren. Wer sich irgendwie auf den Beinen halten kann, wird rausgeschmissen, wer nicht für die Produktion taugt oder kriegsunfähig ist, wer eine schwieriger zu behandelnde Krankheit wie den Verdacht auf eine Strahlenverletzung

schaftsraum'' mitansehen, wie andere sterben, bevor er an der Reihe ist. Solches kaltblütiges Kalkül sollen sich die Beschäftigten im Gesundheitswesen rechtzeitig zulegen, wie es die Soldaten im Kriege oder Wehrdienst bei vielen Militärärzten erlebt haben. Das durchzusetzen, bedarf es militä-bürokratischen Zwangs. Warm spricht sich der Justitiar der Bundesärztekammer, Dr. jur. Hess, für die Verabschiedung des Gesundheitssicherstellungsgesetzes aus, das die Dienstverpflichtung aller, die Kenntnisse in der Gesundheitsversorgung haben, unter Kontrolle der Gesundheitsämter beinhaltet.

Propagandabild eines Militärlazaretts im 1. Weltkrieg

,,Ein weiterer viermonatiger Austausch von Armeepersonal . . .''

Flotten- und Truppenzusammenarbeit der britischen Imperialisten mit Australien und Neuseeland

z.rül.London. Unter der Überschrift ,,Operationen und Stationierungen im Rest der Welt'' meldete der ,,Verteidigungsbericht'' der britischen Regierung im letzten Jahr: ,,Im April 1978 kehrten der Hubschrauberträger HMS Tiger, fünf Fregatten und vier Begleitschiffe von einem Einsatz im Fernen Osten nach Großbritannien zurück. Die Schiffe nahmen an der CENTO-Übung Midlink 77 und einer Anzahl bilateraler und multilateraler Übungen im Indischen Ozean und Fernen Osten teil . . . Eine weitere Einsatzgruppe soll Großbritannien im Mai verlassen zu einem siebenmonatigen Einsatz über den Suez-Kanal hinaus in Südostasien und Australien . . . Eine Kompanieeinheit der Königlichen Marineinfanterie führte ihre sechsmonatige Dschungelausbildung in Brunei durch. Armeeinheiten haben in Australien, Neuseeland, Fiji, Brunei, Zypern, Kenia, Gambia, Ghana, Guyana, Sudan und in der Karibik trainiert und dabei Taktik und Feuern mit scharfer Munition in herausforderndem und ungewohntem Terrain geübt sowie Techniken der Bewegung in der Luft und zu Wasser. Zwischen Australien, Neuseeland und dem Vereinigten Königreich fand ein weiterer viermonatiger Austausch von Armeepersonal statt.''

In dem Netz von Militärstützpunkten und kolonialen wie neokolonialen ,,Beistands-und Verteidigungsabkommen'' der britischen Imperialisten spielen Australien und Neuseeland eine zentrale Rolle. Britische Truppen und Flotteneinheiten üben regelmäßig in australischen und neuseeländischen Gebieten, australische und neuseeländische Offiziere werden in Großbritannien ausgebildet, die Briten liefern Waffen an beide Staaten. Seit November 1971 gehören Australien und Neuseeland außerdem zusammen mit Großbritannien einem ,,Fünf-Mächte-Verteidigungsabkommen'' an, in das die britischen Imperialisten ihre ehemaligen Kolonien Malaysia und Singapur hineinzwangen. Auf Grundlage dieses Abkommens sind australische und neuseeländische Luftwaffen- und Marineeinheiten in beiden Ländern als ,,Strategische Commonwealth-Reserve'' stationiert. Zusammen mit einem britischen Infanteriebatallion in dem immer noch von den Briten als Kolonie besetzt gehaltenen Brunei im Norden der Insel Kalimantan (Borneo) ist ihr offizieller Auftrag der ,,Schutz der Region vor äußerer Aggression''. Tatsächlich gehen Truppenstationierung wie auch das ,,Verteidigungsabkommen'' auf die blutige Niederschlagung des von der Kommunistischen Partei Malayas geführten Volksbefreiungskrieges gegen die britische Herrschaft in den fünfziger Jahren durch 31000 Mann britische, australische und neuseeländische Kolonialtruppen zurück.

Noch heute verfügen die britischen Imperialisten in Malaysia, Singapur und auch in Indonesien über beträchtliche Kapitalanlagen. Sicherung dieser Kapitalanlagen und der neokolonialen Ausbeutung und Ausplünderung dieser Länder ist der Zweck dieses ,,Verteidigungsabkommens''.

In Australien und Neuseeland selbst sind die britischen Imperialisten seit dem zweiten Weltkrieg von den US-Imperialisten aus ihrer Stellung als beherrschende Macht verdrängt worden. Aber beide Länder sind noch Mitglieder des Commonwealth, die britischen Kapitalanlagen sind weiterhin beträchtlich, und mit der britischen Königin stellen die britischen Imperialisten außerdem das Staatsoberhaupt. Außerdem haben unter dem Druck der Erfolge des Befreiungskampfes der Völker Südostasiens und der pazifischen Inseln die US- und britischen Imperialisten in den letzten Jahren ihre Kollaboration gegen die Völker und die sozialimperialistische Konkurrenz verstärkt. So werden heute australische und neuseeländische Offiziere sowohl in den USA wie auch in Großbritannien ausgebildet, die Flotten und Truppen aller vier Staaten führen regelmäßig gemeinsame Militärmanöver in der Region durch. Die US-Imperialisten führen dabei das Kommando. Sie liefern heute auch die meisten Waffen an Australien und Neuseeland.

Noch Anfang der siebziger Jahre hatten die britischen Imperialisten unter dem Druck des bewaffneten Befreiungskampfes der Völker Südostasiens den Rückzug ihrer gesamten Militäreinrichtungen ,,östlich von Suez'' verkündet. Angesichts der offenen Aggressionen der Sozialimperialisten wittern sie jetzt eine Gelegenheit, sich erneut festzusetzen und Positionen zurückzugewinnen. Gleich nach ihrem Amtsantritt im vergangenen Jahr eilte Premierministerin Thatcher nach Australien, um auf ihrer ersten Auslandsreise überhaupt die alte ,,Waffenbrüderschaft'' zu beschwören. Außenminister Lord Carrington prüfte kurz darauf in Hongkong, Malaysia und Singapur die Möglichkeiten für neue neokoloniale Zugewinne. Während die britischen Imperialisten erneut ihre ,,speziellen Beziehungen'' mit den US-Imperialisten in den Vordergrund schieben und diesen z.B. in Diego Garcia britisches Kolonialgebiet für den Ausbau ihrer Militärstützpunkte zur Verfügung stellen, sind sie zugleich fest entschlossen, sich keine Gelegenheit für den Ausbau eigener Positionen entgehen zu lassen.



Britische Kolonialtruppen im Einsatz gegen den Volksbefreiungskrieg in Malaya 1957. Australische und neuseeländische Truppen unterstützen sie.

Höhere Rohstoffpreise fördern Kampf der Dritten Welt gegen Kriegspolitik der Supermächte

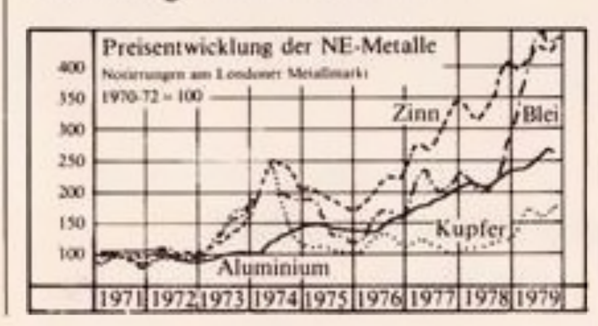
z.frb. Die Märkte für Rohstoffe sind in den letzten Tagen in Hektik geraten. Welche Rohstoffe wird Carter noch auf die Ausfuhrverbotsliste für die UdSSR setzen? Wird jene, ihrerseits Lieferant einiger wichtiger Rohstoffe für die westlichen Märkte, ihre Drohungen wahr machen und ebenfalls einigen Abnehmern die Lieferung verweigern? Etwa der BRD bei Chrom, Nickel, Phosphat oder Erdgas? Gelegenheit für Testläufe und Kriegsspiele: wofür läßt sich rasch eine andere Bezugsquelle erschließen, wofür nicht?

Blei gilt als Kriegsmetall. Es findet vor allem in Akkumulatoren (Autobatterien), in der Atomtechnik wie in Munition Verwendung. Im 1. Halbjahr 1979 hatte die UdSSR mindestens 15000 t an der Londoner Metallbörse geordert. Der Preis stieg von 450 auf 700 Pfund je Tonne. Vorletzte Woche machte er erneut einen Sprung nach oben, geriet dann in Schwankungen. Denn liefern die US-Monopole an die UdSSR nicht mehr, so füllen sie die Lager und drücken auf den Markt.

Angezogen hat auch der Preis für *Kupfer*. Er zeigte schon vergangenes Jahr die größten Preisaufschläge. Lang andauernde Streiks in Kanada und Peru, Unruhen und Transportprobleme in Zaire und Sambia hatten den Imperialisten große Mengen des Metalls vorenthalten, während die Nachfrage nach dem vielseitig verwendeten Rohstoff weiter anzog. Im Jahresvergleich bleibt eine Teuerung von 30%, die Lagerbestände der Londoner Börse sind in zwei Jahren auf weniger als ein Fünftel gesunken.

Wie bei Blei ist die UdSSR auch bei *Zinn*, obwohl selbst fünftgrößter Produzent, vergangenes Jahr als bedeutender Netto-Importeur aufgetreten. Zinn verzeichnet seit 5 Jahren den größten Preisanstieg aller NE-Metalle. Die größten Produzenten sind Malaysia (26,1%), Bolivien (13,6%), Indonesien (11,5%), Thailand (10,8%). Zinn hat den bei weitem höchsten Wertanteil im strategischen Rohstofflager der US-Regierung. 35000 t (17%) darauf will sie jetzt auf den Markt werfen, um den Preis zu drücken. Die Zinnproduzenten haben für den 25.2. eine Sondersitzung des Zinnrates verlangt.

Einige landwirtschaftliche Rohstoffe sind von der Erdölverteuerung gefördert. So steigt die Nachfrage nach Naturkautschuk und Baumwolle, weil die synthetischen Ersatzprodukte teurer geworden sind. Auch Aluminium verzeichnete bislang höhere Nachfrage. Denn, obgleich in der Produktion energieaufwendig, mindert eine Aluminiumkonstruktion den Energieaufwand. Insgesamt schafft die Marktlage wieder günstigere Bedingungen für die Forderungen der Dritten Welt.

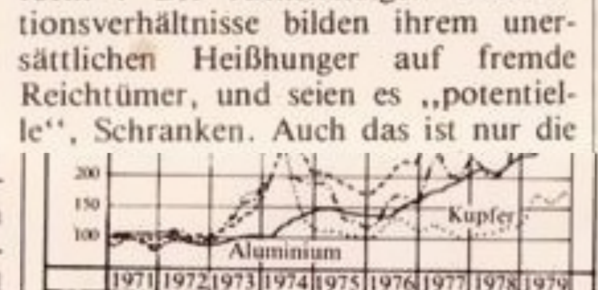


Neokoloniale Herrschaft über Zaire zementiert Rückständigkeit der Landwirtschaft

z.scc. Zaire, schwärmen die Afrika-„Experten", sei nicht nur reich an Kupfer, Kobalt, Diamanten und anderen Bergbauprodukten; es sei zudem „eine der potentiell reichsten landwirtschaftlichen Nationen der Welt". Neben den Grundnahrungsmitteln Manioc, Mais, Bohnen gedeihen hier Produkte des gemäßigten Klimas, Baumwolle, Weizen z.B., ebenso wie tropische – Kaffee, Ölpalmen, Gummi, Zuckerrohr. Für die Imperialisten hatte sich das Geschäft zu Kolonialzeiten bereits auch gut angelassen. Auf zusammengeraubtem Boden errichteten sie ausgedehnte Plantagen mit bis zu 14000 ha Größe, auf denen sie knapp eine halbe Million Landarbeiter für den Export produzieren ließen. Seit dem Befreiungskrieg jedoch ist es, trotz der Niederlage des kongolesischen Volkes, mit *dem* Geschäft so ziemlich vorbei. Zwar kehrten die europäischen Plantagenbesitzer zurück, aber nicht die Landarbeiter, die sich in Scharen den Befreiungskämpfern angeschlossen hatten. 1970 hatte die Plantagenwirtschaft vorübergehend 75% der Produktion von 1959 erreicht,

dert. 7,5 Millionen, 80% der Erwerbstätigen, arbeiten in der Landwirtschaft, und doch muß Zaire über 1/3 seiner Exporteinnahmen für Lebensmittelimporte ausgeben, gehört der Pro-Kopf-Verbrauch an Kalorien und Proteinen zu den niedrigsten in Afrika. Rücksichtslos treiben die imperialistischen Gläubiger Zaires die Zins- und Tilgungszahlungen ein, die Bauernmassen müssen dafür bluten. Über die Steuer wird ihnen, die den Boden, meist noch gemeinschaftliches Eigentum der Dorf- und Stammeseinheiten, nach rückständigen Produktionsmethoden bearbeiten, nicht nur das spärliche Mehrprodukt, sondern ein Teil der Existenzmittel geraubt. Zwangsläufig muß die landwirtschaftliche Produktion sinken.

Zu den „Reformen", die die Imperialisten in Zaire durchgesetzt wünschen, gehört auch eine „Landreform". Die rückständigen Produktionsverhältnisse bilden ihrem unersättlichen Heißhunger auf fremde Reichtümer, und seien es „potentielle", Schranken. Auch das ist nur die



nach dem vielseitig verwendeten Rohstoff weiter anzog. Im Jahresvergleich bleibt eine Teuerung von 30%, die Lagerbestände der Londoner Börse sind

Neokoloniale Herrschaft über Zaire zementiert Rückständigkeit der Landwirtschaft

z.scc. Zaire, schwärmen die Afrika-„Experten", sei nicht nur reich an Kupfer, Kobalt, Diamanten und anderen Bergbauprodukten; es sei zudem „eine der potentiell reichsten landwirtschaftlichen Nationen der Welt". Neben den Grundnahrungsmitteln Manioc, Mais, Bohnen gedeihen hier Produkte des gemäßigten Klimas, Baumwolle, Weizen z.B., ebenso wie tropische – Kaffee, Ölpalmen, Gummi, Zuckerrohr. Für die Imperialisten hatte sich das Geschäft zu Kolonialzeiten bereits auch gut angelassen. Auf zusammengeraubtem Boden errichteten sie ausgedehnte Plantagen mit bis zu 14000 ha Größe, auf denen sie knapp eine halbe Million Landarbeiter für den Export produzieren ließen. Seit dem Befreiungskrieg jedoch ist es, trotz der Niederlage des kongolesischen Volkes, mit *dem* Geschäft so ziemlich vorbei. Zwar kehrten die europäischen Plantagenbesitzer zurück, aber nicht die Landarbeiter, die sich in Scharen den Befreiungskämpfern angeschlossen hatten. 1970 hatte die Plantagenwirtschaft vorübergehend 75% der Produktion von 1959 erreicht,
seither sinkt sie stetig.

Das ist die eine Seite. Auf der anderen hat die Niederlage im Befreiungskampf die Entfesselung der gesellschaftlichen Produktivkräfte verhin-
dert. 7,5 Millionen, 80% der Erwerbstätigen, arbeiten in der Landwirtschaft, und doch muß Zaire über 1/3 seiner Exporteinnahmen für Lebensmittelimporte ausgeben, gehört der Pro-Kopf-Verbrauch an Kalorien und Proteinen zu den niedrigsten in Afrika. Rücksichtslos treiben die imperialistischen Gläubiger Zaires die Zins- und Tilgungszahlungen ein, die Bauernmassen müssen dafür bluten. Über die Steuer wird ihnen, die den Boden, meist noch gemeinschaftliches Eigentum der Dorf- und Stammeseinheiten, nach rückständigen Produktionsmethoden bearbeiten, nicht nur das spärliche Mehrprodukt, sondern ein Teil der Existenzmittel geraubt. Zwangsläufig muß die landwirtschaftliche Produktion sinken.

Zu den „Reformen", die die Imperialisten in Zaire durchgesetzt wünschen, gehört auch eine „Landreform". Die rückständigen Produktionsverhältnisse bilden ihrem unersättlichen Heißhunger auf fremde Reichtümer, und seien es „potentielle", Schranken. Auch das ist nur die
eine Seite. In ganzen Landstrichen schließen sich Bauern unter revolutionärer Führung zusammen, um die Rückständigkeit zu überwinden und die Produktion planvoll zu entfalten.

Politik der USA in den Philippinen in der Sackgasse

Ausgang der Wahlen anders als erhofft / Auch die Kirche rettete nichts

z.mat.Sydney. Der wichtigste Militärstützpunkt der US-Imperialisten in Südostasien, Subic Bay, befindet sich in den Philippinen. Seit 1972 wird das Land von Präsident Marcos mit Kriegsrecht regiert. Was zunächst wie die besonders zuverlässige Sicherung der imperialistischen Interessen aussah, entwickelte sich zusehends zu einem Anlaß der Beunruhigung in Washington. Unter dem Druck anhaltender Kämpfe der neuen Volksarmee, des bewaffneten Arms der Kommunistischen Partei, sowie der Befreiungsfront MNLF des Morovolks im Süden des Landes, und angesichts zunehmender Streiks und Bauernunruhen waren immer größere Teile der nationalen Bourgeoisie nicht bereit, das Marcos-Regime zu stützen und forderten die Beendigung des Kriegsrechts. Seit Jahren drängen die US-Imperialisten deshalb auf die Zulassung einer bürgerlichen Opposition und die Durchführung von Wahlen.

Im Dezember sah sich Marcos genötigt, die Durchführung der ersten Kommunalwahlen seit zehn Jahren am 30. Januar bekanntzugeben. Das Ergebnis ist sicher nicht das, was sich die US-Imperialisten davon erhofft hatten. Mit allen Mitteln hatten sie bereits Monate vorher daran gearbeitet, eine Opposition zustande zu bringen, die die zahlreichen Volkskämpfe auffangen könnte.

Es kam jedoch ganz anders. Marcos sorgte dafür, daß seine Frau Imelda ohne Gegenkandidaten kandidierte. Er änderte das Wahlrecht, um seinem Sohn Ferdinand trotz seiner 21 Jahre die Kandidatur zu ermöglichen. Dem Oppositionspolitiker Aquino, seit 1977 im Gefängnis und zum Tod verurteilt, gab er zwar Weihnachtsurlaub, verbot ihm aber die Kandidatur. Nachdem der größte Teil der Opposition die Beteiligung an den Wahlen ablehnte, stand das Ergebnis fest: ein „überwältigender Sieg" der „Bewegung für eine neue Gesellschaft" des Regimes.

Die Wahlen waren nicht die ersten seit Einführung des Kriegsrechts. Bis Dezember 1977 ließ sich Marcos in fünf Volksabstimmungen in seinem Amt bestätigen. Im April 1978 ließ er Wahlen durchführen, in der die Opposition ebenfalls keinen Sitz erhielt.

Was veranlaßt die Regierung Carter, so eindringlich auf eine „Demokratisierung" zu drängen? Bürgerliche Kommentare verweisen auf Carters Engagement für die Menschenrechte, für deren Verwirklichung in den Philippinen das Marcos-Regime ein Hindernis ist. Aber hier wie überall hat Carters Menschenrechtskampagne keinen anderen Zweck, als die politische Unterdrückung und Erpressung noch zu verschärfen. Differenzen zwischen der US-Regierung und Marcos, bei denen es um die Sicherung der US-Inte-

zahlreichen Volkskämpfe auffangen könnte.

Es kam jedoch ganz anders. Marcos sorgte dafür, daß seine Frau Imelda ohne Gegenkandidaten kandidierte. Er änderte das Wahlrecht, um seinem Sohn Ferdinand trotz seiner 21 Jahre die Kandidatur zu ermöglichen. Dem Oppositionspolitiker Aquino, seit 1977 im Gefängnis und zum Tod verurteilt, gab er zwar Weihnachtsurlaub, verbot ihm aber die Kandidatur. Nachdem der größte Teil der Opposition die Beteiligung an den Wahlen ablehnte, stand das Ergebnis fest: ein „überwältigender Sieg" der „Bewegung für eine neue Gesellschaft" des Regimes.

Die Wahlen waren nicht die ersten seit Einführung des Kriegsrechts. Bis Dezember 1977 ließ sich Marcos in fünf Volksabstimmungen in seinem Amt bestätigen. Im April 1978 ließ er Wahlen durchführen, in der die Opposition ebenfalls keinen Sitz erhielt.

Was veranlaßt die Regierung Carter, so eindringlich auf eine „Demokratisierung" zu drängen? Bürgerliche Kommentare verweisen auf Carters Engagement für die Menschenrechte, für deren Verwirklichung in den Philippinen das Marcos-Regime ein Hindernis ist. Aber hier wie überall hat Carters Menschenrechtskampagne keinen anderen Zweck, als die politische Unterdrückung und Erpressung noch zu verschärfen. Differenzen zwischen der US-Regierung und Marcos, bei denen es um die Sicherung der US-Inte-
ressen in Südostasien geht, sind auch nicht erst neueren Datums.

Marcos, während der japanischen Besetzung 1942–1945 am Guerilla-Kampf gegen die Invasoren beteiligt, gewann 1965 die Wahlen für die Präsidentschaft und wurde 1969 mit großer Mehrheit im Amt bestätigt. Während seiner Amtszeit stellten die Philippinen 1975 als zweites ASEAN-Land nach Malaysia diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China her, 1978 übernahm das Land die US-Militärstützpunkte in eigene Verwaltung. Innerhalb des gemeinsamen ASEAN-Wirtschaftsprogramms sichern die Philippinen die Errichtung einer nationalen Dieselmotorenproduktion. Das alles sind Pillen, die die Imperialisten widerwillig schlucken, solange nur gesichert ist, daß Marcos das Hauptproblem in den Griff bekommt, den Kampf der Bauernmassen um Land, der ihrer Verelendung ein Ende machen soll und eine wesentliche Triebkraft im Kampf gegen imperialistische Unterdrückung ist.

Marcos' Landreform, wenige Wochen nach der Verkündung des Kriegsrechts erlassen, hat das nicht zuwege gebracht. Sie beruht auf dem Konzept, die Großgrundbesitzer auszukaufen und die dafür nötigen Beträge bei den Bauern, die das Land erhalten, über Kredite für die Zahlung der Landpreise einzutreiben.

Die – unter Kriegsrecht verbotene – Kommunistische Partei ist die einzige politische Kraft, die den Bauern einen Weg aus dem Teufelskreis immer neuer Kreditaufnahme und weiter wachsender Verschuldung gewiesen hat. In weiten Teilen des Landes hat sie Selbsthilfeorganisationen der Bauern organisiert und Landbesetzungen unterstützt (über Landreform und Organisierung der Bauern berichteten wir in der Kommunistischen Volkszeitung 41 und 51/79). Das Jahr 1979 sah die Ausweitung der Aktionen der neuen Volksarmee, Überfälle auf Militärkonvois und zeitweilige Besetzung von Provinzstädten wurden in australischen Zeitungen gemeldet.

Nicht die Sorge um die Menschenrechte, sondern die Befürchtung, Marcos sei nicht mehr der richtige Mann zur Bekämpfung der Regungen der Bauernmassen, treibt die US-Imperialisten dazu, neue Lösungen zu suchen. Zur Zeit versuchen sie es mit Aquino. Er tritt für „eine wirkliche Agrarrevolution" ein, für einen „totalen Kurs landwirtschaftlicher Entwicklung mit dem Ziel der Erhöhung des ländlichen Einkommens". Außerdem erklärte er:

„Ich betrachte die USA nicht als Feind, aber ich akzeptiere sie nicht als bedingungslosen Verbündeten." Der richtige Mann also.

Doch wie den Einfluß über die Bauernmassen sichern? Ein vielversprechender Politiker reicht da nicht aus. Die katholische Kirche erweist sich dafür als wertvoller Bundesgenosse. 75% der 46 Millionen Filipinos sind Bauern, 40 Millionen sind Katholiken. Der für November letzten Jahres geplante Papstbesuch war eine erste Warnung an Marcos: Nach einer Woche Konfusion bestätigte der Vatikan, daß er nicht die Einladung von Imelda Marcos vom Oktober 1978 angenommen habe, sondern die Einladung Kardinal Sins vom Juni 1979.

Nachdem Ereignisse in der Türkei einen Papstbesuch dort dringender machten und der Besuch der Philippinen auf Februar dieses Jahres verschoben werden mußte, forderten 129 Teilnehmer einer synodalen Konferenz in Manila Ende Oktober die Beendigung des Kriegsrechts „zum nächstmöglichen Zeitpunkt". Was Sin wirklich will, hat er am 15. Januar einer Pressekonferenz eröffnet. Aquino, sagte er, sei „ein Führer, der so viele Anhänger hat, und vielleicht kann er das Volk mit dem Präsidenten zusammenbringen, wenn sie nur beide wollen." Schließlich hat die katholische Kirche als größter Grundbesitzer des Landes bei einer Agrarrevolution einiges zu verlieren.

Der Verlauf des Wahlmanövers ist ein Abbild des Kräfteverhältnisses der Klassen im Land. Die nationale Bourgeoisie allein ist zu schwach, eine Politik der Befreiung vom US-Imperialismus zu tragen, und für die Errichtung einer neuen, parlamentarischen Fraktion zur Stützung der US-Interessen lassen die Volkskämpfe keinen Platz. Kandidaten der Opposition drückten das so aus: Ohne gemeinsame Wahlkampfaussage mit den Kommunisten, sagten sie, erhalten wir keine Massenbasis. Entschließen wir uns dazu, werden wir auch verboten. Am Ende blieb der Opposition nur ohnmächtiger Protest. Sie verweigerte die Beteiligung an den Wahlen.



organisiert und Landbesetzungen unterstützt (über Landreform und Organisierung der Bauern berichteten wir in der Kommunistischen Volkszeitung 41 und 51/79). Das Jahr 1979 sah die Ausweitung der Aktionen der neuen Volksarmee, Überfälle auf Militärkonvois und zeitweilige Besetzung von Provinzstädten wurden in australischen Zeitungen gemeldet.

Nicht die Sorge um die Menschenrechte, sondern die Befürchtung, Marcos sei nicht mehr der richtige Mann zur Bekämpfung der Regungen der Bauernmassen, treibt die US-Imperialisten dazu, neue Lösungen zu suchen. Zur Zeit versuchen sie es mit Aquino. Er tritt für „eine wirkliche Agrarrevolution" ein, für einen „totalen Kurs landwirtschaftlicher Entwicklung mit dem Ziel der Erhöhung des ländlichen Einkommens". Außerdem erklärte er:

Schließlich hat die katholische Kirche als größter Grundbesitzer des Landes bei einer Agrarrevolution einiges zu verlieren.

Der Verlauf des Wahlmanövers ist ein Abbild des Kräfteverhältnisses der Klassen im Land. Die nationale Bourgeoisie allein ist zu schwach, eine Politik der Befreiung vom US-Imperialismus zu tragen, und für die Errichtung einer neuen, parlamentarischen Fraktion zur Stützung der US-Interessen lassen die Volkskämpfe keinen Platz. Kandidaten der Opposition drückten das so aus: Ohne gemeinsame Wahlkampfaussage mit den Kommunisten, sagten sie, erhalten wir keine Massenbasis. Entschließen wir uns dazu, werden wir auch verboten. Am Ende blieb der Opposition nur ohnmächtiger Protest. Sie verweigerte die Beteiligung an den Wahlen.

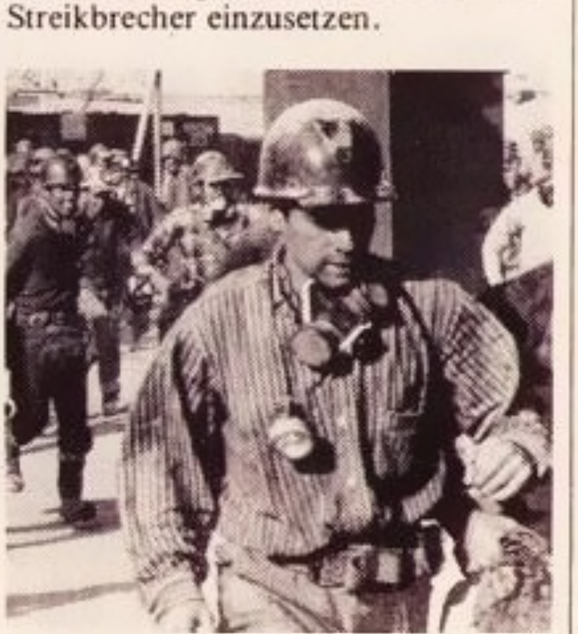


Opposition oder Kollaboration? Sin und Imelda Marcos im September 1979

Streikende bei El Teniente – das chilenische Arbeitsgesetz ebnete den Weg

z.bew. Der Streik der zehntausend chilenischen Kupferarbeiter von El Teniente, der größte und längste seit dem Militärputsch, ist am 1. bzw. 4. Februar nach 16 Tagen abgebrochen worden. Mit der Erhöhung des Grundlohns um 9% zu einem Inflationszuschlag von 11% konnte die staatliche Kupfergesellschaft CODELCO nicht gezwungen werden, Zugeständnisse zu ihrem Angebot zu machen. Die Arbeiter hatten 33% gefordert, die Inflationsrate beträgt amtlich 38,9%. Gleichwohl mußte CODELCO das Gesamtvolumen erhöhen. Diese Erhöhung konnte sie in Form einer 46%igen Produktivitätszulage festschreiben, wodurch ihr Sprecher frohlocken kann, daß „in neuen Tarifvertrag ein wirksamer Anreiz zur Steigerung der Produktion in Form höherer Prämien" festgelegt sei.

Um dieses Ergebnis durchzusetzen, hatte CODELCO das ausgeklügelte System des neuen Arbeitsgesetzes ausnützen können und selbst dessen dürftige Festlegungen durchbrochen, nach 10 Tagen alle streikenden Arbeiter entlassen und ihnen 30 Tage Frist zur Annahme des Vorschlages gegeben. Nach diesem Arbeitsgesetz vom 1.7.1979, dem „Plan Laboral", haben lediglich Betriebsgewerkschaften das Recht auf kollektive Lohnverhandlungen, wodurch eine einheitliche Lohnbewegung unterbunden wird. So werden in der Kupferindustrie seit Oktober letzten Jahres nach und nach für die einzelnen Minen die Tarifverträge ausgehandelt. Ein Teil der Betriebe ist ganz vom Streikrecht ausgeschlossen. Zu diesen 45 „unentbehrlichen" Betrieben gehört auch die größte Kupfermine (Chuquiamata). Solidaritätsstreiks und Streikposten sind gänzlich verboten. Die Streikdauer ist auf 60 Tage begrenzt. Während dieser Zeit müssen die Arbeiter alle Sozialversicherungen einschließlich der Kapitalistenbeiträge zahlen. Nach 30 Tagen Streikdauer hat der Kapitalist das Recht, individuelle Arbeitsverträge abzuschließen, d.h. Streikbrecher einzusetzen.



GB: Regierung beschleunigt Kostendämpfungsprogramm

z.rül.London. Die britische Regierung beschleunigt ihr Kostendämpfungsprogramm im Gesundheitsdienst. Bereits im letzten Jahr kürzte sie den regionalen Gesundheitsbehörden die Zuschüsse um insgesamt 125 Mio. Pfund (ca. 500 Mio. DM) und erhöhte gleichzeitig z.B. die Rezeptgebühren von 15 auf 70 Pence je Rezept. Vorletzte Woche zwang sie die Gewerkschaften der Lohnabhängigen im Nationalen Gesundheitsdienst zur Zustimmung zu einem ausgefeilten Schlichtungssystem, „im Interesse der Kranken". Gleichzeitig verkündete Gesundheitsminister Jenkins, die britischen Lohnabhängigen würden viel zu oft zum Arzt oder ins Krankenhaus gehen und die dort Beschäftigten bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit belasten. Er plane die Einführung von Gebühren für Krankenhausaufenthalte und für Arztbesuche zu Hause. Ein Sturm von Leserbriefen in der bürgerlichen Presse war die Reaktion der Lohnabhängigen. Trotzdem ist der Widerstand gegen das Kostendämpfungsprogramm noch sehr zersplittert. Die Gewerkschaften der Lohnabhängigen im Gesundheitsdienst fordern, daß keine Lohnabhängigen im NHS entlassen werden, die Mittelkürzungen zurückgenommen werden und sämtliche Gebühren für gesundheitliche Versorgung aufgehoben werden. Aber zu einheitlichen Aktionen kommt es zur Zeit meist nur auf örtlicher Ebene, und dann nur von Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Der TUC in Schottland ruft für den 8. März zu einer ersten landesweiten Demonstration gegen die „Kürzungen" der Regierungsausgaben auf.

Italien: Verfassungsgericht spricht Grundrente heilig

z.ulg.Rom. Seit drei Jahren gilt in Italien ein Gesetz, nach dem die Gemeinden Land enteignen können, um Wohnungen zu bauen. Als Entschädigung wurde bisher der landwirtschaftliche Nutzungswert – innerhalb der Großstädte mit Faktoren bis 10 multipliziert – gezahlt. Das Gesetz war erlassen worden, um durch Milderung der Wohnungsnot die „Mobilität" der Arbeitskraft zu erhöhen und den industriellen Profit auf Kosten der Grundrente zu steigern. Das Verfassungsgericht hat jetzt die Entschädigungsregelung für verfassungswidrig erklärt, weil dem „Eigentumsrecht das Baurecht innewohnt" und folglich das Recht auf Realisierung des Spekulationsprofits. Entschädigt werden muß nun zum Marktwert, was den Grundbesitzern bis 1981 4,4 Mrd. DM zusätzlich einbringen wird.

Ausbau des Kanals von Antwerpen nach Lüttich für 9000-Tonner

z.dab.Brüssel. Mit der Ausweitung des belgischen Industriezentrums Lüttich um ein Kernkraftwerk, eine Ölraffinerie und einen Chemiekomplex wird die belgische Bourgeoisie den Albertkanal bis 1984/85 für Binnenschiffe bis zu 9000 t ausbauen. Bis auf wenige Stellen ist der Albertkanal (Verbindung Antwerpen-Lüttich-Saarland-Ruhrgebiet) heute nur für Schiffe bis 3000 t befahrbar. Mit der Kapazitätssteigerung wollen die Kapitalisten den Umschlag der transportierten Waren wie Kohle, Erdöl, Mineralien erheblich verbilligen. Dauerte die Fahrt von Lüttich nach Antwerpen 1964 noch 1 1/2 bis 2 1/2 Tage, so dieses Jahr einen. Bis

Landwirtschaftsproduktion in den USA: Anarchie und Fäulnis

z.scc. Allein in Oklahoma demonstrierten Tausende von Farmern, Mitglieder der „Bewegung der Landwirtschaft Amerikas", die in den vergangenen Jahren den Kampf für höhere Erzeugerpreise organisierte, nach Bekanntgabe des Getreideboykotts gegen die Sowjetunion vor über der Hälfte der 77 staatlichen Landwirtschaftsbüros. Fast 70000 Farmen zählt Oklahoma, einer der kleineren US-Bundesstaaten und mit überdurchschnittlichem Anteil ländlicher Bevölkerung. Viele Farmer bauen hier Weizen an – Oklahoma ist der viertgrößte Weizenlieferant innerhalb der USA –, ihr Nettoeinkommen ist von rund 3000 $ 1970 nach vorübergehender Steigerung auf unter 1500 $ 1977 gesunken. Um rund 10% wird es in diesem Jahr allein als Folge des Getreideboykotts weitersinken.

Weit einschneidender noch und mit tiefgreifenden Auswirkungen auf die gesamte landwirtschaftliche Produktion der USA wird sich der Getreideboykott auf die Produzenten von Futtergetreide (der Hauptmasse der Getreidelieferungen an die SU) auswirken. Fast 80% der US-Getreideproduktion entfallen auf Futtermittel, über 77% allein auf Mais (s. Schaubild).

Nach langen Jahren der Stagnation konnten die US-Imperialisten zu Beginn der 70er Jahre gleich von einer Anzahl Faktoren profitieren. Die Produktivität der Arbeit in der Landwirtschaft erfährt erstmals wieder eine nicht nur erntebedingte Steigerung, die Pro-Hektar- und Pro-Kopf-Erträge erreichen ein um 10–20% höheres Niveau. Daß dieser Fortschritt mit rascher Vernichtung Hunderttausender von Farmerexistenzen bezahlt ist, mit der Verödung von vieltausend Hektar landwirtschaftlich nutzbarer Fläche, ist nur eine Seite der fauligen Grundlage, auf der sich die Getreideproduktion und insbesondere die Futtermittelproduktion in den USA entwickelt.

Nicht die Ausweitung nämlich des inneren Marktes der USA, letztlich also des Konsums der Volksmassen, ist Anlaß der Produktionssteigerung, noch ist sie deren Ergebnis. Die US-Imperialisten erobern, und gerade hinsichtlich der Futtergetreide kann man ruhig von Eroberung sprechen, den Weltmarkt. Dieser weitet sich, bedingt durch mehrere aufeinanderfolgende weltweit niedrige Getreideernten in der zweiten Hälfte der 60er Jahre, beträchtlich aus. Die gesamten Einfuhren von Mais z.B., die sich von 1960 auf 70 verdoppelt hatten, verdoppeln sich noch einmal, diesmal innerhalb von vier Jahren. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die krisenhafte Entwicklung der sowjetischen Landwirtschaft, die die Sozialimperialisten 1971/72 erstmals zwingt, nennenswert als Käufer von Futtermitteln den Welt-

Nach langen Jahren der Stagnation konnten die US-Imperialisten zu Beginn der 70er Jahre gleich von einer Anzahl Faktoren profitieren. Die Produktivität der Arbeit in der Landwirtschaft erfährt erstmals wieder eine nicht nur erntebedingte Steigerung, die Pro-Hektar- und Pro-Kopf-Erträge erreichen ein um 10–20% höheres Niveau. Daß dieser Fortschritt mit rascher Vernichtung Hunderttausender von Farmerexistenzen bezahlt ist, mit der Verödung von vieltausend Hektar landwirtschaftlich nutzbarer Fläche, ist nur eine Seite der fauligen Grundlage, auf der sich die Getreideproduktion und insbesondere die Futtermittelproduktion in den USA entwickelt.

Nicht die Ausweitung nämlich des inneren Marktes der USA, letztlich also des Konsums der Volksmassen, ist Anlaß der Produktionssteigerung, noch ist sie deren Ergebnis. Die US-Imperialisten erobern, und gerade hinsichtlich der Futtergetreide kann man ruhig von Eroberung sprechen, den Weltmarkt. Dieser weitet sich, bedingt durch mehrere aufeinanderfolgende weltweit niedrige Getreideernten in der zweiten Hälfte der 60er Jahre, beträchtlich aus. Die gesamten Einfuhren von Mais z.B., die sich von 1960 auf 70 verdoppelt hatten, verdoppeln sich noch einmal, diesmal innerhalb von vier Jahren. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die krisenhafte Entwicklung der sowjetischen Landwirtschaft, die die Sozialimperialisten 1971/72 erstmals zwingt, nennenswert als Käufer von Futtermitteln den Welt-

markt zu betreten. Die USA bestreiten heute 78,6% aller Maisexporte, vor 20 Jahren waren es auf niedrigerer Stufe „nur" 55%.

Im ersten Ansturm dieser imperialistischen Expansion konnten die US-Farmer die Getreideerzeugerpreise nicht nur halten, sondern sogar eine Erhöhung durchsetzen. Hunderttausende rüsteten mit Hilfe neuer Kreditaufnahme damals um oder pachteten sich Land dazu, um Getreide anzubauen. Die Maisanbaufläche z.B. stieg von '70 auf '75 um 18%. Mit dem periodischen Einbruch der Produktion 1974, 1975 gefolgt von einem Preiseinsturz, saßen die Farmer auf ihren Lieferkontrakten, und auf einem Schuldenberg von damals 46 Mrd. $; die Hälfte ihres Jahresnettoeinkommens war damit an die Finanzbourgeoisie verpfändet. Seither können die Monopole die Preise vollständig diktieren, für Mais sind sie von 3,02 $ pro Scheffel auf rund 2 $ heute gesunken.

Wie bereits das Schaubild erhellt, ging der Vorstoß der US-Imperialisten auf dem Weltmarkt zu Lasten des „inländischen Verbrauchs". Was das Schaubild nicht zeigt, ist, daß das *tatsächlich verfütterte* Getreide in den USA seit 1970 abnimmt; die leichte Zunahme des Futtergetreideverbrauchs bei gleichzeitig abschüssigem Weizenkonsum spiegelt nichts anderes wider als eine merkliche Verschiebung im Konsum der Volksmassen. Während die Rinderherden bis 1975 noch anwachsen – der Rinderpreis steigt relativ lebhaft bis '73, um dann mit seinem Fall die Verringerung des Rinderbestandes einzuleiten –, nimmt der Schweinebestand von 1970 bis '75 um rund ein Viertel auf gut 49 Mio. ab. Die Verteuerung der Futtermittel wirkt, und selbst ein sich nach absolutem Tiefstand 1971 erholender Schweinepreis kann die gestiegenen Produktionskosten kaum ausgleichen. Und als sich die Schweinemäster dann auf den steigenden Schweinepreis einzustellen beginnen, die Produktion leicht anzieht, bricht er 1974 zusammen: Die Schweineproduktion erreicht den niedrigsten Stand seit der großen Krise Anfang der 30er Jahre.

Die Folgen des Getreideboykotts decken die Anarchie der kapitalistischen Produktion in greller Schärfe auf. Man kann sie an einer Hand abzählen: Die Getreidepreise werden weiter sinken, anhaltend. Die infolgedessen sinkenden Kosten der Fleischproduktion werden zahllose verzweifelte Farmer dazu treiben, auf Viehproduktion umzurüsten, die nächste Überproduktionskrise hier ist jetzt schon absehbar.

Auf die Verbraucherpreise wird das keinen dämpfenden Einfluß haben. Noch jedes Anheben der Erzeugerpreise haben die Nahrungsmittelmonopole zu drastischen Preissteigerungen genutzt, so z.B. 1973, als die Fleischpreise um durchschnittlich 20%, die Brotpreise um 25% in die Höhe schnellten. Sinkende Erzeugerpreise hingegen wirken ausschließlich, wenn überhaupt, in einer Verlangsamung der Preissteigerungsrate für Lebensmittel, die in den USA die aller anderen Produkte, mit

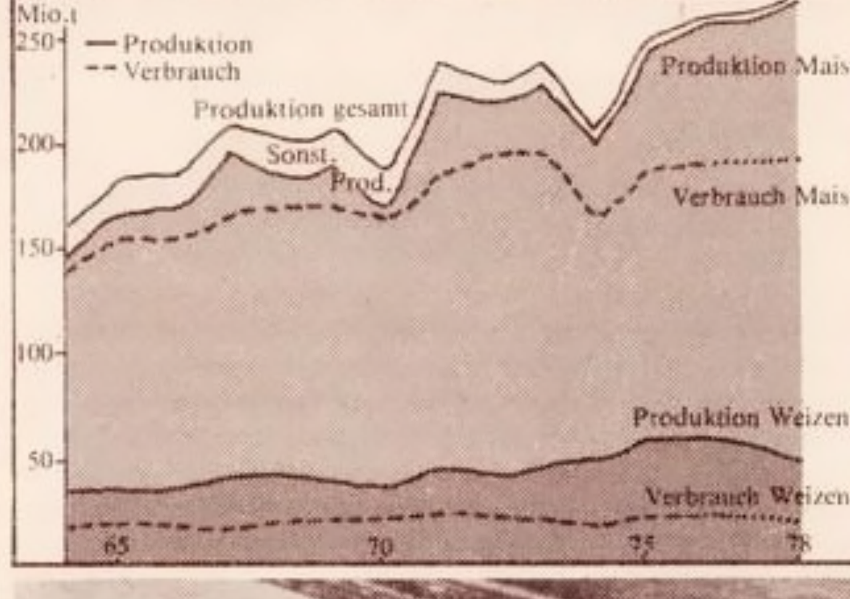
Schweinebestand von 1970 bis '75 um rund ein Viertel auf gut 49 Mio. ab. Die Verteuerung der Futtermittel wirkt, und selbst ein sich nach absolutem Tiefstand 1971 erholender Schweinepreis kann die gestiegenen Produktionskosten kaum ausgleichen. Und als sich die Schweinemäster dann auf den steigenden Schweinepreis einzustellen beginnen, die Produktion leicht anzieht, bricht er 1974 zusammen: Die Schweineproduktion erreicht den niedrigsten Stand seit der großen Krise Anfang der 30er Jahre.

Die Folgen des Getreideboykotts decken die Anarchie der kapitalistischen Produktion in greller Schärfe auf. Man kann sie an einer Hand abzählen: Die Getreidepreise werden weiter sinken, anhaltend. Die infolgedessen sinkenden Kosten der Fleischproduktion werden zahllose verzweifelte Farmer dazu treiben, auf Viehproduktion umzurüsten, die nächste Überproduktionskrise hier ist jetzt schon absehbar.

Auf die Verbraucherpreise wird das keinen dämpfenden Einfluß haben. Noch jedes Anheben der Erzeugerpreise haben die Nahrungsmittelmonopole zu drastischen Preissteigerungen genutzt, so z.B. 1973, als die Fleischpreise um durchschnittlich 20%, die Brotpreise um 25% in die Höhe schnellten. Sinkende Erzeugerpreise hingegen wirken ausschließlich, wenn überhaupt, in einer Verlangsamung der Preissteigerungsrate für Lebensmittel, die in den USA die aller anderen Produkte, mit

Ausnahme der Energieprodukte, übertrifft. Auf der Basis dauernder Lohnsenkungen ist der Pro-Kopf-Verbrauch an Fleisch, Milch, Butter, Weizen usw. seit 1970 rückläufig. Was steigt, ist fast ausschließlich der Kartoffelkonsum. Das wird sich ohne Fortschritt an allen Fronten des Klassenkampfes auch nicht ändern.

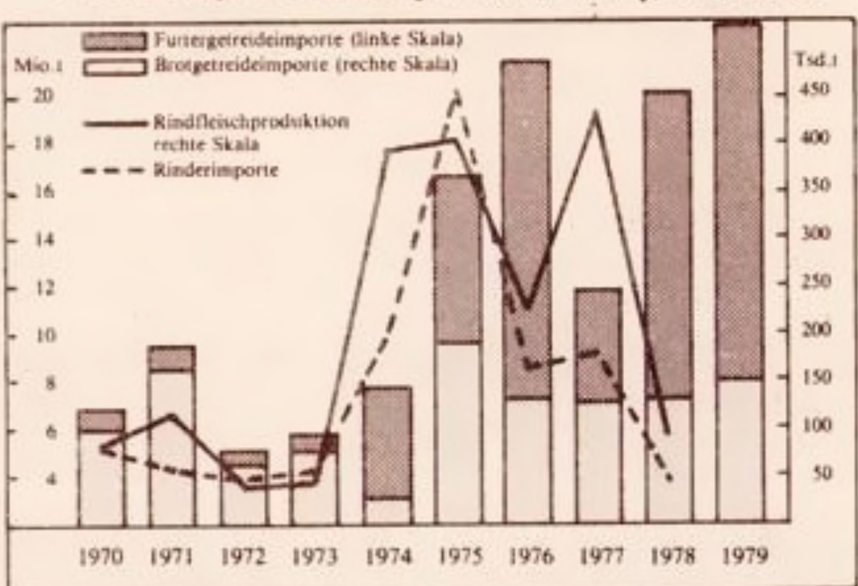
Getreideproduktion und -verbrauch USA





USA: Hohe Produktivität in der Getreideproduktion.

Getreideimporte, Fleischproduktion/-import UdSSR





SU: 10–20% der Ernte gehen „beim Transport" verloren.

Sowjetunion: 34 Millionen widersetzen sich der Enteignung

Für die Futtermittelproduktion will die Bourgeoisie die Hoflandparzellen beschlagnahmen

z.anb. 62% der Getreideanbaufläche von 130 Mio. ha in der Sowjetunion entfallen auf Brotgetreideproduktion, vor allem Weizen. Es sind die besten Böden, in den klimatisch günstigeren Regionen. Futtermittelanbau dagegen wird in den Nichtschwarzerdegebieten und den östlichen Landesteilen bis zur Dauerfrostgrenze betrieben. Während die Ernteeinbrüche zum Beispiel in der Weizenkammer Kasachstan den durch monokulturartigen Anbau bewirkten Raubbau am natürlichen Gleichgewicht des Bodens belegen, treffen ungünstige Witterungsverhältnisse besonders den Anbau von Futterpflanzen in den neuerschlossenen Gebieten. Dem ist auch nicht, wie beim Weizenanbau, durch intensivsten Einsatz von Dünger und Pflanzenschutzmitteln – was zweifellos auch nur das Problem zeitlich hinauszögert, wie der stagnierende Hektarertrag von 18,5 dz beweist – entgegenzuwirken, sondern nur durch Bewässerung, Melioration, Wechselfruchtanbau. Die sowjetische Bourgeoisie allerdings sieht die Lösung ganz woanders.

34 Mio. Bauernfamilien, 17 Mio. davon Kolchosbauern, produzieren auf 3% der landwirtschaftlichen Nutzfläche ein Drittel der Fleischproduktion des Landes von 17 Mio. t, 50% des Gemüses und der Kartoffeln. Zu einem Drittel stammt ihr persönliches Budget aus dem Verkauf dieser privaten Kleinproduktion, die sie – unter Umgehung des staatlichen Zwangshandels – privat umsetzen. Ihre Parzellen umfassen maximal 0,3 ha. Jeder zweite dieser Kleinstbetriebe hat mindestens eine

entfallen auf Brotgetreideproduktion, vor allem Weizen. Es sind die besten Böden, in den klimatisch günstigeren Regionen. Futtermittelanbau dagegen wird in den Nichtschwarzerdegebieten und den östlichen Landesteilen bis zur Dauerfrostgrenze betrieben. Während die Ernteeinbrüche zum Beispiel in der Weizenkammer Kasachstan den durch monokulturartigen Anbau bewirkten Raubbau am natürlichen Gleichgewicht des Bodens belegen, treffen ungünstige Witterungsverhältnisse besonders den Anbau von Futterpflanzen in den neuerschlossenen Gebieten. Dem ist auch nicht, wie beim Weizenanbau, durch intensivsten Einsatz von Dünger und Pflanzenschutzmitteln – was zweifellos auch nur das Problem zeitlich hinauszögert, wie der stagnierende Hektarertrag von 18,5 dz beweist – entgegenzuwirken, sondern nur durch Bewässerung, Melioration, Wechselfruchtanbau. Die sowjetische Bourgeoisie allerdings sieht die Lösung ganz woanders.

34 Mio. Bauernfamilien, 17 Mio. davon Kolchosbauern, produzieren auf 3% der landwirtschaftlichen Nutzfläche ein Drittel der Fleischproduktion des Landes von 17 Mio. t, 50% des Gemüses und der Kartoffeln. Zu einem Drittel stammt ihr persönliches Budget aus dem Verkauf dieser privaten Kleinproduktion, die sie – unter Umgehung des staatlichen Zwangshandels – privat umsetzen. Ihre Parzellen umfassen maximal 0,3 ha. Jeder zweite dieser Kleinstbetriebe hat mindestens eine

Kuh und ein Schwein, die Nahrung der Mitglieder des Familienverbandes wird selbst produziert. Anders als in den Städten, gibt es in den 470000 sowjetischen Dörfern zwar kaum Konsumgüter und Ersatzteile, aber alle wichtigen Nahrungsmittel.

Die Erschließung von „Neuland" ist inzwischen gestoppt; die Investitionen von 213 Mrd. Rubeln (1967–1977) haben der Bourgeoisie zu wenig abgeworfen. Denn in diesen Projekten treffen alle Ungleichmäßigkeiten der sowjetischen Ökonomie zusammen: Transportprobleme, Rückstände der Düngerproduktion, der Maschinenlieferungen, Mangel an mobiler Arbeitskraft.

Bislang waren die Futterimporte, hauptseitig aus Rauhfutter wie Heu, Silage, oder aus Mais und Soja bestehend, billiger als die Inlandsproduktion derselben: 2 Mrd. Dollar jährlich im Durchschnitt für Importe nahm sich wenig aus, solange die Produktion einer Tonne Weizen 2mal so teuer kommt wie in den USA, einer Tonne Mais oder Soja 4mal so teuer. Die Diskrepanz zwischen Produktionskosten und Marktpreis im Inland ist groß: der Staat kauft eine Tonne Getreide im staatlichen Ankauf für 100 Rubel und zahlt den Sowchosen 34 Rubel Subvention drauf. 1978 gab das Budget den Umfang dieser Subventionen für Nahrungsmittel mit insgesamt 110 Mrd. Rubel für fünf Jahre an. Da diese Preise für Nahrungsmittel in den Wert der Arbeitskraft eingehen, sind Maßnahmen dagegen unverzichtbar für die Ausbeuterklasse.

Die Lösung des Viehzuchtproblems sucht die sowjetische Bourgeoisie im Aufbau riesiger Viehfarmen, als Sowchosen organisiert, von denen es heute 20500 gibt mit einer durchschnittlichen Arbeiterzahl von über 2000. Die nach kapitalistischem Vorbild organisierte Massenviehhaltung soll die Verkür-

ben der Bourgeoisie zu wenig abgeworfen. Denn in diesen Projekten treffen alle Ungleichmäßigkeiten der sowjetischen Ökonomie zusammen: Transportprobleme, Rückstände der Düngerproduktion, der Maschinenlieferungen, Mangel an mobiler Arbeitskraft.

Bislang waren die Futterimporte, hauptseitig aus Rauhfutter wie Heu, Silage, oder aus Mais und Soja bestehend, billiger als die Inlandsproduktion derselben: 2 Mrd. Dollar jährlich im Durchschnitt für Importe nahm sich wenig aus, solange die Produktion einer Tonne Weizen 2mal so teuer kommt wie in den USA, einer Tonne Mais oder Soja 4mal so teuer. Die Diskrepanz zwischen Produktionskosten und Marktpreis im Inland ist groß: der Staat kauft eine Tonne Getreide im staatlichen Ankauf für 100 Rubel und zahlt den Sowchosen 34 Rubel Subvention drauf. 1978 gab das Budget den Umfang dieser Subventionen für Nahrungsmittel mit insgesamt 110 Mrd. Rubel für fünf Jahre an. Da diese Preise für Nahrungsmittel in den Wert der Arbeitskraft eingehen, sind Maßnahmen dagegen unverzichtbar für die Ausbeuterklasse.

Die Lösung des Viehzuchtproblems sucht die sowjetische Bourgeoisie im Aufbau riesiger Viehfarmen, als Sowchosen organisiert, von denen es heute 20500 gibt mit einer durchschnittlichen Arbeiterzahl von über 2000. Die nach kapitalistischem Vorbild organisierte Massenviehhaltung soll die Verkür-

zung der Produktionszeit und die Hebung des Schlachtgewichts pro Vieheinheit, damit Senkung der Kosten bringen. All dies setzt die Umwälzung der Futtermittelbasis voraus. Der jetzige Fünfjahrplan gibt der industriellen Produktion eiweißhaltiger Mast- und Kraftfutter eindeutig den Vorrang. Derzeit besteht das Viehfutter noch zu ⅔ aus Getreide. Die neuen Viehfarmen, „bodenunabhängig" wie sie sind, werden in der Nähe der großen Städte, besonders der Importhäfen angesiedelt, wo die Transportverbindungen zu den Märkten und Umschlagplätzen vorhanden sind. Zentren sind die RFSFR, die Ukraine, Estland, die Ostküste.

Haben die Bourgeois auf den Sowchosen ihr „Organisationsproblem", weil für immer weniger Arbeiter eine ständig wachsende Zahl von Aufsehern benötigt wird, so beunruhigt sie auf der anderen Seite die Kolchosproduktion, weil sie dort bei weitem nicht den Grad an staatlichem Zwangsregime und Mobilität der Arbeitskraft erreicht haben, die den Ausbeutungsstandard der Lohnarbeiter in den Sowchosen kennzeichnet. Hartnäckig wehren sich die Kolchosbauern gegen die zwangsweise „Spezialisierung" der Kolchosproduktion und die Zentralisation der Dorfgemeinschaften. In den abgelegenen Regionen sichert die Vielseitigkeit der Kolchosproduktion die einfache Reproduktion der Landbevölkerung unabhängig von der Stadt, und gerade das ist Grundlage eines gewissen Spielraums gegenüber der Zentralgewalt. Im Zeitraum 1952–73 mußten die zentralen Aufkaufbehörden den Preis für Vieh versechsfachen, für Rinder verdreißigfachen.

3% mehr Anbaufläche, bearbeiteter, bewässerter, in rückständiger Kleinproduktion bebauter, aber über Jahre hinweg sorgsam gepflegter Boden – für die sowjetische Bourgeoisie

sind, werden in der Nähe der großen Städte, besonders der Importhäfen angesiedelt, wo die Transportverbindungen zu den Märkten und Umschlagplätzen vorhanden sind. Zentren sind die RFSFR, die Ukraine, Estland, die Ostküste.

Haben die Bourgeois auf den Sowchosen ihr „Organisationsproblem", weil für immer weniger Arbeiter eine ständig wachsende Zahl von Aufsehern benötigt wird, so beunruhigt sie auf der anderen Seite die Kolchosproduktion, weil sie dort bei weitem nicht den Grad an staatlichem Zwangsregime und Mobilität der Arbeitskraft erreicht haben, die den Ausbeutungsstandard der Lohnarbeiter in den Sowchosen kennzeichnet. Hartnäckig wehren sich die Kolchosbauern gegen die zwangsweise „Spezialisierung" der Kolchosproduktion und die Zentralisation der Dorfgemeinschaften. In den abgelegenen Regionen sichert die Vielseitigkeit der Kolchosproduktion die einfache Reproduktion der Landbevölkerung unabhängig von der Stadt, und gerade das ist Grundlage eines gewissen Spielraums gegenüber der Zentralgewalt. Im Zeitraum 1952–73 mußten die zentralen Aufkaufbehörden den Preis für Vieh versechsfachen, für Rinder verdreißigfachen.

3% mehr Anbaufläche, bearbeiteter, bewässerter, in rückständiger Kleinproduktion bebauter, aber über Jahre hinweg sorgsam gepflegter Boden – für die sowjetische Bourgeoisie

sind diese rund 6 Mio. ha ein starker Stachel, wenn man bedenkt, daß sie von den 28% der Gesamtfläche, die landwirtschaftlich nutzbar sind, nur 11% tatsächlich nutzt. Auf diesen Parzellen die Futtermittel für die staatlichen Viehfarmen produzieren zu lassen, setzt allerdings die Enteignung der Bauern voraus.

1983 soll sie auf 17 Stunden herabgedrückt werden. Auf dem Albertkanal, der mit 130 km Länge nur 8,45% des gesamten Netzes beträgt, werden 35 bis 40% der gesamten Transportmenge von etwa 100 Mio. t abgewickelt. Die benutzten Wasserstraßen haben eine Länge von 1539 km bei einer Fläche Belgiens von 30500 km² (BRD: 4408 km auf 248600 km²). Der Anteil der Binnenschiffahrt am gesamten Transportaufkommen ohne See- und Lufttransport betrug 1977 20,1% (BRD: 27,5%). Der geplante Ausbau wird die kleinen und mittleren Binnenschiffer noch schneller in den Ruin treiben. Von 1975 bis 1977 hat sich die Anzahl der Schiffe bis zu 650 t um 34,29% verringert, die ab 650 t um 10,46%.

Sowjetunion faßt nach: Handelsabkommen mit Afghanistan

z.krk. Am 1.2. ist in Moskau ein Protokoll über den sowjetisch-afghanischen Warenaustausch unterzeichnet worden, das für 1980 eine Steigerung auf das 1,7fache vorsieht. Um einen Wirtschaftszusammenbruch Afghanistans infolge ihrer militärischen Aggression zu verhindern, muß die SU eine breite Palette von Waren liefern: Maschinen, Ausrüstungen, Erdölerzeugnisse, Schwarzmetalle, Zement, Düngemittel, Fahrzeuge und Waren des alltäglichen Gebrauchs. Mit den Waffenlieferungen zusammen wird das zur weiteren Vergrößerung der afghanischen Schuldenlast führen. Afghanistan soll in erster Linie mit Erdgas bezahlen, dann mit Schafs- und Baumwolle, Teppichen, Südfrüchten. Schon 1977 überstiegen seine Importe aus der SU um 48% die Exporte dorthin. Zur Tilgung der so und aus Krediten entstandenen Schulden mußte sich Afghanistan verpflichten, bis 1985 70 Mrd. m³ Erdgas an die SU zu liefern. Für den laufenden Fünfjahrplan bis 1984 hat die SU vorgesehen, in Dscharkuduk ein neues Erdgasfeld zu erschließen. Sie baut außerdem eine Reihe von Einrichtungen von strategischer Bedeutung: 2 Hochspannungsleitungen, die die Städte Masar-i Scharif und Kundus an das sowjetische Netz anschließen, eine weitere Elektroleitung zwischen Naglu und Jalalabad, ein Kupfer-Bergbau- und Anreicherungs-Kombinat, eine Reihe von Tankstellen in der Provinz Logar, sowie eine Brücke über den Amu Darja. In Afghanistan stehen bereits 71 Objekte, die die SU gebaut hat, 51 davon werden mit Hilfe sowjetischer „Spezialisten" gefahren. Ihr Volumen stieg von 2,8 Mrd. Afghani 1978 auf 4,4 Mrd. 1979 (180,4 Mio. DM).

Tansania wehrt sich gegen Erpressungsversuche des IWF

z.jük. Radio Daressalam berichtet: „Präsident Nyerere äußerte Zweifel, ob der Internationale Währungsfonds (IWF) politisch neutral sei ... der Fonds sei zur Zeit eine Einrichtung, durch die einflußreiche Kräfte und einige reiche Länder ihre Macht über die armen Nationen der Welt vergrößern." Momentan haben die USA und 5 mittlere imperialistische Mächte, darunter die BRD, kraft Geldsack die Führung im IWF, der 139 Mitglieder hat. „Der Präsident sagte, die jüngsten Versuche des IWF, Tansanias wirtschaftliche Schwierigkeiten dazu auszunutzen, es zu einer Änderung seiner Politik zu veranlassen, seien seltsam und abstoßend ... Nyerere stellte kategorisch fest, Tansania sei nicht zu einer Abwertung seiner Währung bereit, der traditionellen Lösung freier Marktwirtschaft für alles ohne Berücksichtigung unserer spezifischen Situation." Die Kreditschuld Tansanias beim IWF beträgt 136,6 Mio. US-Dollar, insgesamt hat das Land ca 1450 Mio. Dollar Auslandsschulden. Eine Abwertung würde für Tansania eine Verteuerung aller Importe bedeuten, gleichzeitig eine Verbilligung aller seiner Exportwaren auf dem Weltmarkt. Tansania fordert mit den Ländern der Dritten Welt Internationalisierung des IWF durch Änderung der Leitung und Struktur, um es „zu einem Instrument für alle seine Mitglieder zu machen".

Niederländische Bischofssynode: Wojtyla räumt auf

z.scc. Nach Küng und anderen nahm er sich diesmal gleich die gesamte katholische Kirche der Niederlande vor. Seit 1969 nämlich hatten sich hier unter dem Ruf nach „pluriformer Kirche" protestantische Lockerungstendenzen breitgemacht. Nicht genug, daß das pastorale Konzilium 1970 fast einstimmig die Aufhebung des Zölibats gefordert und eine wachsende Zahl von Priestern seither die Forderung ohne Gottes Segen in die Tat umgesetzt hatte. Daß Laien mehr und mehr priesterliche Funktionen ausübten. Daß mit der Auflösung der Priesterseminare die strenge Zucht und Kontrolle der Kirche über die angehenden Priester aufweichten. Daß Priester und Laien sich mancherorts zu eigenen Organisationen und gewerkschaftlichen Bestrebungen verstiegen. Daß es, kurz, manchen Riß in der gottgewollten Kirchenhierarchie gibt. Da wurde auch noch die persönliche Beichte abgeschafft und Himmel und Hölle in ihrer segensreichen Wirkung auf die Gläubigen leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Mit all dem ist jetzt Schluß. Nach drei Wochen eigens einberufener Synode unter persönlicher Aufsicht Wojtylas unterschrieben die sieben mehrheitlich unwillig angereisten Bischöfe bußfertig das Schlußdokument: Die Beichte wird wiedereingeführt, das Zölibat bekräftigt, verheiratete Priester aus Gottesdienst und Priestererziehung entfernt, die Priesterseminare erneut eingerichtet. Die Einheit der römisch-katholischen Weltkriche wiederhergestellt? Mit der Ernennung fünf zusätzlicher Bischöfe sorgt Wojtyla sicherheitshalber für klare Mehrheiten.

Die sozialimperialistische Herrschaft über Afghanistan hat die Bauernmassen ihres Landes beraubt

Daß die von der Sowjetunion an die Macht geputschten Regime den Feudalismus beseitigt hätten und daß der nationale Befreiungskampf des afghanischen Volkes die Wiederherstellung des Feudalismus bezwecke, ist eine der Behauptungen, mit der die Sozialimperialisten ihre Intervention in Afghanistan zu rechtfertigen suchen. Das im folgenden wiedergegebene Interview zeigt, daß in Afghanistan sich der Feudalismus noch kaum herausgebildet hatte, daß vielmehr das Gemeineigentum an Land noch weitgehend vorhanden war. Die von den Sozialimperialisten eingesetzten Regime haben dieses Stammeseigentum als Privateigentum ausgegeben, und die Enteignung dieses Privateigentums bedeutete in Wirklichkeit die Enteignung großer Bauernmassen. Dies erklärt, warum die afghanischen Bauern mit solcher Wucht die sozialimperialistische Herrschaft über ihr Land von Anfang an bekämpft haben.

Das folgende Interview mit Mike Barry ist der französischen Zeitung „Le Quotidien du Peuple" entnommen, dem gemeinsamen Organ der PCML und PCRml. Mike Barry ist ein amerikanischer Völkerkundler, der sich in den 70er Jahren an den Kämpfen gegen die US-Aggression in Südostasien beteiligt hatte. Barry hat längere Zeit in Afghanistan gelebt.

Frage: Es ist viel von der Agrarreform gesprochen worden, die das in Kabul an der Macht befindliche Regime seit April 1978 einführen wollte. Diejenigen, die die Intervention der UdSSR unterstützen, verweisen insbesondere darauf, daß diese Reform sehr günstig für die armen Bauern ausfallen würde, da diese ein unbedingtes Interesse an der Verteilung der den großen Feudalen gehörenden Ländern hätten.

Antwort: Man kann diese Frage nicht in zulässiger Weise erörtern, ohne die afghanische Wirklichkeit in Rechnung zu stellen. Das Problem, das es für die Bauernschaft in Afghanistan zu lösen gab, war keineswegs nur ein Problem des Landbesitzes. Es gibt nämlich auch das sehr wichtige Problem des Wassers und des Saatgutes. In Afghanistan, genauso wie in allen asiatischen Gesellschaften, dreht es sich darum, mit äußerst großer Sorgfalt das Wasser in die Bewässerungskanäle zu verteilen. Diese können überhaupt nur mit gemeinschaftlichen Methoden unterhalten werden. Seit der Antike hat sich in Afghanistan aufgrund dieser Bewässerung ein großer Reichtum an Erfindungsgaben entfalten können. Folglich tendierte die Agrarreform der afghanischen Führer, welche sich Kommunisten nennen, auf die brutale Zerstückelung der schon bestehenden Gemeinschaften, die im übrigen in gewissem Umfang die Grundlage für interessante Kooperativen bilden konnten.

Frage: Es ist viel von der Agrarreform gesprochen worden, die das in Kabul an der Macht befindliche Regime seit April 1978 einführen wollte. Diejenigen, die die Intervention der UdSSR unterstützen, verweisen insbesondere darauf, daß diese Reform sehr günstig für die armen Bauern ausfallen würde, da diese ein unbedingtes Interesse an der Verteilung der den großen Feudalen gehörenden Ländern hätten.

Antwort: Man kann diese Frage nicht in zulässiger Weise erörtern, ohne die afghanische Wirklichkeit in Rechnung zu stellen. Das Problem, das es für die Bauernschaft in Afghanistan zu lösen gab, war keineswegs nur ein Problem des Landbesitzes. Es gibt nämlich auch das sehr wichtige Problem des Wassers und des Saatgutes. In Afghanistan, genauso wie in allen asiatischen Gesellschaften, dreht es sich darum, mit äußerst großer Sorgfalt das Wasser in die Bewässerungskanäle zu verteilen. Diese können überhaupt nur mit gemeinschaftlichen Methoden unterhalten werden. Seit der Antike hat sich in Afghanistan aufgrund dieser Bewässerung ein großer Reichtum an Erfindungsgaben entfalten können. Folglich tendierte die Agrarreform der afghanischen Führer, welche sich Kommunisten nennen, auf die brutale Zerstückelung der schon bestehenden Gemeinschaften, die im übrigen in gewissem Umfang die Grundlage für interessante Kooperativen bilden konnten.

Die Agrarreform dagegen proklamierte den Privatbesitz an kleinen individuellen Landstücken. Sie erschütterte vollständig und auf brutale Weise den insbesondere zur Bewässerung notwendigen gemeinschaftlichen Plan. Natürlich gab es auch Möglichkeiten für Mißbräuche. Man sollte die Vergangenheit nicht idealisieren.

Frage: Von welcher Art waren diese Mißstände?

Antwort: Man muß sich ein konkretes Bild der bisherigen afghanischen Landwirtschaft machen, wo 90% der Bevölkerung außerhalb der Städte lebt und Weide- oder Landwirtschaft betreibt. Auf dem Land gibt es Stämme, die jeweils entsprechend der Umgebung aus ca. 2000 bis 5000 Personen bestehen. Jeder Stamm hat eine pyramidenartige Struktur, an deren Spitze der sogenannte „Rat der Grauen Bärte" steht. Dieser Rat ist repräsentativ und besteht aus erwachsenen Männern, die älter als 35 Jahre sind. Er repräsentiert mehrere Familien oder auch nur eine Familie im weitesten Sinne mit Vettern, deren Nachkommen usw. Es gibt also einen Rat für einen Stamm. Die Männer des Rates sind Landbesitzer: es handelt sich aber nicht um sehr große Landbesitzer. In Afghanistan gibt es große Latifundien, aber nur sehr wenige, in der Nähe der sowjetischen Grenze im Norden. Diese Situation war nicht vergleichbar mit der des Iran, wo Eigentümer mehr als 20 Dörfer besitzen konnten. In Afghanistan gibt es so etwas nicht. Hier waren es außerordentlich mittelmäßige, um nicht zu sagen bescheidene Besitzungen. Es ist sicher, daß Autorität und Hierarchie innerhalb dieser Kleinstgesellschaften existierten, aber es handelte sich um kleine Dörfer, die aus Strohlehm errichtet wurden. Diese werden jetzt von den Flugzeugen bombardiert.

Heute ist es unpassend, davon zu sprechen, daß die Feudalen von den Revolutionären bekämpft werden. In diesem traditionellen System besaßen die Dörfer sehr wichtige Gemeindeländereien. Der legale Besitzer dieser Ländereien ist der Stammeschef, da er sich zur Provinzhauptstadt begibt, um dort die Ländereien auf seinen Namen einschreiben zu lassen. Allgemein gesehen hören hier allerdings seine Befugnisse auf. Der Stammeschef wird vom „Rat der Grauen Bärte", dem er angehört, im Laufe einer Stammesversammlung gewählt. Eine solche Versammlung kann immer wieder dann stattfinden, wenn der Rat es wünscht. Dies ist eine sehr weitgehende Handhabung des Stammessystems. Tatsächlich handelt es sich dann auch um eine Art Kooperative, wo, und dies ist sicher, nicht alle Mitglieder gleichgestellt waren. Eines der jüngsten Probleme war ein gewisser Feudalisierungsprozeß. Das System konnte zur Feudalisierung Afghanistans führen, und zwar in dem Maße, wie der Stammeschef mit Unterstützung der Zentralregierung sehr viel mächtiger werden konnte, als er es bisher gewesen war. Tatsächlich gab es in den Jahren vor 1978 Bestrebungen der Zentralverwaltung des Königreiches, und zwar durch ihre Gouverneure, den Besitzanspruch des Stammeschefs zu beurkunden, der bisher nichts weiter getan hatte, als diese Ländereien auf seinen Namen einschreiben zu lassen. Aber dieser Feudalisierungsprozeß war noch lange nicht vollendet.

sprechen, daß die Feudalen von den Revolutionären bekämpft werden. In diesem traditionellen System besaßen die Dörfer sehr wichtige Gemeindeländereien. Der legale Besitzer dieser Ländereien ist der Stammeschef, da er sich zur Provinzhauptstadt begibt, um dort die Ländereien auf seinen Namen einschreiben zu lassen. Allgemein gesehen hören hier allerdings seine Befugnisse auf. Der Stammeschef wird vom „Rat der Grauen Bärte", dem er angehört, im Laufe einer Stammesversammlung gewählt. Eine solche Versammlung kann immer wieder dann stattfinden, wenn der Rat es wünscht. Dies ist eine sehr weitgehende Handhabung des Stammessystems. Tatsächlich handelt es sich dann auch um eine Art Kooperative, wo, und dies ist sicher, nicht alle Mitglieder gleichgestellt waren. Eines der jüngsten Probleme war ein gewisser Feudalisierungsprozeß. Das System konnte zur Feudalisierung Afghanistans führen, und zwar in dem Maße, wie der Stammeschef mit Unterstützung der Zentralregierung sehr viel mächtiger werden konnte, als er es bisher gewesen war. Tatsächlich gab es in den Jahren vor 1978 Bestrebungen der Zentralverwaltung des Königreiches, und zwar durch ihre Gouverneure, den Besitzanspruch des Stammeschefs zu beurkunden, der bisher nichts weiter getan hatte, als diese Ländereien auf seinen Namen einschreiben zu lassen. Aber dieser Feudalisierungsprozeß war noch lange nicht vollendet.

Auf dem Land zog dies eine allgemeine Unzufriedenheit nach sich. Es gab viele Gründe für eine allgemeine Unzufriedenheit in Afghanistan, und dies war einer der Gründe. Außerdem muß man festhalten, daß im Inneren der Stämme die besitzenden Familien Pächter hatten, welche eine darunterliegende soziale Schicht bildeten. Diese Pächter sind im sprichwörtlichen Sinne eingeklemmt. Zunächst müssen sie die Wasserrechte bezahlen, um die Wasserkanäle benutzen zu können, an deren Aushebung sie selber beteiligt waren. Diese Wasserrechte bezahlen sie mit Naturalien derjenigen Länder zurück, die sie selber bebauen. Des weiteren leihen sich die Pächter das Saatgut von den Landbesitzern und sind verpflichtet, dafür 50% ihrer Ernte abzugeben. Die Pächter benutzen das Saatgut nicht nur auf den bewässerten Ländern, sondern auch in der Wildnis; in der Tat gibt es zwei Arten von Kulturen: den Anbau mit Hilfe der Bewässerungskanäle, der vollständig von demjenigen abhängt, der legalerweise über den Wasserfluß verfügt, und den Anbau auf den nicht bewässerten Gebieten. Hier kann man im Frühjahr zur Zeit der Schneeschmelze säen, und es wird hier auch im folgenden Herbst etwas wachsen, wenn es im Winter Schnee gegeben hat, der vor der Austrocknung schützt. Dieses Land gehört demjenigen, der es haben will, Einöde gibt es überall, wenn man sich von den Dörfern entfernt. Man benötigt nur das Saatgut, und wenn man es leiht, muß man von der Ernte zurückzahlen. So haben die Pächter nur sehr selten genug Saatgut, um aus diesem Teufelskreis herauszukommen. Wenn man unter solchen Bedingungen ein Gesetz herausgibt, wie es das Regime in Kabul nach dem April 1978 getan hat, daß jeder Eigentümer nicht mehr als fünf Hektar Land besitzen durfte, so war dies sehr von den konkreten Gegebenheiten und den zu lösenden Problemen entfernt.

In einem Stamm gab es also außer dem Chef die Landbesitzer und die Pächter. Dies alles ist im allgemeinen sehr bescheiden. Die Reichsten waren die „Wasserverleiher" und der Verwalter des Landbesitzers, den ich den „Emir des Wassers" nenne. Dieser hat große Macht: er ist eine herausragende Person, der sich auf den Feldern aufhält und der die Benutzung der Kanäle unter die Pächter aufteilt. Zu einem gegebenen Zeitpunkt schließt er die Kanäle mit kleinen Holzschleusen und leitet das Wasser zu anderen Feldern. Dieser Mann, der sehr gefürchtet ist, existiert seit der Hochantike.

Diese gesamte Struktur hat die Regierung in Kabul nach dem Staatsstreich vom April 1978 mit Ungeschicklichkeit und einer ungeheuren Ignoranz zu unterdrücken versucht.

Die Regierung legte die Angaben in den Grundbüchern zugrunde, die in den letzten Tagen der Monarchie von den traditionellen, von ihren Stämmen gewählten Chefs gemacht worden waren. Es stellte sich heraus, daß ein solcher Chef beispielsweise 1000 Hektar Land besaß. Nun aber sah die Agrarreform vor, daß ein Bauer nicht mehr als 5 Hektar besitzen durfte. Also wurde der Besitz von 1000 Hektar Land in der Provinzhauptstadt widerrufen und alles konfisziert, was unter dessen Namen eingetragen war. Protestierte er,

heiten und den zu lösenden Problemen entfernt.

In einem Stamm gab es also außer dem Chef die Landbesitzer und die Pächter. Dies alles ist im allgemeinen sehr bescheiden. Die Reichsten waren die „Wasserverleiher" und der Verwalter des Landbesitzers, den ich den „Emir des Wassers" nenne. Dieser hat große Macht: er ist eine herausragende Person, der sich auf den Feldern aufhält und der die Benutzung der Kanäle unter die Pächter aufteilt. Zu einem gegebenen Zeitpunkt schließt er die Kanäle mit kleinen Holzschleusen und leitet das Wasser zu anderen Feldern. Dieser Mann, der sehr gefürchtet ist, existiert seit der Hochantike.

Diese gesamte Struktur hat die Regierung in Kabul nach dem Staatsstreich vom April 1978 mit Ungeschicklichkeit und einer ungeheuren Ignoranz zu unterdrücken versucht.

Die Regierung legte die Angaben in den Grundbüchern zugrunde, die in den letzten Tagen der Monarchie von den traditionellen, von ihren Stämmen gewählten Chefs gemacht worden waren. Es stellte sich heraus, daß ein solcher Chef beispielsweise 1000 Hektar Land besaß. Nun aber sah die Agrarreform vor, daß ein Bauer nicht mehr als 5 Hektar besitzen durfte. Also wurde der Besitz von 1000 Hektar Land in der Provinzhauptstadt widerrufen und alles konfisziert, was unter dessen Namen eingetragen war. Protestierte er,

wurde er getötet. Aber sehr oft war dieser Bauer nicht der wirkliche Besitzer, selbst wenn er es amtlich war. Manchmal repräsentierte er so an die 20 Familien, die selber Pächter hatten, und alle diese Leute waren jetzt mit einem Schlag besitzlos geworden, selbst wenn es sich in der Hauptsache um ganz kleine Ackersleute handelte. Und die Pächter, die von den Landbesitzern abhingen, waren nun ebenfalls besitzlos, sie besaßen keine Rechtsansprüche mehr. Manchmal wurde ein ganzer Stamm auf diese Weise seiner Erde beraubt.

Frage: Gibt es landwirtschaftliche Arbeiter?

Antwort: Es gab gleichfalls in Afghanistan landwirtschaftliche Saisonarbeiter, die an keinerlei Gebiet gebunden waren, die zu den Erntezeiten hin- und hergeschoben wurden und die offensichtlich am meisten entwurzelt waren, ein klein wenig schon außerhalb des Systems. Die Regierung wollte sie in gewisser Weise zufriedenstellen, indem sie ihnen konfiszierte Länder zuteilte. Die Verwaltungen verteilten in jeder Provinz diese Länder an Saisonarbeiter, die sie alle aus ganz anderen Provinzen geholt hatten. Diese Leute landeten also auf Ländereien, wo sie die Feindlichkeit des Dorfes zu spüren bekamen, welches der Möglichkeit beraubt war, seine eigenen Ländereien nutzen zu können. Die Saisonarbeiter selber weigerten sich, den Boden zu bebauern, weil sie Angst hatten. Sie wußten, daß sie dadurch den anderen deren Lebenserwerb stehlen würden.

Frage: Wie war bis zu diesem Zeitpunkt innerhalb der afghanischen Landbevölkerung das Verhältnis von Saisonarbeitern, Pächtern und Landbesitzern?

Antwort: Das ist schwer zu sagen. Um eine Größenvorstellung zu haben, könnte man sagen, daß es ungefähr 30% Landbesitzer gab, sowohl kleine als auch große, 60% Pächter und vielleicht 5% Saisonarbeiter. Und ab und zu wirklich große Grundbesitzer; aber, wie wir schon gesagt haben, gab es nur sehr wenige und außerdem nur in bestimmten Regionen entlang der sowjetischen Grenze beispielsweise. Ich möchte hinzufügen, daß die Nomadenstämme ein ähnliches Grundschema aufweisen: im Innern des Nomadenstammes gibt es vergleichbare Kasten, die sich im übrigen ebenfalls ein wenig mit Ackerbau beschäftigten.

Die Frage, die man stellen muß, ist: „Unter welchen Bedingungen könnte eine Argrarreform in Afganistan möglich sein?" Meiner Ansicht nach müßte zuerst der Teufelskreis des Saatgutes gebrochen werden. Die Pächter müßten das Recht auf ausreichendes Saatgut haben, um nicht gezwungen zu sein, noch zusätzliche Abgaben machen zu müssen. Das wäre möglich. Auf der anderen Seite müßte das Erbe der gemeinschaftlichen Strukturen der Dörfer in Rechnung gestellt und die Unterdrückung, die aus der Unterscheidung zwischen Landbesitzern und Pächtern resultiert, beseitigt werden. Aber die von der Regierung Taraki-Amin durchgeführten Maßnahmen haben zugleich das, was wertvoll hätte sein können, und das, was es nicht war, zerbrochen und ganze Dörfer beraubt. Unter dem, was wertvoll war, möchte ich eine ganze Anzahl von Aspekten des Gemeinschaftslebens der

30% Landbesitzer gab, sowohl kleine als auch große, 60% Pächter und vielleicht 5% Saisonarbeiter. Und ab und zu wirklich große Grundbesitzer; aber, wie wir schon gesagt haben, gab es nur sehr wenige und außerdem nur in bestimmten Regionen entlang der sowjetischen Grenze beispielsweise. Ich möchte hinzufügen, daß die Nomadenstämme ein ähnliches Grundschema aufweisen: im Innern des Nomadenstammes gibt es vergleichbare Kasten, die sich im übrigen ebenfalls ein wenig mit Ackerbau beschäftigten.

Die Frage, die man stellen muß, ist: „Unter welchen Bedingungen könnte eine Argrarreform in Afganistan möglich sein?" Meiner Ansicht nach müßte zuerst der Teufelskreis des Saatgutes gebrochen werden. Die Pächter müßten das Recht auf ausreichendes Saatgut haben, um nicht gezwungen zu sein, noch zusätzliche Abgaben machen zu müssen. Das wäre möglich. Auf der anderen Seite müßte das Erbe der gemeinschaftlichen Strukturen der Dörfer in Rechnung gestellt und die Unterdrückung, die aus der Unterscheidung zwischen Landbesitzern und Pächtern resultiert, beseitigt werden. Aber die von der Regierung Taraki-Amin durchgeführten Maßnahmen haben zugleich das, was wertvoll hätte sein können, und das, was es nicht war, zerbrochen und ganze Dörfer beraubt. Unter dem, was wertvoll war, möchte ich eine ganze Anzahl von Aspekten des Gemeinschaftslebens der

Dörfer nennen. Was die Verteilung des Wassers angeht, und dies ist äußerst entscheidend, so kann das Wasser nur gemeinschaftlich benutzt werden, und wenn dies nicht der Fall ist, funktionieren alle Bewässerungssysteme nicht mehr. Dies war eine außerordentlich komplexe lokale Tatsache, die mit Fingerspitzengefühl hätte behandelt werden müssen. Die Nichtrespektierung dieser Realität hat den Ruin und die Revolte auf dem Land hervorgerufen. Dies ist ein erster, sehr schwerwiegender Punkt. In meinem Buch, das ich gegen Ende meiner Reise in Afghanistan veröffentlicht habe, habe ich das Schwergewicht auf den Aufschwung der Feudalisierung gelegt, ich habe die traditionellen Strukturen zugrunde gelegt und deren Konsequenzen. Aber zur selben Zeit muß man auch sehen, an welchem Punkt eine Reform entsprechend ihrem Inhalt und ihrer Anwendung auch absolut zerstörerisch sein kann.

Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß die französische Kolonialgesetzgebung in Algerien auf dem Papier einen äußerst fortschrittlichen Aspekt besaß, aber sie hat dazu beigetragen, die gemeinschaftlichen Strukturen der arabischen Dörfer zu zerstören, die im algerischen Hinterland denselben Rang hatten wie in Afghanistan. Der arabische Eigentümer von 18 Dörfern, den es in Algerien gab, war ein Feudalherr, aber gleichzeitig wurde die gemeinschaftliche Struktur der Dörfer zerbrochen, und dies war sehr schwerwiegend. Denn es gab den Felderwechsel, ein Jahr Weideland, das andere Jahr Ackerland, und mit einem Schlag wurde jeder arabische Bauer zum persönlichen Besitzer eines Stückchen Landes ernannt, wo er in diesem Jahr gerade beispielsweise Gerste angebaut hatte, während er im nächsten Jahr seine Gerste auf dem anderen Acker gesät hätte. Diese Zerstückelung hat es möglich gemacht, die traditionelle Dorfwirtschaft zu zerstören, und die französischen Grundbesitzer waren in der Lage, das Land nacheinander aufzukaufen und so riesige Landgüter herzustellen, wie man dies in Algerien gesehen hat. Eine Tatsache ist, daß die von dem Regime in Kabul durchgeführte Politik der Ruinierung der afghanischen Landwirtschaft gleichkam.

Der zweite Punkt, der jetzt schwerwiegend ist, ist, daß seit der Trennung der Dörfer die Sowjets die Dörfer bombardieren und die Felder mit Napalm überziehen. Das bedeutet, daß sie bewußt eine Hungersnot hervorrufen. Gegenwärtig handelt es sich nicht einmal mehr um eine Agrarreform, sondern wirklich um einen Krieg zwischen Afghanistan und der UdSSR. Es gibt weder einen Staat noch eine Armee in Afghanistan, die Verwaltungsstrukturen haben sich aufgelöst, die Sowjets kontrollieren die Ministerien und ersetzen die Armee. Die UdSSR hat die unleugbare Unzufriedenheit des Volkes mit der Monarchie und dann mit dem Daoud-Regime ausgenutzt. Und sie hat auf brutale und gewaltsame Weise die innere Entwicklung Afghanistans zugunsten ihres eigenen expansionistischen Profits geändert.

Frage: Die Gründe für die öffentliche Unzufriedenheit waren schwerwiegend.

Antwort: Sie waren schwerwiegend und mannigfaltig. Wir haben schon einen genannt: eine gewisse Feudalisie-

lich gemacht, die traditionelle Dorfwirtschaft zu zerstören, und die französischen Grundbesitzer waren in der Lage, das Land nacheinander aufzukaufen und so riesige Landgüter herzustellen, wie man dies in Algerien gesehen hat. Eine Tatsache ist, daß die von dem Regime in Kabul durchgeführte Politik der Ruinierung der afghanischen Landwirtschaft gleichkam.

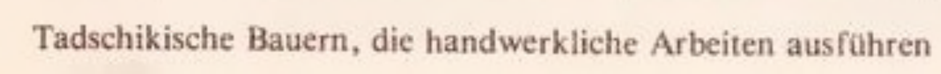
Der zweite Punkt, der jetzt schwerwiegend ist, ist, daß seit der Trennung der Dörfer die Sowjets die Dörfer bombardieren und die Felder mit Napalm überziehen. Das bedeutet, daß sie bewußt eine Hungersnot hervorrufen. Gegenwärtig handelt es sich nicht einmal mehr um eine Agrarreform, sondern wirklich um einen Krieg zwischen Afghanistan und der UdSSR. Es gibt weder einen Staat noch eine Armee in Afghanistan, die Verwaltungsstrukturen haben sich aufgelöst, die Sowjets kontrollieren die Ministerien und ersetzen die Armee. Die UdSSR hat die unleugbare Unzufriedenheit des Volkes mit der Monarchie und dann mit dem Daoud-Regime ausgenutzt. Und sie hat auf brutale und gewaltsame Weise die innere Entwicklung Afghanistans zugunsten ihres eigenen expansionistischen Profits geändert.

Frage: Die Gründe für die öffentliche Unzufriedenheit waren schwerwiegend.

Antwort: Sie waren schwerwiegend und mannigfaltig. Wir haben schon einen genannt: eine gewisse Feudalisie-

rung auf dem Lande. Es gab aber ebensogut andere. Es gab die Tatsache, daß die Aristokratie korrumpiert und unfähig war. Wenn sie auch die Leute leben ließ, so half sie ihnen in jedem Fall nicht. Es ist sicherlich so, daß das Volk auf den Sturz der Monarchie und deren Ersetzung durch nationalistische Offiziere hoffte, die aus dem Volk stammten und das Land auf einen neuzeitlichen Weg geführt hätten, ohne ihm vollständig seinen islamischen Charakter zu nehmen. Es ist sicher, daß das im April an die Macht gekommene Regime alles verdorben hat. Man kann sagen, daß die afghani-





Tadschikische Bauern, die handwerkliche Arbeiten ausführen



Bewässerungsfeld im Logartal südlich von Kabul

sche „Reaktion" auf die sowjetische Besetzung einen so vollständig anti-sowjetischen Charakter annehmen wird, daß sie jeder Form einer sozialistischen Äußerung feindlich gesinnt sein wird: dies hat die UdSSR provoziert. Am Anfang schienen sich die Dinge nicht so zu entwickeln: Afghanistan änderte sich, aber jetzt sind alle Beziehungen durch die flagrante und grobe Einmischung verdreht. Nun gibt es eine geheilte Einheit. Die afghanische Revolte ist eine Reaktion auf die sowjetische Invasion. Jetzt dreht es sich für Afghanistan darum, zu überleben oder zu sterben, da die UdSSR nicht zögert, Hunderttausende von Bauern zu massakrieren.

Frage: Gewisse Leute sagen, die gegenwärtige Revolte gegen die UdSSR werde von den Feudalen geführt, und das sei reaktionär.

Antwort: Ja und Nein. Es ist sicher, daß eine archaische Gesellschaft, die trotzdem ein Gleichgewicht besaß, weil sie so seit der Antike und seit der Entdeckung des Ackerbaus überleben konnte, sich so verteidigt, wie sie es kann.

Es ist ebenso sicher, da die gesamte gebildete Elite erschossen worden ist, daß die Führung der Rebellion aufgrund des Fehlens von Gelehrten von den Mullahs übernommen worden ist. Das ist unweigerlich so. Denn die Gesamtheit der, wenn Sie wollen, alten Elite, die nicht aristokratisch war, und, sagen wir, einen gewissen Fortschritt wünschte, die in den offenen Schulen von Kabul von westlich orientierten Leuten ausgebildet wurde, ist praktisch nicht mehr existent. Sie wurde umgebracht. Zahlreiche gebildete Gruppen des Landes, Funktionäre, Lehrer, verschiedene Intellektuelle sind entweder exekutiert oder in Strafkolonien deportiert worden, wo viele gestorben sind. Dies alles unter der Herrschaft des prosowjetischen Regimes seit April 1978. Religiöse Würdenträger und Mullahs haben das gleiche Schicksal erlitten.

Sehr häufig haben die traditionellen Führer des Volkes die Ablösung übernommen. Dies hat sich im übrigen auch vollzogen aufgrund ihrer Unfähigkeit, Verhandlungen zu führen und ihre Ansichten gegenüber westlich Orientierten darzulegen, sie können es nicht, sie kennen sie nicht, es handelt sich um äußerst einfache und derbe Leute, die kämpfen. Insofern hat man ein einfaches Spiel, sie als feudale Reaktionäre hinzustellen. Ich wiederhole, daß diese Dörfer stark ausgeprägte hierarchische Strukturen besaßen, aber, unter diesen mit Stampfbau erbauten und bombardierten Häusern und dazu noch diese ultrasophistischen Flugzeuge, die ihnen chemische Waffen auf das Dach streuen, wo, frage ich, sind die Reaktionäre, wo die Feudalen, wo sind die Vasallen? Man soll nicht übertreiben, man muß bestimmte Verhältnisse respektieren. Ich möchte sagen: Afghanistan ist der Vasall, und die UdSSR ist der Baron. Es gibt eine bestimmte Realität, die die französische Kommunistische Partei vollkommen

bracht. Zahlreiche gebildete Gruppen des Landes, Funktionäre, Lehrer, verschiedene Intellektuelle sind entweder exekutiert oder in Strafkolonien deportiert worden, wo viele gestorben sind. Dies alles unter der Herrschaft des prosowjetischen Regimes seit April 1978. Religiöse Würdenträger und Mullahs haben das gleiche Schicksal erlitten.

Sehr häufig haben die traditionellen Führer des Volkes die Ablösung übernommen. Dies hat sich im übrigen auch vollzogen aufgrund ihrer Unfähigkeit, Verhandlungen zu führen und ihre Ansichten gegenüber westlich Orientierten darzulegen, sie können es nicht, sie kennen sie nicht, es handelt sich um äußerst einfache und derbe Leute, die kämpfen. Insofern hat man ein einfaches Spiel, sie als feudale Reaktionäre hinzustellen. Ich wiederhole, daß diese Dörfer stark ausgeprägte hierarchische Strukturen besaßen, aber, unter diesen mit Stampfbau erbauten und bombardierten Häusern und dazu noch diese ultrasophistischen Flugzeuge, die ihnen chemische Waffen auf das Dach streuen, wo, frage ich, sind die Reaktionäre, wo die Feudalen, wo sind die Vasallen? Man soll nicht übertreiben, man muß bestimmte Verhältnisse respektieren. Ich möchte sagen: Afghanistan ist der Vasall, und die UdSSR ist der Baron. Es gibt eine bestimmte Realität, die die französische Kommunistische Partei vollkommen
vergißt: es handelt sich um sehr kleine Leute, eine arme Bauernschaft, mit ihren Strukturen, mit ihren Fehlern, die aber das ist, was sie ist, und einer modernen und aggressiven Eroberungsarmee gegenübersteht.

Frage: Man sagt auch, daß die Revolte von Pakistan und damit vom Westen ferngelenkt wird. Marchais sprach von 30 Ausbildungslagern in Pakistan.

Antwort: Dies ist absolut falsch. Das einzige, was daran wahr ist, ist, daß die Leute, die entlang der pakistanischen Grenze leben, im allgemeinen Verwandte auf der anderen Seite der Grenze haben und von diesen aufgenommen werden. Das ist alles. Es ist richtig, daß sie eine Art Zufluchtstätte bilden. Aber Pakistan ist ein sehr armer und rückständiger Staat, der sich äußerst klug in dieser Angelegenheit verhält.

Die meisten Waffen, deren sich die Guerillas bedienen, sind tatsächlich russische Waffen, da die Soldaten der afghanischen Armee desertiert sind und deren Reihen verstärken. Ich will damit nicht sagen, daß China und die USA in Zukunft die Guerillas in Afghanistan nicht unterstützen werden. Dies bleibt eine Möglichkeit. Aber, ich wiederhole nochmals: es ist die UdSSR, die sie dann dazu gebracht haben wird. Und außerdem kann man nicht sehr wählerisch sein, wenn man kämpft. Man nimmt die Waffen, woher sie kommen. Das Drama aber ist, daß die afghanische Armee im August 1979 bereit war, Hafizullah Amin zu stürzen, und daß sie daran durch die sowjetische Armee gehindert worden ist. Im August 1979 hat die Garnison von Kabul revoltiert, und Panzer fuhren los, um im Sturm das Präsidentenpalais zu nehmen und Amin zu stürzen. Aber diese Panzer sind von den Sowjets bombardiert worden. Die Garnison von Kabul wurde von der sowjetischen Luftwaffe dem Erdboden gleichgemacht. Seit März 1979 hat die sowjetische Luftwaffe die afghanische ersetzt, und viele afghanische Piloten sind erschossen worden.

Frage: Welches sind die Kräfte, die das Regime im August 1979 stürzen wollten?

Antwort: Dies waren die Kader der afghanischen Armee. Diese Leute sind schon lange dafür bekannt, daß sie in Afghanistan eine Republik von der Art Nassers aufbauen wollen. Sie wurden alle in der UdSSR ausgebildet. Sie hatten Taraki erlaubt, 1978 die Macht zu übernehmen, aber sie waren nicht mehr für Taraki. Die Armee hat sich aufgrund der Entwicklung der Situation des Landes von Taraki und seiner Gruppe gelöst, seitdem die sowjetische Besatzung immer offensichtlicher wurde. Den Verlust der Unabhängigkeit des Landes wollten und konnten die Offiziere nicht hinnehmen. Heute kann man sagen, daß es keine afghanische Armee mehr gibt.

Frage: Woran konnte man diese Besatzung der Sowjets vor dem Dezember 1979 erkennen?

Antwort: Seit März 1979 begann sie drückend zu werden. Es begann mit der Ersetzung des Heeres mit afghanischem Aussehen durch eine Armee mit sowjetischem Aussehen zu dem Zweck der ständigen Bombardierung des Landes. Dies hat nicht nur die Zerstörung der Garnison von Kabul ermöglicht, sondern auch die der Stadt Herat, in der Nähe der iranischen Grenze, der drittgrößten Stadt des Landes, wo sich die Garnison ebenfalls erhoben hatte. Auf der anderen Seite wurde seit März 1979 jedem Provinzgouverneur ein sowjetischer Berater an die Seite gestellt,

Antwort: Dies waren die Kader der afghanischen Armee. Diese Leute sind schon lange dafür bekannt, daß sie in Afghanistan eine Republik von der Art Nassers aufbauen wollen. Sie wurden alle in der UdSSR ausgebildet. Sie hatten Taraki erlaubt, 1978 die Macht zu übernehmen, aber sie waren nicht mehr für Taraki. Die Armee hat sich aufgrund der Entwicklung der Situation des Landes von Taraki und seiner Gruppe gelöst, seitdem die sowjetische Besatzung immer offensichtlicher wurde. Den Verlust der Unabhängigkeit des Landes wollten und konnten die Offiziere nicht hinnehmen. Heute kann man sagen, daß es keine afghanische Armee mehr gibt.

Frage: Woran konnte man diese Besatzung der Sowjets vor dem Dezember 1979 erkennen?

Antwort: Seit März 1979 begann sie drückend zu werden. Es begann mit der Ersetzung des Heeres mit afghanischem Aussehen durch eine Armee mit sowjetischem Aussehen zu dem Zweck der ständigen Bombardierung des Landes. Dies hat nicht nur die Zerstörung der Garnison von Kabul ermöglicht, sondern auch die der Stadt Herat, in der Nähe der iranischen Grenze, der drittgrößten Stadt des Landes, wo sich die Garnison ebenfalls erhoben hatte. Auf der anderen Seite wurde seit März 1979 jedem Provinzgouverneur ein sowjetischer Berater an die Seite gestellt,
was zur Folge hatte, daß die Provinzverwaltung kurz davor stand, von den Sowjets übernommen zu werden. Die afghanische Armee selber wurde auf allen Stufen von sowjetischen Beratern durchsetzt. Der afghanische Staat stand im sprichwörtlichen Sinn vor seiner Auflösung, als die sowjetische Armee massenhaft intervenierte, um eine äußerst extreme Situation zu retten. Es ähnelt ein wenig der Intervention der Amerikaner in Vietnam, wo es auch nicht mehr anders weitergehen konnte, als das Regime, das sie unterstützten, nicht mehr weiterleben konnte.

Frage: Kann die brutale Verletzung einer ganzen Reihe von Strukturen der afghanischen Gesellschaft nicht auch verglichen werden mit der Gewalt der westlichen Länder, insbesondere der USA, die sie dem Iran auferlegt haben? Im Iran hat dies eine Revolte auf der Basis des Islam hervorgebracht, und gewisse Leute haben nicht gezögert, dies als „reaktionär" zu verdammen.

Antwort: Ja, man kann diesen Vergleich anstellen. Obwohl man immer eine sehr verschiedene Situation berücksichtigen muß. Im Iran stellte die Religion und die Moschee eine Zufluchtstätte dar, von der aus sich die Opposition nach bald 40 Jahren Diktatur durch den Westen bemerkbar machen konnte. In Afghanistan waren die religiösen Strukturen noch intakt, sie stellten keinen Weg zurück dar, sondern entsprachen den tatsächlichen Gegebenheiten. Es sind die Dorfbewohner, die entsprechend den traditionellen Werten hier einen Ausdruck finden, während es im Iran ein wirkliches „zurück zur Moschee" gegeben hat, wie man in der UdSSR ebenfalls ein Zurück zur orthodoxen Kirche sehen kann. Dies ist ein Mittel, um gegenüber der Staatsautorität Nein zu sagen. In Afghanistan verbleibt nach der Auflösung des gesamten afghanischen Staates die Moschee als einzige Ausdrucksform der afghanischen Gemeinschaft. In Afghanistan war die Moschee noch die Gegenwart, während sie im Iran schon der Vergangenheit angehörte. Dort hat eine Rückkehr zur Vergangenheit stattgefunden.

Frage: Dieser Unterschied hat wohl seine Ursache darin, daß es in Afghanistan keinen erzwungenen Modernisierungsprozeß wie im Iran gegeben hat?

Antwort: Seit dem 18. Jahrhundert ist das Schicksal der beiden Länder sehr unterschiedlich gewesen, und dieser Unterschied ist in diesem Jahrhundert besonders hervorgetreten. Obwohl sie dieselbe Sprache sprechen und ein wenig dieselbe Kultur besitzen, sind dies zwei Länder, die seit sehr langer Zeit sehr unterschiedliche Wege gegangen sind und miteinander kaum sprechen. Es gibt sehr wenig Verbindungen.

...

Die afghanische Revolte hat einen extrem lokalen Charakter, sie ist sehr sporadisch, selbständig und überhaupt nicht zentralisiert. Der Widerstand existiert in jedem Dorf, in jedem Stamm und es gibt keinen herausragenden Führer, jedenfalls im Augenblick nicht.

Frage: Ist die gegenwärtige Zersplitterung des Widerstandes nicht eine Schwäche?

Antwort: Ja, das ist ihre Schwäche, aber auch ihre Stärke. Die Stärke des Widerstandes auf dem Land ist die tiefe Verwurzlung in der Bevölkerung eines jeden Ortes. Dies kann man allgemein daran sehen, daß es keine Stelle gibt, wo man einen Führer benötigen würde um loszuschlagen, oder von

ne Ursache darin, daß es in Afghanistan keinen erzwungenen Modernisierungsprozeß wie im Iran gegeben hat?

Antwort: Seit dem 18. Jahrhundert ist das Schicksal der beiden Länder sehr unterschiedlich gewesen, und dieser Unterschied ist in diesem Jahrhundert besonders hervorgetreten. Obwohl sie dieselbe Sprache sprechen und ein wenig dieselbe Kultur besitzen, sind dies zwei Länder, die seit sehr langer Zeit sehr unterschiedliche Wege gegangen sind und miteinander kaum sprechen. Es gibt sehr wenig Verbindungen.

...

Die afghanische Revolte hat einen extrem lokalen Charakter, sie ist sehr sporadisch, selbständig und überhaupt nicht zentralisiert. Der Widerstand existiert in jedem Dorf, in jedem Stamm und es gibt keinen herausragenden Führer, jedenfalls im Augenblick nicht.

Frage: Ist die gegenwärtige Zersplitterung des Widerstandes nicht eine Schwäche?

Antwort: Ja, das ist ihre Schwäche, aber auch ihre Stärke. Die Stärke des Widerstandes auf dem Land ist die tiefe Verwurzlung in der Bevölkerung eines jeden Ortes. Dies kann man allgemein daran sehen, daß es keine Stelle gibt, wo man einen Führer benötigen würde um loszuschlagen, oder von
dem alles abhinge. Aber ich weiß, daß demgegenüber die UdSSR große Mittel anwendet, um in Afghanistan Völkermord zu begehen. Es ist mathematisch berechenbar: man kann keine Bomben auf eine asiatische Bauernschaft werfen, ohne sie an Hunger sterben zu lassen. Und da die UdSSR sie nicht ernährt, weil sie es nicht kann, sind die Afghanen dazu verurteilt, an Hunger zu sterben. Die sowjetische Besetzung Afghanistans erinnert an die gegenwärtige sowetisch-vietnamesische Besetzung von Kampuchea, es gibt sehr viele gemeinsame Züge.

Plattform der „Front der kämpfenden Märtyrer Afghanistans"

Die „Front der kämpfenden Märtyrer Afghanistans" ist ein Zusammenschluß von vier islamischen und einer marxistisch-leninistisch geführten Befreiungsbewegung. Die Plattform wurde im Juni 1979 angenommen.

Zur inneren Lage:

1. Die Kernpunkte unserer Kämpfe sind die Erlangung der Freiheit und Unabhängigkeit von den Russen und ihren inländischen Dienern durch den gewaltsamen und bewaffneten Sturz des Taraki-Amin-Regimes und die Gründung einer islamischen Republik. Das heißt insbesondere: Kampf gegen den Sozialimperialismus und für den Schutz des Islams und der nationalen Freiheit, Kampf gegen die faschistisch-chauvinistische Diktatur und für die Verwirklichung der Demokratie des kämpferisch-revolutionären Islams.
2. Blockierung des Eindringens der Sozialimperialisten und aller anderen Imperialisten auf politischem und kulturellem Gebiet und die Gründung eines islamischen von den Supermächten unabhängigen Afghanistan.
3. Entschiedene Verteidigung der geheiligten Dinge und des Glaubens unserer islamischen Völker und der anderen Minderheitsreligionen.
4. Unterstützung der unabhängigen Geistlichkeit und des kämpfenden Islams (Sunniten-Schiiten) in einheitlichen islamischen Kadern.
5. Gleichheit für alle afghanischen Nationalitäten; Kampf gegen Chauvinismus und Lokalchauvinismus, für das Selbstbestimmungsrecht aller Nationalitäten über ihre Zukunft und Festigung der politischen Einheit des Landes auf demokratischem Weg.
6. Gründung eines islamisch-nationalen Staates, unabhängig von allen imperialistischen und sozialimperialistischen Mächten (Islamische Republik auf Wunsch des Volkes), basierend auf Kräften der Völker und den Reichtümern ihres Vaterlandes, und die Gründung einer nationalen unabhängigen Wirtschaft, Politik, Kultur und einer islamischen Armee.
7. Unabhängigkeit und Selbstvertrauen sind die Grundprinzipien im Kampfprozeß für die Front und den in Zukunft unabhängigen Staat; weder Russen noch Amerikaner noch andere Mächte!

Zur internationalen Lage:

1. Unterstützung der kämpferisch-islamischen Bewegung, der Befreiungsbewegungen und der blockfreien Staaten.
2. Festigung der Freundschaft und brüderlichen Beziehungen mit den Nachbarstaaten ohne eine solche Ausbeuterpolitik, wie sie von den Russen und ihren Marionetten bezüglich der Nachbarstaaten praktiziert wird.
3. Festigung der Beziehungen zu allen Nachbarländern auf der Basis der 5 Prinzipien der friedlichen Koexistenz.
4. Verteidigung und Unterstützung des unabhängigen, nationalen und islamischen Staates Iran mit Khomeini an der Spitze.
5. Kampf gegen alle Arten militärischer Pakte, Kampf gegen die Super-

gung der politischen Einheit des Landes auf demokratischem Weg.
6. Gründung eines islamisch-nationalen Staates, unabhängig von allen imperialistischen und sozialimperialistischen Mächten (Islamische Republik auf Wunsch des Volkes), basierend auf Kräften der Völker und den Reichtümern ihres Vaterlandes, und die Gründung einer nationalen unabhängigen Wirtschaft, Politik, Kultur und einer islamischen Armee.
7. Unabhängigkeit und Selbstvertrauen sind die Grundprinzipien im Kampfprozeß für die Front und den in Zukunft unabhängigen Staat; weder Russen noch Amerikaner noch andere Mächte!

Zur internationalen Lage:

1. Unterstützung der kämpferisch-islamischen Bewegung, der Befreiungsbewegungen und der blockfreien Staaten.
2. Festigung der Freundschaft und brüderlichen Beziehungen mit den Nachbarstaaten ohne eine solche Ausbeuterpolitik, wie sie von den Russen und ihren Marionetten bezüglich der Nachbarstaaten praktiziert wird.
3. Festigung der Beziehungen zu allen Nachbarländern auf der Basis der 5 Prinzipien der friedlichen Koexistenz.
4. Verteidigung und Unterstützung des unabhängigen, nationalen und islamischen Staates Iran mit Khomeini an der Spitze.
5. Kampf gegen alle Arten militärischer Pakte, Kampf gegen die Super-
mächte.

Kommentar zum 1. Absatz dieser Plattform

A Hinsichtlich des Kampfes gegen den Sozialimperialismus und den Imperialismus und für die nationale Freiheit und Unabhängigkeit:
– Annullierung aller wirtschaftlichen, militärischen, politischen und kulturellen Verträge, die einseitig sind und ausbeuterischen Charakter haben.
– Kampf gegen die Ausbeutung und Plünderung der Naturressourcen Afghanistans durch jede Macht.
– Kampf für die Vertreibung aller militärischen und nicht-militärischen russischen Berater; keine Billigung militärisch-imperialistischer Berater.
– Kampf gegen die Wirtschaftspolitik der offenen Türe; Gründung einer islamischen Wirtschaft, basierend auf den eigenen Naturressourcen und Arbeitskräften des Inlands und Nutzung ausländischer Hilfe aufgrund der 5 Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen den Staaten.

B Hinsichtlich des Kampfes gegen die faschistische Diktatur und für die Verwirklichung der kämpferisch-islamischen Demokratie:
– Kampf für die Beseitigung der Geheimdienstorganisationen, Folter und Hinrichtungen.
– Kampf gegen die Zensur und für Meinungs- und Pressefreiheit, die jede Ideologie einbezieht, außer den zwei verräterischen Parteien „Khalk" und „Partschan", und schonungsloser, ernster Kampf gegen alle Gruppierungen, die Anhänger und Sympathisanten der russischen Ausbeuter sind.
– Kampf für soziale Freiheit und Gründung von politischen und gewerkschaftlichen Organisationen.
– Kampf gegen die nationale Unterdrückung der einzelnen Nationalitäten, der nationalen und religiösen Minderheiten und für die vollständige Gleichberechtigung der Nationalitäten und deren Recht auf Selbstbestimmung ihres Schicksals.
– Sicherung der vollständigen Gleichberechtigung in allen sozialen Bereichen für die islamischen Religionen.
– Kampf gegen die von Imperialismus abhängige Kultur und Moral (gegen Prostitution, Alkoholismus, verderbliche Filme, Nacht-Clubs ...) und Gründung einer islamischen nationalen und menschlichen Moral.
– Sicherung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen sozialen Bereichen.
– Kampf für die Gründung von kämpferischen Frauenorganisationen im Land zur Verteidigung der Rechte der unterdrückten Frauen Afghanistans.
– Unterstützung des Kampfes der Arbeiterklasse für die Inanspruchnahme ihrer Rechte, Gründung der Organisation der Werktätigen und der freien unabhängigen politischen Organisationen, bis die Arbeiterklasse selbst mit Klassenbewußtsein über ihr Schicksal entscheidet.
– Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und für die materielle und immaterielle Unterstützung der Arbeiterstreiks.
– Kampf für die Sicherung der Gesundheit, Wohnung und sozialen Absicherung.
– Gerechte Lösung des Bodenproblems aufgrund der islamischen Geset-

derheiten und für die vollständige Gleichberechtigung der Nationalitäten und deren Recht auf Selbstbestimmung ihres Schicksals.
– Sicherung der vollständigen Gleichberechtigung in allen sozialen Bereichen für die islamischen Religionen.
– Kampf gegen die von Imperialismus abhängige Kultur und Moral (gegen Prostitution, Alkoholismus, verderbliche Filme, Nacht-Clubs ...) und Gründung einer islamischen nationalen und menschlichen Moral.
– Sicherung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen sozialen Bereichen.
– Kampf für die Gründung von kämpferischen Frauenorganisationen im Land zur Verteidigung der Rechte der unterdrückten Frauen Afghanistans.
– Unterstützung des Kampfes der Arbeiterklasse für die Inanspruchnahme ihrer Rechte, Gründung der Organisation der Werktätigen und der freien unabhängigen politischen Organisationen, bis die Arbeiterklasse selbst mit Klassenbewußtsein über ihr Schicksal entscheidet.
– Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und für die materielle und immaterielle Unterstützung der Arbeiterstreiks.
– Kampf für die Sicherung der Gesundheit, Wohnung und sozialen Absicherung.
– Gerechte Lösung des Bodenproblems aufgrund der islamischen Geset-
ze zugunsten der Bauern mit wenig oder ohne Boden.
– Kampf gegen alle Art Ausbeutung der Bauern und gegen den Feudalismus.
– Kampf für den allgemeinen Wohlstand der mittleren Gesellschaftsschicht, der Beamten, der gedungenen Arbeiter, Handwerker, Kleinhändler ...
– Kampf für die nationale Industrie, die industrielle Nationalbourgeoisie und für den Schutz der nationalen Händler im Rahmen der Vorteile des Volkes.





Die Befreiungsarmee der Provinz Nuristan, beim Abmarsch zum Kampf (links) und während einer Versammlung (rechts)



Von afghanischen Befreiungskämpfern erbeuteter sowjetischer Panzer

Datenübersicht zur Entwicklungshilfe und Kapitalexport

Land	Bevölkerung in Mio.	Entw.-Hilfe BRD 1976 DM/Kopf	Entw.-Hilfe BRD 1976 in % d. ges. Entw.-Hilfen	Entw.-Hilfe USA 1976 DM/Kopf	Entw.-Hilfe USA 1976 in % d. ges. Entw.-Hilfen	Übrige Entw.-Hilf. in DM/Kopf '76	Übrige Entw.-Hilf. 1976 in % d. ges. Entw.-Hilfen	Ges. Entw.-Hilfen 1976 in DM/Kopf	Bestand BRD-Kapi. (altinvest.) 1976 in DM/Kopf	BRD-Kapital 1976 in % aller ausl. Investitionen	US-Kapital 1976 in DM/Kopf	US-Kapital 1976 in % aller ausl. Investitionen	Bestand ausl. Kapital 1976 in DM/Kopf	Zuwachs Kapitalexport BRD 1976–1978 in %	Zuwachs E.-Hilfe BRD 76–78 in %
Welt	4124	0,8	14,7	2,2	41,8	2,3	43,5	5,3	11,4	8,6	83,2	62,7	132,6	13,3	32,3
Israel	3,7	40,5	···	525,2	···	···	···	···	138,1	25,2	···	···	542,2	14,8	33,5
Jordanien	2,8	24,3	···	116,7	···	···	···	···	0,1	0,2	···	···	43,9	66,7	33,1
Malta	0,3	18,2	···	102,9	···	···	···	···	14,7	2,0	···	···	735,3	120,0	31,0
Tunesien	6,2	15,5	29,8	1,2	2,3	35,3	67,9	52,0	5,8	5,9	···	···	98,5	57,0	41,1
Liberia	1,7	8,5	44,0	5,9	30,8	4,9	25,2	19,3	83,4	6,6	516,6	40,9	1261,9	13,9	47,1
Bolivien	6,1	8,4	···	9,8	···	···	···	···	0,4	0,8	···	···	45,0	291,3	50,8
Ägypten	39,7	7,8	···	50,0	···	···	···	···	3,2	56,0	···	···	5,7	34,4	66,4
Mali	6,0	7,6	32,2	1,7	7,1	14,3	60,7	23,5	0,5	12,0	···	···	4,2	10,0	35,8
Kamerun	7,9	7,0	33,1	0,3	1,5	13,8	65,4	21,1	3,5	3,1	···	···	110,6	15,0	78,6
Togo	2,4	6,6	28,7	0,1	0,2	16,4	71,1	23,1	3,1	3,3	···	···	93,4	62,2	48,7
Jugoslawien	22,0	6,6	···	···	···	···	···	···	3,6	27,9	···	···	12,8	53,5	1,4
Niger	5,0	6,3	15,6	4,0	9,9	30,2	74,5	40,5	2,3	6,5	···	···	35,0	3,5	58,11
Zypern	0,6	6,1	···	117,4	···	···	···	···	3,0	0,9	···	···	336,5	10,5	45,9
Swasiland	0,5	5,7	10,7	···	···	···	···	53,3	4,5	2,3	···	···	197,2	195,7	375,5
Obervolta	6,3	5,6	26,1	0,8	3,7	15,1	70,2	21,6	0,0	0,0	···	···	7,9	0,0	78,8
Algerien	18,5	5,2	34,6	···	···	···	···	15,1	8,5	16,0	···	···	53,3	37,1	7,7
Mauretanien	1,5	4,9	15,8	···	···	···	···	31,3	0,3	0,8	···	···	41,8	···	99,0
Luanda	4,4	4,8	17,7	···	···	22,3	82,3	27,1	0,3	2,2	···	···	14,3	35,7	52,5
Paraguay	2,9	4,7	36,5	5,2	40,0	3,0	23,5	13,0	3,5	5,1	···	···	69,2	42,2	29,1
Jamaika	2,1	4,7	21,9	1,2	5,5	15,8	72,6	21,7	0,5	0,0	691,8	66,3	1043,2	40,0	81,8
Zentralafrik. Rep.	1,9	4,6	13,3	1,3	3,9	28,7	82,9	34,6	···	···	···	···	80,2	0,0	15,7
Gambia	0,6	4,6	24,8	···	···	···	···	18,5	0,7	1,1	···	···	65,9	1225,0	159
Costa Rica	2,1	4,5	26,6	8,3	49,0	4,1	24,5	16,9	2,9	1,0	···	···	296,1	79,0	56,7
Gabun	0,5	4,5	3,2	···	···	···	···	141,4	20,6	0,6	···	···	3277,2	62,7	5,9
Botswana	0,7	4,4	3,5	···	···	···	···	125,3	1,8	1,0	···	···	172,2	– 53,8	235,3
Somalia	3,4	4,2	33,1	···	···	···	···	12,6	5,2	20,4	···	···	25,3	0,0	53,1
Nicaragua	2,4	3,8	···	18,8	···	···	···	···	2,2	2,4	···	···	93,9	– 1,9	11,2
Sudan	17,0	3,7	50,2	···	···	···	···	7,3	0,3	3,2	···	···	8,8	56,3	73,6
Chile	10,9	3,4	38,1	4,8	53,6	0,8	8,4	9,0	9,5	10,1	41,2	43,7	94,4	3,2	9,0
Libanon	3,1	3,4	48,5	···	···	···	···	7,0	3,9	4,8	···	···	81,8	6,7	30,4
Tansania	16,6	3,2	11,0	1,4	4,6	25,0	84,4	29,6	1,4	6,1	···	···	22,7	16,2	63,4
Benin	3,4	3,2	17,1	···	···	···	···	18,6	0,3	1,2	···	···	22,2	0,0	21,0
Syrien	8,1	3,0	···	29,4	···	···	···	···	1,3	6,9	···	···	18,5	1,0	111,0
Pakistan	75,3	2,8	25,3	4,6	41,7	3,6	33,0	11,0	0,8	3,1	···	···	25,2	2,4	8,2
Elfenbeinküste	7,1	2,8	12,0	···	···	···	···	23,4	5,8	3,4	···	···	169,7	12,6	31,1
Peru	17,3	2,7	33,4	2,9	24,7	3,4	41,9	8,2	6,7	3,9	197,6	113,9	173,5	0,6	39,1
Kenia	14,9	2,6	13,5	0,8	4,4	15,7	82,1	19,1	4,7	5,6	···	···	84,1	8,3	68,9
Sri Lanka	14,0	2,6	17,2	1,8	11,8	10,7	71,0	15,1	0,2	1,6	···	···	10,7	4,2	41,4
Ecuador	7,8	2,6	29,4	···	···	···	···	8,9	2,2	1,3	···	···	169,7	42,8	32,6
Jemen-Nord	7,1	2,4	37,5	2,1	33,5	1,8	28,9	6,3	0,2	···	···	···	···	0,0	49,1
Sierra Leone	3,5	2,4	45,5	0,0	0,7	2,8	53,8	5,3	0,4	0,7	···	···	57,6	0,0	48,9
Türkei	43,2	2,2	···	···	···	···	···	···	3,2	11,2	···	···	28,6	– 0,7	28,9
Korea-Süd	37,0	2,2	16,2	0,4	2,9	11,2	80,9	13,8	0,9	0,7	···	···	124,9	51,4	27,1
Laos	3,5	2,2	8,1	···	···	···	···	27,4	0,0	0,0	···	···	···	0,0	4,8
Uruguay	2,9	2,0	···	0,9	···	···	···	···	9,9	4,4	···	···	227,3	19,1	45,5
Marokko	18,2	1,9	10,4	2,1	11,3	14,3	78,3	18,3	1,4	3,3	···	···	41,1	110,4	32,0
Sambia	5,5	1,8	6,7	···	···	···	···	26,7	2,4	1,8	···	···	137,1	– 0,8	130,5
Honduras	3,4	1,8	11,0	12,5	77,6	1,8	11,4	16,1	0,2	0,1	···	···	176,5	12,5	95,5
Senegal	5,2	1,7	4,7	1,0	2,6	33,5	92,7	36,1	1,9	1,2	···	···	162,1	4,0	33,8
Lesotho	1,2	1,7	5,6	···	···	···	···	30,2	0,0	0,0	···	···	8,0	0,0	264,9
Kolumbien	25,0	1,6	25,9	2,1	33,1	2,6	41,0	6,3	4,9	3,9	65,2	52,2	124,8	11,5	21,7
Afghanistan	17,9	1,6	40,4	1,1	28,5	1,2	31,1	3,9	0,8	27,0	···	···	2,8	0,7	15,1
Haiti	4,8	1,5	···	10,3	···	···	···	···	0,0	0,0	···	···	36,2	0,0	125,3
Burundi	4,0	1,5	9,8	···	···	···	···	14,9	0,5	3,3	···	···	13,9	– 22,2	109,9
Singapur	2,3	1,5	10,9	···	···	···	···	14,1	63,5	4,5	···	···	1424,6	34,9	17,4
Uganda	12,8	1,4	···	···	···	···	···	···	0,8	61,1	···	···	1,4	···	3,0
Ghana	10,5	1,4	10,9	3,3	25,6	8,3	63,5	13,1	0,7	1,1	···	···	66,8	26,0	45,9
Guatemala	6,6	1,4	···	12,5	···	···	···	···	1,7	1,7	···	···	98,2	20,0	74,3
Madagaskar	8,5	1,3	13,9	···	···	···	···	9,3	0,9	1,6	···	···	52,8	53,4	63,0
Samoa	0,2	1,3	1,2	···	···	···	···	112,6	0,0	0,0	···	···	···	0,0	···
Antillen	0,3	1,2	0,4	···	···	302,4	99,6	303,6	3832,1	24,0	···	···	15972,2	8,5	···
Zaire	27,8	1,1	8,3	1,8	13,2	10,8	78,6	13,7	2,8	2,8	···	···	99,1	3,4	57,1
Griechenland	9,3	1,1	···	17,5	···	···	···	···	33,5	13,1	···	···	255,8	11,1	12,8
Bangla Desh	80,6	1,0	6,7	1,1	7,9	12,1	85,4	14,2	0,1	4,7	···	···	2,5	0,0	89,0
Äthiopien	29,0	1,0	14,7	0,5	8,0	5,0	77,4	6,5	0,3	3,2	···	···	8,6	– 1,3	7,6
Malawi	5,6	1,0	5,1	0,0	0,1	17,6	94,8	18,6	1,4	3,1	···	···	44,9	102,6	52,8
Spanien	37,1	0,9	···	···	···	···	···	···	78,1	24,6	132,8	41,8	317,3	10,9	22,6
Indonesien	144,0	0,8	8,6	1,1	12,5	7,3	78,9	9,2	0,6	0,6	25,6	28,9	88,6	36,6	27,8
Argentinien	26,4	0,8	···	···	···	···	···	0,8	22,0	10,3	129,2	60,6	213,1	12,0	26,9
Nepal	13,4	0,8	17,0	0,7	15,3	3,3	67,7	4,9	···	···	···	···	1,9	···	91,7
Barbados	0,3	0,8	2,5	···	···	···	···	31,5	···	···	···	···	1574,8	···	3,7
Indien	638,9	0,7	23,7	···	···	···	···	2,8	0,3	2,9	1,4	14,5	9,8	0,3	18,8
Venezuela	13,1	0,7	···	···	···	···	···	···	6,2	1,1	287,9	52,1	592,5	20,5	31,1
Malaysia	12,6	0,7	5,3	···	···	···	···	13,9	3,7	0,8	···	···	476,2	12,5	23,3
Zimbabwe	6,9	0,7	···	···	···	···	···	···	0,2	0,2	···	···	126,3	···	···
El Salvador	4,3	0,7	11,1	1,2	18,5	4,5	70,4	6,3	2,5	3,3	···	···	76,4	14,0	49,8
Thailand	45,1	0,6	14,5	0,8	20,2	2,5	65,3	3,8	0,6	3,3	···	···	19,4	48,1	39,2
Panama	1,8	0,6	2,2	···	···	···	···	27,9	113,0	3,5	2679,4	82,2	3258,5	20,1	46,9
Brasilien	115,4	0,5	24,2	···	···	···	···	2,3	29,9	15,2	117,1	59,4	197,1	29,3	19,5
Burma	32,2	0,5	15,7	···	···	···	···	3,3	···	···	···	···	4,3	···	58,8
Guayana	0,8	0,5	1,9	6,0	23,5	19,2	74,6	25,7	28,4	4,3	···	···	665,1	10,6	11,3
Philippinen	46,4	0,4	5,4	3,3	41,0	4,4	53,6	8,2	0,4	0,5	44,8	59,4	75,5	136,5	939,0
Iran	35,2	0,4	···	···	···	···	···	···	9,6	27,0	···	···	35,5	56,4	9,8
Dominik. Rep.	5,1	0,4	···	7,8	···	···	···	···	0,6	0,3	···	···	170,8	10,3	38,6
Guinea-Bissao	0,5	0,4	···	1,2	···	···	···	···	30,3	···	···	···	···	···	···
Nigeria	80,6	0,3	14,9	···	···	···	···	1,8	2,3	3,6	10,6	17,1	62,0	21,5	5,2
Tschad	4,3	0,3	1,5	1,2	5,5	19,6	93,0	21,1	0,5	3,2	···	···	14,5	0,0	96,9
Papua-Neuguinea	2,8	0,3	0,1	···	···	···	···	232,1	0,5	0,1	···	···	662,8	14,3	83,2
Kongo	1,4	0,3	0,6	···	···	···	···	60,9	8,0	2,9	···	···	277,8	19,1	19,3
Trinidad u. Tobago	0,9	0,3	4,4	···	···	···	···	7,3	100,9	3,1	···	···	3257,3	11,6	7,6
Mexiko	66,9	0,2	39,0	···	···	···	···	0,4	7,6	4,4	111,4	64,2	173,7	49,7	50,3
Taiwan	16,9	0,2	···	···	···	···	···	···	1,0	0,4	···	···	246,7	157,0	– 100,0
Portugal	9,9	0,2	···	···	···	···	···	···	42,2	43,8	···	···	96,4	8,1	···
Angola	6,3	0,2	10,4	···	···	···	···	2,0	0,1	0,4	···	···	39,7	···	···
Mauritius	0,9	0,2	0,6	···	···	···	···	37,4	10,6	16,7	···	···	63,3	19,8	28,0
Vietnam	49,3	0,1	···	0,1	···	···	···	···	0,5	···	···	···	···	11,0	8,5
Irak	12,2	0,1	3,6	···	···	···	···	2,5	0,2	1,1	···	···	20,5	14,3	1,6
Libyen	2,6	0,1	1,4	···	···	···	···	5,5	126,2	148,6	341,8	402,2	85,0	7,4	3,0
VR Jemen	1,9	0,1	1,2	···	···	···	···	9,0	···	···	···	···	···	0,0	13,2
Oman	0,8	0,1	2,9	···	···	···	···	2,1	13,3	8,7	···	···	153,0	14,7	0,0
Surinam	0,4	0,1	0,0	···	···	···	···	368,4	0,0	0,0	···	···	1954,0	0,0	···
Südafrika	26,8	0,0	0,0	0,7	···	···	···	21,5	···	155,5	···	···	···	7,4	0,0
Australien	13,9	0,0	0,0	0,0	···	···	···	···	18,9	···	980,9	···	···	30,2	0,0
Kuba	9,6	0,0	0,0	0,0	0,0	4,5	100,0	4,5	0,5	···	0,0	···	···	0,0	0,0
Mozambique	9,6	0,0	1,0	···	···	···	···	4,0	0,0	0,2	···	···	26,0	0,0	0,0
Saudi-Arabien	9,5	0,0	2,5	···	···	···	···	0,2	2,1	7,9	···	···	26,3	100,5	12,4
Kampuchea	7,9	0,0	0,0	···	···	···	···	40,7	0,0	···	···	···	···	0,0	0,7
Hongkong	4,6	0,0	0,0	···	···	···	···	0,6	16,0	2,0	···	···	802,6	90,5	0,0
Guinea	4,6	0,0	0,4	0,0	0,9	2,9	98,7	3,0	6,6	6,1	···	···	107,6	0,0	– 7,0
Neuseeland	3,1	0,0	0,0	···	···	···	···	···	2,1	···	321,9	···	···	18,5	0,0
Kuweit	1,2	0,0	0,0	···	···	···	···	0,2	1,5	0,7	···	···	208,5	55,6	0,0
Verein. Arab. E.	0,8	0,0	0,0	···	···	···	···	0,6	40,6	25,4	···	···	160,1	47,6	– 79,2
Guadeloupe	0,4	0,0	0,0	···	···	···	···	924,7	0,0	0,0	···	···	342,5	0,0	0,0
Bahamas	0,2	0,0	0,0	···	···	···	···	1,1	96,4	0,7	12034,1	82,7	14545,5	33,5	0,0
Seychellen	0,1	0,0	0,0	···	···	···	···	302,4	75,8	18,8	···	···	403,2	4,3	0,0
Katar	0,1	0,0	0,0	···	···	···	···	7,7	21,4	1,7	···	···	1275,5	38,1	0,0
Belize	0,1	0,0	0,0	121,5	···	···	···	···	1,4	0,1	···	···	1215,3	0,0	0,0
Tonga	0,1	0,0	0,0	···	···	···	···	88,9	1,1	···	···	···	···	– 100,0	0,0

Land															
Benin	3,4	3,2	17,1	···	···	···	···	18,6	0,3	1,2	···	···	22,2	0,0	21,0
Syrien	8,1	3,0	···	29,4	···	···	···	···	1,3	6,9	···	···	18,5	1,0	111,0
Pakistan	75,3	2,8	25,3	4,6	41,7	3,6	33,0	11,0	0,8	3,1	···	···	25,2	2,4	8,2
Elfenbeinküste	7,1	2,8	12,0	···	···	···	···	23,4	5,8	3,4	···	···	169,7	12,6	31,1
Peru	17,3	2,7	33,4	2,9	24,7	3,4	41,9	8,2	6,7	3,9	197,6	113,9	173,5	0,6	39,1
Kenia	14,9	2,6	13,5	0,8	4,4	15,7	82,1	19,1	4,7	5,6	···	···	84,1	8,3	68,9
Sri Lanka	14,0	2,6	17,2	1,8	11,8	10,7	71,0	15,1	0,2	1,6	···	···	10,7	4,2	41,4
Ecuador	7,8	2,6	29,4	···	···	···	···	8,9	2,2	1,3	···	···	169,7	42,8	32,6
Jemen-Nord	7,1	2,4	37,5	2,1	33,5	1,8	28,9	6,3	0,2	···	···	···	···	0,0	49,1
Sierra Leone	3,5	2,4	45,5	0,0	0,7	2,8	53,8	5,3	0,4	0,7	···	···	57,6	0,0	48,9
Türkei	43,2	2,2	···	···	···	···	···	···	3,2	11,2	···	···	28,6	– 0,7	28,9
Korea-Süd	37,0	2,2	16,2	0,4	2,9	11,2	80,9	13,8	0,9	0,7	···	···	124,9	51,4	27,1
Laos	3,5	2,2	8,1	···	···	···	···	27,4	0,0	0,0	···	···	···	0,0	4,8
Uruguay	2,9	2,0	···	0,9	···	···	···	···	9,9	4,4	···	···	227,3	19,1	45,5
Marokko	18,2	1,9	10,4	2,1	11,3	14,3	78,3	18,3	1,4	3,3	···	···	41,1	110,4	32,0
Sambia	5,5	1,8	6,7	···	···	···	···	26,7	2,4	1,8	···	···	137,1	– 0,8	130,5
Honduras	3,4	1,8	11,0	12,5	77,6	1,8	11,4	16,1	0,2	0,1	···	···	176,5	12,5	95,5
Senegal	5,2	1,7	4,7	1,0	2,6	33,5	92,7	36,1	1,9	1,2	···	···	162,1	4,0	33,8
Lesotho	1,2	1,7	5,6	···	···	···	···	30,2	0,0	0,0	···	···	8,0	0,0	264,9
Kolumbien	25,0	1,6	25,9	2,1	33,1	2,6	41,0	6,3	4,9	3,9	65,2	52,2	124,8	11,5	21,7
Afghanistan	17,9	1,6	40,4	1,1	28,5	1,2	31,1	3,9	0,8	27,0	···	···	2,8	0,7	15,1
Haiti	4,8	1,5	···	10,3	···	···	···	···	0,0	0,0	···	···	36,2	0,0	125,3
Burundi	4,0	1,5	9,8	···	···	···	···	14,9	0,5	3,3	···	···	13,9	– 22,2	109,9
Singapur	2,3	1,5	10,9	···	···	···	···	14,1	63,5	4,5	···	···	1424,6	34,9	17,4
Uganda	12,8	1,4	···	···	···	···	···	···	0,8	61,1	···	···	1,4	···	3,0
Ghana	10,5	1,4	10,9	3,3	25,6	8,3	63,5	13,1	0,7	1,1	···	···	66,8	26,0	45,9
Guatemala	6,6	1,4	···	12,5	···	···	···	···	1,7	1,7	···	···	98,2	20,0	74,3
Madagaskar	8,5	1,3	13,9	···	···	···	···	9,3	0,9	1,6	···	···	52,8	53,4	63,0
Samoa	0,2	1,3	1,2	···	···	···	···	112,6	0,0	0,0	···	···	···	0,0	···
Antillen	0,3	1,2	0,4	···	···	302,4	99,6	303,6	3832,1	24,0	···	···	15972,2	8,5	···
Zaire	27,8	1,1	8,3	1,8	13,2	10,8	78,6	13,7	2,8	2,8	···	···	99,1	3,4	57,1
Griechenland	9,3	1,1	···	17,5	···	···	···	···	33,5	13,1	···	···	255,8	11,1	12,8
Bangla Desh	80,6	1,0	6,7	1,1	7,9	12,1	85,4	14,2	0,1	4,7	···	···	2,5	0,0	89,0
Äthiopien	29,0	1,0	14,7	0,5	8,0	5,0	77,4	6,5	0,3	3,2	···	···	8,6	– 1,3	7,6
Malawi	5,6	1,0	5,1	0,0	0,1	17,6	94,8	18,6	1,4	3,1	···	···	44,9	102,6	52,8
Spanien	37,1	0,9	···	···	···	···	···	···	78,1	24,6	132,8	41,8	317,3	10,9	22,6
Indonesien	144,0	0,8	8,6	1,1	12,5	7,3	78,9	9,2	0,6	0,6	25,6	28,9	88,6	36,6	27,8
Argentinien	26,4	0,8	···	···	···	···	···	0,8	22,0	10,3	129,2	60,6	213,1	12,0	26,9
Nepal	13,4	0,8	17,0	0,7	15,3	3,3	67,7	4,9	···	···	···	···	1,9	···	91,7
Barbados	0,3	0,8	2,5	···	···	···	···	31,5	···	···	···	···	1574,8	···	3,7
Indien	638,9	0,7	23,7	···	···	···	···	2,8	0,3	2,9	1,4	14,5	9,8	0,3	18,8
Venezuela	13,1	0,7	···	···	···	···	···	···	6,2	1,1	287,9	52,1	592,5	20,5	31,1
Malaysia	12,6	0,7	5,3	···	···	···	···	13,9	3,7	0,8	···	···	476,2	12,5	23,3

Anmerkung: Die obenstehenden Daten sind aus Angaben des Entwicklungsberichts der Bundesregierung, der Statistik der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Statistik der UNO zusammengestellt, soweit sie die Entwicklungshilfe betreffen. Erfaßt sind damit die Länder der OECD in ihrer Entwicklungshilfe-Politik. Die angegebenen Daten für den Gesamtwert der Entwicklungshilfe der OECD-Länder im Jahr 1976 entsprechen – in Ermangelung anderer Daten – dem von der UNO gebildeten Durchschnitt für die Jahre 1974–1976. Die Daten für den Kapitalexport sind entnommen für die BRD den Angaben des Statistischen Bundesamtes, für die USA der Veröffentlichung des Instituts für die Wirtschaftsforschung (HWWA) in Hamburg 1978/79. Rangfolge entsprechend Entwicklungshilfezahlung der BRD pro Kopf.


In die Hand verspricht Scheel, Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Kennedy 1963 bei der Gründung des Deutschen Entwicklungsdienstes konterrevolutionäre Tätigkeit.

z.mif. **Die Entwicklungshilfe wurde von den US-Imperialisten unter Kennedy 1961 entwickelt, als die Staaten Afrikas großteils ihre Unabhängigkeit erkämpft hatten und die sozialimperialistische Sowjetunion unter Chruschtschow den USA die Weltherrschaft streitig machte.** Kennedy erklärte 1961:

„Herrn Chruschtschows ‚Befreiungskriegen' wird man nicht mit B-58-Flugzeugen ein Ende machen können. Ihr Ausbruch ist mit militärischen Garantien nicht zu verhindern. Meistenteils kann man ihnen auch nicht mit einer amerikanischen Intervention entgegentreten – überall da nämlich, wo keine kommunistische Intervention von außen her erfolgt.

Ich fordere deshalb alle, die gern ‚etwas unternehmen' möchten, dringend auf, sich mit ihrer ganzen Energie hinter unser neues Auslandshilfeprogramm zu stellen; daran mitzuhelfen, daß der sozialen Ungerechtigkeit und dem Wirtschaftschaos begegnet werden kann, jenen Voraussetzungen aller Wühlarbeit und Revolten; die sozialen

Demokratische Außenpolitik

– Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker; Anerkennung und bedingungslose Einhaltung der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz:

Gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität, gegenseitiger Nichtangriff, gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Gleichberechtigung und gegenseitiger Vorteil, friedliche Koexistenz.

Ablehnung aller imperialistischen Militärbündnisse.
Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen.

Anerkennung der nationalen Befreiungsbewegungen als Vertretung ihrer Völker. Anerkennung aller legitimen Regierungen der Dritten Welt. Bedingungslose Anerkennung und Einhaltung aller Beschlüsse der UNO, die diesen Prinzipien entsprechen. Unterstützung aller Anträge an die UNO, die diesen Prinzipien entsprechen.

– Keine Garantie oder Versicherung der Vermögensübertragungen aus der BRD in andere Länder. Keine Garantie und Aufhebung der Versicherung von Vermögensansprüchen und Besitztiteln von Staatsbürgern der BRD im Ausland. Kontrolle allen Kapitaltransfers ins Ausland und Verbot allen Kapitalexports, der dem Erwerb von Vermögen im Ausland dient.

Unterstützung der Forderungen der Dritten Welt nach Entwicklungshilfe. An Entwicklungshilfe dürfen keinerlei Auflagen und Bedingungen geknüpft werden.

Kapitalbeziehungen mit dem Ausland ausschließlich über die Zentralbank, die der Kontrolle der gesetzgebenden Versammlung unterstellt werden muß.

– Austritt der BRD aus der NATO durch Kündigung der Pariser Verträge.

– Austritt der BRD aus der EG durch Kündigung der Römischen Verträge.

(Aus: Resolution des ZK des KBW vom 6. Oktober 1979)

UNCTAD-Resolution 129 (V) vom 3. Juni 1979:

Die Übertragung realer Ressourcen in Entwicklungsländer

Die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung

I. Bilaterale öffentliche Entwicklungshilfe

1. bekräftigt die vereinbarten Schlußfolgerungen und die bei der Tagung des Ausschusses, der im Rahmen der Resolution 32/174 der Generalversammlung eingerichtet wurde, über

sein, je geringer ihre relative Leistung ist;

3. bekräftigt die Entschlossenheit und den festen politischen Willen der entwickelten Geberländer, die Situation im Hinblick auf den Umfang der öffentlichen Entwicklungshilfe zu ändern, und stellt fest, daß die öffentliche Entwicklungshilfe gesteigert wer-

Ablehnung aller imperialistischen Militärbündnisse.
Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen.

Anerkennung der nationalen Befreiungsbewegungen als Vertretung ihrer Völker. Anerkennung aller legitimen Regierungen der Dritten Welt. Bedingungslose Anerkennung und Einhaltung aller Beschlüsse der UNO, die diesen Prinzipien entsprechen. Unterstützung aller Anträge an die UNO, die diesen Prinzipien entsprechen.

– Keine Garantie oder Versicherung der Vermögensübertragungen aus der BRD in andere Länder. Keine Garantie und Aufhebung der Versicherung von Vermögensansprüchen und Besitztiteln von Staatsbürgern der BRD im Ausland. Kontrolle allen Kapitaltransfers ins Ausland und Verbot allen Kapitalexports, der dem Erwerb von Vermögen im Ausland dient.

Unterstützung der Forderungen der Dritten Welt nach Entwicklungshilfe. An Entwicklungshilfe dürfen keinerlei Auflagen und Bedingungen geknüpft werden.

Kapitalbeziehungen mit dem Ausland ausschließlich über die Zentralbank, die der Kontrolle der gesetzgebenden Versammlung unterstellt werden muß.

– Austritt der BRD aus der NATO durch Kündigung der Pariser Verträge.

– Austritt der BRD aus der EG durch Kündigung der Römischen Verträge.

(Aus: Resolution des ZK des KBW vom 6. Oktober 1979)

UNCTAD-Resolution 129 (V) vom 3. Juni 1979:

Die Übertragung realer Ressourcen in Entwicklungsländer

Die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung

I. Bilaterale öffentliche Entwicklungshilfe

1. bekräftigt die vereinbarten Schlußfolgerungen und die bei der Tagung des Ausschusses, der im Rahmen der Resolution 32/174 der Generalversammlung eingerichtet wurde, über „Einige Aspekte des Transfers von realen Ressourcen in Entwicklungsländer" am 31. Januar 1979 gegebenen Zusagen der entwickelten Geberländer;

2. bittet eindringlich alle entwickelten Geberländer, die noch nicht das Ziel von 0,7 Prozent erreicht haben, ihre öffentliche Entwicklungshilfe wirksam und substantiell in Richtung auf dieses Ziel zu steigern. Diesbezüglich werden im Rahmen einer gerechten Verteilung der Lasten die Anstrengungen der entwickelten Geberländer umso größer sein, je geringer ihre relative Leistung ist;

3. bekräftigt die Entschlossenheit und den festen politischen Willen der entwickelten Geberländer, die Situation im Hinblick auf den Umfang der öffentlichen Entwicklungshilfe zu ändern, und stellt fest, daß die öffentliche Entwicklungshilfe gesteigert werden muß, wenn das Ziel von 0,7 Prozent bis zum festgesetzten Termin erreicht werden soll. Angesichts des stagnierenden Verhältnisses von öffentlicher Entwicklungshilfe zum Bruttosozialprodukt und der unzureichenden Steigerung der realen Nettoauszahlungen öffentlicher Entwicklungshilfe seit der Annahme der Internationalen Entwicklungsstrategie für das zweite Entwicklungsjahrzehnt der Vereinten Nationen kommt sie überein, daß die entwickelten Geberländer – um sich dem Ziel von 0,7 Prozent wirksamer zu nähern – ihre Verpflichtungen zur Zah-


Somalis in Mogadischu demonstrieren gegen die Einmischung der Sowjetunion am Horn von Afrika

z.dis. **Im „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und dem Sozialistischen Äthiopien" vom 20.11.78 verpflichtet sich das äthiopische Regime, mit der Sowjetunion „... zur Achtung der Souveränität über all seine Naturschätze eng und allseitig zusammenzuarbeiten".** Bekannt sind in Äthiopien Vorkommen von Gold, Platin, Eisen, Kupfer, Mangan und Blei, Schwefel, Braunkohle, Phosphat, Glimmer, Asbest und Graphit. Die Entwicklung des Außenhandels der UdSSR mit Äthiopien (siehe Tabelle) zeigt die Entwicklung dieser Zusammenarbeit, der hohe Exportanteil 1978 beruht im wesentlichen auf Waffenlieferungen zum Kampf gegen die Eritreische Befreiungsfront. Weiter heißt es in dem Vertrag: „Falls Situationen entstehen, die eine Gefahr für den Frieden oder eine Verletzung des Weltfriedens darstellen, werden sich die ... Seiten bemühen, unverzüglich miteinander Kontakt aufzunehmen, um im Interesse der Beseitigung der entstandenen Gefahr oder der

Reformen und die Entwicklung der Wirtschaft zu fördern, womit neuentstandene Staaten und schwache Regierungen stabilisiert werden können, und die einheimischen Streitkräfte dieser Staaten, die die Hauptlast des Widerstands gegen die von den Kommunisten belieferten Guerillakämpfern im eigenen Land zu tragen haben, besser auszubilden und auszurüsten."

Truman hatte ab 1949 mit dem „Punkt-Vier-Programm" bereits Gelder für die „wirtschaftliche und technische Unterstützung" der „unterentwickelten Länder" freigeben, 1954 waren das 400 Mio. Dollar, die vor allem nach Asien und Lateinamerika, insbesondere nach Taiwan und Südkorea gingen. Kennedy zog das ganze als „Entwicklungshilfe" in großem Stil auf, sein Investitionsschwerpunkt waren die süd- und westasiatischen sowie die nordafrikanischen Staaten.

So hatten die USA von 1945 bis 1955 Indien 399 Mio. Dollar an Krediten und Zuweisungen gewährt. 1956–65 4,8 Milliarden. Kennedy verlangte die „bevorzugte Vergabe von *in Dollar zurückzahlbaren*. Entwicklungskrediten, die geeigneter sind, die Beziehungen von Kreditgeber und Kreditnehmer auf eine normale kommerzielle Grundlage zu stellen und wechselseitige Achtung entstehen zu lassen, als verlorene Unterstützungszuschüsse oder *in der Währung des Empfängerlandes rückzahlbare* Kredite". Die wirtschaftliche und technische Hilfe erreichte fast das Volumen der Militärhilfe.

Als besonders billiges und schlagkräftiges Instrument richtete Kennedy das Peace Corps ein, Lehrer, Ärzte und Techniker, die für ein Taschengeld in den Ländern der Dritten Welt die passende Infrastruktur für den Waren- und Kapitalexport der US-Imperialisten schaffen sollten.

Mit der Gründung der OECD aus den Marshallplan-Empfängerländern schufen sich die US-Imperialisten gleichzeitig einen Hebel, die Tätigkeit der kapitalistischen Länder in der Dritten Welt auszurichten; noch heute sind die OECD-Länder hinsichtlich ihrer Entwicklungshilfetätigkeit einer jährlichen Prüfung unterworfen.

Das Abkommen von Lomé zwischen den AKP-Staaten und den EG-Imperialisten

z.elb.Brüssel. Die Flut von Befreiungskämpfen nach dem 2. Weltkrieg, in denen sich allein von 1960 bis 1962 21 afrikanische Staaten die Unabhängigkeit erkämpften, versetzte die damals in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zusammengeschlossenen Imperialisten in Angst und Schrecken um ihre zukünftigen Plünderungsmöglichkeiten. Mit 18 dieser Staaten und Madagaskar schloß die EWG 1964 das erste Abkommen von Jaunde, das den Imperialisten den Zugang zu diesen Ländern weiter offenhalten sollte und den ehemaligen Kolonien Handels- und Zollerleichterungen einbrachte. Es wurde 1969 um weitere fünf Jahre verlängert.

Der Beitritt Großbritanniens zur EWG 1973 verhieß den anderen Imperialisten eine noch größere Ausbeutung ihres Einflusses. 29 der heute 57 AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) waren ehemals britische, 17 französische Kolonien. Die Gewinner unter den EG-Imperialisten sind die westdeutschen, die sich in die „traditionellen" Beziehungen der ehemaligen Kolonialmächte einnisteten. Anfang 1975 wurde das Lomé-Abkommen unterzeichnet „in dem Bestreben, auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung zwischen Partnern eine enge und andauernde Zusammenarbeit ... herzustellen" (Präambel). Das Abkommen umfaßt 7,5 Mrd. DM aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) und sichert den BRD-Imperialisten nicht zuletzt auch Folgeinvestitionen in den AKP-Staaten.

Von den EG-Imperialisten als Abkommen u.a. zur Erweiterung ihrer Exportmärkte gedacht – in der Tat ist der Anteil der EG-Importe aus den AKP-Staaten an den Gesamtimporten von 1973 bis 1978 von 7,4% auf 6,7% gesunken, während der der Exporte von 5,5% auf 7,3% anstieg –, haben sich die AKP-Staaten in dem Vertrag doch einige Vorteile erkämpft. Die Einfuhr der AKP-Staaten in die EG ist für die meisten ihrer Waren zollfrei. Ein Fonds zur Stabilisierung der Ausfuhrerlöse (Stabex) sichert den AKP-Staaten Ausgleichszahlungen in Form von zinslosen Darlehen oder Zuschüssen, wenn die Erlöse unter eine bestimmte Schwelle sinken. Jedoch bezieht sich Stabex nur auf 1% aller AKP-Produkte. Was die EG-Imperialisten unter der zitierten völligen Gleichberechtigung verstehen, erhellt sich an der Förderung landwirtschaftlicher und industrieller Projekte. Die AKP-Staaten schlagen die Projekte vor, die EG-Imperialisten entscheiden über Darlehen oder nicht und damit oft über die Verwirklichung dieser Projekte überhaupt.

In den über einjährigen Verhandlungen über Lomé II, das am 31.10. unterzeichnet wurde, setzten die AKP-Staaten eine Erhöhung des EEF auf 14 Mrd. DM durch, wenngleich sie 27 Mrd. DM gefordert hatten. Das Stabex-System wurde um zehn auf 44 Produkte erweitert und die Schwelle zum Eintritt der Ausgleichszahlungen gesenkt. Den EG-Imperialisten ist es auch mit größtem Druck nicht gelungen, die „Menschenrechtsklausel" in das Abkommen aufzunehmen, die die ihnen abgerungenen Leistungen vollkommen in ihr Belieben gestellt hätte. Jedoch haben sie eine Klausel über Investitionsschutz erpreßt, der allen EG-Imperialisten zugute kommt, auch wenn die AKP-Staaten einen entsprechenden Vertrag nur mit einem EG-Staat abschließen. Diese Regelung zielt v.a. auf die beabsichtigten Investitionen im Bergbau, in den seit 1974 kein Kapitalist Europas investiert hat.



Die EG-Imperialisten ziehen aus den AKP-Staaten 50% ihrer Kupfer- und Aluminium-, 90% ihrer Apfelsinen- und Kakao-, über 95% ihrer Uranimporte.

lung von öffentlicher Entwicklungshilfe wirksam und substantiell steigern und ihre entsprechenden realen Zahlungen beschleunigen sollten; sie kommt daher überein, daß die entwickelten Geberländer die Annahme neuer, zusätzlicher Maßnahmen zur Steigerung der öffentlichen Entwicklungshilfe erwägen sollten, unter anderen folgende:

a) vorläufige Pläne für eine Steigerung der öffentlichen Entwicklungshilfe mit einer vereinbarten Minimalrate, z.B. durch quantitative Ziele für öffentliche Entwicklungshilfe in Wirtschaftsplänen oder -programmen, die für mehrere Jahre gelten;

b) jährliche reale Erhöhung des Hilfe-Budgets um einen angemessenen Prozentsatz;

c) Bereitstellung von mindestens 1 Prozent des jährlichen Zuwachses des Bruttosozialprodukts für die öffentliche Entwicklungshilfe;

d) Einrichtung von Zinssubventions-Mechanismen als Mittel, eine große Ausweitung der Kapitalströme zu weichen Bedingungen zu bewirken;

e) substantielle Verringerung der zeitlichen Verzögerung zwischen Zusagen und Auszahlungen, nötigenfalls durch angemessene Vereinbarungen zwischen Geber- und Empfängerländern;

4. bittet zu diesem Zweck alle entwickelten Geberländer eindringlich, im Lichte dieser Maßnahmen jährlich ihre Pläne und Absichten bezüglich einer Steigerung der öffentlichen Entwicklungshilfe für eine möglichst lange Zeit im voraus anzukündigen, so weit möglich für eine Mindestzeit von drei Jahren;

5. bekräftigt im Zusammenhang mit Absatz 1 oben, daß die entwickelten

Grad des Zuschußelements insgesamt wesentlich erhöht werden;

b) den Bedürfnissen der anderen Sonderkategorien von Entwicklungsländern sollte bei den Hilfebedingungen, insbesondere bezüglich der Aufteilung in Kredite und Zuschüsse bei der Auszahlung der offiziellen Entwicklungshilfe an diese Länder, besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden;

c) die Kredite und Zuschüsse aus öffentlicher Entwicklungshilfe sollten im größtmöglichen Umfang ungebunden sein;

d) der Anteil der Programmhilfe und der Finanzierung der örtlichen Kosten an der öffentlichen Entwicklungshilfe sollte – wo notwendig – wesentlich erhöht werden;

6. weist den Ausschuß für unsichtbare Exporte und handelsbezogene Finanzierung an, auf seiner neunten Sitzung und den folgenden Sitzungen eine allgemeine Überwachung und Überprüfung der obengenannten Maßnahmen der entwickelten Geberländer vorzunehmen und dem Rat für Handel und Entwicklung regelmäßig darüber zu berichten;

7. bittet alle entwickelten Geberländer eindringlich, in Konsultation mit den Empfängerländern ihre Verfahren für die Vergabe von Hilfe weiter zu verbessern, um ohne jede Diskriminierung die Hindernisse für eine rasche Auszahlung der Hilfe und deren wirksame Verwendung abzubauen;

8. fordert alle entwickelten Geberländer auf, die Bedeutung einer Steigerung des Bewußtseins in der breiten Öffentlichkeit für die dringenden Entwicklungsprobleme der Entwicklungsländer sowie für das Konzept einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwi-

GB: „Grundsätzlich ist die Billigung ... für die genaue Verwendung der Gelder einzuholen"

z.hef.London. Die britische Regierung zahlte 1978 74% der 542 Mio. Pfund bilateraler Entwicklungshilfe an Commonwealth-Länder, d.h. an Kolonien und frühere Kolonien. Unter den Commonwealth-Ländern seien „einige der ärmsten Länder der Welt", gibt die Regierung in einer Broschüre zur Entwicklungshilfe die Resultate britischer Kolonialausplünderung zu. Die britische Entwicklungshilfe liegt mit 0,39% des Bruttosozialprodukts weit unter den in der UNO beschlossenen 0,7%.

Regierungen müssen vorgesehene Projekte beim britischen Entwicklungshilfeministerium beantragen. Das Projekt ist dann „Gegenstand von Besuchen britischer Diplomaten und Entwicklungshilfeberater." (Overseas Aid: A Brief Survey). Denn „für ein Abkommen über größere Investitionen ist grundsätzlich die Billigung des Übersee-Entwicklungsministeriums für die genaue Verwendung der Gelder einzuholen." Ist das Projekt genehmigt, bekommt das entsprechende

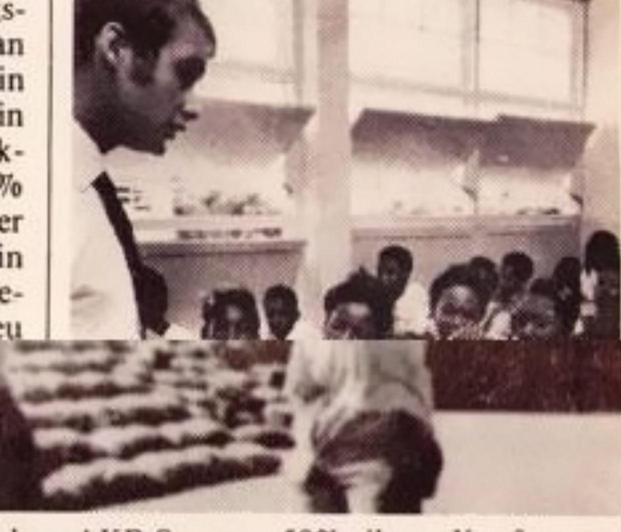
lungshilfefonds gezahlt wird, die bei einer Bank oder den Crown Agents hinterlegt werden." Dabei sind 23% der Entwicklungshilfe Darlehen.

Die Länder der Dritten Welt wehren sich gegen diese Bevormundung. Die britische Regierung mußte bereits zugestehen, daß 20% der Projektsummen außerhalb Großbritanniens ausgegeben werden können. Länder in der Karibik und im südlichen Afrika setzten noch größere Prozentsätze durch. Trotzdem hat die britische Regierung das letzte Wort bei der Auftragsvergabe.

40% der finanziellen Entwicklungshilfe zahlte Großbritannien 1978 an Länder in Asien, 32% an Länder in Afrika, 7% in der Karibik und 6% in Ozeanien. 66% der 7000 Entwicklungshelfer werden in Afrika und 9% in Asien eingesetzt. Hauptempfänger von Entwicklungshilfe sind Länder, in denen das britische Finanzkapital bedeutende Kapitalanlagen hat und neu

gramm". Die Regierung versucht, den Regierungen, denen sie Entwicklungshilfe leistet, Verträge über den „gegenseitigen Schutz von Investitionen" aufzuzwingen. „Aber die Fortschritte in der Sicherstellung solcher Abkommen sind bislang sehr gering." (Overseas Aid)

Überhaupt ist die Entwicklungshilfe ein Mittel politischer Erpressung. „Gibt es politische Bedingungen?", heißt es in „Fragen und Antworten". Antwort: „Nicht direkt. Aber an Länder, die gegen Großbritanniens Interessen gehen, wird eventuell in Zukunft keine Hilfe mehr gegeben. Außerdem verbinden wir Entwicklungshilfepolitik mit den Menschenrechten."



a) vorläufige Pläne für eine Steigerung der öffentlichen Entwicklungshilfe mit einer vereinbarten Minimalrate, z.B. durch quantitative Ziele für öffentliche Entwicklungshilfe in Wirtschaftsplänen oder -programmen, die für mehrere Jahre gelten;

b) jährliche reale Erhöhung des Hilfe-Budgets um einen angemessenen Prozentsatz;

c) Bereitstellung von mindestens 1 Prozent des jährlichen Zuwachses des Bruttosozialprodukts für die öffentliche Entwicklungshilfe;

d) Einrichtung von Zinssubventions-Mechanismen als Mittel, eine große Ausweitung der Kapitalströme zu weichen Bedingungen zu bewirken;

e) substantielle Verringerung der zeitlichen Verzögerung zwischen Zusagen und Auszahlungen, nötigenfalls durch angemessene Vereinbarungen zwischen Geber- und Empfängerländern;

4. bittet zu diesem Zweck alle entwickelten Geberländer eindringlich, im Lichte dieser Maßnahmen jährlich ihre Pläne und Absichten bezüglich einer Steigerung der öffentlichen Entwicklungshilfe für eine möglichst lange Zeit im voraus anzukündigen, so weit möglich für eine Mindestzeit von drei Jahren;

5. bekräftigt im Zusammenhang mit Absatz 1 oben, daß die entwickelten
Länder größtmögliche Anstrengungen unternehmen sollten, um möglichst schnell zu Beschlüssen über die im folgenden vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der Entwicklungshilfe zu gelangen:

a) öffentliche Entwicklungshilfe für die am wenigsten entwickelten Länder sollte als allgemeine Regel in Form von Zuschüssen gewährt werden, und für die anderen Empfängerländer sollte der gegenwärtige durchschnittliche

merksamkeit geschenkt werden;

c) die Kredite und Zuschüsse aus öffentlicher Entwicklungshilfe sollten im größtmöglichen Umfang ungebunden sein;

d) der Anteil der Programmhilfe und der Finanzierung der örtlichen Kosten an der öffentlichen Entwicklungshilfe sollte – wo notwendig – wesentlich erhöht werden;

6. weist den Ausschuß für unsichtbare Exporte und handelsbezogene Finanzierung an, auf seiner neunten Sitzung und den folgenden Sitzungen eine allgemeine Überwachung und Überprüfung der obengenannten Maßnahmen der entwickelten Geberländer vorzunehmen und dem Rat für Handel und Entwicklung regelmäßig darüber zu berichten;

7. bittet alle entwickelten Geberländer eindringlich, in Konsultation mit den Empfängerländern ihre Verfahren für die Vergabe von Hilfe weiter zu verbessern, um ohne jede Diskriminierung die Hindernisse für eine rasche Auszahlung der Hilfe und deren wirksame Verwendung abzubauen;

8. fordert alle entwickelten Geberländer auf, die Bedeutung einer Steigerung des Bewußtseins in der breiten Öffentlichkeit für die dringenden Entwicklungsprobleme der Entwicklungsländer sowie für das Konzept einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwi-
schen entwickelten und Entwicklungs-Ländern anzuerkennen;

9. im Zusammenhang mit der Qualität der Hilfe sollten die entwickelten Länder die unmittelbaren und besonderen Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder in ihren Entwicklungshilfe-Programmen berücksichtigen, ohne den Zielen, die etwa für das dritte Entwicklungsjahrzehnt der Vereinten Nationen gesetzt werden, vorgreifen zu wollen.

7,5 Mrd. DM aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) und sichert den BRD-Imperialisten nicht zuletzt auch Folgeinvestitionen in den AKP-Staaten.

Von den EG-Imperialisten als Abkommen u.a. zur Erweiterung ihrer

Die EG-Imperialisten ziehen aus den AKP-Staaten 50% ihrer Kupfer- und Aluminium-, 90% ihrer Apfelsinen- und Kakao-, über 95% ihrer Uranimporte.

GB: „Grundsätzlich ist die Billigung ... für die genaue Verwendung der Gelder einzuholen"

z.hef.London. Die britische Regierung zahlte 1978 74% der 542 Mio. Pfund bilateraler Entwicklungshilfe an Commonwealth-Länder, d.h. an Kolonien und frühere Kolonien. Unter den Commonwealth-Ländern seien „einige der ärmsten Länder der Welt", gibt die Regierung in einer Broschüre zur Entwicklungshilfe die Resultate britischer Kolonialausplünderung zu. Die britische Entwicklungshilfe liegt mit 0,39% des Bruttosozialprodukts weit unter den in der UNO beschlossenen 0,7%.

Regierungen müssen vorgesehene Projekte beim britischen Entwicklungshilfeministerium beantragen. Das Projekt ist dann „Gegenstand von Besuchen britischer Diplomaten und Entwicklungshilfeberater." (Overseas Aid: A Brief Survey). Denn „für ein Abkommen über größere Investitionen ist grundsätzlich die Billigung des Übersee-Entwicklungsministeriums für die genaue Verwendung der Gelder einzuholen." Ist das Projekt genehmigt, bekommt das entsprechende
Land das Geld nicht zu sehen. Britische Entwicklungshilfe ist normalerweise daran gebunden, daß die Waren bzw. Dienstleistungen in Großbritannien gekauft werden. „Der normale Vorgang ist, daß der Lieferant von Waren und Dienstleistungen in Großbritannien direkt aus den Entwick-

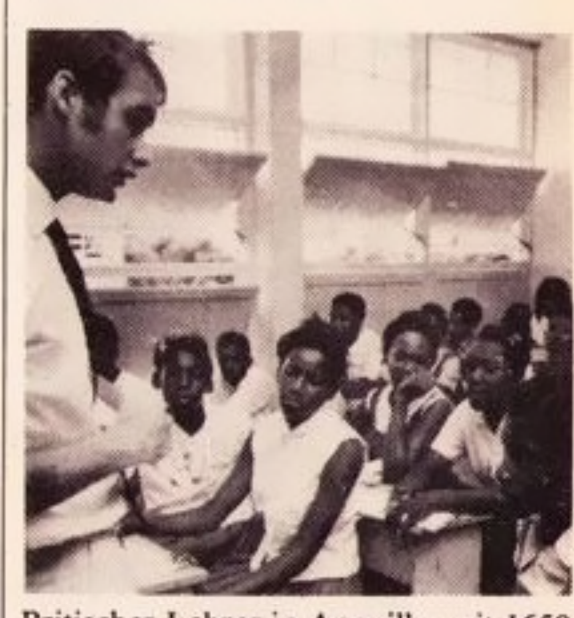
lungshilfefonds gezahlt wird, die bei einer Bank oder den Crown Agents hinterlegt werden." Dabei sind 23% der Entwicklungshilfe Darlehen.

Die Länder der Dritten Welt wehren sich gegen diese Bevormundung. Die britische Regierung mußte bereits zugestehen, daß 20% der Projektsummen außerhalb Großbritanniens ausgegeben werden können. Länder in der Karibik und im südlichen Afrika setzten noch größere Prozentsätze durch. Trotzdem hat die britische Regierung das letzte Wort bei der Auftragsvergabe.

40% der finanziellen Entwicklungshilfe zahlte Großbritannien 1978 an Länder in Asien, 32% an Länder in Afrika, 7% in der Karibik und 6% in Ozeanien. 66% der 7000 Entwicklungshelfer werden in Afrika und 9% in Asien eingesetzt. Hauptempfänger von Entwicklungshilfe sind Länder, in denen das britische Finanzkapital bedeutende Kapitalanlagen hat und neu
anlegt: Indien, Pakistan, Bangladesh, Kenia, Malawi und Sambia. „Private Investitionen sind oft größer als die offizielle Entwicklungshilfe und werden von den meisten Entwicklungsländern willkommen geheißen", schreibt das Ministerium in „Fragen und Antworten zum Entwicklungshilfeprogramm".

gramm". Die Regierung versucht, den Regierungen, denen sie Entwicklungshilfe leistet, Verträge über den „gegenseitigen Schutz von Investitionen" aufzuzwingen. „Aber die Fortschritte in der Sicherstellung solcher Abkommen sind bislang sehr gering." (Overseas Aid)

Überhaupt ist die Entwicklungshilfe ein Mittel politischer Erpressung. „Gibt es politische Bedingungen?", heißt es in „Fragen und Antworten". Antwort: „Nicht direkt. Aber an Länder, die gegen Großbritanniens Interessen gehen, wird eventuell in Zukunft keine Hilfe mehr gegeben. Außerdem verbinden wir Entwicklungshilfepolitik mit den Menschenrechten."



Britischer Lehrer in Anguilla, seit 1650 immer noch Kolonie in der Karibik

Wiederherstellung des Friedens ihre Standpunkte zu koordinieren ... Jeder der Seiten erklärt, daß sie kein Bündnis eingehen und sich an keiner staatlichen Gruppierung sowie Aktionen oder Maßnahmen beteiligen wird, die gegen die andere ... Seite gerichtet sind ... und sie verpflichten sich, keinerlei internationale Vereinbarungen abzuschließen, die mit diesem Vertrag unvereinbar sind." (zitiert nach „Archiv der Gegenwart")

Mit 250 sowjetischen Offizieren und 2000 kubanischen Soldaten begannen daraufhin die äthiopischen Truppen eine Großoffensive gegen die eritreischen Befreiungsstreitkräfte, gleichzeitig nahm sich die Sowjetunion das Recht auf die militärische Nutzung des Hafens von Massawa.

„Obwohl die SU und andere Länder, die gegen unsere gerechte Sache auf der Seite des Kolonialfeindes eingreifen, ihre Beteiligung geleugnet haben, hat das äthiopische Regime diese bei verschiedenen Gelegenheiten offiziell bestätigt. Gerade vor kurzem am 23. August 79, in Debreziete, bat Mengistu um eine ‚Schweigeminute zu Ehren der äthiopischen, kubanischen, sowjetischen und der südjemenitischen Soldaten, die ihr Leben der nationalen Einheit und der Revolution in Äthiopien geopfert haben'. Unser nationaler Kampf als ein aufrichtiger Kampf eines unterdrückten Volkes für wirkliche Unabhängigkeit und Freiheit braucht nicht und hängt nicht ab von ausländischen Militärexperten oder Beratern, da er die vollständige Unterstützung und die Teilnahme der überwältigenden Mehrheit der eritreischen Massen genießt." (Eritreische Volksbefreiungsfront EPLF, Eritrea Now, Oktober 1979)

Entwicklung des Außenhandels der UdSSR mit Äthiopien 1977–79 (in Mio. Rubel)

	1977	1978	1979*
Umsatz	23,9	68,5	38,9
Export	22,4	64,2	28,7
Import	1,5	4,3	10,1

* Januar bis September

Frankreichs „Hilfe": Über die Kontrolle der Staatsapparate Zugriff auf Rohstoffe

z.pel.Paris. „Heute regiert das Unvorhersehbare. Der Investor zögert, sich zu engagieren, der Importeur beschränkt sich auf die augenblicklichen Bestellungen, der Exporteur erhöht aus Vorsicht die Preise. Nur die Rückkehr zu einer vorausschaubaren Welt wird es unseren Unternehmen erlauben, sich für neue Initiativen zu entscheiden." So sprach Frankreichs Staatspräsident Giscard d'Estaing 1975. Die französische Regierung hat seitdem große Anstrengungen unternommen, die Sicherheitsinteressen der Bourgeoisie in der Dritten Welt zu befriedigen. Die sogenannte Entwicklungshilfe, in Frankreich Hilfe zur Zusammenarbeit genannt, ist ihr dabei entscheidender Hebel.

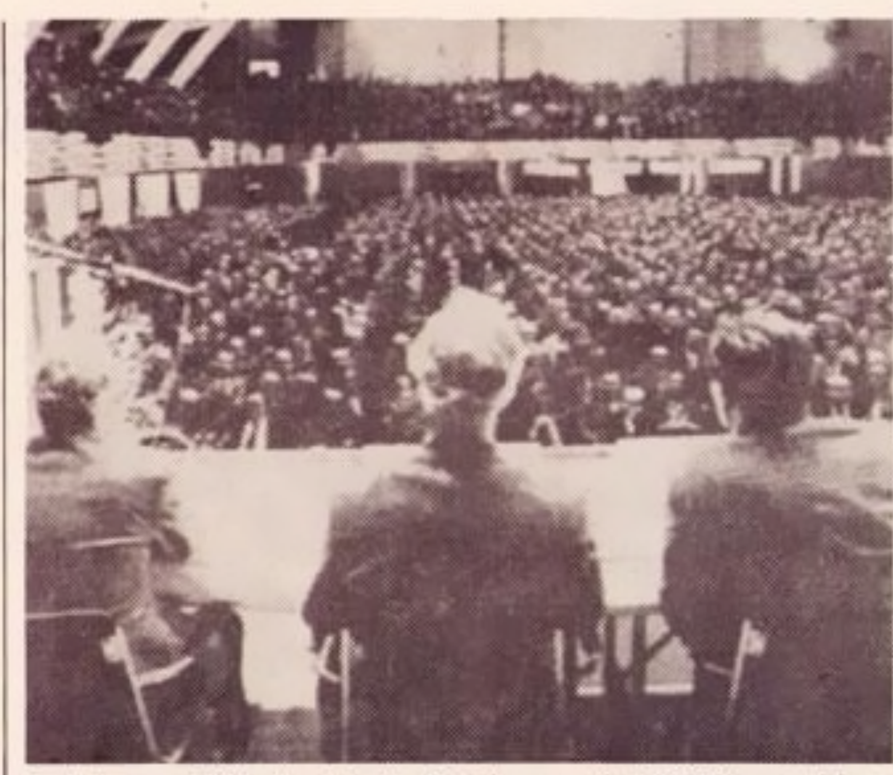
8,4 Mrd. FF (ca. 3,5 Mrd. DM) sind für das Jahr 1980 vorgesehen, das sind 0,76% des Gesamthaushaltes und 0,57% des Bruttosozialprodukts – absolut wie relativ höhere Ausgaben als die der BRD. 48% davon gehen in das Afrika südlich der Sahara und werden vom Ministerium für Zusammenarbeit verwaltet, während die übrigen Kredite über das Außenministerium verteilt werden.

„Unsere Partner wissen, daß diese Zusammenarbeit mit keinerlei politischem oder ökonomischem Zwang verbunden ist", erklärte Außenminister Ponçet noch am 19.12. Tatsächlich macht die direkte „Haushaltshilfe" in Form von Bezahlung der staatlichen Funktionäre durch Frankreich wie in Form der Schuldentilgung heute erst ein Funktionieren der staatlichen Verwaltung in Zentralafrika, Tschad, Mali und Mauretanien möglich, im Tschad beläuft sie sich auf ⅔ des Haushalts. In einer Reihe von Staaten ist der französische Imperialismus direkt mit französischen Staatsbürgern als Ministern in den Regierungen vertreten. Faktisch bestimmen die Imperialisten darüber, wo sie ihre 1300 militärischen Berater einsetzen; sie behalten sich die Bedienung der modernen Waffen, wie der Jaguar-Bomber für Mauretanien (siehe Bild) vor und bestimmen über die Art des zu liefernden militärischen Materials, das überwiegend aus leichten, gegen Volksaufstände gut einsetzbaren, Waffen besteht. Und drittens ermöglicht ihnen die massive Infiltration des Volksbildungswesens in einer Reihe westafrikanischer Staaten – 8100 der insgesamt 11500 „technischen Berater" sind Lehrer –, die Kaderausbildung zu steuern. Die Staatskredite für Industrie und Landwirtschaft sind gering, die Kontrolle der Staatsapparate schafft den Privatkapitalisten günstige Ausbeutungsbedingungen.





Protestkundgebung des Kreislandvolkverbandes Wesermarsch am 22.10.1970 in Rodenkirchen.



6. Februar 1980: Stadthalle Göttingen mit 1300 Bauern bis auf den letzten Platz gefüllt. – 4000 Teilnehmer auf der Veranstaltung in der Oldenburger Weser-Ems-Halle.

Beschlüsse des Deutschen Bauernverbandes zur Preispolitik

Im Höhepunkt der ersten Krise 1966/67 wurden die EG-Marktordnungen für Getreide eingeführt. Für die westdeutschen Bauern bedeutete dies starke Erzeugerpreissenkungen. Da gleichzeitig zur Krisenbewältigung auch sonstige Mittel für die Landwirtschaft gekürzt wurden, sanken die landwirtschaftlichen Einkommen stark. In großen Aktionen nahmen die Bauern den Kampf gegen diese Politik auf. Im März 1967 demonstrierten 35000 Bauern in Dortmund. Der *12. Bauerntag*, der im *Juli 1967 in München* stattfand, forderte:

„Auch in der EWG wird durch die Markt- und Preispolitik darüber entschieden, ob die landwirtschaftlichen Erzeuger ein den anderen Wirtschaftsbereichen vergleichbares Einkommen erzielen können. Dies setzt eine Preispolitik voraus, die darauf ausgerichtet ist, unter jährlicher Überprüfung der Preis-Kostenverhältnisse die erforderlichen Preisanpassungen für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse vorzunehmen.“ Der nächste *Bauerntag* fand *am 8.7.1971 in Kiel* statt. Dort wurde in einer Erklärung zur Preispolitik verabschiedet:

„Die Anstrengungen der Landwirte sind und werden zunehmend durch politische Entscheidungen und wirtschaftliche Entwicklungen, die sich der Einwirkung der Landwirte entziehen, zunichte gemacht. Das sind insbesondere unzulängliche Preisbeschlüsse..., die inflationistische Preis- und Kostenentwicklung in der BRD bei stagnierenden und damit völlig unzureichenden Agrarerzeugerpreisen. Die von der EG-Kommission am 17.6.71 vorgelegten Preisvorschläge für 1972/73 sind auf Grund der Kosten- und Lohnentwicklung eine Zumutung. Für die deutsche Landwirtschaft sind zur Erreichung der von der Regierung verkündeten Ziele Preiserhöhungen für das Jahr 1972/73 von durchschnittlich 12% erforderlich.“ Der folgende *Bauerntag*

auf. Im März 1967 demonstrierten 35000 Bauern in Dortmund. Der *12. Bauerntag*, der im *Juli 1967 in München* stattfand, forderte:

„Auch in der EWG wird durch die Markt- und Preispolitik darüber entschieden, ob die landwirtschaftlichen Erzeuger ein den anderen Wirtschaftsbereichen vergleichbares Einkommen erzielen können. Dies setzt eine Preispolitik voraus, die darauf ausgerichtet ist, unter jährlicher Überprüfung der Preis-Kostenverhältnisse die erforderlichen Preisanpassungen für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse vorzunehmen.“ Der nächste *Bauerntag* fand *am 8.7.1971 in Kiel* statt. Dort wurde in einer Erklärung zur Preispolitik verabschiedet:

„Die Anstrengungen der Landwirte sind und werden zunehmend durch politische Entscheidungen und wirtschaftliche Entwicklungen, die sich der Einwirkung der Landwirte entziehen, zunichte gemacht. Das sind insbesondere unzulängliche Preisbeschlüsse..., die inflationistische Preis- und Kostenentwicklung in der BRD bei stagnierenden und damit völlig unzureichenden Agrarerzeugerpreisen. Die von der EG-Kommission am 17.6.71 vorgelegten Preisvorschläge für 1972/73 sind auf Grund der Kosten- und Lohnentwicklung eine Zumutung. Für die deutsche Landwirtschaft sind zur Erreichung der von der Regierung verkündeten Ziele Preiserhöhungen für das Jahr 1972/73 von durchschnittlich 12% erforderlich.“ Der folgende *Bauerntag*
im Juli 1973 in Stuttgart bekräftigte die Forderungen des Kieler Tages. Der *Bauerntag 1975* präzisierte die Preisforderungen der Bauern:

„Das Agrarpreisniveau muß ausreichen, den rationell geführten Vollerwerbsbetrieben mit durchschnittlichen natürlichen Produktionsvoraussetzungen ein vergleichbares Arbeitseinkommen und darüber hinaus eine angemessene Kapitalverzinsung zu ermöglichen. Das angemessene wachstumsgerechte Preisniveau darf nicht, wie es die EG-Kommission beabsichtigt, ausschließlich auf die Einkommenserfordernisse der sogenannten ‚Modernen Betriebe‘ ausgerichtet sein, während die übrigen Betriebe auf ‚Sonderprogramme‘ und ‚Sozialmaßnahmen‘ verwiesen werden. Es ist nicht zu erwarten, daß allein mit Hilfe der Strukturpolitik, die zudem restriktiv gehandhabt und mit unzureichenden Mitteln ausgestattet wird – bei einem Preisniveau, wie es der Kommission offensichtlich vorschwebt –, die Mehrzahl der jetzt vorhandenen Vollerwerbsbetriebe sich in absehbarer Zeit zu den ‚modernen landwirtschaftlichen Betrieben‘ nach der EG-Richtlinie entwickeln kann“ (zu den „Modernen Betrieben“ gehören 10 – 20% der Vollerwerbsbetriebe).

Der *Bauerntag am 23. Juni 1977 in Hannover* sprach sich gegen die Erzeugerabgabe zur Beseitigung der Überschüsse aus, da sie dazu führt, daß „Unterlassungen oder Fehlentscheidungen des Ministerrats von der Landwirtschaft zu bezahlen sind.“ Außerdem stellten die Bauern fest, daß „die zunehmende Nachfragekonzentration auf der Abnehmerseite... weitere Maßnahmen zur Stärkung der Marktposition der deutschen landwirtschaftlichen Erzeuger“ erfordert. Dies ist deshalb besonders wichtig, da eine Erhöhung der Marktordnungspreise erst einmal nur eine Subvention des Zwischenhandels bedeutet und die Bauern sich „ihre Preise“ dann erst erkämpfen müssen.

Der Bauerntag am 6. Juli 1979 in Münster „protesiert gegen die Preis- und Währungsbeschlüsse der Agrarmi-

die übrigen Betriebe auf ‚Sonderprogramme‘ und ‚Sozialmaßnahmen‘ verwiesen werden. Es ist nicht zu erwarten, daß allein mit Hilfe der Strukturpolitik, die zudem restriktiv gehandhabt und mit unzureichenden Mitteln ausgestattet wird – bei einem Preisniveau, wie es der Kommission offensichtlich vorschwebt –, die Mehrzahl der jetzt vorhandenen Vollerwerbsbetriebe sich in absehbarer Zeit zu den ‚modernen landwirtschaftlichen Betrieben‘ nach der EG-Richtlinie entwickeln kann“ (zu den „Modernen Betrieben“ gehören 10 – 20% der Vollerwerbsbetriebe).

Der *Bauerntag am 23. Juni 1977 in Hannover* sprach sich gegen die Erzeugerabgabe zur Beseitigung der Überschüsse aus, da sie dazu führt, daß „Unterlassungen oder Fehlentscheidungen des Ministerrats von der Landwirtschaft zu bezahlen sind.“ Außerdem stellten die Bauern fest, daß „die zunehmende Nachfragekonzentration auf der Abnehmerseite... weitere Maßnahmen zur Stärkung der Marktposition der deutschen landwirtschaftlichen Erzeuger“ erfordert. Dies ist deshalb besonders wichtig, da eine Erhöhung der Marktordnungspreise erst einmal nur eine Subvention des Zwischenhandels bedeutet und die Bauern sich „ihre Preise“ dann erst erkämpfen müssen.

Der Bauerntag am 6. Juli 1979 in Münster „protesiert gegen die Preis- und Währungsbeschlüsse der Agrarmi-
nister vom 22. Juni... und stellt fest, daß sie für die deutsche Landwirtschaft nur unbedeutende Preisanhebungen (unter 0,5%) bringen, der Kostenentwicklung in keiner Weise Rechnung tragen,...“

Erhöhung der Erzeugerpreise und Anbindung an die industriellen Produktionspreise

r.jöd. Anhebung der Erzeugerpreise um 7,9 Prozent ist die Forderung des Deutschen Bauernverbandes und COPA der europäischen Vereinigung der Bauernverbände. Dieser Forderung verliehen 4000 Bauern in Oldenburg und 1400 in Göttingen auf Kundgebungen Nachdruck. „Die Einkommen der niedersächsischen Bauern sind in den letzten drei Jahren um 15% gesunken, tatsächlich ergibt sich sogar eine Einkommensverschlechterung von 26%, weil die Inflationsrate mit 11% in der gleichen Zeit dazu kommt... Erhöhung der Marktordnungspreise für landwirtschaftliche Produktre... Eine maßvolle Forderung, zumal schon im vergangenen Jahr die Marktordnungspreise für deutsche Agrarerzeugnisse um keinen Pfennig angehoben worden sind.“

Die Forderungen der Bauern finden Unterstützung. Gerade zu einem Zeitpunkt werden die Demonstrationen der Bauern durchgeführt, wo die Arbeiter und Angestellten in der Industrie die Lohnauseinandersetzungen führen. „Wir versichern Ihnen, daß ein Großteil der Landwirtschaftsstudenten es begrüßt, wenn Sie Aktionen gegen die dauernden Senkungen der realen Erzeugerpreise in der Landwirtschaft und für kostendeckende Preise durchführen“, wurde auf der Kundgebung in Göttingen als Solidaritätsadresse verlesen. Zur gleichen Zeit erklärt Ertl zu seinem neuen Agrarbericht, daß die Einkommen der Landwirte im nächsten Jahr um minus 4% fallen werden. Die bürgerliche Presse hetzt und schreibt: „Den Landwirten wird schon zugemutet werden müssen, die mageren Jahre zu verkraften...“. Ertl will den Forderungen der Bauern nicht nachkommen, das erklärte er rundweg. Es meldet sich ein bürgerlicher Schreiberling aus Münster in den Westfälischen Nachrichten zu Worte: Die Bundesregierung hätte andere Verpflichtungen: „Türkeihilfe“ war das Stichwort.

Die Forderung der Bauern nach höheren Erzeugerpreisen ist gerecht. Die Frage stellt sich, wie sie durchsetzbar ist. Die Preispolitik findet in europäischem Maßstab statt. D.h. der Austritt aus der EG durch die Kündigung der Römischen Verträge ist eigentlich eine Forderung, die die ganze Zeit besteht, aber vom Bauernverband nicht angerührt wird. Die niedrigen Erzeugerpreise hat es schon vor zehn Jahren gegeben, und die würde es auch geben, wenn die CDU/CSU die Regierung stellt. Die EG-Marktordnung wird immer weiter die Bauern über die niedrigen Erzeugerpreise und durch die Strukturmaßnahmen ruinieren, dafür ist die EG auch 1957 geschaffen worden. Die Forderungslage des Bauernverbandes ist richtig, um das Problem der EG wird man aber nicht rumkommen.

Ostfriesische Bauern schrieben 1971 an den Bundeskanzler:

„... Wir fordern deshalb nachdrücklich:
1. Unternehmen Sie alle Schritte, die erforderlich sind, um für 1971 eine im Durchschnitt 10%ige Preiserhöhung für unsere Produkte zu erreichen.... Wir fordern eine Erhöhung des Weizenpreises um mindestens 5% bei gleichzeitiger Heranziehung der Futtergetreidepreise...
2.... sofortige Entlastung unserer Betriebe durch eine entsprechende Senkung der Kosten: a. durch die Übernahme der restlichen Vermögensabgabe durch den Bund; b. durch den Wegfall der Grundsteuer A schon vor der großen Steuerreform und Erstattung der Ausfälle der Gemeinden durch den Bund und die Länder; c. Die Zinsverbilligung aller bisher aufgenommenen landw. Kredite auf einen für die Landwirte tragbaren Zinssatz von 3 Prozent.
4. Die Verbesserung der sozialen Leistungen für die Landwirte und ihre Angehörigen durch: a. Öffnung der gesetzlichen Krankenversicherung für alle Landwirte und ihre Angehörigen; b. Übernahme der Beiträge für die Altenteiler durch den Bund; c. unverzügliche Anhebung des Altersgeldes; d. die gesetzliche Absicherung der Bundeszuschüsse zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung...
Die heutige Demonstration zeigt, daß die ostfriesischen Landwirte fest entschlossen sind, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen...“

Die Forderungen der Bauern finden Unterstützung. Gerade zu einem Zeitpunkt werden die Demonstrationen der Bauern durchgeführt, wo die Arbeiter und Angestellten in der Industrie die Lohnauseinandersetzungen führen. „Wir versichern Ihnen, daß ein Großteil der Landwirtschaftsstudenten es begrüßt, wenn Sie Aktionen gegen die dauernden Senkungen der realen Erzeugerpreise in der Landwirtschaft und für kostendeckende Preise durchführen“, wurde auf der Kundgebung in Göttingen als Solidaritätsadresse verlesen. Zur gleichen Zeit erklärt Ertl zu seinem neuen Agrarbericht, daß die Einkommen der Landwirte im nächsten Jahr um minus 4% fallen werden. Die bürgerliche Presse hetzt und schreibt: „Den Landwirten wird schon zugemutet werden müssen, die mageren Jahre zu verkraften...“. Ertl will den Forderungen der Bauern nicht nachkommen, das erklärte er rundweg. Es meldet sich ein bürgerlicher Schreiberling aus Münster in den Westfälischen Nachrichten zu Worte: Die Bundesregierung hätte andere Verpflichtungen: „Türkeihilfe“ war das Stichwort.

Die Forderung der Bauern nach höheren Erzeugerpreisen ist gerecht. Die Frage stellt sich, wie sie durchsetzbar ist. Die Preispolitik findet in europäischem Maßstab statt. D.h. der Austritt aus der EG durch die Kündigung der Römischen Verträge ist eigentlich eine Forderung, die die ganze Zeit besteht, aber vom Bauernverband nicht angerührt wird. Die niedrigen Erzeugerpreise hat es schon vor zehn Jahren gegeben, und die würde es auch geben, wenn die CDU/CSU die Regierung stellt. Die EG-Marktordnung wird immer weiter die Bauern über die niedrigen Erzeugerpreise und durch die Strukturmaßnahmen ruinieren, dafür ist die EG auch 1957 geschaffen worden. Die Forderungslage des Bauernverbandes ist richtig, um das Problem der EG wird man aber nicht rumkommen.

den Wegfall der Grundsteuer A schon vor der großen Steuerreform und Erstattung der Ausfälle der Gemeinden durch den Bund und die Länder; c. Die Zinsverbilligung aller bisher aufgenommenen landw. Kredite auf einen für die Landwirte tragbaren Zinssatz von 3 Prozent.
4. Die Verbesserung der sozialen Leistungen für die Landwirte und ihre Angehörigen durch: a. Öffnung der gesetzlichen Krankenversicherung für alle Landwirte und ihre Angehörigen; b. Übernahme der Beiträge für die Altenteiler durch den Bund; c. unverzügliche Anhebung des Altersgeldes; d. die gesetzliche Absicherung der Bundeszuschüsse zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung...
Die heutige Demonstration zeigt, daß die ostfriesischen Landwirte fest entschlossen sind, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen...“

Langwierig und anstrengend: Die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit in der Landwirtschaft

r.gör. Beckdorf, im Landkreis Stade südlich von Hamburg, ist durch das „Modell Kornlingen“, ein verzweigtes Netz von Produktionsgenossenschaften, bekanntgeworden. Die historische Entwicklung dieser Gemeinde hat deren ehemaliger Dorflehrer, Ludolf Lühmann, in einem im Selbstverlag der Gemeinde Beckdorf erschienen Buch

Langwierig und anstrengend: Die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit in der Landwirtschaft

r.gör. Beckdorf, im Landkreis Stade südlich von Hamburg, ist durch das „Modell Kornlingen“, ein verzweigtes Netz von Produktionsgenossenschaften, bekanntgeworden. Die historische Entwicklung dieser Gemeinde hat deren ehemaliger Dorflehrer, Ludolf Lühmann, in einem im Selbstverlag der Gemeinde Beckdorf erschienen Buch
untersucht. Man kann daraus lernen, wie langwierig und anstrengend die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit in der Landwirtschaft ist. Und man versteht dann besser, wie notwendig und gerecht die aktuellen Forderungen der Bauern sind.

Lühmann, auf Grundlage der archäologischen Untersuchungen Beckdorfer Bauern, verfolgt die Geschichte dieses Dorfes bis in die Zeit 4000 – 2000 v.d.Z. zurück. Indessen, bis in die 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts änderte sich am dörflichen Leben wenig. Dann aber begann ein Prozeß fortwährender Umwälzung. Grundlegend war, daß Land urbar gemacht wurde. Die Veränderung der Bodennutzung:

Nutzungsart	1857	1960
Ackerland	329,5 ha	515 ha
Gärten, Obstanlagen	-	25 ha
Wiesen und Weiden .	46,5 ha	317 ha
Heide, Ödland	396,5 ha	837 ha
Unkultiviertes Moor	298,5 ha	71 ha
Wald	3 ha	10 ha
Wege, Bebauung u.a.	-	99 ha

Gleichzeitig mußte das Gebiet der Feldmarkt verkehrsmäßig erschlossen werden. 1884 wurde damit begonnen, die Wege im Dorf zu pflastern. Erst 1890 wurde die erste Straße zur Nachbargemeinde gebaut. Aber 1900/01 gab es einen Bahnanschluß, so daß der Umkreis für Einkauf und Absatz der Wirtschaften überhaupt über das enge Gebiet der Gemeinde ausgedehnt werden konnte.

Die größte Bedeutung für die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit hatten der Einsatz von Maschinerie und Kunstdünger. Kunstdünger wurde 1890 eingesetzt. Aber erst der Bahnhof schuf die Voraussetzungen, ihn in größerem Umfang einzusetzen. Die erste Maschine wurde in Beckdorf 1900 angeschafft, eine Drillmaschine. Danach zwei Mähmaschinen. Bei ihnen handelte es sich um von Pferden gezogene Grasmäher. Das Pferd wurde

rie und Kunstdünger. Kunstdünger wurde 1890 eingesetzt. Aber erst der Bahnhof schuf die Voraussetzungen, ihn in größerem Umfang einzusetzen. Die erste Maschine wurde in Beckdorf 1900 angeschafft, eine Drillmaschine. Danach zwei Mähmaschinen. Bei ihnen handelte es sich um von Pferden gezogene Grasmäher. Das Pferd wurde
überhaupt erst Mitte der 50er Jahre durch den Traktor abgelöst:

	1937	1950	1960	1975
Pferde......	90	102	22	40
Traktoren...	1	8	42	39

Heute gibt es darüberhinaus: 5 Mähdrescher, 9 Kartoffelvollernter, 5 Zuckerrübenvollernter, 5 Strohpressen, 11 Melkmaschinen. Elektrizität, für die meisten Maschinen Voraussetzung, gibt es seit 1923 in Beckdorf.

Wie sehr die Produktivität bei einzelnen Arbeiten gesteigert werden konnte, erkennt man an folgendem Vergleich: „Das Mähen eines Ars (100qm) Weizen erfordert: 1 Stunde mit der Sichel, 15 Minuten mit der Sense, 2 Minuten mit einem Mähbinder und Pferdegespann, 40 Sekunden mit einem Mähbinder und einem Traktor, 35 Sekunden mit einem Mähdrescher, der gleichzeitig das Getreide noch drischt.“ Aber diese Arbeitseinsparung kommt hauptsächlich nicht dem Bauern, sondern den Kapitalisten zugute. Etwa 100 Stunden Arbeit, die in Waren der Fahrzeugbauindustrie vergegenständlicht sind, tauschen sich mit 230 Stunden, die in landwirtschaftlichen Erzeugnissen vergegenständlicht sind.

Mit dem Aufbau von Genossenschaften versuchten die Bauern seit Ende des vergangenen Jahrhunderts, ihren Ruin aufzuhalten. Genossenschaften sind notwendig, um überhaupt die Arbeitsproduktivität entwickeln zu können und der Ausplünderung der Agrarwirtschaften durch Preisverfall und Teuerung entgegenzuwirken. 1891 schlossen sich in Beckdorf 47 Bauern zu einer Molkereigenossenschaft zusammen. 1897 folgte eine genossenschaftliche Spar- und Darlehenskasse, dann ein Verein für Viehzucht. Eine qualitative Ausweitung fand erst in den 50er Jahren statt; bis zur Gründung des Wirtschaftsrings „Kornlingen“ im Jahre 1969.

dorf 47 Bauern zu einer Molkereigenossenschaft zusammen. 1897 folgte eine genossenschaftliche Spar- und Darlehenskasse, dann ein Verein für Viehzucht. Eine qualitative Ausweitung fand erst in den 50er Jahren statt; bis zur Gründung des Wirtschaftsrings „Kornlingen“ im Jahre 1969.



Beckdorf bis zum Ende des Mittelalters


Beckdorf heute

1876 lebten 213 Menschen in Beckdorf, die meisten Bauern, ein paar Handwerker. 1976 leben 958 Menschen in Beckdorf. Noch 40 arbeiten in der Landwirtschaft; aber 161 sind jetzt Pendler, Lohnarbeiter in den städtischen Fabriken. Die Früchte der gestiegenen Produktivkraft der Arbeit müssen erst noch erkämpft werden.

(Quelle: Ludolf Lühmann, Beckdorf – Landkreis Stade. Die Eingliederung eines Geestdorfes in die moderne Industriegesellschaft vor dem Hintergrund der geschichtlichen Entwicklung. Selbstverlag der Gemeinde Beckdorf, 1977.)